<36602199620013
<36602199620013
Bayer. Staatsbibliothek

Crim. 127 d - 1

Grundriß
einer Geſchichte
des
deutſchen peinlichen Rechts
und
der peinlichen Rechtswiſſenſchaft.

Ein Verſuch

von

Eduard Henke,

der Rechte Doctor und Privatdocent auf der Univerſität
zu Erlangen.

Erſter Theil.

Sulzbach,
im Verlage der Commerzienrath J. E. Seidelſchen Buchhandlung,
1809.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Vorerinnerung.

Anſpruchsloſer kann wohl Niemand dem Publikum die Früchte ſeiner literariſchen Arbeiten und Beſtrebungen übergeben, als ich ihm den gegenwärtigen Verſuch eines Umriſſes der Geſchichte des deutſchen peinlichen Rechts und der Bearbeitung der peinlichen Rechtswiſſenſchaft von deutſchen Männern. Was mich vorzüglich zum Entwurf deſſelben beſtimmte, war, auſſer der eignen Liebe zur Wiſſenſchaft, das lange und tiefgefühlte Bedürfniß eines Werkes, welches die Richtung bezeichnete, die von den früheſten Zeiten der Geſchichte bis auf unſre Tage die Criminalgeſetzgebung Deutſchlands genommen, welches den Schlüſſel enthielte zur Löſung der Frage, wie das, was jezt beſteht, entſtehen mußte in allmähligen Bildungen, und zugleich hindeutete auf das ferne Ziel, zu welchem Geſetzgebung und Wiſſenſchaft raſtlos hinſtreben ſollen.

Die großen und mannichfaltigen Schwierigkeiten eines ſolchen Unternehmens habe ich nie verkannt. Schon das, daß noch keiner der vielen und trefflichen Männer, welche die Strafrechtswiſſenſchaft und die deutſche peinliche Geſetzwiſſenſchaft bearbeiteten, Hand gelegt an ein ſolches Werk, hätte mich daran mahnen müſſen, wäre

ich auch nicht während der Arbeit ſelbſt zum tiefen und ſchmerzlichen Bewußtſeyn derſelben gelangt. Zu ihrer Ueberwindung war überall noch ſo wenig vorgearbeitet worden, und ſelbſt von dieſen Vorarbeiten mußte ich ſehr viele, meiner beſchränkten individualen Lage wegen, entbehren. Weit, ſehr weit bin ich daher hinter meinem Ideale zurückgeblieben, und ſchwerlich würde ich dieſen Verſuch dem öffentlichen Urtheil ausgeſtellt haben, wenn mich nicht das nachſichtsvolle Urtheil einiger verehrter Männer dazu ermuntert hätte. —

Was ſo eben geſagt worden iſt, halte man nicht für einen Kunſtgriff, wodurch das Urtheil literariſcher Cenſoren beſtochen werden ſoll. Jede belehrende Kritik wird mir willkommen, die unbillige aber, die nicht Rückſicht nähme auf die zahlloſen Schwierigkeiten, welche ſich der Erreichung der Vollkommenheit bei dieſem Werke, ja nur der Annäherung an dieſelbe entgegenſtellten, die es vergäße, daß ſie nur einen erſten Verſuch, dem keine Vorarbeit zum Grunde gelegt werden konnte, zu beurtheilen habe, eine ſolche würde mir gleichgültig ſeyn. —

Kein Prodromus galeatus ſoll daher dieſem Werk vorausgeſandt werden, ſondern nur einige Hindeutungen auf den Geſichtspunkt, aus welchem ich meine Arbeit beurtheilt zu ſehen wünſchen und hoffen darf.

Vor Allem finde ich hier die Bemerkung nothwendig, daß es nur meine Abſicht war und ſeyn konnte, eine innere Geſchichte des deutſchen pein-

lichen Rechts zu liefern. Schon oft iſt es erinnert worden, „daß das, was zur deutſchen Legislation gehört, nicht nach den verſchiedenen Eintheilungen der Rechtswiſſenſchaft abgeſondert, daß alſo keine beſondre Staatsrechts-, Privatrechts-, Lehnrechts-, Kirchenrechts-, Criminalrechts-Geſchichte abgehandelt werden könne, weil nur durch die Verbindung der Geſchichte aller dieſer Rechte nach der Zeitfolge, ein vollſtändiger Ueberblick und eine genaue Einſicht in das Ganze einer und derſelben Legislation verſchafft werden kann." *) — Gerne erkenne ich die Richtigkeit dieſer Behauptung an, wenn die Rede davon iſt, die äußre Geſchichte eines einzelnen Rechtstheiles zu liefern, da alle einzelne Theile der deutſchen Geſetzgebung gemeinſchaftliche Quellen haben, und daher die Quellengeſchichte des einen Theils nicht abgehandelt werden kann, ohne die der übrigen zugleich mit abzuhandeln. Wenn es aber darauf ankommt, bloß die innere Bildungsgeſchichte eines Zweiges der Legislation, die allmähligen Evolutionen des Rechts aus der feſſelloſen Menſchheit, mit Beziehung auf die Individualität eines beſtimmten Volks, zu entwickeln; ſo ſehe ich nicht ein, was einer ſolchen Trennung entgegenſtehen ſollte. Freilich müſſen am Ende auch hier wieder aus derſelben inneren Quelle, aus der Individualität der Nation, die beſondern Bildungen und Ge-

*) Vergl. Bibliothek. f. d. peinl. Rechtswiſſenſchaft und Geſetzkunde Th. 1, St. 1, S. 355 und fg.

ſtaltungen aller einzelnen Theile ihrer National-geſetzgebung hervorgegangen ſeyn, und ſo wird man, indem man die bildenden Kräfte des einen Zweiges der Geſetzgebung bezeichnet, zugleich die Urſachen enthüllen, wodurch die übrigen ihre eigenthümliche Form und Geſtaltung erhielten. Allein welcher Nachtheil könnte daraus hervorgehen? — Manche, wenn auch dem Gegenſtande nicht fremde, doch ihm auch nicht ausſchließlich angehörige Bemerkung wird gemacht werden müſſen, aber eben dadurch, ſcheint es, müſſe der abgeſonderte Gegenſtand gewinnen, da er nun um ſo mehr in Beziehung zum großen Ganzen der Geſetzgebung, alſo ſeinem wahren Weſen nach aufgefaßt werden wird. Und welcher Künſtler möchte denn auch ein Gemälde entwerfen, ohne die Hauptfiguren deſſelben durch flüchtig angedeutete Nebengeſtalten und Nebengruppen noch mehr und bedeutender hervorzuheben. —

Dagegen, ſchien es mir, ſey die Geſchichte der allmähligen Bildung der Wiſſenſchaft von der innern Geſchichte des peinlichen Rechts ſelbſt unzertrennlich. Wer wüßte es nicht, daß, von dem Augenblick an, wo ſich nur eine Geſetzwiſſenſchaft in Deutſchland bildete, dieſe bald durch untreue Darſtellung der Geſetze, das Anſehen derſelben untergrub: daß vorzüglich Deutſchlands Criminalcodex niemals allgemeine und unbedingte Gültigkeit erlangte, daß die Meinungen und Auslegungen der Doctoren in höherem Anſehen ſtanden, als der klare Jedem zugängliche Buchſtabe des Geſetzes,

daß z. B. ein Carpzov über die Criminalrichter ſeiner und der folgenden ja zum Theil noch unſerer Zeiten einen literariſchen Despotismus ausübte, der beinahe ohne Beiſpiel in der Geſchichte da ſteht, daß ſeine Meinungen und Ausſprüche ſtatt aller Geſetze galten, und daß man über ihnen die Ausſprüche der Carolina bald vergaß! Durchaus nothwendig und unerläßlich iſt daher die Darſtellung der Fortſchritte der Wiſſenſchaft, und des Treibens der Männer, wodurch ſie vorzüglich gefördert wurde, in einer inneren Geſchichte des Rechts, wo es weniger auf Geſetze, als auf das, was wirklich Geſetzeskraft hatte, und in den Gerichten in lebendige Anwendung übergieng, ankommen kann. Auch kann eine ſolche Darſtellung nicht ohne Intereſſe ſeyn, und dieſes Intereſſe muß ſteigen, je weiter ſie ſelbſt verfolgt und fortgeführt wird bis auf unſre Tage. Bekanntlich datirt ſich die Entſtehung einer peinlichen Rechtswiſſenſchaft, im einzig wahren Sinne des Worts, erſt ſehr ſpät, aber die vereinte Sorgfalt ſo vieler gelehrter und geiſtreicher Männer, die ſich mit Liebe und ausſchlieſſend der Pflege des zarten Bäumchens widmeten, hat ſeinen Wachsthum unendlich ſchnell gefördert, und Blätter und Knospen, Blüthen und Früchte erfreuten uns in einem kurzen Zeitraum. Unendlich weit iſt daher die Criminalrechtswiſſenſchaft der Strafgeſetzgebung vorausgeeilt, ſie iſt dem Ziele ſchon bedeutend nahe gerückt, und ſtellt, auch auf dem jetzigen Standpunkt ihrer Vollkommenheit, das Ideal einer peinlichen Geſetz-

gebung auf, das die jezt beſtehende Strafgeſetzgebung und ſelbſt das durch die frühere Geſetzwiſſenſchaft (die nur als ein ſchwacher Verſuch betrachtet werden kann zur Darſtellung einer peinlichen Rechtswiſſenſchaft) erzeugte peinliche Gewohnheitsrecht kaum ahnen läßt. Und ſo iſt denn ſchon im Voraus durch die Wiſſenſchaft das Ideal einer, nach dem jetzigen Standpunkt der Wiſſenſchaft vollkommnen Geſetzgebung aufgeſtellt, welches zu realiſiren die ewige Aufgabe der fortſchreitenden Menſchheit ſeyn muß. Von ſelbſt ergiebt es ſich daher, daß die Geſchichte der Wiſſenſchaft mit der inneren der Geſetzgebung ſelbſt unzertrennlich verbunden ſey, indem ja einzig nach den Anforderungen, welche dieſe macht, das objektive Recht nach Wahrheit gewürdigt werden kann, wenn auch nicht gefodert werden mag, daß die Schöpfung eines idealen Rechts mit einem Schlage hervorgehe, da der Grad der Cultur und die individuellen Bedürfniſſe eines beſtimmten Volks von der Politik nicht vernachläſſigt werden dürfen. —

Eine zweite Bemerkung, die ich zu machen habe, um das Urtheil billiger Richter zu motiviren, iſt die, daß es meine Abſicht war, nur die erſten Grundzüge einer ſolchen innern Criminalrechtsgeſchichte zu liefern, und daß Ausführlichkeit und eine auch nur relative Vollſtändigkeit gänzlich auſſer meinem Plane lagen. Nur Umriſſe ſollten geliefert werden, die bei den ſo äuſſerſt nothwendigen Vorleſun-

gen über Geſchichte des peinlichen Rechts von einigem Nutzen ſeyn könnten.

Wegen der Form aber, in welcher ſie hier erſcheinen, wird man mich entſchuldigen, wenn man bedenkt, wie wenig überall noch vorgearbeitet war, und wie weit mehr Rückſichten daher die Materie ſelbſt als die Form erforderte.

Mit Grunde glaube ich mich übrigens der Mühe zu überheben, etwas über die Nützlichkeit und Nothwendigkeit eines Werkes hinzuzufügen, wovon die gegenwärtige Arbeit freilich nur Andeutung, wozu ſie nur ſchwacher Verſuch iſt. Die Stimme competenter Richter hat längſt über dieſen Punkt entſchieden. Und wer möchte vorzüglich im jetzigen Moment der Zeit, wo alle alten Formen zerfallen, und Deutſchland von einer fremden Macht Recht und Geſetze empfängt, nicht jedes Werk entſchuldigen, worin die Erinnerung an einige der Denkmähler aus jener alten Zeit fortlebt, wo Deutſchland das koſtbare Vorrecht der Autonomie genoß, und Geſetze und Gerichte den Charakter des heimiſchen Urſprungs trugen. Ja, wem auch alle Vaterlandsliebe im Buſen erloſchen, wer faßte nicht wenigſtens ein weltbürgerliches rein menſchliches Intereſſe für die Beſtrebungen eines Volks, die Forderungen des Rechts zu objectiviſiren und ein Reich der Ordnung und der Gerechtigkeit zu gründen, eines Volkes, das unter ſo mancher Schmach und Erniedrigung dennoch in ſo mancher Rückſicht ſo groß, ſo einzig, ſo unerreichbar da ſteht.

Alles aber, was über den Nutzen, die Nothwendigkeit, die Vortrefflichkeit und die Art der Bearbeitung der Rechtsgeſchichte geſagt werden könnte, iſt zuſammengefaßt in folgenden trefflichen Worten eines Mannes, der als Begründer und Bebauer der Criminalrechtswiſſenſchaft die gerechteſten Anſprüche auf den unſterblichen Dank ſeiner Nation hat:

„Ein wichtiges Band zwiſchen Jurisprudenz und Erfahrung — ſagt er — knüpft die Geſchichte, und zwar zunächſt diejenige Geſchichte, welche das Recht ſelbſt zu ihrem Gegenſtande hat, und daher Geſchichte des Rechts oder der Rechte heißt. Alles Poſitivrechtliche, als eine Thatſache der Erfahrung, iſt unterworfen dem groſſen ewigen Naturgeſetze der Cauſalität, und, als etwas Entſtandenes, ein Produkt der Zeit, und in ſo ferne in nothwendigem Nexus an frühere Thatſachen, an eine lange ununterbrochene Kette von Urſachen und Wirkungen angeknüpft. Aus demjenigen, was einſt als Recht gegolten hat, iſt hervorgegangen das jetzt geltende Recht, und dieſes iſt nur darum das, was es iſt, und wie es iſt, weil das Alte, indem es veraltete, das Neue geboren hat. In der Vergangenheit von Jahrtauſenden liegt der Keim zu der Geſezgebung, der wir jetzo dienen. Der Keim mußte verweſen, damit die Frucht entſtünde: kann ich aber das Daſeyn der Frucht begreifen, ohne von ihrem Seyn zu ihrem Werden, und von ihrem Werden zum letzten Grund ihres Werdens zurückzugehen? Nur der

Geiſterpöbel ſteht gaffend vor dem, was iſt, und ſieht nichts weiter und will nichts weiter ſehen, als daß es iſt: aber das, wie? und das, warum? hat jeder Geiſt von beſſerer Art ſich vorbehalten. So wie ihm die Weltgeſchichte den gegenwärtigen Zuſtand unſres Erdballs und des Menſchengeſchlechts aus den Begebenheiten und Revolutionen aller frühern Zeiten erklären und hiſtoriſch begründen ſoll; ſo ſoll ihm die Geſchichte der Rechte den gegenwärtigen Zuſtand derſelben aus ihren vorhergehenden Zuſtänden nach ihrem innern pragmatiſchen Zuſammenhange ableiten, erklären, begreiflich machen und begründen. Sie, dieſe Geſchichte des Rechts, iſt alſo nicht eine Chronik der Veränderungen in dem Aeuſſern der Geſetzgebung, nicht eine hagre geiſtloſe Chronologie von Geſetzen und Verordnungen; ſondern ſie iſt eine pragmatiſche Darſtellung der Veränderung der Rechte und Rechtslehren, alſo die Geſchichte der verſchiednen Verſuche und Fortſchritte in der poſitiven Darſtellung des Vernunftgeſetzes der Gerechtigkeit. Nach dieſem Geſichtspunkte iſt ſie ein Blatt aus der großen Geſchichte der Menſchheit, und muß, eben weil ſie die Geſchichte des Heiligſten, der Gerechtigkeit ſelber, iſt, jedem Menſchen als vernünftigem Geiſt in demſelben Grade ehrwürdig ſeyn, in welchem ſie dem Rechtsgelehrten, als die nothwendige Bedingung des Fortſchreitens in ſeiner Wiſſenſchaft, unentbehrlich iſt. Ihr Verhältniß zur Dogmatik des Rechts iſt ſo innig, daß dieſe ohne ſie nicht nur nicht begriffen, ſondern

nicht einmal in vielen ihrer wichtigſten Hauptheile verſtanden werden kann, da eine bedeutende Menge juridiſcher Begriffe ihre Merkmale aus der Geſchichte entlehnen, und alſo das Hiſtoriſche in das Dogmatiſche ſelbſt herüberziehen muß. Die Rechtsgeſchichte aber führt den Rechtsgelehrten nothwendig noch weiter zurück zum Studium der politiſchen Geſchichte des Volks, deſſen Rechte ſie zum Gegenſtande hat. Denn wie könnte ſie pragmatiſch ſeyn, ohne die Kenntniß von den Veränderungen in der Staatsverfaſſung dieſes Volks, ohne Notiz von den Revolutionen in deſſen äußerem und innerem Zuſtande, in deſſen Charakter und Sitten, ohne Einſicht in die Entwickelung ſeiner Kultur, zu welcher es ſich unter dem Einfluſſe höherer Urſachen allmählig fortgebildet hat? *)." —

Und ſo würde ich für dieſen Verſuch, das, was für die Geſetzgebungsgeſchichte eines fremden Volks von Deutſchen bereits mit ſo glücklichem und belohnendem Erfolge geleiſtet worden iſt, auch für einen Zweig der vaterländiſchen zu unternehmen, mich mehr als belohnt finden, wenn der Eifer für das Studium der deutſchen peinlichen Rechtsgeſchichte von Neuem dadurch angeregt, und dieſe Skizze bald durch ein gröſſeres umfaſſenderes Werk verdrängt würde. —

*) S. Feuerbach über Philoſophie und Empirie in ihrem Verhältniß zur poſitiven Rechtswiſſenſchaft. Landshut 1804. S. 42. u. fg.

Einleitung.

Vielleicht giebt es keine Geſetzgebung, welche ſo treu den Charakter des Volks ausſpräche, aus deſſen Mitte ſie hervorgieng, welche ſo rein ſubjektiv wäre, als die urſprünglich Deutſche aus jener alten Zeit, wo allein deutſches Recht und deutſche Sitte galt, und wo man das Fremde noch nicht höher achtete, als das im Schooße des Vaterlandes Geborne. Unverkennbarer aber, als irgend ein andrer Theil dieſer Geſetzgebung, trägt die altdeutſche peinliche Geſetzgebung, die Organiſazion der peinlichen Gerichte, und des gerichtlichen Verfahrens in peinlichen Sachen, dieß Gepräge der Nationalität; und es ſcheint daher, als müſſe ein Geſchichtſchreiber des deutſchen peinlichen Rechts, vorzüglich ſolche Ruhepunkte zu Hauptabſchnitten ſeiner Arbeit auswählen, auf denen man ein Produkt des unaufhörlich fortgährenden innern Bildungsproceſſes der Nation rein und bedeutend hervortreten ſieht. Zu dürftig ſind freilich die Nachrichten, zumahl aus der älteren Geſchichte Deutſchlands, welche uns durch eine lange Reihe von Jahrhunderten aufbehalten worden ſind, als daß wir durchaus das innere Bilden und Wirken der Kräfte beobachten könnten; allein es genügt hier, wo nicht eine Bildungsgeſchichte des Volks geliefert werden ſoll, nur die bedeutendſten Erzeugniſſe deſſelben kennen zu lernen. —

In den früheſten Zeiten, über die uns die römiſchen Geſchichtſchreiber einzelne nur und dürftige Nachrichten geben, und mit denen die Geſchichte Deutſchlands

zuerſt für uns beginnt, erblicken wir kaum die erſten Keime einer ſpärlichen Cultur ausgebildet; aber man ſieht in dem Charakter der Nation, ſo wie ihn uns Cäſar und Tacitus ſchildern, ſchon jezt den Grundſtoff, aus welchem ſich das Volk in allen folgenden Jahrhunderten bis zu einem gewiſſen Zeitpunkt ſeine eigne Geſchichte bildete. Wild und kriegeriſch war der Deutſche in jenen Zeiten, Jagd und Krieg ſeine einzige Beſchäftigung. Ackerbau, ja Arbeit überhaupt ward des freien Mannes unwürdig gehalten, und Weibern und Leibeignen überlaſſen. Eine gänzliche Unbeſchränktheit, eine glühende Freiheitsliebe iſt überhaupt der Hauptzug und der Grundton im Charakter des alten Deutſchen. Darum ertrugen ſie nicht, und haßten alles, was auch nur wenig dieſe zügelloſe Ungebundenheit begrenzt hätte, freiwillig allen Vortheilen und Bequemlichkeiten des Lebens entſagend, die eine engere bürgerliche Verbindung gewährt hätte. Daher lebte jede Familie, getrennt für ſich, mit freier unbeſchränkter Gewalt über das Privateigenthum. Ueberall im Frieden, keine Spur von engerer Annäherung, von Bildung eines bürgerlichen Gemeinweſens; keine Strafgeſetze, von einer öffentlichen Gewalt vollzogen, keine Würdigung der Verbrechen in Beziehung auf Gemeinſchädlichkeit oder Gemeingefährlichkeit derſelben. Im Frieden richtete jeder Familienälteſte über die Vergehungen einzelner Familienglieder, wenn andre aus demſelben Vereine dadurch verlezt waren, nach uralter Gewohnheit; und wenn Fremde der Gegenſtand der Verletzung geweſen waren, und keine Entſchädigung durch gütliche Uebereinkunft erhalten werden konnte, ſo ward ſie erzwungen durch die Gewalt der Waffen. Jede Verletzung der Rechte, ſelbſt der wichtigſten und heiligſten, konnte übrigens durch einen Erſatz an Gelde oder Vermögen gebüßt werden. —

Nur in einem allgemeinen Kriege näherten ſich die einzelnen abgeſonderten Familienſtämme einander, und

vereinten ſich zu einem groſſen Ganzen. Gemeinſchaftliche Anführer und Obern wurden ſodann gewählt, es gab jezt ein Nationalintereſſe, die Bewahrung der Freiheit der Einzelnen und Aller gegen den gemeinſamen Feind; es gab Verbrechen gegen die geſammte Nation, Feigheit nehmlich und Flucht vor dem Feinde und Verrath an der gemeinſamen Sache, und dieſe waren es, die nur mit dem Tode gebüßt werden konnten. Doch auch ſolche Verbrecher wurden nur auf Befehl der Gottheit gerichtet, und nur von dem Prieſter wurden dieſe Strafen vollzogen.

Eine zweite Periode beginnt, nach dem nach dem gewaltigen Drängen und Treiben der Völker während der Zeit der ſogenannten groſſen Völkerwanderung ſich die fränkiſche Monarchie gebildet, die bald die meiſten deutſchen Völkerſtämme ihrer Herrſchaft unterwarf. Alle Individuen ſind jezt vom Staatsband umſchlungen, doch erblickt man überall nur das Beſtreben, ſich auch in dieſem engeren Verein die unbeſchränkte Freiheit und das koſtbare Recht der Autonomie zu erhalten. Zwar gab es jezt Gerichte, beſtimmt, die Streitigkeiten Aller zu ſchlichten, und dem wilden Recht der Waffen Schranken und Ziel zu ſetzen, allein nur freie Willkühr war es, die ſich ihren Urtheilsſprüchen unterwarf, da es ihnen an Macht fehlte, ſie zu vollziehen. — Es gab jezt Strafgeſetze, aber nicht Strafgeſetze im einzig wahren Sinne des Worts, beſtimmt, die Begehung von Verbrechen unmöglich zu machen; was man vorher nach alter Gewohnheit als Abtrag für begangne Verletzungen der Rechte eines andern zu entrichten pflegte, hatte jezt nur eine ſchriftliche Beſtimmung gefunden, damit nicht unter der Vermiſchung und engeren Annäherung mehrerer Völkerſchaften die Sitten und Gebräuche der einzelnen untergiengen oder ſich vermiſchten. Häufiger aber als vorher mußten jezt, im engern Zuſammenleben, die Berührungen

und Feindſeligkeiten der Individuen ſeyn, und in der That kann man in den Annalen jener Zeiten Familienkriege und Blutrache und die Ausbrüche der zügelloſeſten Wildheit und Ungebundenheit auf jeder Seite verzeichnet finden. — Zwar ſtrebten wohl einzelne unter den Männern, die mehr mit dem Namen als der Macht der Herrſcher bekleidet waren, den Sturm der im Inneren wüthete zu beſänftigen, die ſtreitenden Elemente mit einander zu vermählen, und feſt ihren Thron auf der Herrſchaft der Geſetze zu gründen; daher ſo manche den Tod drohende Strafgeſetze, daher ſo manche ſtrenge Verordnung gegen die Stöhrer der öffentlichen Ruhe und des Friedens, daher ſo manche in jenen Zeiten herrlich hervorragende Beſtimmungen zur beſſern Organiſation der Gerichte und des gerichtlichen Verfahrens; allein ſelbſt das Genie eines Karl ſcheiterte an dieſem Unternehmen, dem der Geiſt der Zeiten und der Völker entſtand. —

Auch dem folgenden Herrſchergeſchlecht in dem nunmehr ein eignes Reich bildendem Deutſchland, womit ſchicklich eine dritte Periode anheben mag, gelang es noch nicht, die groſſe Aufgabe zu löſen. Vielmehr wurden die Verhältniſſe immer trüber und verworrener, und Stürme von Auſſen und im Inneren verhinderten jede Gründung eines feſt Beſtehenden und Daurenden und zerſtörten wieder was kaum begründet war. — Nicht unbedeutende Schritte hatte Deutſchland zu höherer Kultur unter der Regierung der kraftvollen Ottonen gethan; man hatte es kaum bemerkt, daß es an einer feſten Ordnung, daß es an gültigen Geſetzen fehlte (denn alle aus den Zeiten der Carolinger herübergekommne ſanken unter veränderten Zeitumſtänden immer mehr in Anſehen); aber als bald ſchwächere Herrſcher den Thron beſtiegen, als der verderbliche alles zerſtöhrende Kampf der Hierarchie und des Feudalismus ausbrach, da empfand man nur

deſto

deſto ſchmerzlicher, was bisher nur künſtlich verborgen war, und worüber man ſich ſelbſt getäuſcht hatte. — Deutſchland verſank jezt in die wildeſte Anarchie und Zerrüttung, alle Bande des Staats waren zerriſſen oder aufgelöst, kein Herrſcher mehr an der Spitze, ſondern überall nur wilder ariſtocratiſcher Despotismus, mit ſich ſelbſt und mit der Geiſtlichkeit im Kampfe. Hätte es auch noch Geſetze gegeben, ſie hätten unter dieſen innern Stürmen und Zerrüttungen ihre Kraft verlieren müſſen. Es gab nur Herren oder Knechte, jene ſich ſelber Recht ſprechend durch die Gewalt der Waffen, in Privatkriegen einander befehdend; dieſe der ungebundenſten Willkühr ihrer Herren hingegeben. Kein Mittelſtand noch, in dem ſich die widerſtrebenden Stoffe vereinigt hätten, von dem eine höhere Kultur hätte ausgehen können.

Nichts erwarte man daher weniger im Uebrigen dieſes Zeitraums, als Strafgeſetze und kräftige Vollziehung derſelben. Zwar gab es noch Gerichte, aber ohne Anſehen, denn nur das Recht der Stärke entſchied, und nur freie Willkühr war es, wenn man durch ihren Ausſpruch die Fehde beendigen, die andre aus eigner Kraft führten, und durch ihn den Erſatz für Beleidigungen oder Verletzung von Rechten beſtimmen ließ, den man ſonſt ſelbſt ſo hoch man wollte, anſchlug. Die alte Anſicht nemlich, alle Verbrechen nur als Privatſache zu betrachten, und ſie durch einen Erſatz an Gelde oder Gütern büſſen zu laſſen, hatte ſich durchaus unverändert erhalten; und ſelbſt die in einzelnen Verordnungen gedrohten Strafen an Leib und Leben ſchienen kaum mehr zu ſeyn, als ein Mittel der Gelderpreſſungen, da jeder Uebelthäter ſich von ihnen loskaufen konnte.

Doch in allmähligen Uebergängen bildete ſich in den letzteren Jahrhunderten dieſes Zeitraums ein ſtrengeres Criminalrecht. Vorbereitet war eine politiſche An-

ſicht der Verbrechen, und eine Würdigung derſelben nach dem Grade ihres verderblichen Einfluſſes auf das Gemeinwohl ſchon durch das immer mehr ſich verbreitende römiſche Recht, und nicht anders als begierig konnten die Fürſten und Herren nach erlangter Territorialhoheit eine Anſicht auffaſſen, die, wenn ſie allgemein verbreitet war, ihnen gröſſere Sicherheit und eine unumſchränktere Herrſchaft in ihren neuerlangten Beſitzungen zu gewähren ſchien. Lebens- und verſtümmelnde Strafen und Ehrenſtrafen wurden jetzt in den meiſten Territorien nur in zu reichlicher Menge eingeführt, allein oft ſchienen zwiſchen dem Privatmann und dem Staat nur die Rollen gewechſelt zu ſeyn, der jetzt ſich ſelber die Rache abkaufen ließ, wofür ehmals nur jener die Compoſitionen empfangen hatte.

Strenger und unverbrüchlicher hielt man über einmal eingeführten Strafbeſtimmungen in den allmählig aufblühenden Staaten, ja erhöhte und ſchärfte noch die Strenge derſelben im Fortgang der Zeiten nach momentanen Bedürfniſſen. Hier wurden Verbrechen aller Art nicht mit Gelde gebüßt, nicht das Auftreten eines Klägers abgewartet, um gegen einen notoriſchen Uebelthäter zu verfahren, nicht Fürbitten angenommen, nicht Freiſtätten und Schlupfwinkel geduldet, u. ſ. w.

Auch die Geiſtlichkeit, bemüht, Verbrechen jeglicher Art als Beleidigungen der Gottheit darzuſtellen, um ſich ſo auch die Criminaljurisdiction anzumaaßen, trug nicht wenig zur Verbreitung einer der frühern geradezu entgegengeſetzten Anſicht und zu gröſſerer Strenge und Unabkauflichkeit der Strafen bei, wenn auch ſie ſelbſt nicht mit rühmlichem Beiſpiel voranleuchtete, und nur zu häufig ſelbſt Kirchenſtrafen ſich mit Gelde abkaufen ließ, und durch fromme Geſchenke. —

Die Organiſation der Gerichte und des gerichtlichen Verfahrens beinahe dieſen ganzen Zeitraum hindurch,

war übrigens ganz aus dem Charakter der Nation, aus ihrer unbegränzten Freiheitsliebe, aus ihrer tiefen innigen Religioſität hervorgegangen. Freie, dem Angeklagten am Stande gleiche, und mit der eigenthümlichen Denkart und den Sitten und Gebräuchen dieſes Standes vertraute und ſie ſelbſt theilende Männer, waren die eigentlichen Urtheilsfinder, und nur ihre Ausſprüche waren es, welche der Vorſitzer des Gerichts verkündigen durfte. — Auch das ganze Verfahren war darauf berechnet, die freie Perſönlichkeit eines jeden ſo wenig als möglich zu beſchränken. Darum konnte jeder, gegen den nicht der Augenſchein ſelbſt zeugte, ſich von einer jeden Anſchuldigung durch einen Eid reinigen, wenn er ſich nicht ſchon durch frühere Verbrechen dieſes koſtbaren Vorrechts des freien unbeſcholtnen Mannes verluſtig gemacht hatte. In äuſſerſt wichtigen Sachen ſelbſt, wo auf Leib- und Lebensſtrafen geklagt war, blieb dieſes Vorrecht ungekränkt, und höchſtens wurde, nach dem Grade der Wichtigkeit der Sache, eine gröſſere oder geringere Anzahl von Conpurgatoren erfodert.

Aus eben dieſem Grunde auch ward die Sitte des gerichtlichen Zweikampfs immer allgemeiner und ausgebreiteter; denn in allen den Fällen, wo der Reinigungseid nicht Statt fand, war der Zweikampf für den Angeklagten das einzige Beweismittel der Unſchuld; ſo wie er auch dem Ankläger dazu diente, ſelbſt den Reinigungseid des Beklagten nutzlos zu machen, und die Sache von dem menſchlichen Richterſtuhl ab, vor das Forum der Gottheit zu ziehen. Denn es war vorzüglich auch die religiöſe Anſicht, welche den gerichtlichen Zweikampf, ſo wie alle übrigen Arten der Ordalien immer beliebter und verehrter machte.

So beſtand Jahrhunderte lang eine Organiſation der Gerichte und des Proceſſes, die mit der damaligen Bildung und dem Charakter der Nation durchaus zuſam-

menſtimmte. Aber dieſe aus dem Charakter der Nation ſelbſt hervorgegangnen und durch ihn eigenthümlich gebildeten Formen arteten allmählig aus von ihrer urſprünglichen Reinheit, und nur um ſo fühlbarer wurden dieſe Abweichungen, je bedeutender der Sinn des Volks ſich gewandelt, und eine entgegengeſetzte Richtung genommen hatte. Mit der allmählig erlöſchenden Kraft der Väter und Vorväter erwachte bei den Deutſchen das Bedürfniß, ſich mehr und mehr einander anzunähern, und im engen bürgerlichen Verein ſich gegen die Angriffe der vorigen Ungebundenheit, die noch in Einzelnen in ihrer vorigen Geſtalt fortlebte, zu ſchützen und dieſe zu zügeln. Vor Allem war jetzt eine neue Organiſazion der Gerichte und des gerichtlichen Verfahrens nothwendig. In dem langen Kampfe fremder und einheimiſcher Rechte, unter den häufigen Misbräuchen und dem verderblichen Beiſpiel, welches geiſtliche Gerichte und Weſtphäliſche und andere Vehmgerichte gaben, unter den Beſtrebungen der Anhänger der römiſchen und canoniſchen Rechte, ſich in die Gerichte einzudrängen, und Roms Geſetzgebung Eingang und Anſehen zu verſchaffen, war es unvermeidlich, daß nicht eine Verwirrung, eine Ungewißheit der Rechte, und eine lange Reihe von Mißbräuchen entſtand, die jetzt, da man in engerer Annäherung die Wohlthaten des Friedens und einer bürgerlichen Vereinigung zu genieſſen ſich ſehnte, von Augenblick zu Augenblick unerträglicher und verhaßter wurden. Unter dem kräftigen und feurigen Maximilian war endlich, nach langen innern Stürmen und Zerrüttungen ein allgemeiner Landfrieden geſchloſſen, ein Reichsgericht errichtet worden zur Handhabung deſſelben, und wenigſtens gab es jetzt eine allgemeine Behörde, vor welche die Klagen über Mißbräuche, Ungerechtigkeiten, Bedrückungen der Gerichte, wozu jeder Tag tauſendfache Veranlaſſung gab, gebracht werden konnten, wenn auch die Zeit der Erhörung noch fern war.

Erſt unter Kaiſer Karl V. kam endlich das lange beſprochne und ſattſam berathene Projekt eines allgemeinen deutſchen Criminalcodex zu Stande, und mit ſeiner peinlichen Gerichtsordnung beginnt die vierte, und eine bedeutende Periode in der Geſchichte des deutſchen peinlichen Rechts. Mit einer weiſen, kaum genug zu bewundernden, Beſonnenheit und Umſicht iſt hier Rückſicht genommen auf die Zeitbedürfniſſe des damaligen Deutſchlands, auf die vielfach verſchlungnen ſo ſchwer zu entwirrenden Verhältniſſe, die ſorgſam geſchont werden mußten, wenn nicht der durch eine neue peinliche Geſetzgebung beabſichtigte Nutzen gänzlich unerreicht bleiben ſollte. Doch nicht nur negative, auch ein bedeutendes poſitives Verdienſt wird die Carolina ſtets behaupten; was auch ungerechte und einſeitige Beurtheiler, nur ihre eigne Beſchränktheit dadurch beurkundend zu ihrer Verkleinerung mögen hervorgebracht haben. Die glänzende Lichtſeite der Carolina ſind die mit ſo vieler Klarheit und einer zu dem beſchränkten Faſſungsvermögen der Mehrzahl der Richter ſich herablaſſenden Faßlichkeit entworfnen Beſtimmungen über das gerichtliche Verfahren, vorzüglich jetzt ein dringendes Bedürfniß, da bei der veränderten und vorgeſchrittenen Bildung des Volkes, keine Ordalien, keine Conſacramentalen und Conpurgatoren, kein rein accuſatoriſcher Proceß mehr zu dulden, und den veränderten Zeitumſtänden unangemeſſen ſchien, ja ſelbſt alle dieſe Formen zum Theil ſchon untergegangen, und noch nichts Feſtes und Beſtehendes an ihre Stelle getreten war. Ein inquiſitoriſches Verfahren, wie es ſchon früher in den geiſtlichen Gerichten ausgebildet, und zum Theil auch in weltliche eingeführt war, wie es das Bedürfniß jener Zeiten erfoderte, mußte jetzt eingeführt oder doch als ſchon begründet betrachtet werden. Aber es war hier die ſchwierige Aufgabe, die mit allem Rechte noch einige der denkendſten Rechtsgelehrten unſrer Tage beſchäftigte, es

war die Frage zu löſen, wie die ſonſt ſo heilig gehaltnen Rechte der Perſönlichkeit ſicher geſtellt werden könnten, die nicht wenig durch ein inquiſitoriſches Verfahren gefährdet wurden, und es um ſo mehr wurden, je weniger jene Zeit reich seyn konnte an Männern, welche eine hinreichend tiefe Kenntniß des Menſchen, und eine vielſeitig genug gebildete Urtheilskraft beſaſſen, um ſich nie von der Bahn des Rechten zu verirren. — Vieles ſehr vieles hat der Verfaſſer der Carolina für die Belehrung der ungebildeten und unwiſſenden Richter ſeiner Zeiten geleiſtet, bei der geringen wiſſenſchaftlichen Bildung ſeines Zeitalters, über das er in dieſer Hinſicht nicht unbedeutend hervorragt, und bei ſo äuſſerſt beſchränkten Mitteln. Denn kaum verdienen die aus der trüben Quelle eines Duranti, eines Hippolytus de Marſiliis geſchöpften Arbeiten eines Riederer, eines Tengler, eines Brandt einer Erwähnung. — Wenn nicht ein gleiches günſtiges Urtheil über den zweiten, ſchon an Umfang unbedeutendern Theil der Carolina gefällt werden kann, welcher die Beſtimmungen über Verbrechen und deren Strafen enthält; wenn hier ganz die Anſicht des Zeitalters zum Grunde liegt, welche durch die Geiſtlichkeit zur herrſchenden gemacht war, und welche die Verbrechen als Beleidigungen der Gottheit betrachtete, und daher den Maaßſtab der Strafen nahm, eine Anſicht, die ſelbſt in dem römiſchen Recht, wenigſtens in den frömmelnden Verordnungen eines Juſtinians Beſtätigung und Nahrung fand; wenn ferner ſo Manches dunkel und verworren und ſchwankend iſt; ſo darf man alle dieſe Fehler nur dem Geiſt des Zeitalters, nicht dem Verfaſſer der peinlichen Gerichtsordnung vorwerfen, ja man muß ihm die meiſten derſelben zum Verdienſt anrechnen. Hätte er ſich auch weit über ſein Zeitalter und die herrſchenden Anſichten deſſelben emporgeſchwungen; eine

peinliche Geſetzgebung, die ſich allgemeine Gültigkeit in den Gerichten verſchaffen wollte, mußte dennoch die Farbe dieſes Zeitgeiſtes und dieſer Anſichten tragen. Es mußte ferner manches ſchwankend und unbeſtimmt gelaſſen, es mußte oft ſelbſt auf die fremden Rechte, es mußte auf den Rath der Rechtsverſtändigen verwieſen werden, um ſo, bei noch nicht beendigtem Kampfe zwiſchen den vaterländiſchen und fremden Rechten, beide Partheien für die neue Geſetzgebung zu gewinnen. Ja auch der Beifall der Reichsſtände mußte gewonnen werden, die unbegrenzt eiferſüchtig auf die kaum erlangte Territorialhoheit, ſich kaum durch eine vorausgeſchickte ſalvatoriſche Clauſel gedeckt glaubten, und ihnen Raum gelaſſen werden zu nähern Beſtimmungen. — Eine andere Behandlungsart würde das ganze mühſame Werk nur nutzlos gemacht haben. In allmähligen und leiſen Uebergängen mußte das Volk zum Beſſern geführt werden, das noch ſo wenig von Schriftſtellern vorbereitet und zu höherer Cultur erzogen war. —

Und dennoch hatte die Carolina, auch in dieſer den Bedürfniſſen der Zeit genau angepaßten Geſtalt mit unendlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, um ſich Eingang in die Gerichte zu verſchaffen. Noch nicht ſo gänzlich waren im Vorſchreiten der Zeit und der Bildung die uralt deutſchen Sitten untergegangen, daß nicht, bei aller herrſchenden Hinneigung zur größten Strenge ja Grauſamkeit der Strafen, dennoch die alte Sitte, um Strafen zu handeln und ſie einzig als Sache des Privatmanns zu betrachten in ganzen Provinzen Deutſchlands, vorzüglich den nördlichſten, allgemein fortgedauert hätte. — Mit nicht zu vorkommender Liebe ward auch aus ſo eben angedeuteten Gründen die Carolina in den Territorien der deutſchen Fürſten und Herren aufgenommen. Vieles trug zu dieſem Widerwillen auch die vornehme Verach-

tung bei, womit die Romaniſten, in der damals blühendſten Periode ihres Anſehens und Einfluſſes, auf das Produkt eines deutſchen Mannes herabſahen. Wahrſcheinlich würde die Carolina, ſelbſt funfzig Jahr nach ihrer erſten Erſcheinung, auch nicht das beſchränkte Anſehen erlangt haben, welches ihr dennoch endlich, trotz aller Hinderniſſe zu Theil ward, wenn ſich nicht einige jener Männer herabgelaſſen hätten, dieſem Erzeugniſſe deutſcher Tiefe und Beſonnenheit ein römiſches Gewand zu leihen, und ſie im Geſchmack der alten Gloſſatoren mit oft höchſt geſchmackloſen Erläuterungen zu verſehen. Alles was überhaupt von dieſen Männern und ihren Geiſtesverwandten geſchah, blieb weit zurück hinter dem, was in der Carolina bereits mit glücklichem Erfolg geleiſtet war.

So ward denn in der That erſt ſpät das Gute bewirkt, das durch die Aufnahme der Carolina ſogleich hätte erreicht werden können; nehmlich die Verbeſſerung der Gerichte und des gerichtlichen Verfahrens. Den Grundſätzen derſelben über Verbrechen und Strafen huldigte man ſchon früher und nur zu ſehr, und ſelbſt die groſſen Ereigniſſe der damaligen Zeit konnten dieſe Anſicht nur noch tiefer gründen. Der unglückſelige Religionskrieg entflammte alle Gemüther, und lieh Allem eine religiöſe Beziehung. Leicht zu erklären iſt daher die Erſcheinung, daß gerade in den Zeiten der Reformation, und ſelbſt in proteſtantiſchen Ländern Hexenprozeſſe, Verfolgungen der Ketzer u. ſ. w. am häufigſten waren. Und gerade in dieſen Prozeſſen war es, wo man zur Ehre Gottes, alle Formen vernachläſſigen, wo man mit den grauſamſten Martern das Geſtändniß des unbeſcholtenſten, von keinen Indicien beſchwerten Mannes erpreſſen, wo man ſich Unmenſchlichkeiten jeder Art erlauben zu dürfen glaubte. —

Keineswegeſ möchte man alſo einſtimmen in die herabſetzende Urtheile derjenigen, deren Meinung zu folge die Carolina hinter ihrem Zeitalter zurückblieb. Vielmehr würde uns der Ausſpruch gefallen, daß ihr Zeitalter noch nicht reif war für ſie. Viele unglückliche Umſtände vereinigten ſich freilich, die Fortſchritte zu einer höhern Cultur im Felde des Criminalrechts und der Criminalrechtswiſſenſchaft zu verzögern. Auch im 17ten Jahrhundert ſollte Deutſchland noch nicht zu innerer Ruhe und Feſtigkeit gelangen. — Schon im Jahr 1495 war ein allgemeiner Landfrieden errichtet worden, aber ein Götz von Berlichingen, ein Franz von Sickingen, ein Albrecht von Brandenburg-Kulmbach ſind groſſe auffallende Beiſpiele, wie feſt der Adel am herrlichſten Kleinod altdeutſcher Freiheit hieng. Die Anſtrengungen dieſer unter ihren Zeitgenoſſen ſo groß und ernſt hervorragenden Männer waren es auch, die dem geſammten Reich, das nie karg war mit ſchriftlichen Beſchlüſſen, eine neue Aufrichtung des Landfriedens zu Augsburg im Jahr 1548 abnöthigten; womit auch nach und nach das Fauſtrecht gänzlich hinzufallen ſchien. Aber ein andres nicht minder fürchterliches und verheerendes Uebel trat bald an ſeine Stelle. Ins Ausland ſtrömte jezt der wilde kriegeriſche Adel, da er in der Heimath nicht mehr die Befriedigung ſeiner Lieblingsneigungen fand, und ihm die heimiſche Exiſtenz unerträglich ward. Frankreich und Italien, die Niederlande und Schottland, waren jezt die vornehmſten Schaupläze wo deutſche Fürſten und deutſcher Adel, um Geld ſich verdingend, den alten Thatendurſt zu ſtillen ſuchten. Doch nach dem Ende eines jeden Krieges wurden dieſe kriegeriſchen unbändigen Schaaren entlaſſen, und Raub und Gewalt und Zügelloſigkeiten jeder Art waren es dann, womit ſie den Weg in ihre Heimath bezeichneten. Daher die Verfügungen der Reichsexekutionsordnung vom Jahr 1555 und zum Theil auch

des Reichsabſchiedes vom Jahr 1559, die einzig beſtimmt waren, den Plackereien dieſer gefährlichen Reiſigen und Fußknechte ein Ende zu machen. — Im Anfang des 17ten Jahrhunderts brach endlich ein alles verheerender Krieg mit ſeinen dreyſſigjährigen Schrecken und Gräueln ein, und Deutſchland war und blieb ein Schauplatz der wildeſten Zerrüttung und Verwirrung, von dem Recht und Geſetze hinwegflohen, und wo die Gewalt ſich ungeſtraft allen wilden Ausbrüchen der Ungebundenheit überließ.

Wenig oder gar nichts konnte alſo in dieſem langen Zeitraum geſchehen, für die Beförderung und Verbeſſerung der Criminaljuſtiz. Alle Polizeianſtalten lagen darnieder, das Bedürfniß von Zuchthäuſern, von Arbeitshäuſern, von guteingerichteten Gefängniſſen empfand man noch gar nicht; grauſame und unmenſchliche, alberne und zweckwidrige Strafen waren im Gange, und leider war auch in der Wiſſenſchaft kein Heil und keine Heilung für alle dieſe Gebrechen zu finden.

Denn kein groſſer und ausgezeichneter Mann war noch aufgeſtanden, der ſich über ſein Zeitalter erhoben, der eine peinliche Rechtswiſſenſchaft begründet, und ſie weit vor der Geſetzgebung hätte vorauseilen laſſen, die in ruhigeren Zeiten und unter glücklicheren äuſſern Verhältniſſen dann um ſo ſchneller und freudiger ſich zum vorgezeichneten Beſſeren würde emporgehoben haben. Zwar ſtand jetzt eine lange Reihe von Commentatoren und Bearbeitern der Carolina auf, aber der Geiſt, in welchem ſie arbeiteten, wenn den meiſten ihrer tollen Ausgeburten überall ein Geiſt beygelegt werden kann, verdient es nicht, daß ihre Namen in einer Geſchichte der peinlichen Rechtswiſſenſchaft verzeichnet werden. Selbſt der Name eines famöſen Carpzov kann weniger

der Verdienſte dieſes Mannes wegen Anſpruch auf einen Platz darin machen, als wegen ſeines unermeßlichen Einfluſſes, und des literariſchen Despotismus, den er über Mitwelt und Nachwelt ausübte. — Weniger durch Religioſität, als durch eine abgeſchmackte Bigotterie ſich auszeichnend, war er der unverſöhnliche und unermüdete Feind der Hexen und Ketzer, war er es, der den deutſchen Kriminalprozeß zu einem Gewebe von Albernheiten und Grauſamkeiten machte, der die Theorie von delictis exceptis erfand, der das Anſehen und die Gültigkeit der moſaiſchen Geſetze vertheidigte; kurz, alles was er that, war mehr ein Zurückſchreiten, als ein Fortſchreiten in der Kultur zu nennen. Man hat in ſpätern Zeiten ſchon genug geſagt zu haben geglaubt, um ein unbedingtes Verdammungsurtheil über Carpzov zu rechtfertigen, wenn man mit Oldenburger von ihm erzählte, daß er allein 20000 Todesurtheile gefällt habe. Allerdings erbebt die Menſchheit vor dieſer Barbarei, aber man hat in einer, glücklicher Weiſe nun vorübergegangenen, ſiegwartiſirenden Periode nur zu oft vergeſſen, daß dieſe zum Theil nicht Carpzov, ſondern den beſtehenden Geſetzen zuzurechnen ſey, unter deren Ausſprüche er ſich beugte, wie es jeder Richter, trotz eigener beſſerer Ueberzeugung, und eines ſich empörenden Gefühls ſoll. Vielmehr möchte dieß, und nur dieß die Lichtſeite in Carpzov's Treiben und Wirken ſeyn. Was er geſchadet, liegt vielmehr in dem verderblichen den Geiſt lähmenden Einfluß und der Authorität, die er bei den Richtern ſeiner und der folgenden Zeiten erhielt, liegt darin, daß er die beſſeren das gerichtliche Verfahren betreffenden Verordnungen der Carolina, entſtellte und verfälſchte, und dieſer verfälſchten Darſtellung ein geſetzliches Anſehen verſchaffte, daß er die mangelnden oder ſchwankenden Beſtimmungen derſelben über Verbrechen und Strafen auf eine Art ergänzte oder erläuterte, wie ſie der dunkelſten Zeiten des Mittel-

alters würdig war. Und ſo konnte denn auch das ganze ſiebzehnte Jahrhundert hindurch weder Kriminaljuſtiz noch Kriminalgeſetzgebung ſich reinigen von alten Flecken und glänzender wiedergeboren werden.

Erſt mit dem Anfang des achtzehnten Jahrhunderts begann man nach und nach ſich loszuwinden von den Feſſeln des Hiſtoriſchgültigen, und die Vernunft ſtrebte jezt, dem Glauben die wankende Herrſchaft zu entreiſſen. Mit dieſer Epoche beginnt auch der fünfte und lezte Zeitraum in der Geſchichte des peinlichen Rechts und der peinlichen Rechtswiſſenſchaft: langſam und in allmähligen Bildungen erzeugten ſich die noch jezt beſtehenden Geſtalten. Eine glückliche äuſſere Ruhe und ein tiefer Frieden gewährte Deutſchlands Fürſten die Möglichkeit und die Mittel, für Erweckung und Verbreitung einer höhern Cultur in ihren Territorien thätig zu ſeyn. Neue Polizeyanſtalten wurden gegründet, alte verbeſſert, unzweckmäſſige Strafen abgeſchaft, und ſelbſt gegen die Barbarey der Verfolgungen der Hexen, Ketzer, u. ſ. w. erhob jezt muthig ein Thomaſius die Stimme mit glücklicherem Erfolge, als es früher ſchon ein Friedrich Spee, und einige andere wackere deutſche Männer thaten. Immer entſchiedner wurde im Fortgang der Zeiten und der Bildung der Sieg des Lichtes. Die Schriften eines Voltaire, eines Montesquieu, eines Beccaria und unſeres von Sonnenfels erſchienen, und bewirkten eine neue wohlthätige Revolution, und die Abſchaffung mancher drückender Mißbräuche. Vor allem gehört dahin die Aufhebung oder Beſchränkung der Tortur, der Reinigungseide, der Urpheden, u. ſ. w. Nicht nur erſchienen auch in einzelnen Ländern einzelne Verordnungen gegen mehrere am meiſten im Schwange gehende Verbrechen, ſondern auch ganze Geſetzgebungen, aber alle mehr oder weniger die Abkunft von der Carolina

verrathend, alle, ſelbſt die Geſetzgebung eines Friedrichs, ſelbſt die Thereſiana und Joſephina, auf demſelben Standpunkt erſcheinend, wie die Carolina, alle die unglaublichſte Vermiſchung des Rechts mit der Moral, des Sinnlichen mit dem Ueberſinnlichen auf jeder Seite beurkundend.

Und leicht laſſen ſich alle dieſe Erſcheinungen der Zeit, alle dieſe Mißgriffe erklären, aus dem Zuſtande der Erbärmlichkeit, worin noch immer die Rechtswiſſenſchaft befangen war, und den leider auch die peinliche Geſetzwiſſenſchaft theilte. Manches war zwar ſchon geſchehen; einige aufgeklärte Männer hatten den blinden Glauben an die Verbindlichkeit der moſaiſchen Geſetze zu zerſtören geſucht, und mit nicht unglücklichem Erfolge. Zahlloſe Schriftſteller über Criminalpolitik waren, geweckt durch einige groſſe Köpfe des Auslandes, aufgeſtanden, aber Abſchaffung der Tortur, Rechtmäſſigkeit oder Unrechtmäſſigkeit der Todesſtrafe, das waren die einzigen Gegenſtände ihrer Verhandlungen, und nur zu oft wurden rechtliche Unterſuchungen mit „Brühen des Gefühls" durchwäſſert. Einen ſehr verderblichen Einfluß hatte dieſe Schriftſtellerei im Gebiet der Criminalpolitik, wobey es oft mehr darauf abgeſehen war, einige empfindſame Herzen ungemein zu rühren, als durch juridiſche Gründe zu überführen, und eine lebendige Ueberzeugung hervor zu rufen, auf die Bebauung der peinlichen Geſetzwiſſenſchaft, ja einer peinlichen Rechtswiſſenſchaft, deren Entſtehung dadurch verzögert wurde. Denn dem Zeitgeiſt und der allbeherrſchenden Mode fröhnend, ſannen jetzt deutſche Criminaliſten, des den Deutſchen ſo wohl ziemenden Ernſtes vergeſſend, nur auf ſophiſtiſche Künſte, wie ſie den harten Buchſtaben der beſtehenden Geſetze verdrehen könnten; ja wo ſie verlaſſen waren von allen dieſen Künſten, da beriefen ſie ſich auf das

Gefühl, und auf Unmenſchlichkeiten und dergleichen. Wahrlich einen herrlicheren Contraſt hätte es nicht geben können, als einen Criminalrichter, aus alter ernſter Zeit, wo man ihn nur unter dem Bilde eines griesgramigen Mannes, mit finſterm funkelndem Blick, mit übereinander geſchlagnen Beinen, vorſtellte, und nun ihm gegenüber eines der empfindelnden mit der Mondſcheinsinfluenza behafteten Männchen, das ſich auch einen Criminalrichter nannte.

Und ſo glaubte man denn alles und das Höchſte gethan und geleiſtet zu haben, wenn man nur gegen Tortur, gegen Todesſtrafen, gegen Barbarei, gegen Unmenſchlichkeiten declamirte, unbekümmert, in wie weit die Ausſprüche des Rechts dieſe Ausbrüche eines oft erkünſtelten Gefühls billigten, in wie weit die Sicherheit des Staats damit beſtehen könne; Verirrungen, die um ſo leichter zu begreifen ſind, je weniger man noch in jenen Zeiten daran gedacht hatte, Recht und Moral von einander zu ſcheiden. Alle Geſetzgebungen, die in dieſem Zeitraum hervorgiengen, tragen dieſen Charakter, alle ſind ſie verkrüppelt aus der bildenden Hand des Zeitgeiſtes hervorgegangen. Todesſtrafen wurden abgeſchafft oder höchſt beſchränkt, aber das Bedürfniß den Staat ſicher zu ſtellen, führte dann wiederum zu Grauſamkeiten, die alle Qualen des Todes überwogen. Von gereinigten durch Criminalrechtsphiloſophie geläuterten Begriffen findet man in ihnen keine Spur. Verbrechen werden als Beleidigungen der Gottheit betrachtet, der Grad der Sünde zum Maasſtab der Strafen genommen, und dieſe im concreten Fall nach dem Grade der Moralität oder Immoralität des Verbrechers modificirt! —

Erſt im letzten Decennium des verfloſſenen achtzehnten Jahrhunderts konnte eine Criminalrechtswiſſenſchaft geboren werden. Die Wiedergeburt der Philoſophie gab

allen Wiſſenſchaften ein neues Leben und beſeelte die Todten. Auch die Rechtswiſſenſchaft erwachte aus langer Lethargie zu regem Leben. Recht und Moral wurden geſchieden, und eine ſelbſtſtändige Rechtswiſſenſchaft wurde jetzt begründet. Jetzt war der glückliche Zeitpunkt auch für die Criminalrechtswiſſenſchaft gekommen. Mehrere geiſt- und kenntnißreiche Männer widmeten ſich ihrem Studium. Theorien wuchſen hervor in zahlreicher Menge. Die gehaltleeren ſind bald untergegangen im Strom der Zeiten. Durch den langen und hartnäckigen Kampf der übrigen, die ſich durch geiſtreiche Anſichten, die ſich durch innere Ründung und Beſchloſſenheit, durch höchſte Conſequenz, durch Vereinigung der Pſychologie mit der Rechtsphiloſophie auszeichneten, konnte die Wahrheit nur gewinnen. Die Wiſſenſchaft ſteht jetzt in hoher Ausbildung vor uns da, in ernſtem Streben zur Vollendung, zum Ideale. Es zu erreichen, wird ihr vielleicht nie gelingen, wegen ihrer innigen Verbindung mit der Pſychologie, die niemals die höchſte Stufe der Vollendung erſteigen kann.

Und ſo muß es denn ernſtes Streben der Geſetzgebung ſeyn, das Ideal einer peinlichen Geſetzgebung, wie es die Criminalrechtswiſſenſchaft auf dem jetzigen Standpunkt ihrer Vollendung aufſtellt, zu realiſiren. Der Zuſtand des ſchwankenden Rechts muß aufhören, die heiligſten Rechte der Bürger müſſen der Willkühr der Richter entriſſen werden, dürfen nicht mehr das Spiel einer oft ungerechten Menſchlichkeit ſeyn. Eine peinliche Geſetzgebung muß geſchaffen werden, die mit der Criminalrechtsphiloſophie im engen Bunde ſteht, welche dem Richter keinen Raum, keine Beſchönigung verderblicher Willkühr übrig läßt. Alle Anſtalten müſſen getroffen werden, um dieſen Geſetzen Anſehen und Gültigkeit zu verſchaffen, und unverbrüchlich zu erhal-

ten.— Groſſe bedeutende Anforderungen ſind es, die in dieſer Hinſicht an die Staatspolizei ergehen.

Wenig von allem dieſen geſchah bisher noch in Deutſchland, und konnte geſchehen. Erſt neuerlich iſt eine glücklichere Periode eines kräftigern Wirkens, eines raſchen unaufhaltſamen Fortſchreitens zum Höheren und Beſſeren für Deutſchland angebrochen. Schon haben mehrere Herrſcher, deren Namen auch auſſer den Grenzen ihrer Staaten jeder Deutſche mit Verehrung nennt, das Project einer neuen mit der Criminalrechtsphiloſophie und dem Geiſte des Zeitalters im Bunde ſtehenden peinlichen Geſetzgebung gefaßt. Daß es werde vollführt werden, dafür bürgen uns die Namen dieſer Herrſcher, dafür bürgen uns die Namen der Männer, die ſie mit Weisheit zur Vollführung ihrer erhabnen Pläne ausersahen, von Männern die ſelbſt als Heroen der Wiſſenſchaft glänzen.— Darum dürfen denn mehrere Staaten Deutſchlands ſich freudig der Hoffnung hingeben, bald vollendete peinliche Geſetzgebungen zu erhalten, würdige Muſter und Vorbilder für die übrigen zu ernſtem Streben und Nacheifern.

Uns aber liegt es jetzt ob, die eben gelieferten Andeutungen zu ergänzen, und nach den Umriſſen dieſer Einleitung das Gemälde auszuführen.

Erſte

Erſte Periode.

Von den älteſten Zeiten bis auf die groſſe Völkerwanderung.

Die älteſten ausführlichen Nachrichten über Germanien, und die Völker, die ſich auf dieſem weiten Schauplatz umhertrieben, verdanken wir Cäſar, dem Erobrer Galliens, und Cajus Cornelius Tacitus, dem Zeitgenoſſen Trajans. Früher zwar ſchon reden griechiſche und römiſche Geſchichtſchreiber und Geographen von dieſen Bewohnern des Nordens, die ſie unter dem allgemeinen Namen der Skythen und Kelten begreifen; allein aus dieſer fabelhaften Allgemeinheit hiſtoriſch treue Nachrichten über ein beſondres Volk ſchöpfen zu wollen, wäre vergeblich. Ohne uns alſo in das graueſte Alterthum Germaniens zu verirren, wollen wir nur von der Zeit anfangen, und aus ihrer Geſchichte das unſerm Gegenſtand Verwandte ausheben, wo die Römer nach vieljährigem Krieg und Handelsverkehr die germaniſchen Völkerſtämme kennen gelernt hatten, und uns ein in den Hauptzügen treues Bild von ihnen entwerfen konnten.

Dürftig und im höchſten Grade mangelhaft ſind freilich die Nachrichten, die uns Cäſar über Germanien mittheilt; — Tacitus Gemälde iſt detaillirter, doch auch nur in kühnen kräftigen Umriſſen mit männlich ſichrer Hand hingeworfen, ohne alle Schattirung beinah, von Vielen ein Phantaſiegemälde genannt, beſtimmt von ihm einzig zum Contraſt mit der ihn umgebenden Wirklichkeit!

Wir können nicht eingehen in dieſen Streit, ohne uns zu ſehr von unſerm Gegenſtand zu verirren. Glück-

licherweiſe können wir auch dieſer Weitläufigkeit überhoben ſeyn, denn Tacitus Nachrichten über die Verfaſſung und Sitten der germaniſchen Völkerſchaften ſind mit dem Karakter einer innern Wahrſcheinlichkeit geſtempelt, und wir dürfen daher den Mann vergeſſen, dem wir ſie verdanken.

Denn ſie enthalten nur Belege zu den allgemeinen Principien, die ſich aus der Natur der Sache entwickeln laſſen. Sehen wir auf den Zuſtand der Dinge, wie er bei dieſen Völkern auf der Stufe der Entwickelung, auf welcher ſie damals ſtanden, ſeyn konnte und mußte, ſo wird uns Cäſars und Tacitus Erzählung von den Sitten und der Verfaſſung unſrer Verfahren in den meiſten Punkten als glaubwürdig erſcheinen.

Wo ſich noch nicht die künſtlich verwickelte Maſchine des Staats gebildet hat, wo nicht ſowohl ein bürgerlicher als ein Familienverein ſich findet, kurz bei jedem kriegeriſchen, oder nomaden und hirtenmäſſig zuſammenlebenden Volke, das noch durch keinen Sieger bezwungen, und in bürgerliche Verhältniſſe gezwängt wurde, werden ſich keine ausdrücklichen Geſetze finden, denn es fehlt an einer höchſten Gewalt, die ſie geben und vollziehen könnte. Nur Gewohnheiten, über deren treue Beobachtung man ſtillſchweigend übereingekommen iſt, weil ihr Urſprung ſich in fernen Jahrhunderten verliert, oder weil man ihren wohlthätigen und nützlichen Einfluß erfuhr — eine mehr göttliche als menſchliche Geſetzgebung endlich, trift man bei den Völkern, die auf einer noch niedrigen Stufe der Cultur und in der Kindheit der Entwicklung ſtehen.

Ein Beiſpiel davon bieten uns die Bewohner des alten Germaniens in den älteſten Zeiten dar. Damals bildeten ſie noch keinen groſſen monarchiſchen Staat; getrennt und abſichtlich ſich ſondernd lebten die einzel-

nen Völkerſtämme in einer Art von Verfaſſung die aus Ariſtocratie und Democratie gemiſcht war. Einen allgemeinen Obern hatten ſie während des Friedens nicht; Jeder vereinigte in ſeiner Wohnung als Familienvater alle Zweige der höchſten Gewalt in ſich: er war Geſetzgeber und Vollzieher ſeiner Geſetze, ja Prieſter. — Doch wurden auch Schiedsrichter in den Provinzen und Gauen aus den Vornehmern und Angeſehenern (principes regionum atque pagorum) erwählt, die Verbrechen ſtraften und Streitigkeiten ſchlichteten, aber ihre Gewalt erſtreckte ſich nicht über Leben und Tod, der auſſer dem Kriege niemals verhängt wurde.

Anders aber war es, wenn ihnen ein Krieg drohte, oder ſie ſelbſt ihn erheben wollten. Dann wurden allgemeine Verſammlungen gehalten, auf welchen die beiden Stände, die das Volk bildeten, erſchienen, die Edlen (principes), und die Gemeinen oder Wehren (plebs, turba), Oberbeamte und Heerführer wurden gewählt. Ueber ihnen noch ſtanden ſogenannte Prieſter, Sacerdotes, wie ſie Tacitus nennt. Nur dieſen war es erlaubt, nicht jenen, zu ſtrafen, zu binden, zu züchtigen.

Die Heerführer herrſchten, nach Tacitus Zeugniß, mehr durch Beiſpiel und durch Bewunderung, die ihre Thaten geboten, als durch Befehl. Ihnen konnte keine Gewalt über Leben und Tod eingeräumt ſeyn, der freie ungebändigte Geiſt der Nazion empörte ſich gegen jede Despotie des Menſchen über den Menſchen. Nicht auf Geheiß des Heerführers daher, nicht aus eigner Macht richteten und ſtraften ſelbſt die Prieſter; ſie verdankten dieſe Gewalt nur dem kindlichen Glauben, der ſie als Mittler verehrte zwiſchen dem Volk und der Gottheit, die ihre Kinder hinausbegleitet in die Heerſchlacht, die dem Feigen, dem Verräther zürnt, und ihn durch die

Hand der Prieſter, ihrer Diener, ſtraft. [a]) — Während des Krieges hörte auch die Gewalt der Richter in den Gauen und der Familienväter auf. — Alles gehorchte dann den Prieſtern, den Organen der Gottheit, alle Familienvereine löſten ſich dann auf in einen Nationalverein.

Unumſchränkt war die Gewalt dieſer Prieſter; ſie durften ſelbſt den Tod verhängen. Doch wurden nur ſolche Verbrechen damit beſtraft, wodurch der groſſe Nationalverein verlezt wurde. — Unterſchied der Strafen, ſagt Tacitus [b]), kommt vom Verbrechen. Verräther und Ueberläufer hängen ſie an Bäume, Feige, Unkriegeriſche und Entnervte werfen ſie in Schlamm und Sümpfe, über ſie eine Hürde. —

Nur die Treuloſen alſo, die ihre Nation verriethen, und wider ſie die Waffen ergriffen, und diejenigen, die aus Feigheit und Entnervung oder wegen freiwilliger Verſtümmlung (corpore infames) die Waffen nicht für ſie ergreiffen konnten, wurden mit dem Tode beſtraft. Merkwürdig iſt die verſchiedne Art deſſelben. Verräther und Ueberläufer wurden öffentlich an Bäume aufgeknüpft; ihr Verbrechen war ein ſolches, welches dem Nationalverein poſitiv ſchadete (scelus), hier mußte ein warnen-

a) Tacit. de Mor. Germ. c. 7. Caeterum neque animadvertere neque vincire, neque verberare quidem, nisi sacerdotibus permissum, non quasi in poenam, nec ducis jussu, sed velut Deo imperante, quem adesse bellantibus credunt. —

b) De Mor. Germ. c. 12. — Licet apud Concilium accusare quoque, et discrimen capitis intendere. Distinctio poenarum ex delicto. Proditores et transfugas arboribus suspendunt. Ignavos et imbelles et corpore infames coeno ac palude, iniecta insuper crate mergunt. Diversitas supplicii illuc respicit, tamquam scelera ostendi oporteat, dum puniuntur, flagitia abscondi.

des abſchreckendes Beiſpiel aufgeſtellt werden. — Jene Feigheit, jene Kraftloſigkeit, jene oft freiwillige Untüchtigkeit zum Kriege hingegen mußte zwar, weil ſie einem kriegeriſchen Staate im höchſten Grade verderblich war, noch härter gebüßt werden; allein die Beſtrafung geſchah heimlich, weil dieſes Verbrechen den muthigen Germanen ein Aergerniß gab, weil man es jedem Auge verbergen wollte, daß ein Teutſcher ſo ſehr der Vaterlandspflicht habe vergeſſen können.

Noch einige andre Spuren finden wir in Tacitus, woraus man ſchlieſſen darf, daß Alles was der kriegeriſchen Tapferkeit widerſprach, als Staatsverbrechen betrachtet wurde. So war, ohne Schild aus der Schlacht zurückzukehren, die höchſte Schmach, die viele mit freiwilligem Tode büßten, denn ewige Infamie war das Loos des Ueberlebenden; von allen feierlichen Handlungen war der Ehrloſe, von allen öffentlichen Verſammlungen ausgeſchloſſen c). Cäſar entwirft uns in ſtarken Zügen ein Bild von dem traurigen Zuſtand dieſer Geächteten; — „Man hält ſie für von den Göttern Verfluchte; Jeder flieht ihre Nähe, ihre Anrede, damit er nicht von ihrer Schande angeſteckt werde: ihnen wird das Recht verweigert und keine Ehre zu Theil." d)

Lange noch erhielt ſich die Schmach, die mit dem Verluſt des Schildes im Kampf verknüpft war. Nach

c) Tacit. de M. G. c. 6. Scutum reliquisse praecipuum flagitium; nec aut sacris adesse, aut concilium inire ignominioso fas; multique superstites bellorum infamiam laqueo finierunt. —

d) Iul. Caesar de Bello Gall. VI. 13. Quibus ita est interdictum, ii numero impiorum ac sceleratorum habentur; ab iis omnes decedunt, aditum eorum sermonemque defugiunt, ne quid ex contagione incommodi accipiant, neque iis petentibus ius redditur, neque honos ullus communicatur.

dem Saliſchen Geſetz e) ſoll derjenige eine Strafe von 600 Denarien erlegen, der einem Freien den Verluſt des Schildes vorwarf, ohne dieſen Vorwurf beweiſen zu können.

Eben ſo ſchmachvoll ward es, wie Tacitus erzählt, für das Gefolge des Heerführers, das aus edlen Jünglingen beſtand, gehalten, das eigne Leben nicht für ihn aufzuopfern, und ohne ihn aus der Schlacht zurückzukehren. f)

Dieß ſind die Begriffe der alten Germanen von öffentlichen Verbrechen und die Art ihrer Beſtrafung. Alle übrigen wurden geringer gehalten und nicht mit dem Tode beſtraft, denn durch ſie wurde nicht der Nationalverein, ſondern nur irgend ein Familienverein verlezt, und die Strafe, die hier nicht der Staat, ſondern der durch das Verbrechen Verlezte, oder in deſſen Ermanglung die Verwandten einforderten, durfte gelinder ſeyn.

Auch geringere Verbrechen, — ſagt Tacitus, nachdem er von den öffentlichen geredet hat, — werden verhältnißmäſſig beſtraft. Der Ueberführte wird mit einer Zahl Pferde oder Schaafe belegt. Einen Theil des Wehrgeldes erhält der König oder Staat, den andern der Beleidigte oder ſeine Verwandte. g) — Und an einem andern Orte: h) „Nicht unverſöhnbar ſind die Feindſchaften. Denn auch Todtſchlag wird mit einer beſtimmten

---

e) tit. 33. l. 5. ——

f) Tacit. de M. G. c. 14.

g) de M. G. c. 12. Pars multae Regi, vel civitati, pars ipsi, qui vindicatur, vel propinquis eius exsolvitur.

h) — c. 21. Nec implacabiles durant inimicitiae; tuitur enim etiam homicidium certo armentorum ac pecorum numero, recipitque satisfactionem universa domus. —

Zahl Rinder und Schaafe gebüßt, und die ganze Familie empfängt das Wehrgeld."

Schon hier finden wir alſo den Gebrauch des Wehrgeldes, der Buſſe und Wette, d. h. der Vermögensſtrafe, wodurch jedes Verbrechen, das den Staat nicht gefährdete, gebüßt werden konnte.

Todesſtrafen fanden bei dieſer Gattung der Verbrechen nicht Statt. Wozu auch ſollten ſie frommen? — Nur der Beleidigte und ſeine Familie waren verletzt, oder dieſe allein, und in beiden Fällen war eine Anzahl Schaafe oder Rinder hinreichend, die feindſeligen Gemüther zu verſöhnen und ſich vor Rache zu ſichern. — Geld kannten die damaligen Germanen kaum durch die Römer, die ſich oft von ihnen den Frieden erkauften; eine Verkleinerung der Heerde, worin der hauptſächlichſte Reichthum der Wehren beſtand, mußte die empfindlichſte Strafe ſeyn.

Warum es anders im Kriege beim Heerbann war? — Schon oben iſt es bemerkt, daß alle der kriegeriſchen Tugend widerſprechende Verbrechen, als den Nazionalverein verletzend betrachtet wurden, und daß ſie der verderblichen Folgen wegen, die ſie veranlaſſen konnten, mit einer abſchreckenden Strafe, der Todesſtrafe belegt werden mußten. — Und wie ſollte auch hier die andre Art der Strafen das Wehrgeld eintreten? Wem ſollte es entrichtet werden? — Führte doch die Gottheit ſelbſt ihre Kinder in den Krieg (Deum adesse bellantibus credunt), ihr mußte der Verbrecher, der ſie durch Verrätherei oder Feigheit erzürnt und beleidigt hatte, überliefert werden, und wie konnte dieß anders geſchehen als durch den Tod, da die kalte unſinnbildliche Religion der Germanen keine Prieſter kannte, die die Sache der Gottheit zu der ihrigen machen, und durch Sclaverei den Verbrecher konnten büſſen laſſen.

Früher ſchon iſt es bemerkt, daß jeder Hausvater in ſeinem Hauſe Geſetzgeber und Richter war. Intereſſant wird es ſeyn, die Beiſpiele kennen zu lernen, die Tacitus als Belege dazu anführt.

Unbeſchränkt herrſchte der Hausvater über die Mitglieder ſeiner Familie, alſo auch über das Weib. In beſondrer Heiligkeit ſtand bei den Germanen die Ehe. — Sie iſt hier ſtreng, erzählt uns Tacitus, kein Theil ihrer Sitten lobenswerther. — Denn ſie ſind — faſt die einzigen Wilden — mit einer Frau zufrieden, wenige ausgenommen, die nicht aus Wolluſt, ſondern ſtandesmäſſig mehrere nehmen. i)

Jede Verletzung dieſes heilig gehaltnen Bundes mußte alſo mit einer ausgezeichnet harten Strafe belegt werden. Und ſo iſt auch die, welche wir bei Tacitus aufgezeichnet finden. „Seltner Ehebruch — ſagt er — in der zahlreichen Nazion, deſſen Beſtrafung, den Männern überlaſſen gleich erfolgt. Mit abgeſchnittnen Haaren, entblößt in Gegenwart der Verwandten, wird die Ehebrecherin vom Mann aus dem Hauſe gejagt, und durch den ganzen Flecken gepeitſcht.“ k)

In der Folge aber, wo von unſern Vorfahren jene Einfalt der Sitten immer ferner und ferner floh, wo auch ſie die secreta Literarum kennen lernten, von denen Tacitus am angeführten Ort ſpricht, wo der Reitze mehr zur Verführung waren, reichte jene einfache Straffanction nicht mehr hin. In den Geſetzen der alten deutſchen Völkerſchaften finden wir äuſſerſt harte und mannichfaltig modificirte Strafen dem Ehebruch und andern damit verwandten Verbrechen gedroht, die ein trauriges Denkmahl von der entflohnen Unſchuld und Einfalt früherer Jahrhunderte ſind. —

i) Tacit. de M. G. c. 18.

k) De M. G. c. 19.

Ein andrer Ausfluß der häuslichen Gewalt bei den alten Bewohnern Germaniens iſt die Herrſchaft über die Sclaven, eine Art von Leibeignen, deren Loos uns Tacitus, verglichen mit dem der römiſchen Sclaven, als ſehr erträglich ſchildert. „Den Leibeignen ſchlagen — ſagt er, [1]) mit Banden und Arbeit züchtigen, iſt ſelten; öfter tödten ſie ihn; nicht aus Strafe oder Grauſamkeit, ſondern in Hitze und Zorn, wie einen Feind, nur ohne Buſſe."

Alſo auch über das Leben der Sclaven erſtreckte ſich die Gewalt der deutſchen Hausväter. Sie durften ſie ungeſtraft tödten; ihnen erſtand kein Rächer, dem eine Buſſe zu bezahlen geweſen wäre.

Weniges nur iſt es, was ſich aus Tacitus Nachrichten über den Zuſtand der Gerichte bei den Germanen in den älteſten Zeiten ergiebt. — Auch dieſes Inſtitut trägt wie alles bei dieſem Volke den Karakter der höchſten Simplicität. — In den einzelnen Flecken und Gauen waren Schiedsrichter, die auf den allgemeinen Verſammlungen aus den Edeln gewählt, denen Beiſitzer aus dem Volk zugeſellt wurden, als Rath und Würde zugleich, wie Tacitus ſagt. — Neben dieſen Gerichten beſtand die Gewalt der Hausväter im weiteſten Umfang. — Aber im Kriege hörte das alles auf, zu einem groſſen Ganzen geſtalteten ſich dann die zerſtreuten Maſſen, und die Gottheit ſelbſt gieng an der Spitze der Nazion. Ein Nazionalbenannter wurde gewählt (sacerdos) und zum Organ der Gottheit geweiht, der ihren Willen der Nazion verkündete, und von ihrem Hauch begeiſtert, auf ihr Gebot richtete und ſtrafte.

---

1) l. c. c. 25. Verberare servum, ac vinculis et opere coercere rarum; occidere solent, non disciplina ac servitute, sed impetu et ira, ut inimicum, nisi quod impune.

Daß bei jenen Gerichten die Procedur höchſt einfach war, daß man keine Künſte der Dialektik, keine Chicane kannte, geht ſchon aus dem Geiſt der Zeit, und der geringen Verfeinerung hervor, die die Germanen damals erreicht hatten. Woran hätte man auch jene Künſte üben ſollen? Die Thatſachen waren bald ausgemittelt, und dann ſprach kein dunkles, künſtlichen Deuteleien unterworfnes Geſetz, ſondern eine alte ehrwürdige durch hundertjährige Ausübung bekräftigte Gewohnheit.

Uebrigens findet man auch ſchon in der älteſten Geſchichte der Germanen Spuren der Ordalien, und den Keim aller der abergläubiſchen Gebräuche im Criminalproceß, die am meiſten im Mittelalter in Deutſchland im Schwange waren, und aus jener unwillkührlichen Hinneigung zum Wundervollen und Romantiſchen hervorgehen, die zu tief im innerſten Weſen des menſchlichen Gemüths ruht, als daß wir jene Gebräuche nicht unter irgend einer Modificazion bei jedem noch rohen Volke mit ungebändigter Phantaſie finden ſollten.

In Beziehung auf unſre Vorfahren erzählt Vellejus Paterculus, m) daß ſie des Varus ſpotteten der die römiſchen Gerichte und die Subtilitäten des römiſchen Rechts ſchon damals bei ihnen einführen wollte. Nicht aus des Richters Munde wollten ſie die Entſcheidung hören, die ihnen bis dahin die Gottheit durch den Ausgang des Kampfs verkündete.

Auch erzählt Tacitus: „Einen auf irgend eine Art aufgetriebnen Gefangnen des Volks, mit dem ſie kriegen, laſſen ſie mit Auserlesnen ihrer Nazion, jeden mit ſeinen vaterländiſchen Waffen kämpfen. Dieſes oder jenes Sieg giebt Anzeigung.“

m) II. 118.

Iſt dieß auch nicht, wie Einige behaupten, das eigentliche Kampfgericht, eine Art der Ordalien, ſo geht doch der Sinn der Nazion für das Wunderbare daraus hervor, ſo wie aus dem Uebrigen, was uns Tacitus an demſelben Orte von der Religion der alten Germanen erzählt.

Das iſt Alles, was ſich in Cäſars und Tacitus Schilderungen Germaniens unſern Gegenſtand Betreffendes auffinden läßt. Daß dieſe Nachrichten vollſtändig und ganz treu ſind, wer mögte das behaupten! Tacitus ſah Germanien nie ſelbſt, ſeine Unbekanntſchaft mit der fremden Sprache konnte ihn irre führen, der Mangel an Ausdrücken in der eignen für fremde Begriffe und Ideen konnte ihm hinderlich ſeyn, und kann uns zu Mißdeutungen verleiten, aber allenthalben bemerken wir in ihm den reinſten Willen, treu und unverfälſcht darzuſtellen. Darum gab er vielleicht ſo wenig, weil er das mehrere nicht hätte verbürgen können.

Uebrigens konnte er, was namentlich unſern Gegenſtand betrifft, nicht viel zu ſagen haben. — Bei der Einfalt der Sitten dieſer Völker konnte auch ihre Criminalgeſetzgebung nur höchſt einfach ſeyn. Hauptverbrechen waren bei ihnen nur die, wodurch die Tugenden, die die ſchönſte Seite ihres Karakters bilden, und Grundzüge darin ſind, verletzt wurden, ſo Reinheit der Sitten, und vor allen Tapferkeit. In dieſem rauhen nordiſchen Clima, in dieſen düſtern Wäldern, bei deren Bewohnern man vergebens nach Spuren einer leicht erglühenden Phantaſie ſuchen würde, finden wir dennoch ein höchſt reitzbares Ehrgefühl. Darum büßte der deutſche Krieger die Schmach, den Schild im Kampf verloren, oder den Heerführer verlaſſen zu haben, mit freiwilligem Tode; — ſein Ehrgefühl war ſo empfindlich und reitzbar, wie die Fantaſie des Aethiopiers,

der, war er eines Verbrechens ſchuldig, wie uns Diodor der Sicilier erzählt, — wenn ihm der Diener der Nemeſis mit dem Symbol des Todes erſchien, ſchweigend in ſeine Wohnung floh, um ſelbſt ſeine Schmach zu enden.

Viele Verbrechen mußten unſern Vorfahren unbekannt bleiben, weil ſie das Geld und den Gebrauch des Geldes nicht kannten. Bei ihnen gab es daher keine Verbrechen der Liſt, ſondern nur der Gewalt, die aber nicht hart geahndet wurden, weil Raub und Gewaltthaten Vorſpiele und Vorübungen kriegeriſcher Tapferkeit waren.

In den mehrere Jahrhunderte ſpäter geſammelten Geſetzen der deutſchen Völkerſchaften finden wir übrigens eine wunderbare Uebereinſtimmung mit Cäſar und Tacitus, nur daß jene weiter ausführen, was dieſe nur andeuten konnten. Und ſo geben jene, während ſie durch dieſe neue Aufklärungen enthalten, zugleich einen neuen Beweis von Tacitus oft bezweifelter Treue und Glaubwürdigkeit. *)

*) Einige allgemeine Bemerkungen über den Geiſt dieſer Periode werden wir am Schluſſe der folgenden, die mit dieſer in mancher Hinſicht ein Ganzes bildet, noch hinzufügen.

Zweite Periode.

Von der Völkerwanderung bis auf das Erlöſchen der Carolinger.

Bedeutende Veränderungen müſſen vorhergegangen ſeyn, wenn man bei einem Volk, das bis dahin nur nach Gewohnheiten lebte, plötzlich eine geſchriebne Legislazion erblickt. Mit Rieſenſchritten muß es auf dem Wege zur Cultur vorgerückt ſeyn; muß gewaltſame Umgeſtaltungen erlitten haben, ſey es durch innere Gährungen, aus denen eine neue Schöpfung hervorgeht, oder durch mächtige Impulſe von Auſſen. —

Wir erblicken jetzt eine lange Reihe von geſchriebnen Geſetzen der germaniſchen Völkerſchaften, die ſämmtlich zwiſchen dem fünften und neunten Jahrhundert entſtanden und erſchienen ſind, ein doppeltes Geſetz der Franken, das Saliſche und Ripuariſche, eine Geſetzſammlung der Allmanen, der Bajuravier, Burgunder, Frieſen, Angeln und Warnen, der Saſſen, der Langobarden und Weſtgothen.

Aber Germanien war auch gänzlich umgewandelt worden durch gewaltſame Bewegungen. — Ein gewaltiges Drängen und Treiben der Völker war entſtanden, die unaufhaltſam vom Norden zum Süden und Weſten ſtürmten, und auch Germanien eine andre Geſtalt gaben. Schon im Anfange des dritten Jahrhunderts traten neue Völker auf dieſem Schauplatz auf. Allmanen, Franken und Saſſen erſchienen zuerſt, neben ihnen die Gothen, die ſich in dieſem Zeitraum am berühmteſten und furchtbarſten machten, die Grundveſten des römiſchen Kaiſer-

throns erſchütterten, und vielfach neue Reiche gründeten. —

Gegen das Ende des fünften Jahrhunderts ſank die römiſche Herrſchaft in den Abendländern. Auf ihren Trümmern errichteten die Franken unter Klodwig in Gallien eine neue gewaltige Monarchie. Unter ſeinen Scepter mußten ſich auch die beſiegten Allmanen und viele der übrigen germaniſchen Stämme und Nazionen beugen.

In dem Fortgang der fränkiſchen Monarchie wurden noch mehrere deutſche Völkerſtämme und Nazionen, Frieſen, Saſſen, u. ſ. w. beſiegt. Andere aber wurden mit fortgeriſſen von den treibenden Völkerwogen, und bildeten im Ausland neue Reiche.

In allen dieſen neu entſtandnen Staaten mußte man das Bedürfniß einer poſitiven Legislazion mächtig empfinden. Dieſe rohen kriegeriſchen Völker mußten durch irgend Etwas gebändigt werden. — So entſtanden alle jene oben genannte Geſetze, die vorzüglich Beſtrafung der Verbrechen und Beſtimmung des gerichtlichen Verfahrens zum Gegenſtand haben.

An eine allgemeine Geſetzgebung war in der fränkiſchen Monarchie freilich noch nicht zu denken. Noch hatten die Sieger ſelbſt keine geſchriebnen Geſetze. Sie lieſſen ihre Gewohnheiten aufzeichnen, die von nun an als feſte Normen gelten ſollten, und thaten daſſelbe mit denen der beſiegten Völker, zufrieden, ſie dadurch zuerſt an das Schmiegen unter ein ſanftes Joch zu gewöhnen. —

Wo die germaniſchen Völkerſchaften im Ausland neue Reiche gründeten, blieben ihre Geſetze nicht rein von römiſchen Zuſätzen und Ideen. Die der Wiſigothen, Burgunder und Langobarden tragen alle dieſen Karakter. Selbſt im Saliſchen Geſetz finden wir Spuren des römiſchen Rechts.

Reiner aber, mit dem Karakter germaniſcher Völker geſtempelt, erſcheinen die Geſetze der Ripuarier, Allmanen, Bajuvarier, Frieſen, Angeln, Warnen und Saſſen.

Nicht in ihrer urſprünglichen Geſtalt beſitzen wir ſie, ſondern ſo wie ſie Carl der Groſſe uns hinterlaſſen hat, umgeſchmolzen und dem Bedürfniß ſeiner Zeiten mehr angepaßt. In ihrem Gefolge erblicken wir ferner eine lange Reihe von ſogenannten Capitularien der fränkiſchen Könige, die indeß weniger unſern Gegenſtand verwandte Beſtimmungen enthalten, als ſie beſchäftigt ſind, Cameral- und Polizeiverfaſſung zu ordnen, und den Chriſtianismus, ſo wie die Mißbräuche im Gefolge deſſelben feſter zu gründen.

Dankbar aber empfangen wir die Formelnbücher aus jenem Zeitalter. Sie leiſten uns weſentliche Dienſte, den Gang des gerichtlichen Verfahrens der damaligen Zeit kennen zu lernen, und wir werden unten, wo davon die Rede ſeyn wird, einen trefflichen Gebrauch davon machen können.

Einzugehen in die Geſchichte aller dieſer verſchiednen Legislazionen würde uns unendlich weit führen, und iſt dem Zweck des gegenwärtigen Unternehmens fremd. Mehr in eine allgemeine Geſchichte der vaterländiſchen Rechte gehören dieſe Unterſuchungen, die den ſcharfſinnigſten und gelehrteſten Männern des In- und Auslandes, zu trefflichen allgemein geſchätzten und gekannten Forſchungen Veranlaſſungen gaben, wovon wir nur die Reſultate hier niederlegen könnten.

Wichtiger für unſern Zweck, und intereſſanter wird es ſeyn, wenn wir zu einer nähern Betrachtung jener Geſetze, in ſo weit ſie von Verbrechen und deren Beſtrafung und dem gerichtlichen Verfahren dabei, handeln, übergehen, und durch Zuſammenſtellung derjenigen Punkte, worin ſie alle übereinkommen, den Geiſt dieſer Geſetze darzuſtellen, uns beſtreben.

Vergeblich würde es ſeyn, in allen Geſetzſammlungen der genannten Völker nach erſten allgemeinen Principien ihrer Geſetzgebungen forſchen zu wollen. — Wir erblicken nichts als ein Chaos von einzelnen Satzungen, die durchaus in keinem ſyſtematiſchen Zuſammenhang ſtehen. — Eine Zuſammenſtellung von allgemeinen Principien fällt alſo von ſelbſt hinweg, denn wer wollte das dafür nehmen, was als Folgerung irgend einer beſtimmten Satzung angehängt iſt, und allenfalls einem allgemeinen Grundſatz über Beſtrafung der Verbrechen ähnlich ſieht? n)

Suchen wir jetzt, ohne uns der undankbaren Mühe zu unterziehen, ein ſyſtematiſches Ganze aus dieſen zerſtreuten Satzungen bilden zu wollen, lieber in einigen allgemeinen Sätzen den Geiſt dieſer verſchiednen Geſetzgebungen aufzufaſſen.

1) Höchſte Simplicität, und ein roher, aber kräftig origineller Geiſt karakteriſirt das ſaliſche und ripuariſche Geſetz, ſo wie das der Allmanen, Bajuvarier und der übrigen Völker, die ihre Wohnſitze in Deutſchland hatten. Dieſe Geſetze änderten ſich auch wenig, während die der Burgunder, vornehmlich aber der Langobarden und Wiſigothen ſich immer mehr von ihrem urſprünglich germaniſchen Karakter entfernten, und hundert Zuſätze und hundert Umſchmelzungen erhielten. — Iſt es vergönnt, von den Geſetzen auf den Staat zurückzuſchlieſſen, in welchem ſie gelten, ſo drängt ſich uns die Ueberzeugung auf, daß dieſe Geſetze Völkern angehören mußten, die auf der unterſten Stufe der Cultur, kaum die erſten Grundzüge der bürgerlichen Verfaſſung

n) Dergleichen finden ſich in der Lex Bajuar. tit. 2. c. 15. l. 3. — Lex Wisigoth. Libr. 8. tit. 3. l. 6. — Lex Ripuar. c. ult. — Lex Wisigoth. Lib. 6. tit. 1. l. 8. u. a. a. O. —

faſſung kannten. Paßt dieß Bild weniger auf die Geſetze der Langobarden und Wiſigothen, ſo war es bei jenen das römiſche theodoſianiſche Recht, das im Verfolg der Zeit immer mehr neue Ideen bei den Geſetzgebern aufregte, ſo war es bei dieſen vornemlich die Geiſtlichkeit, die ihr höchſtes Intereſſe darin fand, einen Staat zu formen, um die Zügel der Gewalt an ſich zu reiſſen; denn wir finden in den wiſigothiſchen Geſetzen ſchon die Grundzüge und Maximen der Inquiſizion.

2) Die Geſetze aller dieſer Völker ſind perſönlich, ſie haften nicht an einem gewiſſen Gebiete. Wo der Franke, Allmanne, u. ſ. w. ſich finde, überall wird er nach ſeinem eignen Geſetz gerichtet. Die Geſetze der Sieger ſelbſt waren nicht übereinſtimmend; ſie dachten noch weniger daran, ſich zu Geſetzgebern der beſiegten Völker aufzuwerfen.

Einſt waren die germaniſchen Völkerſchaften durch Sümpfe, Seen und Wälder von einander geſchieden; auch trennten ſie ſich nach Cäſars Zeugniß abſichtlich von einander. Die drohende Macht der Römer vereinte die Stämme, wovon jeder nach ſeinen eignen Gewohnheiten gelebt hatte, zu gemeinſchaftlicher Vertheidigung. Doch dauerten deßhalb die getrennten Republiken im gemeinſamen Vaterlande fort, und jedes Individuum wurde nach den Gebräuchen und Gewohnheiten ſeiner Nation gerichtet. Auch in die neuen Wohnplätze gieng dieſe Eigenthümlichkeit über.

Will man übrigens Belege für jene Sitte, man findet ſie allenthalben, in Markulfs Formeln, o) in den Geſetzſammlungen der Völker ſelbſt, in den

---

o) Lib. 1, Form. 8. —

Ripuariſchen p), in den Beſchlüſſen q) und Capitularien der fränkiſchen Könige r). So wurden die Kinder nach den Geſetzen, denen der Vater unterworfen war, gerichtet s); die Weiber nach den Geſetzen des Mannes t), während Wittwen u) zu ihrem väterlichen Geſetz zurückkehrten; Freigelaſſene v) nach den Geſetzen des Patrons. — Ja Jeder durfte das Geſetz wählen, dem er gehorchen wollte, nur gebot Klothar I, w) daß dieſe Wahl bekannt gemacht würde.

3) Betrachten wir nun die Kriminalverordnungen insbeſondere näher, ſo finden wir, daß noch immer Todesſtrafen äuſſerſt ſelten ſind. — Auch hier ſehen wir Tacitus Erzählung aus frühern Jahrhunderten beſtätigt. — Verbrechen gegen den Staat ſelbſt, Hochverrath, Majeſtätsverbrechen, ſind es beinah allein noch, die mit dem Tode gebüßt werden. Nach den Langobardiſchen, Saliſchen, Wiſigothiſchen, Saſſiſchen und beynah allen übrigen alten Geſetzen werden dieſe Verbrechen unbedingt mit dem Tode beſtraft, oder es treten doch

---

p) Tit. XXXI. L. 3. 4. „Hoc autem constituimus, ut infra pagum Ripuarium tam Franci, Burgundiones, Alamanni, seu de quacumque natione commoratus fuerit, in judicio interpellatus, sicut lex loci continet, ubi natus fuerit, sic respondeat" —

q) Decret. Chlotar. de anno 560 — vid. Baluz. tom. I. art. 4.

r) Capit. Carol. Magn. c. 1. l. 89. — Ludov. Pii Leg. c. 1. — Pipin. Leg. c. 1. L. 46, 28. 29.

s) Leg. Luitprand. Lib. b. L. 100. —

t) Ibidem L. 74. —

u) Lothar. I. Leg. L. 14.

v) Rothar. Leg. L. 229. —

w) Lothar. I. Leg. L. 37.

verſtümmelnde Strafen an die Stelle der Todesſtrafe [x]).

Abweichend von einander ſind freilich die Strafbeſtimmungen der einzelnen Völker. Auſſer den genannten Verbrechen werden auch noch einige andre bey einzelnen Völkern mit dem Tode gebüßt. Der Todtſchlag gehörte aber kaum unter dieſe wenigen. Sezte auch die Decretio Childeberti (c. s.) die Todesſtrafe auf dieſes Verbrechen, ſo dauerte dennoch Jahrhunderte lang der Gebrauch des Wehrgeldes neben der Blutrache der Verwandten fort, deren ſchon Tacitus erwähnt. — Nur in dem Geſetz der Wiſigothen [y]) und in Beziehung auf Freie auch in dem Geſetz der Burgunder [z]) finden wir den Mord mit der Todesſtrafe bedroht, offenbare Spuren des römiſchen Rechts; denn in den übrigen germaniſchen Geſetzen ſehen wir beinah durchgängig nur Geldſtrafen mannigfaltig modifizirt feſtgeſezt. Selbſt den Verwandtenmord beſtrafen nur die Wiſigothiſchen Geſetze mit dem Tode [a]).

Häufiger bedrohen dieſe Geſetze die Verletzungen des Eigenthums mit dem Tode. So die Bur-

---

x) Leg. Wisigoth. Lib. II. tit. 1. L. 7. 8. — Leg. Longobard. Lib. 1. tit. 18. L. 1. 2. — Auf den höchſten Grad dieſer Verbrechen iſt der Tod feſtgeſezt in den Capit. Carol. addit. III. ad Leg. salicam. §. 10. — Leg. Saxon. tit. 3. l. 1. — Etwas abweichend davon ſind L. Bojuar. Tit. 2. c. 5. l. 2. 3 — und L. Alemannor. tit. 24. Hierin werden auch Geldſtrafen zugelaſſen.

y) Leg. Wisigoth. lib. VI. tit. 5.

z) Leg. Burgund. tit. 2. l. 1. c. L. Wisig. Cib. VI. Tit. 4. L. 1.

a) Leg. Wisigoth. lib. 6. tit. 5. L. 17. 18.

gundiſchen und die Bajuariſchen, die aber nach der Qualität der geſtohlnen Thiere, wovon ſie allein reden, die Strafe modifiziren b). Auch aus den Ripuariſchen Geſetzen läßt ſich ſchlieſſen, daß der Diebſtahl mit dem Tode beſtraft wurde c). Dieſelbe Beſtimmung wiederholen ganz unbedingt die Geſetze der Saſſen d).

Ueberhaupt finden wir in dieſen Leztern bey weitem öfter die Todesſtrafe feſtgeſezt, e) wo die Satzungen der übrigen Völker Geldbuſſen verordnen. Sey es, daß der rauhe Charakter dieſer ſo lange ungebändigten Nazion ſie ſelbſt ſchon zu wildern Geſetzen hinführte, oder daß der Sieger die Geſetze, die er den Bezwungnen aufdrang, mit Blut ſchrieb: genug wir finden darin ſo manche Härten, die wir in den Geſetzen der übrigen Völker vergebens ſuchen. Die Verbrechen, die ſie in ihrem Vaterlande begehen, werden körperlich beſtraft; nur diejenigen, deren ſie im Ausland ſchuldig gefunden werden, ſollen, nach dem Geiſt der germaniſchen Geſetze, mit Geldbuſſen geahndet werden. Ihnen, denen der Chriſtianismus aufgedrungen war, werden die Wohlthaten des Aſyls verweigert. f)

Noch in einigen andern Fällen finden wir die Todesſtrafe feſtgeſezt, immer jedoch nur in den Geſetzen, die römiſche Begriffe und Normen aufnahmen. — So wird nach den Langobardiſchen Geſetzen der Raub, wenn der Verbrecher ſich zum

b) Leg. Burgund. tit. 4. L. 1. — cf. L. 3. 4. Leg. Bajuar. tit. 9. c. 9.

c) Leges Ripuar. tit. 79.

d) Leg. Saxon. tit. 4. l. 1. 2. 4. 6.

e) Leg. Saxon. tit. 2. 3. 4. 5.

f) Leg. Saxon. tit. 3. L. 5.

dritten Mal deſſelben ſchuldig macht, mit dem Tode beſtraft g), nicht minder das Verbrechen der offnen Gewalt h) — ferner der Mordbrand nach den Geſetzen der Saſſen i) — Giftmiſchereien nach Wiſigothiſchen Satzungen k) — und einige wenige andre Fälle, wo aber die Todesſtrafe nicht unbedingt geordnet iſt, ſondern wo entweder durch eine hohe Geldbuſſe das Leben erkauft werden, oder der Richter nach dem Grade des Verbrechens oder der Perſon des Verbrechers die Lebensſtrafe in Konfiscation der Güter, oder in ewige Verbannung oder in verſtümmelnde Strafen u. ſ. w. umwandeln kann.

4) Dagegen finden wir in den Geſetzen aller dieſer Völker das als charakteriſtiſches Merkmal, daß durchgehends bei allen möglichen Verbrechen, die ſie nur aufzählen, auf irgend einen Fall, und unter irgend einer Modification eine Geldſtrafe feſtgeſezt iſt. Es wird nicht unintereſſant ſeyn, dieſe Eigenthümlichkeit, die alle germaniſchen Geſetze miteinander theilen, und die höchſt mannichfaltigen Abſtufungen dabei, in denen ſich am meiſten die ſorgſame Aufmerkſamkeit der Geſetzgeber offenbart, näher kennen zu lernen.

Wie es zu Tacitus Zeiten mit Büſſung der Privatverbrechen und Beleidignngen durch Geld oder ein Aequivalent gehalten wurde, ſahen wir ſchon oben. Die Familie des Verlezten rächte die Beleidigung, ſie mußte verſöhnt werden durch Entrichtung einer Geldbuſſe; es war eine Art Kontrakt, den die Partheien wechſel-

---

g) Leg. Longobard. lib. 1 tit. 25. L. 76.

h) Rothar. Leg. L. 19.

i) Leg. Saxon. tit. 5.

K) Leg. Wisig. lib. VI. tit. 2. L. 2.

ſeitig ſchloſſen, daher wahrſcheinlich der Name Compoſitio, den man durchgehends in den germaniſchen Geſetzſammlungen für jene Buſſe findet. —

In dieſen Geſetzen finden wir aber einige Abänderungen und Modifikazionen dieſes Gegenſtandes. — Die Sache iſt jezt nicht mehr der Willkühr der Partheien überlaſſen, der Staat iſt an die Stelle der Beleidigten getreten, und beſtimmt für ſie die Genugthuung, die ſie fordern können.

Nur in dem Geſetz der Frieſen finden wir den Zuſtand der Dinge ganz ſo wieder, wie ihn Tacitus ſchildert. Hier konnte jeder Beleidigte und ſeine Familie die Buſſe beſtimmen, und bis ſie geleiſtet war, den Beleidiger verfolgen, um Blutrache an ihm zu üben [l], doch wurde auch dieß einigermaſſen beſchränkt. In ſeiner Wohnung, in der Kirche, auf dem Wege dahin und daher, ſo wie nach dem Gericht und von dem Gericht her, ſoll der Beleidiger ſicher ſeyn vor der Rache [m].

Auch das Saliſche Geſetz [n]) erwähnt einer alten Verordnung, nach welcher derjenige geächtet war, der einen Leichnam ausgegraben hatte, um ihn zu berauben. Keiner durfte ihn in ſeine Wohnung aufnehmen, keiner, ſelbſt ſein Weib nicht, ihm Brod reichen; er mußte die Geſellſchaft fliehen, bis er die Verwandten durch eine Geldbuſſe verſühnt hatte.

Dieß ſind aber auch in allen dieſen Geſetzſammlungen die einzigen Spuren der alten Gewohnheit. Wir finden auſſerdem durchgehends, daß alle dieſe Buſſen vom Geſetz angeordnet und beſtimmt werden. Die Be-

---

l) Leg. Friſion. tit. 2. de Forresni. l. 2. 3. 5. 6. 7. 8, et addit. Wullemar. ad h. t.

m) Addit. sapient. tit. 1. L. 1.

n) L. Salica tit. 58. §. 1. tit. 17. §. 3.

fehdungen und Verfolgungen der Individuen unter einander waren der bürgerlichen Geſellſchaft zu gefährlich; denn ſpät erſt wurde oft die Rache des Beleidigten und ſeiner Verwandten geſühnt. Daher jene deutlichen kategoriſchen Verordnungen, deren Präciſion in dieſem Punkt bewundernswürdig iſt.

Auch waren einige Geſetzgeber darauf bedacht, dieſe Beſtimmungen im Fortgang der Zeit abzuändern, und zu modifiziren, damit niemals aus Unbrauchbarkeit derſelben das alte Unweſen erneuert würde. Man ſehe nur die Erklärung Rothars in den Geſetzen der Langobarden o): deswegen habe er die Geldbuſſen erhöht, damit man der Fehde nach empfangner Buſſe vergeſſen und eine dauerhafte Freundſchaft ſchlieſſen möge. — Eben ſo wurden die in den übrigen Geſetzen verordneten Geldbuſſen durch eigne Zuſätze in den Kapitularien und Beſchlüſſen der Könige oft geſchärft.

Verfolgte dennoch Jemand, nachdem er die Genugthuung ſchon empfangen hatte, ſeine Rache, ſo machte er ſich als Verächter der Geſetze eines Verbrechens ſchuldig, deſſen Gröſſe mit einer nachdrücklichen Strafe geahndet werden mußte, um jeden Reitz zur Nachahmung in Andern zu erſticken, und das wir auch wirklich mit Strafen bedroht finden p).

---

o) Leg. Rothar. L. 74 oder Leg. Longobard. Lib. 1. tit. 7. L. 15: „In omnibus iſtis plagis ac feritis ſuperius deſcriptis, quae inter homines liberos eveniunt, ideo majorem compoſitionem poſuimus, quam antiqui noſtri, ut faida, quod eſt inimicitia, poſt compoſitionem acceptam poſt ponatur et amplius non requiratur, nec dolus teneatur; ſed cauſſa ſit finita, amicitia, manente.“ —

p) Man ſehe die Verordnungen Rothars. L. 277 — 143: „Si homo occiſus fuerit, liber aut ſervus, — et de ipſo homicidio compoſitio facta fuerit, et pro amputanda ini-

Nicht minder ſtrafbar war es, dieſe Sühnopfer nicht geben oder annehmen zu wollen. Wer ſie nicht geben wollte, ließ dem Beleidigten das Recht der Privatrache, wer ſie anzunehmen ſich weigerte, behielt ſich jenes Recht vor. Ernſthaft geahndet finden wir daher jenen Ungehorſam gegen die Geſetze q). Bey den Völkerſtämmen aber, die ihre Wohnſitze in Germanien behielten, dauerte die alte Gewohnheit der Privatrache noch immer fort. So erlaubt das allemanniſche Geſetz r), im Augenblick der empfangnen Beleidigung und in der erſten Aufwallung des Zorns ſelbſt Rache zu nehmen.

Auſſer der Aufrechthaltung der Sicherheit und der öffentlichen Ruhe hatte der Staat auch ein pekuniäres Intereſſe, daß dieſe Strafen willig gegeben und genommen wurden. Der Beleidiger erkaufte ſich dadurch ein Recht des Schutzes von Seiten des Richters oder der

---

micitia, sacramenta praestita fuerint; et postea, si contigerit, ut ille, qui compositionem acceperit, revindicandi caussa occiderit hominem de parte, de qua compositionem acceperat, jubemus, ut ipsam compositionem in duplum reddat" etc. — Und Heinrichs c. 1. tit. 3: „Qui infra treugam post datum osculum pacis aliquem hominem interfecerit, et negare voluerit, pugnam pro se faciat, si vero convictus fuerit, manum, quae homicidium fecit, amittat." — Ferner das Capit. Carol. M. de anno 802. c. 32.

q) Lud. pii Leg. L. 21. — Carol. M. L. 19. 20. — L. Saxon. tit. 3. l. 4. — L. Alam. tit. 45. — L. 2. Capit. Carol. M. vom J. 779. c. 22. — das zweite vom J. 805. c. 5. — Auch Gregor von Tours (Lib. 7. c. 47.) erzählt ein Beiſpiel, wo jemand die Hälfte der ihm zuerkannten Genugthuung verlor, weil er ſich ſelbſt Recht verſchafft hatte. —

r) L. Alam. tit. 45. l. 1.

höchſten Gewalt gegen die fernere Rache des Beleidigten, wofür er aber gleichfalls eine gewiſſe Geldſumme entrichten mußte. Dieß iſt die andre Art von Geldſtrafen, die in den Geſetzſammlungen der germaniſchen Völker unter dem Namen Fredum vorkommt s).

Hier, bey dieſen rohen Völkern, in dieſen entſtehenden Staaten war die Beſtimmung des Richters nicht die, den Verbrecher zu verfolgen, ſondern ihn zu ſchützen gegen die Rache des Verlezten, was mit der Verfaſſung älterer und neuerer Staaten ſchneidend kontraſtirt.

Aus dem eben Bemerkten folgt, daß, wo keine Rache genommen werden konnte, auch das Fredum hinwegfiel; denn es war in dieſem Fall kein Schutz gegen die Rache denkbar. Wo ein Zufall bey einer Verletzung obwaltete, wo ein Kind, ein Thier, oder gar ein lebloſer Gegenſtand Urheber oder Urſache einer Verletzung war, da fiel auch die Rache und mit ihr das Fredum hinweg. So bezahlte nach Langobardiſchen Satzungen t) derjenige, der durch Zufall einen Freien getödtet hatte, den von den Geſetzen beſtimmten Werth des Getödteten ohne Fredum; denn es waltete keine Willkühr bey ſeiner Handlung ob, und die Verwandten konnten keine Rache nehmen.

So war nach dem Saliſchen Geſetz u) ein Kind, das vor dem zwölften Jahr eine Schuld begieng, nur zur Entrichtung der Geldbuſſe an dem Verlezten ohne Fredum ſchuldig denn es konnte die Waffen noch nicht

---

s) Unter der Etymologie dieſes Worts ſehe man die Gloſſarien v. Wendelin, Lindenbrog u. ſ. w.

t) Rothar. Leg. L. 389. Leg. Longob. I. 9. 17.

u) Lex Salica tit. 28. §. 6.

tragen, und der Beleidigte oder ſeine Verwandte waren nicht berechtigt, Rache zu fordern.

Da auch fiel nach dem Ripuariſchen Geſetz [v]) die Rache und mit ihr das Fredum hinweg, wenn ein Thier einen Menſchen getödtet hatte; denn auch hier fand keine Rache Statt. — So ward endlich nach dem Ripuariſchen Geſetz [w]), wenn ein Menſch durch eine Arbeit von Menſchenhänden oder durch ein Stück Holz getödtet worden war, dieſes den Verwandten zum Sühnopfer überlaſſen, aber Fredum konnte nicht gefordert werden.

In allen dieſen Fällen mußte das Fredum hinwegfallen. Ausſtoſſung aus der bürgerlichen Geſellſchaft, Verfolgung, und um deswillen Erkaufung des richterlichen Schutzes und der Ruhe war nicht denkbar.

Wo dieſes Fredum nicht geſetzlich beſtimmt war, da betrug es gewöhnlich ein Drittheil deſſen, was als Geldbuſſe dem Beleidigten oder deſſen Verwandten gezahlt wurde [x]). Es fiel jedem Richter in ſeinem Diſtrikt zu [y]); nur war es ihm nach dem Ripuariſchen Geſetz verboten, es ſelbſt einzufordern [z]): die Parthey, die obgeſiegt hatte, ſollte es in Empfang nehmen, um es an die öffentliche Kaſſe abzuliefern. Es beſtimmte ſich gewöhnlich auch nach dem Stande desjenigen, deſſen Schutz

---

v) Lex Ripuar. tit. 46. L. 1. — cf. Rothar. Leg. L. 331. Leg. Longob. I. 21. 3.

w) Lex Ripuar. tit. 70.

x) Lex Ripuar. tit. 89. — cf. Capit. III. anni 813. §. 2. 3. 4. 8.

y) Decret Chlothar. v. J. 595. §. 12. Fredus tamen judicis, in cujus pago est, reservetur.

z) Lex Ripuar. tit. 89.

man dadurch erkaufen wollte. So ward für den Schutz des Königs mehr, als für den eines Gaugrafen bezahlt a).

Kehren wir jezt zu der erſten Gattung der Geldſtrafen, die dem Beleidigten oder deſſen Familie entrichtet wurde, zurück, um einige der vielfachen Modifikationen kennen zu lernen, die hierbey Statt fanden.

Vorzügliche Rückſicht nahmen die Geſetze bey Beſtimmung derſelben, auf den Stand des Verlezten oder Getödteten. So verordnet das Geſetz der Angeln b) eine Geldbuſſe von 600 Solidis für die Tödtung eines Adalingers, 200 für die eines Freien, und nur 30 für die eines Leibeignen. — Beſonders geſchüzt war alſo der, deſſen Tödtung nach den Geſetzen theuer gebüßt werden mußte.

Dieſelben Beſtimmungen finden wir in den Geſetzen der Bajuvarier wieder c). Hier werden fünf edle Geſchlechter aufgezählt, die erſten nach den Agilolfingern, deren Ermordung oder Beleidigung durch eine doppelte Geldſtrafe gebüßt werden mußte.

Die Agilolfinger waren das erſte Geſchlecht, aus ihrer Mitte wurde der Herzog gewählt; auch wurde eine Beleidigung derſelben mit einer vierfachen Kompoſition gebüßt d). Ein Drittheil mehr aber noch wurde für die des Herzogs ſelbſt gezahlt e). Jedes zerſchlagne oder verlezte Glied, jeder ausgeſchlagne Zahn, u. ſ. w.

a) Capitul. in certi anni c. 51.

b) Lex Anglior. tit. 1. §. 1. 2. 4. — cf. L. Bajuvar. tit. 1. c. 8. 9. — L. Fris. tit. 15.

c) L. Bajuvar. tit. 2. c. 20.

d) L. Bajuv. tit. 2. c. 20. §. 2.

e) §. 4. Quia dux est, addatur ei major honor, quam caeteris parentibus eius.

eines Adalinger oder Agilolfinger ward nach dieſem Verhältniß bezahlt. — Einen andern Maasſtab der Beſtimmung der Geldſtrafen gaben die Würde und die Geburt des Beleidigten f).

Eine andre Modifikation bringt das Geſchlecht in Beſtimmung dieſer Geldbuſſen hervor. Durchgehends bemerken wir in dieſen Geſetzſammlungen, daß Verletzungen der Weiber, wobey wieder Rückſicht des Standes das Maas beſtimmt, härter geahndet werden, als die der Männer. Beiſpiele g) davon ſind nicht ſelten. So wird nach dem Geſetz der Angeln und Allmannen der Mord des Weibes doppelt gebüßt. Das Ripuariſche Geſetz (Tit. 12) unterſcheidet dabey noch, ob ſchon der Keim eines neuen Menſchen in ihm ruhte und ſo das Leben zweier untergieng, oder ob es überhaupt in einem Alter getödtet wurde, wo es zum Gebähren von Kindern fähig war. —

Mit der größten ins kleinſte Detail gehenden Umſtändlichkeit ſind übrigens dieſe Geldbuſſen nach der individuellen Beſchaffenheit des Verbrechens und ſeiner mannigfaltigen Modifikationen beſtimmt. Am meiſten offenbart ſich dieſes ängſtliche Streben nach Genauigkeit bey Beſtimmung der Kompoſitionen wegen körperlicher Verletzungen oder wegen Injurien. Statt aller andern ſehe man nur die Geſetze der Frieſen, im 22ſten Titel de Dolg, und die Zuſätze Wullemars, die auch Ergänzungen zu dieſem Titel enthalten. Mit anatomiſcher Beſtimmtheit iſt hier jeder Theil des Körpers bezeichnet, und für eines jeden Verletzung, deren Grade

f) L. Carol. M. L. 101. (Leg. Longob. I. 9. 27.) Cap. lib. 4. tit. 15. — L. Ripuar. tit. 36.

g) Man ſehe Leg. Angl. tit. 1. — L. Alamannor. tit. 68 — u. ſ. w.

eben ſo ſorgfältig angegeben ſind, beſondere Geldbuſſen feſtgeſezt h).

Diejenigen Geſetze, die überhaupt wegen Injurien Geldſtrafen verordnen i), enthalten nicht minder ſorg-

h) Nur einige Beiſpiele aus dem angeführten Titel der Frieſiſchen Geſetze:

Si quislibet digitus ex quatuor longioribus in superioris articuli junctura ita percussus fuerit, ut humor ex vulnere decurrat, quod liduwagi dicunt, I. solid. comp.

Si in subteriori articulo hoc contigerit, duobus solid. componat.

Si in tertio articulo fuerit, tribus solidis componat.

Si in junctura manus et brachii hoc evenerit, quatuor sol. comp.

Si in cubito idem evenerit, quatuor solidis componat.

Si in summitate, qua brachium scapulae jungitur, hoc evenerit, quatuor solidis componat.

Si in pollicis superioris articuli fuerit, duobus solidis componat. — etc. etc. etc.

i) Es ſind dieß nur wenige, da nach dem kriegeriſchen Geiſte der germaniſchen Völker, Beleidigungen mit den Waffen zu rächen, anſtändiger war, als Klage darüber zu erheben bey dem Richter. Meiſtens drohen dieſe Geſetze nur ſolchen Injurien Strafen, die an Geiſtlichen, oder Weibern, oder von Sklaven begangen werden, zum Theil auch nur Realinjurien. Ausführlichere Strafbeſtimmungen über dieſen Gegenſtand enthalten die Geſetze der Salier, Ripuarier, Bajuvarier, vornehmlich aber der Langobarden, deren Satzungen ſich durch Verwerfung der Selbſthülfe, durch Waffen und Kampf auszeichnen. Man ſehe nur die Verordnungen Rothars (19), worin auf die Selbſthülfe der Tod oder eine Geldbuſſe von 900 Solidis geſezt iſt. Doch ward ſchon Luitprand genöthigt, die Duelle „propter consuetudinem gentis Longobardorum“ wieder einzuführen.

fältige beſtimmte Strafſanktionen nach den verſchiednen Abſtufungen der Injurien. So iſt im 33ſten Titel des Saliſchen Geſetzes die Geldſtrafe nach der Beſchaffenheit des Schmähworts beſtimmt k). So variirt die Geldſtrafe bey unkeuſchen Berührungen der Weiber nach der Verſchiedenheit des betaſteten Theils. Wer die Hand oder den Finger eines freigebornen Weibes berührt, ſoll 15 Solidos bezahlen, 30, wer den Arm, 35, wer den obern Theil des Arms über dem Ellenbogen, 45, wer ihren Buſen betaſtet l). Eben ſo ängſtlich genaue Beſtimmungen fanden ſich in den Bajuvariſchen Geſetzen. Derjenige verfällt in eine Geldſtrafe von ſechs Solidis, der nur aus einer Begierde Hand an ein freies Weib legt, ſey es eine Jungfrau, oder die Frau eines Andern. 12 Solidos ſoll derjenige erlegen, der ihr Gewand bis über die Knie aufhebt, u. ſ. w. m).

So ſind dieſe Geldbuſſen, die nach dem Geiſte der germaniſchen Völkerſchaften als Sühnungsmittel die Stelle unſrer heutigen Strafen beinah durchgängig ver-

---

k) Z. B. „Si quis alterum concaçatum aut vulpeculam vocaverit, solid. III. culpabilis judicetur. — Si quis alterum leporem clamaverit, solid. VI. culpabilis judicetur u. ſ. w. — In welchem geringen Anſehen dieſe Sanktionen aber bey den Franken geſtanden, beweiſen mehrere Stellen in Gregors von Tours Histor. Francor., V. 22. VI. 17. VII. 47. —

l) Lex Sal. tit. 22. §. 1 seqq.

m) Lex Bajuv. tit. VII. c. 3. 4. Si quis propter libidinem liberae manum injecerit, aut virgini seu uxori alterius, quod Bajuvarii horgrift vocant, cum sex solidis componat. — Si indumenta supra genucula elevaverit, quod himilzorun vocant, cum duodecim solidis componat. —

treten, überall mit einer Präziſion beſtimmt, die dem Richter beinahe nichts, als die Subſumtion des Faktums unter das Geſetz überließ, die ihm keinen Raum zu künſtlichen Deutelungen verſtattete, und die einzig ſich mit der ungebändigten Freiheitsliebe jener Nationen vereinigen läßt, welche jede Sklaverey verabſcheuten, und nur dem Gebot der Geſetze, nicht des Richters die ſtolzen Nacken beugen wollten.

Werfen wir jezt noch einen prüfenden Blick auf die verſchiednen Arten von Handlungen, die in dieſen Geſetzen unter Strafen verboten ſind, ſo wie auf die Mannigfaltigkeit dieſer Strafen ſelbſt, um ſo noch einige Züge zu einer allgemeinen Charakteriſtik der angeführten Geſetzſammlungen dieſer Periode aufzufaſſen.

Schon oben iſt es erinnert worden, daß unter den wenigen Verbrechen, die in allen dieſen Geſetzbüchern mit der Todesſtrafe bedroht ſind, die des Hochverraths, des Aufruhrs, der Verſchwörung, der Beleidigung der Majeſtät, obenan ſtehen. Hier nur noch eine weitere Ausführung der oben angedeuteten Modifikationen der Strafbeſtimmungen in den verſchiednen Geſetzgebungen.

Ganz nach römiſchen Beſtimmungen gemodelt ſind die Verordnungen der Wiſigothiſchen Geſetze über dieſe Verbrechen n). Genau unterſcheiden ſie in zwey abgeſonderten Kapiteln den Hochverrath von Schmähungen und Beleidigungen der geheiligten Perſon des Regenten, und bedrohen jenen mit der Todesſtrafe und Einziehung des Vermögens, ſelbſt deſſen, was zur Umgehung des Geſetzes den Kirchen geſchenkt ſeyn ſollte, wenn nicht die Gnade des Regenten ſelbſt die Strafe verwandelt:

---

n) Leg. Wisigoth. Lib. II. tit. 1. L. 7. 8.

dieſe aber, wenn der Verbrecher nicht eine persona vilis iſt, mit dem Verluſt der Hälfte des Vermögens, auſſerdem aber mit Einziehung des geſammten Vermögens, ja mit dem Verluſt des Lebens, nach dem Ermeſſen des Herrſchers. — Eben ſo treue Kopien des römiſchen Rechts enthalten die Langobardiſchen Geſetze in ihren Strafſanktionen wider die genannten Verbrechen o).

Mit gleicher Strenge verfolgen die Fränkiſchen Geſetze die Hochverräther und Aufrührer. Schon im Ripuariſchen Geſetz p) war ihnen die Todesſtrafe und der Verluſt des Vermögens gedroht, und Karl der Groſſe, ſo wie Ludwig der Fromme vergaſſen es nicht, dieſe Verordnung zu wiederholen und noch mehr zu ſchärfen q). Denn es ſollen die Urheber nicht nur am Leben geſtraft werden, ſondern auch die Gehülfen ſich wechſelſeitig einander geiſeln und ſich die Naſen abſchneiden. —

Die Baieriſchen und Allemanniſchen Geſetze enthalten gelindere Drohungen gegen dieſe Verbrechen, und bewahren daher den urſprünglichen Charakter deutſcher Geſetze auch in dieſem Punkte in unvermiſchter Reinheit. Jene r) beſtrafen die Empörung gegen den Herzog mit Geldbuſſen, die nach der Konkurrenz zum Verbrechen und nach dem Stande des Verbrechers wechſelt. Mit dem Tode aber ſoll der Herzog ſelbſt das Verbrechen der Empörung gegen den fränkiſchen König büſſen s). — Noch gelinder iſt im Ganzen die Verordnung des Allemanniſchen Ge-

o) Luitprand. Leg. Lib. V. 6. (Leg. Longobard. Lib. 1. tit. 18. L. 1.) — Rothar. Leg. L. 1. seqq. (Lib. 1. c. 1. §. 1. seqq.)

p) Tit. 69. §. 1. —

q) Capitul. IV anni 805 c. 10. — Capitul. anni 824 c. 6.

r) Leg. Bajoar. tit. 2. c. 3. §. 2. 3.

s) Tit. 2. c. 9. —

Geſetzes t). — Wer ſich gegen den Herzog mit Andern verſchwört, ſoll entweder die That mit dem Leben büſſen, oder er ſoll ſein Leben mit einer gewiſſen Summe loskaufen, je nach dem das Urtheil des Herzogs ausfällt; wer einen fremden Völkerſtamm zum Einfall in's Land und zu Verheerungen verleitet, verliert entweder das Leben, oder wird verbannt und ſeines Vermögens verluſtig.

Warum die Geſetze der Sachſen u), die doch ſonſt am meiſten das Gepräge rein deutſcher Geſetze tragen, von dieſer Milde abweichen, und unbedingt die Todesſtrafe auf die genannten Verbrechen ſetzen, läßt ſich nur daher erklären, weil wahrſcheinlich Karl der Groſſe der Urheber dieſer Verordnung iſt, der ein ganzes Leben beinahe beſchäftigt war, durch Waffen und Geſetze die unbändigen Sachſen zu zähmen und ſie unter das fränkiſche Joch zu beugen.

Betrachten wir zunächſt die Verordnungen gegen Gewalt, gegen Selbſthülfe durch Waffen u. ſ. w. eine Art, ſich Recht zu verſchaffen, deren die germaniſchen Völkerſchaften von jeher gewohnt waren, und von der ſie, trotz aller Geſetze, ſelbſt das ganze Mittelalter hindurch nicht entwöhnt werden konnten. Daher treffen wir denn auch ſelbſt in dieſer Kindheitsepoche der ſich allmählig geſtaltenden Staaten ſchon mehr oder weniger ausführliche Strafgeſetze gegen die Störer der bürgerlichen Ruhe an. Am ausführlichſten und genaueſten iſt in dieſem Punkte das Weſtgothiſche Geſetz v). Körperliche

t) Leg. Alemann. tit. 24. 25. —

u) tit. 3. §. 1. — „Qui in Regnum vel Regem Francorum, vel filios ejus, de morte consiliatus fuerit, capite puniatur.“ —

v) Leg. Wisigoth. Lib VIII. tit. 1. de inlatis violentiis et dampnis §. 1 - 13.

Züchtigungen und Geldſtrafen ſind hier mit genauer Unterſcheidung der möglichen Modifikazionen der genannten Verbrechen, und nach der Verſchiedenheit des Standes feſtgeſetzt. — Strenger iſt die Verordnung Theoderich's w), während die Beſtimmungen des Burgundiſchen Geſetzes x) im Ganzen denen des Weſtgothiſchen gleichen, gegen Freie Geldſtrafen, körperliche Züchtigungen gegen Sclaven feſtſetzen. Durchaus ähnliche enthält das Saliſche Geſetz y), deſſen Beſtimmungen aber ſpäter in den Kapitularien geſchärft wurden, wo die Todesſtrafe auf jede offenbare Gewaltthätigkeit feſtgeſetzt iſt z). Eben ſo ſtreng ſind die Geſetze der Langobarden a). Hingegen die Geſetze der Baiern b), Allemannen c), Sachſen d), Anglen und Warnen e) verordnen nur geringe Geldbuſſen; ja das Geſetz der Frieſen enthält keine einzige die genannten Verbrechen betreffende Beſtimmung, ſo wie wir auch in den früher genannten Geſetzſammlungen vergebens nach Straffanktionen gegen den Raub ſuchen. Nur das Weſtgothiſche f),

---

w) Edictum Theod. cap. 16.

x) Leg. Burgund. tit. 25. §. 1. 2. tit. 27. §. 1. 2. 4.

y) Lex salica tit. 18.

z) Capitul. Lib. VI. §. 289 — Lib. VII. §. 164. (edit. Lindenbrog.)

a) Leg. Rothar. §. 19. Hier iſt die Todesſtrafe oder eine Geldbuſſe von 900 Solidis auf die Selbſtrache durch Gewalt feſtgeſetzt. — Vergl. §. 284. 285. eodem. Leg. Liutprand Lib. VI. §. 81. (Leg. Longobard I. VI. 1. 2. 3. 4.

b) Leg. Bajoarior. tit. 10. cap. 1. §. 1. cap. 2. §. 1-3.

c) Leg. Alemann. tit. X. XI.

d) Leg. Saxon. tit. V. §. 1. —

e) Leg. Anglior. et Werinor. tit. X. §. 7. 9.

f) Lex Wisigoth. Lib. VIII. tit. 1. §. 12.

Burgundiſche g) und Saliſche Geſetz h) beſtimmen entweder Erſatz des Geraubten, oder eine den Werth des Geraubten mehrfach überſteigende Geldbuſſe, und in den Kapitularien i) wird endlich dem Angegriffnen auch das Recht zugeſtanden, den Räuber ungeſtraft zu tödten. —

Das Verbrechen der Tödtung wird auch in dieſer Periode wie in der Früheren, einzelne geſetzlich beſtimmte Fälle ausgenommen, nicht mit dem Tode, ſondern der alt germaniſchen Sitte gemäß, nur mit Gelde gebüßt. Denn es ſind nur die Weſtgothiſchen k) und Burgundiſchen l) Geſetze, die ſich von jener Sitte entfernen, und mit dem Tode die Tödtung gebüßt wiſſen wollen; Beſtimmungen, die einzig der Nachahmung der römiſchen Geſetze ihre Entſtehung zu verdanken ſcheinen. — Denn es finden ſich hier auch feinere Nüancen in den Strafbeſtimmungen, die je nach dem das dolos oder culpos iſt, mannigfaltig von einander abweichen. Aehnliche Unterſchiede in den Strafbeſtimmungen finden ſich übrigens, wenn auch nicht in dieſer Ausbildung und Feinheit, auch in den Geſetzſammlungen der übrigen Germaniſchen Völkerſtämme, ſelbſt der roheſten. —

Rein aber drückt ſich der Charakter germaniſcher Geſetze ab in den Strafſanktionen der Fränkiſchen m), Baier-

---

g) Lex Burgund. tit. IX.

h) Lex Salica tit. XVI. §. 1. seqq.

i) Capitul. Lib. VII. §. 122. (Edit. Lindenbrog.)

k) Lex Wisigoth. Lib. VI. tit. 5. §. 6. 11. 12. 14. seqq.

l) Lex Burgund. tit. II. §. 1. 3. 4.

m) Lex Salica. tit. 44. 45. 46. 65. 28. 38. — Lex Ripuar. tit. 7. 8. seqq. Selbſt der Meuchelmord wird nur mit Gelde gebüßt, nach tit. 15.

ſchen n), Angliſchen o), Frieſiſchen p), Sächſiſchen q), ja ſelbſt der Langobardiſchen Geſetze r) wider die Tödtung. Hier ſind überall Geldſtrafen feſtgeſezt. Die gewöhnlichen Kompoſitionen (Wergeldum), die nach dem Stande des Verbrechers, wie des Getödteten, nach der Verſchiedenheit des Geſchlechtes, des Orts, nach der Weiſe der Tödtung und nach andern ſorgfältig beſtimmten Umſtänden verſchieden ſind.

Im Verfolg der Zeit wurden von einzelnen der fränkiſchen Herrſcher die Straffanktionen wider die Tödtungen geſchärft. Bekannt und ſchon oben angeführt iſt die Decretio Childeberti vom Jahr 595, in deren fünftem Kapitel die Kompoſitionen bey Tödtungen förmlich abgeſchafft werden, an deren Stelle von nun an die Todesſtrafe treten ſoll. s) Doch nicht minder bekannt iſt es, und ein flüchtiger Blick in die Annaliſten des fränkiſchen Reichs giebt Belege dazu im Ueberfluß, daß ohngeachtet dieſer Verordnung Blutrache und Kompoſitionen fort-

---

n) Lex Bajoarior. tit. III. cap. 13. seqq. Lex Alemann. tit. 68.

o) Lex Angl. et Werin. tit. 1. §. 1. seqq.

p) Lex Frision. tit. 1. §. 1. seqq. cf. tit. XIV. XX. V. XX. §. 3. Nach dieſem §. wird der Sklav, der ſeinen Herrn tödtet, am Leben geſtraft.

q) Leg. Saxon. tit. II. §. 1. seqq.

r) Leg. Longobard. Lib. I. tit. 9. tit. 3. tit. 11. Einzelne Fälle, in welchen die Todesſtrafe feſtgeſezt iſt, z. B. wenn ein Sklav ſeinen Herrn ermordet, oder wenn ein Mord in der Kirche begangen wurde, finden ſich in dem angeführten neunten Titel §. 2. §. 29. 35. 15 u. a.

s) Decretio Childeberti Regis cap. V. „De homicidiis vero ita jussimus observari, ut quicumque ausu temerario alium sine causa occiderit, vitae periculum feriatur, et nullo pretio redemtionis se redimat aut componat. Et si forsitan convenerit, ut ad solutionem quis descendat, nullus

dauerten. Selbſt die Bemühungen Karls des Groſſen und Ludwigs des Frommen t), die alte Sitte abzuſchaffen, waren vergeblich. Auch waren ihre Verordnungen nicht hinreichend zu dieſem Zweck. Wenn Childeberts Bemühungen weniger dahin giengen, die Kompoſitionen ganz bey Tödtungen aufzuheben, als nur die Verwandten von der Verbindlichkeit zu befreyen, mit ihrem Vermögen zur Herbeiſchaffung dieſer Geldbuſſen, wenn es Noth war, beizutragen u): ſo lieſſen die Verordnungen Karls des Groſſen und Ludwigs des Frommen dem Verbrecher und deſſen Verwandten die Aſyle noch unverſchloſſen, wo Karls ausdrücklichen Geſetzen zuwider v), die Verbrecher, wenn ſie ſich reuig in die Arme der Kirche warfen, leicht Schutz und Sicherheit fanden. —

Schon dieſe Strafbeſtimmungen bey Tödtungen laſſen es vermuthen, daß bey dem Verbrechen von bloſſen Körperverletzungen und Beſchädigungen ganz ähnliche

---

de parentibus aut de amicis ei quicquam adjuvet. Nisi qui praesumserit, ei aliquid adjuvare, suum Widrigildum omnino componat. Quia justum est, ut, qui injuste novit occidere, discat juste mori."

t) Capitul. Lib. V. §. 1. §. 5. 39. Lib. VII. c. 183.

u) Die ſogenannte Chrenechruda. Man ſehe die in der Note s) angezogne Stelle aus Childeberts Decrete, ſo wie auch das 15te Kapitel ebendaſelbſt, wo es heißt: „De chrenechruda lex, quam paganorum tempore observabant, deinceps nunquam valeat, quia per ipsam cecidit multorum potestas." — Uebrigens wird überall ein Mord, d. h. Tödtung eines Wehrloſen oder durch Ueberfall, weit härter geſtraft, als ein Todtſchlag.

v) V. Capit. Carol. Magni ann. 779. — Beiſpiele in Eginhard Epistol. XVIII. XXIII. Vergl. Thomaſſin von der ältern und neuern Kirchenzucht. Kap 98. §. 9 u. ff.

eintreten müſſen. In der That ſind hier durchgängig Geldbuſſen mit derjenigen Genauigkeit feſtgeſezt, deren wir ſchon oben gedachten. Man vergleiche die Geſetze der Burgunder (tit. XI. u. XLVIII.), der Franken (Lex Salica tit. XX. XXXII.) (Lex Ripuar. tit. 1, seqq.), der Allemannen (tit. 59 u. ff. 90 91) der Bajuaren (tit. 3 u. ff.) und der Langobarden (Lib. 1. tit. 7. 8): alle ſind ſie, kleinere unbedeutende Abweichungen abgerechnet, ganz verwandten Inhalts, und leicht iſt es, in allen dieſen Verordnungen Einen Geiſt zu erkennen.

Unter den Gewaltthätigkeiten ſind in allen dieſen Geſetzſammlungen noch ausgezeichnet Menſchenraub (plagium), Entführung und Nothzucht. Auch die Strafſanctionen wider dieſe Verbrechen ſind mit derſelben Genauigkeit abgefaßt, die man durchgängig an dieſen Geſetzen zu bewundern gedrungen iſt. Das erſte der genannten Verbrechen war in jenen Zeiten, wo Sklaven in hohem Werthe ſtunden, ſehr häufig. Umſtändlich handelt davon das Weſtgothiſche Geſetz [w]), Auslieferung an den Beraubten, der dann über Leben und Tod des Verbrechers freie Gewalt hat, beträchtliche Geldbuſſen, körperliche Züchtigungen, dieß ſind die Strafen, die nach dem Stande des Verbrechers und nach den Modifikazionen des einzelnen Falls hier gedroht ſind. Aehnlich ſind die Strafbeſtimmungen des Oſtgothiſchen [x]) Geſetzes. Das Saliſche [y]), Allemanniſche [z]), Baierſche [a]), Sächſiſche [b]) und Frie-

w) Leg. Wisigoth. Lib. VII. tit. 3.

x) Edictum Theodor. cap. 78 Nur iſt hier auf den Raub eines Freigebornen unbedingt die Todesſtrafe feſtgeſezt.

y) Lex Salica tit. 42. —

z) Lex Alemann. tit. 47. 48.

a) Lex Bajoar. tit. 8. cap. 4. §. 1. 2.

b) Lex Saxon. tit. 2. §. 7.

ſiſche c) Geſetz beſtimmen nur Geldbuſſen. In den Kapitularien endlich iſt die Todesſtrafe feſtgeſezt. d)

Ausführlich reden alle dieſe Geſetze von Entführung und Nothzucht. Die Häufigkeit vorzüglich des erſten Verbrechens, mehr eine Folge des geſezloſen Zuſtandes im langſam ſich geſtaltenden Staate, wo die Waffen die Stelle des Geſetzes vertraten, als eines romantiſchen Geiſtes, der ſpätere Jahrhunderte auszeichnet, bezeugen die Annaliſten jener finſtern Zeiten e). Geldbuſſen bilden auch hier den Grundton der Strafbeſtimmungen. Nur wo der Verbrecher nicht im Stande iſt, ſie herbeizuſchaffen, tritt ſubſidiariſch auch Verluſt der Freiheit oder des Lebens ein. Auch körperliche Züchtigungen ſind hin und wieder feſtgeſezt f).

---

c) Lex Friſion. tit. 21.

d) Capitul. Lib. VI. §. 9.

e) Man ſehe z. B. Annal. apud Pithoeum Script. XII. ann. Franc. ad a. 846. — und Flodoard Hiſtor. Remens. III. 12. — u. A.

f) Es würde zu weitläufig ſeyn, die einzelnen Verordnungen im Detail hier anzuführen. Man vergleiche Leg. Wiſigoth. Lib. III. tit. 3. 4. — Edictum Theodor. §. 17. ſeqq. 59. ſeqq. — Lex Burgund. tit. XII. §. 3. 4. — Lex Salica tit. 14. — Lex Ripuar. tit. 34. — Lex Bajuarior. tit. 7. c. 6. 7. — Lex Alamann. tit. 51. 52. 58. — Lex Saxon. tit. 10. Capitul. de part. Pax. §. 11. — Lex Friſionum tit. 9. §. 8. ſeqq. Lex Anglior. et Werin. tit. X. §. 1. ſeqq. — Leg. Longobard 1. tit. XXX. §. 1. ſeqq. Sorgfältig iſt in allen dieſen Straffanktionen auf die Verſchiedenheit der einzelnen Fälle, des Standes und der Geburt des Verbrechers ſowohl, als der Geraubten oder Entehrten Rückſicht genommen und darnach die Strafe feſtgeſezt. Eine beſondere Sorgfalt entdeckt ſich auch hier wieder in Beſtimmung der Geldſtrafen. Zum Bei-

Daß ſich nur wenige Strafbeſtimmungen über Injurien in den Geſetzſammlungen der germaniſchen Völker finden, fand ich ſchon oben Gelegenheit zu bemerken. Beſchimpfungen irgend einer Art nicht mit den Waffen zu rächen, ſie vor Gericht zu verfolgen, war, nach dem Zeugniß der römiſchen Geſchichtſchreiber, den Germaniſchen Völkern von jeher fremd. Man darf ſich daher über dieſe Lücke in ihren ſonſt ſo genauen und vollſtändigen Geſetzbüchern nicht wundern. Im Weſtgothiſchen und Burgundiſchen Geſetze finden ſich einige dürftige Strafbeſtimmungen meiſt gegen Beleidigungen von Weibern und Geiſtlichen, ausführlichere im Baierſchen, Saliſchen und Allemanniſchen Geſetze. Geldſtrafen oder körperliche Züchtigungen, wo ein Sklav der Injuriant iſt, ſind die gedrohten Strafen g).

Brandſtiftung beſtrafen die Wiſigothiſchen Geſetze h) mit dem Feuertod und mit dem Verluſt eines ſo

---

ſpiel diene die einzige Stelle aus dem Geſetz der Allemannen (tit. 58. §. 1.), wo es heißt: "si qua libera femina virgo vadit in itinere suo inter duas villas, et obviavit eam aliquis, et per raptum denudat caput ejus, cum sex solidis componat. Et si ejus vestimenta levaverit, ut usque ad genicula denudet, cum sex solidis componat. Et si eam denudaverit, ut genitalia ejus appareant vel posteriora, cum duodecim solidis componat.

g) Man vergleiche auch hier der Kürze wegen, Leg Wisigoth. Lib. VI tit. 4 §. 7. — Lex Burgund, tit. XXXII. XXXIII. — Lex Salica tit. XXXIII. XXXV. XXIII. — Lex Ripuariorum tit. XLI. § 1, seqq — tit XXXIX. Lex Alamannor. tit XII. XIII. XIV. XV. XVI. LVIII. §. 1. XCV. §. 1. Lex Bajuarior. tit. 1. cap. VIII. IX. X. tit. VII. cap. III. IV. V. tit. III cap. 1. §. 7. 8. Lex Saxon. tit. 1. §. 7. 8. Lex Frision. additam tit. III. §. 39. 40.

h) Leg. Wisigoth. Lib. VIII. tit. 2. c. 1.

groſſen Theils des Vermögens, als erfodert wird, um den geſtifteten Schaden zu erſetzen. Doch variirt die Strafe, je nach dem ein Haus innerhalb oder auſſerhalb der Stadt angezündet wurde, oder ein Wald u. ſ. w; je nach dem das Feuer mehr oder weniger um ſich gegriffen hat, je nach dem der Verbrecher ein Sklav oder Freier iſt. — Die übrigen Geſetze hingegen [i)] beſtimmen auch hier nur Geldbuſſen nebſt Entſchädigung des Beſchädigten; nur das Sächſiſche Geſetz [k)] verordnet die Todesſtrafe. —

Wenden wir uns jezt zu den Beſtimmungen über den Diebſtahl, ein Verbrechen, das wegen der damit verbundnen Feigheit und ſchleichenden Liſt die hochherzigen Germanen immer mit beſonderm Haſſe verfolgten: äuſſerſt mannichfaltig zwar ſind hier die Beſtimmungen der einzelnen Geſetze, deren detaillirte Anführung uns zu weit führen würde; doch findet man wenigſtens die Uebereinſtimmung in ihnen, daß dieſes Verbrechen härter, als kaum irgend ein anders gebüßt wird [l)]. — Daher die Todesſtrafen, die in den meiſten dieſer Geſetze wenigſtens auf den beträchtlicheren Diebſtahl (die Beſtimmungen der einzelnen Geſetze weichen auch in dieſem Punkt mannich-

---

i) Lex Salica tit. 19. §. 1. seqq. — Lex Ripuar. tit. VI. §. 1. 2. — Lex Bajuar. tit. IX. c. 1. 2. 4. — Lex Alamann. tit. 81. §. 1. seqq. — Lex Anglior. et Werinor. tit. VIII. — Lex Frision. tit. VII. — Leg. Longobard. Lib. 1. tit. 19. §. 1. 2. 3. 4. (Rothar 146. 47. 48. 49.)

k) Lex Saxonum. tit. V. §. 2.

l) Siehe Leg. Wisigoth. Lib. VII. tit. 2. — Lex Burgund. tit. XXIX. §. 3 tit. 4. §. 1 seqq. tit. 70. §. 1. seqq. — Lex Ripuar. tit. 79. — Lex Salica tit. 2. seqq. Hier iſt auch für Sklaven unter gewiſſen Bedingungen die Strafe der Kaſtration feſtgeſezt, die überhaupt nicht ſelten in allen dieſen Geſetzſammlungen vorkommt. — Lex Ba-

faltig voneinander ab) feſtgeſezt ſind; daher auch die hö- her als bei irgend einem andern Verbrechen beſtimmten, den Werth des Entwandten oft acht und neunfach über- ſteigenden Geldbuſſen; — daher endlich die Verbote der Transaktion m) und andre eine beſondre Strenge beur- kundende Beſtimmungen. —

Derſelbe Geiſt ſpricht ſich auch im Allgemeinen in den Strafſanktionen in den Fälſchungen aus. Auch hier nehmlich ſind die Strafbeſtimmungen beinahe durch- gängig weit härter, als die bei ſo vielen andern Verbre- chen, deren Strafbarkeit die des Falſums, mit unſerm heutigen Maasſtabe gemeſſen, bei weitem überſteigt. Wir begreifen hier der Kürze wegen unter dem römiſchen Na- men Falſum Verfälſchungen von Urkunden, von Mün- zen, Meineid, falſches Zeugniß. — Die Strafen gegen dieſe verſchiedenartigen Verbrechen in den verſchiedenen Geſetzſammlungen gleichen ſich beinahe durchgehends. Die Hauptſtrafe iſt, körperliche Verſtümmlung, Abhauung der Hand; — auſſerdem auch Infamie, Einziehung eines gewiſſen Theils des Vermögens, oder auch Verluſt der Freiheit, und für Sklaven ſchwere körperliche Züchtigun- gen n).

---

joariorum tit. VIII. — Lex Alamann. tit. LXIX. LCIX. LXXII. LXXV - XCIX. tit. VII. XXXII. XXXI. XXVI. — Lex Saxonum tit. IV. — Lex Anglior. et Werinor. tit. VII. — Lex Frisionum tit. 3. — Lex Longobard. Lib. 1. tit. XXV.

m) Z. B. in Leg. Burgund. tit. 71. §. 1. "si quis inconsciis judicibus de furto, quod ipsi factum est, crediderit componendum; poenam quam fur subiturus erat, ipse suscipiat. „ —

n) Das Weſtgothiſche Geſetz, das überall am meiſten ſyſte- matiſche und vollſtändige, behauptet auch hier den Vor- zug der größten Ausführlichkeit. Man ſehe Leg. Wisi-

Es wird nicht unſchicklich ſeyn, an dieſem Orte noch des Verbrechens der Vergiftung zu erwähnen, welches diejenigen Geſetze, die überhaupt davon reden, mit einer bei Tödtungen ungewöhnlichen Härte verfolgen. So wird im Wiſigothiſchen Geſetz verordnet, daß derjenige, der einen andern durch einen Gifttrank tödete, des ſchmachvollſten Todes (morte turpissima puniatur) ſterben ſoll; oder wenn der Vergiftete am Leben bleibt, dieſem zu freier Willkühr übergeben werden ſoll o). Die fränkiſchen Geſetze bleiben hingegen der allgemeinen Sitte der Geldbuſſen auch in den Strafſanktionen gegen dieſes Verbrechen treu p); doch ſcheint es ſpäter, nach dem Zeugniß der fränkiſchen Annaliſten q) unter dem allgemeinen Namen der Magie, weit härter mit dem qualvollen

---

goth. Lib. VII. tit. 5. 6. Lib. II. tit. 4. §. 6. 7. 8. — Man vergleiche auſſerdem: Leg. Burgund. tit. 80. wo die Konſacramentalen, von welchen bald ausführlich die Rede ſeyn wird, wenn die Parthei, mit welcher ſie ſchworen, im gerichtlichen Kampfe unterlag, zu einer Geldbuſſe von 300 Solidis verurtheilt werden (a. a. O. § 2.). Ferner: Leg. Salicam tit. 51. §. 1. seqq. — Leg. Ripuar. tit. 59. §. 3. — Capitul. Lib. VII. cap. 140. (ed. Lindenbrog.) — Leg. Saxonum tit 2. § 8. 9. — Leg. Frisionum tit. X. Nach dem Sächſiſchen Geſetz wird ein vorſätzlicher Meineid mit dem Tode beſtraft. — Leg. Longobard. Lib. 1. tit. 29 Lib. II. tit. 51. §. 10. 11. Lib. 1. tit. 28. § 12. Lib. II. tit. 55. §. 33.

o) Lex Wisigoth Lib. VI. tit. 2. §. 2.

p) Lex Ripuarior. tit. 83. §. 1. 2. — Lex Salica tit. XXII. §. 1. — Capitul. Carol. Magni secundum ann. 805. cap. 25. wo ausdrücklich verordnet iſt, daß die "incantatores et tempestarii„ ſo lange aufbewahrt werden ſollten, bis ſie "deo inspirante„ Beſſerung gelobten.

q) Man ſehe z. B. Gregor von Tours §. 40. — Pithoei annal. et hist. Franc. XII. script. pag. 406. u. A.

Tode des Verbrennens oder des Erſäufens gebüßt worden zu ſeyn. — Auch die Geſetze der übrigen Völker enthalten nur Geldſtrafen r). Im Geſetz der Angeln und Wariner iſt noch ausdrücklich die Probe der glühenden Pflugſchaar verordnet, wenn ein Weib der Vergiftung ihres Mannes angeklagt wurde, und ſie keinen Vertheidiger ihrer Unſchuld im gerichtlichen Kampfe finden konnte s).

Es mögen ſich zunächſt die Strafſanktionen wider Zauberei u. ſ. w. anſchlieſſen, die in einigen dieſer Geſetzſammlungen eine gar wichtige Rolle ſpielt; einen langen Katalog von Schuldigen dieſer Art führt das Weſtgothiſche Geſetz an t). Hier werden "arioli, aruspices, vaticinatores, malefici, immissores tempestatum, qui grandinem in vineas messesque mittere perhibentur; — qui per invocationem daemonum mentes hominum conturbant, qui nocturna sacrificia daemonibus celebrant, eosque per invocationes nefarias nequiter invocant; — qui in hominibus vel brutis animalibus, omnique genere, quod mobile esse potest, seu in agris, vel vineis diversisque arboribus, maleficium aut diversa ligamenta, aut etiam scripta in contrarietatem alterius excogitaverint facere, aut expleverint, per quod alium laedere, vel mortificare, aut obmutescere velint, aut dampnum tam in corporibus, quam in universis rebus fecisse reperiantur, und mehrere andre Wunderthäter genannt. — Alle dieſe, ſo wie diejenigen, die es wagen ſollten, ſich mit Leuten der Art

r) V. Leg. Bajuarior. tit. III. c. 6. 7. — Leg. Longobard. Lib. 1. tit. III. c. 4. 5. tit. IX. c. 6. 7. (Rothar. 139. 140. 141. 142.) CXXXIX. (Henricus II. 2.) In dieſer leztern Verordnung iſt Todesſtrafe und Verluſt des Vermögens feſtgeſezt.

s) Lex Angl. et Warin. tit. XIV. de Veneficiis.

t) Lex Wisigoth. Lib. VI. tit. II. c. 1. 2. 3. 4.

zu irgend einem ſtrafbaren Zweck zu verbinden, ja ſie nur um Rath zu fragen, verfolgt dieſes Geſetz mit ſchweren Strafen. Sie ſollen ausgepeitſcht werden, und in Sklaverei verfallen; Sklaven auf mannichfache Art geſtraft und ſodann deportirt werden u. ſ. w. u).

Merkwürdig iſt noch eine Verordnung Karls des Groſſen in dieſer Hinſicht, die nicht Zauberer, Wahrſager u. ſ. w. mit Strafen bedroht; ſondern den Zweck hat, den Volksglauben daran und die Verfolgungen derſelben auszurotten v)! Löblich iſt dieſes Beſtreben immer, ſo unſchicklich auch die Mittel gewählt ſeyn mögen! —

In eben dieſer Hinſicht zeichnen ſich auch noch die Langobardiſchen Geſetze ſehr zu ihrem Vortheil aus. Immer macht jenen Zeiten die Verordnung Rothars (379) viel Ehre, worin es heißt: Nullus praesumat aldiam alienam aut ancillam, quasi strigam, quae dicitur masca, occidere: quod Christianis mentibus nullatenus est credendum, nec possibile est, ut hominem mulier vivum intrinsecus possit comedere. Si quis deinceps talem illicitam ac nefandam rem perpetrare praesumserit, si aldiam occiderit, componat pro statu ejus solidos 60, et insuper addat pro culpa solidos 100, medium regi et medium, cujus aldia fuerit w).

Es bleiben uns jezt noch vorzüglich die Fleiſchesverbrechen und andre zunächſt damit in Verbindung ſte-

---

u) Leg. Wisigoth. l. c.

v) Carol. M. Cap. de part. Saxon. cap. 6. "si quis a diabolo deceptus crediderit secundum morem paganorum, virum aliquem aut feminam strigam esse, et homines comedere, et propter hoc ipsam incenderit, vel carnem ejus ad comedendum dederit, capitis sententia punietur.

w) Lex Longobard. Lib. 1. tit. 11. §. 9.

hende Vergehen, ſo wie die dagegen erlaſſene Strafſanktionen zu betrachten übrig. Jene Unſchuld früherer Jahrhunderte, die Tacitus ſo ſehr erhebt, ſcheint in dem Umgange mit den beſiegten Völkern in den Germaniſchen Völkerſtämmen verloren gegangen zu ſeyn. Denn es ſind in allen ihren Geſetzſammlungen auch Strafbeſtimmungen gegen mannichfaltige Arten der Wolluſt vorhanden; ſelbſt der Sodomie im weiteſten Sinne des Worts wird in einigen, z. B. der Weſtgothiſchen Geſetzſammlung, häufig gedacht.

Am ſtrengſten ſind die Strafbeſtimmungen gegen den Ehebruch, Verluſt der Freiheit, des Vermögens, Geldbuſſen, ſind nach dem verſchiednen Charakter der einzelnen Geſetzgebungen die gewöhnlichſten Strafen x). — Nur im Edikt Theoderichs, im Geſetz der Burgunder, ſo wie in den Kapitularien der Fränkiſchen Könige iſt die Todesſtrafe geſetzlich beſtimmt y). Die Sächſiſchen und Frieſiſchen Geſetze endlich ſchweigen gänzlich davon, wahrſcheinlich weil nach dem Zeugniß der Annaliſten die Beſtrafung des Ehebruchs zum Reſſort der häuslichen Gewalt gehörte, die die Familienväter im weiteſten Umfang ausübten z). Endlich ſtimmen beinahe alle dieſe Geſetze darin überein, daß ſie den in der Umarmung ergriffnen

---

x) Lex Wisigoth. Lib. III. tit. 4. — Lex Salica tit. XV. §. 1. — Lex Ripuar. tit. 33. §. 1. — Lex Bajuar. tit. VII. c. 1. 10. 12. — Lex Alamannor. tit. 58. §. 1. 2. seqq. tit. XXXIII. §. 1. tit. 80. §. 1. seqq. — Lex Longobard. Lib. 1. tit XXXII. §. 2. 7.

y) Edictum Theodorici cap. XXXVIII. XXXIX. — Hier iſt auch für die Gehülfen die Todesſtrafe feſtgeſezt. — Lex Burgund. tit. 52. cf. 68. §. 1. 2. — Capitul. Reg. Franc. Lib. VI. c. 431.

z) Siehe not Sibrandi Siccamae ad Leges Frisionum pag. 52. (edit. Gaertner).

Ehebrecher, einige auch die Ehebrecherin, entweder dem zunächſt Beleidigten, oder mehreren oder wenigern, entfernteren oder nähern Verwandten zu tödten erlauben, oder ihn wenigſtens ihrer Rache ausliefern.

Gelinder wird das Stuprum beſtraft. Hier ſind durchgängig, mit Ausnahme des Oſtgothiſchen Geſetzes a), Geldſtrafen und meiſt ſehr niedrige, mit der genaueſten Rückſicht auf Stand, Alter u. ſ. w. der Geſchwächten, ſo wie auf die Individualität des Verbrechers feſtgeſezt. — Gewöhnlich wird dieſer auch verpflichtet, die Geſchwächte zu heirathen, oder ihr einen Theil ſeines Vermögens abzutreten; auch geht ſie ſelbſt der elterlichen Erbſchaft gewöhnlich verluſtig, ſo wie der Ehre. Zuweilen ſoll auch der Verbrecher den Eltern der Geſchwächten zur freien Dispoſition übergeben werden b).

Auch der Inceſt iſt in einigen dieſer Geſetze beſonders erwähnt. Es gehören hieher die Verordnungen des Weſtgothiſchen, Saliſchen und Ripuariſchen Geſetzes, der Fränkiſchen Kapitularien, des Baierſchen, Allmaniſchen und Langobardiſchen Geſetzes. Sie gebieten beinahe durchgängig Trennung der inceſtuoſen Ehe, Ehrloſigkeit

a) Edictum Theodorici cap. 60. seqq. — Hier iſt die Strafe des Feuers feſtgeſezt, wenn ein Sklav eine Wittwe auch mit ihrem Willen entehrt hatte, oder wenn ein Ehemann eine Jungfrau geſchwächt hatte, und ihr die in den Geſetzen feſtgeſezte Summe nicht bezahlen konnte (cap. 59).

b) Vergleiche Leg. Wisigoth. Lib. III. tit. 4. c. 7. 8. — Leg. Burgund. tit. 44. §. 1. et tit. 61. — Leg. Salicam tit. 14. §. 13. — Leg. Bajuarior. tit. XXXV. §. 2. 3. — Leg. Bajuarior. tit. VII. c. 8. §. 1. c. 9. §. 1. c. 11. §. 1. c. 13. §. 1. — Leg. Frision. tit. 9. §. 1. seqq. — Leg. Longobard Lib. 1. tit. 31. §. 1. seqq. (Rothar. 189. 194. — Liutprand VI. 7.)

der in ihr erzeugten Kinder, Verſtoſſung in ein Kloſter, Einziehung eines Theils oder des geſammten Vermögens, Verbannung, und nur das Baierſche und Allmaniſche Geſetz ſezt den Verluſt der Freiheit feſt c).

Der Sodomie erwähnt das Weſtgothiſche Geſetz gleichfalls, vornehmlich aber die Kapitularien der Fränkiſchen Könige. Kaſtration, Verſtoſſung in ein Kloſter zu ewiger Buſſe, Trennung der etwa beſtehenden Ehe, Verluſt des Vermögens, oder ewige Verbannung nach geſchehener Entmannung, Verluſt aller Ehrenämter, auch Todesſtrafe, oder an ihrer Stelle ewige Buſſe ſind die in den genannten Geſetzen beſtimmten Strafen d).

Endlich wird auch noch das Lenocinium im weiteſten Sinne des Worts in den meiſten dieſer Geſetze ausgezeichnet. Um ſo zweckmäſſiger ſtellen ſich die Strafbeſtimmungen dagegen im Allgemeinen dar, je zügelloſer die Geſchichtſchreiber jener Zeiten die Sittenloſigkeit, vorzüglich am fränkiſchen Hofe, wie überhaupt in den eroberten Römiſchen Provinzen ſchildern. — Solche Strafſanktionen enthält das Weſtgothiſche und Langobardiſche Geſetz e). Jenes droht öffentlichen Buhldirnen dreihundert

---

c) Cf. Lex Wisig. Lib. III. tit. V. c. 1. 2. — Lex Salica tit. XIV — Lex Ripuar. tit. 69. §. 2. — Capitul. Lib. V. c. 168. Lib. VI. c. 409. — Lex Longob. Lib. II. tit. 8. c. 9. (Carol. M. 5) — Lex Bajoar. tit. 6. 81. § 1. 2. 3. Lex. Alamann. tit. 39. §. 1. 2.

d) Leg. Wisigoth. Lib III, tit. V. c. 5. 7. — Capitul. Lib. VII. c. 356. Lib. VI. c. 209. — Ludov. Pius addit IV. c. 160.

e) Leg. Wisigoth Lib. III. tit. IV. c. 17. — Leg. Longob. Lib. I. tit. XXXII. c. 6. (Luitprand VI) „si quis dixerit conjugi

dert Peitſchenhiebe und Verweiſung; beim Wiederbetretungsfall die Wiederholung der Züchtigung und Verluſt der Freiheit; auch die mitſchuldigen Eltern ſollen gezüchtigt werden u. ſ. w. Dieſes aber beſtraft buhleriſche Weiber mit dem Tode, und beſiehlt den Männern, die in die Schuld der Weiber gewilligt, den Eltern derſelben den Werth der Hingerichteten zu bezahlen u. ſ. w. — Auch der Ausſetzung von Kindern, Abtreibung der Leibesfrucht geſchieht in einigen dieſer Geſetze Erwähnung. —

Dieß ſind die vorzüglichſten der in den oft genannten Geſetzſammlungen gedachten Verbrechen, ſo wie der

---

conjugi — heißt es im Eingang der leztern Verordnung — malam licentiam dando: vade et concumbe cum tali homine, aut si dixerit alicui homini: veni et fac cum muliere mea carnis commixtionem; et tale malum factum fuerit, et caussa probata fuerit, quod per ipsum maritum factum sit; ita statuimus, ut illa mulier, quae hoc malum fecerit et consenserit moriatur etc." —

Daß auch bey den Franken dieſe Verderbtheit der Sitten immer mehr um ſich gegriffen habe, beweiſen die Zeugniſſe Gregors von Tours und andrer fränkiſcher Geſchichtſchreiber, wenn auch ihre Geſetze nicht beſonders davon reden. Merkwürdig iſt eine Stelle aus den Ehepakten eines fränkiſchen Grafen, die Baluz anführt, worin der Bräutigam den Schwiegereltern verſpricht, daß er ihre Tochter Valuntia zur Ehe nehmen, und ſie immer in Ehren halten wolle, wie ein Mann ſein rechtmäſſig Gemahl halten müſſe; und ſie auch nicht fortſchicken wolle, ſo lange er lebe: „nisi propter cucuciam, quam ipsa sibi faciat, et ipsa cucucia sibi sit probata, a se legaliter et manifeste convicta, et non sit facta per suum adsensum, nec per suum consilium, nec per suum stabilimentum" — (Baluz. Capitul. Tom. II. pag. 1204 seqq).

dagegen beſtimmten Strafen in ihren mannichfaltigen Modifikazionen. Die Uebereinſtimmung in dieſen verſchiednen Geſetzgebungen, deren Abweichungen ſich nur im Einzelnen offenbaren, die im Allgemeinen aber Einen Geiſt verkünden, bietet ſich dem aufmerkſamen Beobachter von ſelbſt dar.

Eine Rekapitulation der bisher gehäuften einzelnen Bemerkungen und Zuſammenſtellung der zerſtreuten Züge zu einem umfaſſenden, eine allgemeine Beſchauung gewährenden Gemälde verſparen wir bis auf den Schluß dieſer Periode nach Beendigung einer kurzen Skizze des Gerichtsweſens und des Verfahrens in peinlichen Sachen in dieſen Zeiten, zu welcher wir ſogleich übergehen könnten, müßten wir nicht zuvörderſt noch mit ein paar Worten der in den bisher genannten Geſetzen und in den Kapitularien der fränkiſchen Könige häufig beſtimmten geiſtlichen Strafen gedenken, ſollten ſie auch in die Geſchichte eines peinlichen Rechts nur in ſo weit gehören, als ſie den Einfluß beurkunden, den ſich ſchon damals die Geiſtlichkeit, wie überhaupt im Staate, ſo auch in dieſem Zweige der Gewalt zu verſchaffen gewußt hätte.

Schon vor der Eroberung Galliens durch die Franken war hier, wie überall, die Macht der Biſchöffe im Römiſchen Reiche feſt gegründet geweſen f). Unerſchüttert, ja noch mehr befeſtigt ward ſie nach den Einfällen der Barbaren, in den neu gegründeten Staaten. Depoſitäre des geſammten Wiſſens der damaligen Welt, im Beſitz von dem Zutrauen des Volks, verherrlicht durch den Glanz der Religion, waren die Geiſtlichen die Einzigen, und konnten es nur ſeyn, die die rohen Gemüther

---

f) Beweisſtellen finden ſich geſammelt in Schmidts Geſchichte der Deutſchen Th. I. Buch 2. Kap. 9.

der Sieger zu lenken und zu beherrſchen vermochten. Als dieſe dann auch zur chriſtlichen Religion ſich wandten, als die Geſetze der bisher unglaubigen Völkerſtämme mit ihr in Harmonie gebracht werden mußten, da konnte es nur der Klerus ſeyn, der dieſe Uebereinſtimmung hervorrufen konnte, und der alſo von nun an auch im Beſitz eines Theils der geſetzgebenden Gewalt, wie früher im Beſitz der richterlichen war, wenigſtens in Beziehung auf die Römer, die nach ihren eignen Geſetzen fortlebten, deren Rechte aber den Siegern Anfangs gänzlich unbekannt waren. —

Uebrigens unterlieſſen es die Biſchöffe nicht, die ſo errungene Gewalt in ihrem weiteſten Umfang zu benutzen. Uns intereſſirt in Beziehung auf unſern Gegenſtand vornehmlich das, daß ſie ſchon damals ſich mit dem Bannſtrahl zu bewaffnen gewußt hatten, der ihnen eine unbeſchränkte Gewalt über die Völker und ihre Herrſcher verlieh, und dem dieſe ſelbſt durch drohende Gebote die Wirkungen zu verſchaffen bemüht waren, die vielleicht der rauhe Sinn der Nazion ihm verweigert hätte g). — In der That unterlieſſen die Könige nichts, was das immer mehr ſteigende Anſehen der Biſchöffe, wie der geſammten Geiſtlichkeit, hätte vermehren können. Sie waren es, die ihrer eignen Gewalt Schranken ſezten, indem ſie den Kirchen das Recht der Freiſtätten ertheilten und beſtättigten, wie ſie es zum Theil ſchon unter der Herrſchaft der Römer genoſſen hatten. Am Fuß der Altäre war der Verbrecher vor dem Arm der

g) Vergl. Decretion. Childeberti anni 595 c. 2. wo es heißt: „Qui episcopum suum noluerit audire, et excommunicatus fuerit, perennem condemnationem apud Deum sustineat, et insuper de palatio nostro sit omnino extraneus, et omnes facultates suas parentibus legitimis amittat, qui noluit sacerdotis sui medicamenta sustinere.

Rächer, wie der höchſten Gewalt geſchüzt; wurden auch ringsumher die Fluren um den Kirchen verheert, die geheiligte Stätte wagten ſelbſt die roheſten Krieger nicht zu betreten, um nicht den Zorn der ſtrafenden Gottheit auf ſich herabzuziehen h). Und ſo bedurfte es nur einer feſten Beharrlichkeit von Seiten der Biſchöffe, um die Heiligkeit der Aſyle unverlezt zu erhalten. —

Bemerkenswerth iſt es endlich noch, daß ſich die Geiſtlichen auch einen unmittelbaren Einfluß auf die Entſcheidung von Kriminalſachen zu verſchaffen wußten. — Oft nehmlich erhielten ſie von den Königen ihren Antheil an den Geldbuſſen zum Geſchenk, und übernahmen dadurch die ihnen willkommene Verbindlichkeit des Richteramtes, der Unterſuchung der Sachen. Sie waren es, die oft anſtatt der Schuldigen die Buſſen bezahlten, wenn dieſe nicht im Stande waren, ſie herbeizuſchaffen, und die auch gewöhnlich die Sicherheitsbriefe mit unterzeichneten, wodurch der Verbrecher nach entrichteten Buſſen vor der Verfolgung und Blutrache des Verlezten und ſeiner Verwandten geſichert wurde. — Und ſo ward feſter und feſter die Herrſchaft über die Gemüther gegründet, die die Prieſter von jeher in Jahrhunderten der Theokratie in allen Ländern ausgeübt haben.

Darum dürfen uns denn auch ſo manche geſetzliche Verordnungen nicht überraſchen, die es nur zu ſehr beurkunden, wie willig die Völker ſich unter das geiſtliche Joch beugten und ſchmiegten i). So heißt es

---

h) Beiſpiele finden ſich in den fränkiſchen Annaliſten, Gregor von Tours, Aimoin, u. a. Siehe unter andern Gregor V. 14.

i) Vergl. überhaupt Schmidts Geſchichte der Deutſchen Th. I. Buch 3. Kap. 13. — und Hert notit. veter. Franc. regni cap. V. §. 49.

im 3ten Kapitel des synodus Vernensis vom Jahr 755, daß es jedem Biſchoffe in ſeiner Parochie vergönnt ſeyn ſolle, Geiſtliche und Laien zu einem gottgefälligen Leben durch ſtrenge Kirchenzucht anzuhalten k). — Karl der Groſſe und Ludwig der Fromme gaben dieſer Verordnung Pipin's ein neues Gewicht, indem ſie die Ausſprüche der Geiſtlichen durch die weltliche Macht kräftig zu unterſtützen geboten l). Merkwürdig ſind in dieſer Hinſicht die von Sangino (de disciplina ecclesiastica) beſchriebnen Synodalgerichte (Sendgerichte), die von den Biſchöffen alljährlich in ihren Sprengeln gehalten wurden, und die vielleicht das erſte Beiſpiel des ſonſt ungewöhnlichen inquiſitoriſchen Verfahrens darbieten m). In Begleitung der Archidiakonen und andrer Geiſtlichen

---

k) Capitul. synodi Vernensis, edita a Pipinno et episcopis anno 755 c. 3. „Ut unusquisque episcoporum potestatem habeat in sua parochia, tam de clero, quam de regularibus vel saecularibus, ad corrigendum et emendandum secundum ordinem canonicum spiritualem, ut sic vivant, qualiter Deo placere possint." —

l) Edictum Dominicum anni 800: De honore et adjutorio episcopis praestando a comitibus et aliis judicibus. — Kräftig ermahnt hier Karl der Groſſe zum Gehorſam und zur Unterwürfigkeit gegen die Kirche. — Vorzüglich aber gehört hieher das Capitul. anni 823. c. 4. „— ubicunque per negligentiam abbatis aut abbatissae vel comitis sive vassi nostri aut alicujus cujuslibet personae aliquod vobis difficultatis in hoc apparuerit obstaculum, nostrae dinoscentiae id ad tempus insinuare non differatis; ut nostro auxilio suffulti, quod vestra auctoritas exposcit, famulante ut decet potestate nostra, perficere valeatis." —

m) Vergl. Malblank's treffliche Geſchichte der peinlichen Gerichtsordnung Kaiſer Karls V. S. 61 u. ff. und die daſelbſt angeführten Schriftſteller.

bereiſten die Biſchöffe ihre Sprengel, überließſen jenen alle unwichtigern Sachen zur Entſcheidung, während ſie die wichtigſten ſich ſelbſt vorbehielten. Zur Ausforſchung derſelben wurden ſieben der älteſten und wahrhafteſten Männer erwählt, die ſich mit einem Eide verpflichten mußten, dem Biſchof alles zu entdecken, was innerhalb der Parochie wider die Religion geſchehen, und was zu ihrer Kenntniß gekommen ſey oder noch kommen werde. Es ſind dieß dieſelben ſogenannten promotores jurisdictionis episcopalis, deren Innocenz der Dritte mehrere Jahrhunderte nachher, ſo wie der Synodalgerichte überhaupt als bekannt gedenkt n), und über deren Mißbräuche und Nachtheile viele Schriftſteller jener Zeiten bittre Klagen erheben. Auf dieſen Sendgerichten nun wurde nachgeforſcht, ob jemand in der Parochie ſey, der ſich eines Mordes oder Todtſchlags, des Menſchenraubes und Menſchenhandels, der Idolatrie, Zauberei, Wahrſagerei, Verachtung der Religion und ihrer Diener, Entziehung des denſelben gebührenden Zehnten, der Unzucht u. ſ. w. ſchuldig gemacht habe. Die gewöhnlichen Strafen waren dann geiſtliche Buſſen, die aber alle mit Geld abgekauft werden konnten. Ungehorſame wurden durch die Exkommunicationen am meiſten zu ihrer Pflicht zurückgeführt. Immer ſchärfer wurden die Formeln derſelben, um ihr Anſehen ungeſchwächt zu erhalten. Im dem 9ten Kapitel des Synodus Vernenſis vom Jahr 755 findet ſich folgende Beſchreibung der Exkommunication: „Ut sciatis, qualis sit modus istius excommunicationis, in ecclesiam non debet intrare, nec cum ullo Christiano cibum vel potum sumere, nec ejus munera quisquam accipere debet vel osculum porrigere, nec in oratione se jungere, nec salutare, antequam ab episcopo suo sit reconciliatus. — Quod si

n) c. 17. 24. 25. X de accusationibus. —

aliquis iſta omnia contempserit et Episcopus hoc minime emendare potuerit. Regis judicio exilio condemnetur.“ — Im Verfolg der Zeit wurde der Zuſtand der Exkommunicirten noch ungleich ſchrecklicher, als der hier beſchriebne. — Beiſpiele der Buſſen finden ſich übrigens überall in den Kapitularien zerſtreut. Sie ſind meiſtens von der Art, daß ſie die weltlichen Strafen an Härte bey Weitem übertrafen.

Wir wenden uns jezt zu einer gedrängten Skizze des Gerichtsweſens in dieſer Periode und des Verfahrens in peinlichen Sachen. Können wir auch nicht in eine detaillirte Darſtellung der Gerichtsverfaſſung jener Zeiten eingehen, die einem eignen Werk, das Civil- und Kriminaljuſtiz, damals noch nicht getrennt, umfaßt, vorbehalten bleiben muß, ſo werden doch einige allgemeine Bemerkungen über dieſen Gegenſtand nicht unintereſſant ſeyn. Denn ſo wie eine Unterſuchung der Konſtituirung der Gerichte vornehmlich eine lebendige Anſchauung des Geiſtes der Nation gewährt, welcher ſie angehören: ſo vergönnt auch nur die Beobachtung der Art, wie der todte Buchſtabe der Geſetze in den Ausſprüchen der Gerichte lebendig wirkt, in den Geiſt einer Geſetzgebung einzudringen. —

Der Ueberſicht der Gerichtsverfaſſung in dieſer Periode muß vor Allem die Bemerkung vorausgeſchickt werden, daß nur von den Gerichten, wie ſie in der Fränkiſchen Monarchie waren, hier die Rede iſt. In ihnen iſt die Grundform der Gerichte aller übrigen germaniſchen Völkerſtämme enthalten, die theils ihrer Herrſchaft unterworfen waren und ſchon darum ihre innern Einrichtungen denen der Sieger anpaſſen mußten, theils aber die gemeinſame Abkunft durch Gleichheit der Verfaſſung bewährten.

Wenn nach den älteſten Nachrichten, die uns Cäſar und Tacitus von Germanien geliefert haben, dem Volke allein das Recht zuſtand, über Leben und Tod zu richten, und ſelbſt die Beſtrafung geringer Verbrechen nur von ihm ſelbſt gewählten Richtern in den einzelnen Gauen und Dörfern überließ: ſo finden wir den Zuſtand des Gerichtsweſens in dieſer Periode nicht unbedeutend umgewandelt. Denn unter dem Namen des Blutbanns iſt die peinliche Gerichtsbarkeit jezt ein Vorrecht der Könige geworden, das dieſe entweder unmittelbar ſelbſt, oder durch die von ihnen angeordneten Beamten ausübten.

Auf den groſſen Verſammlungen des Volks, die jährlich gehalten wurden, und auf welchen alle Stände des Reichs erſchienen, wurden die wichtigern Angelegenheiten und Streitſachen der Könige ſelbſt, der Herzoge, Grafen u. ſ. w. entſchieden o). Beiſpiele davon bewahren uns die Fränkiſchen Annaliſten, deren Zeugniſſe man bei den in der Note angeführten Schriftſtellern geſammelt findet, wiewohl in ihren Annalen nicht wenigere Beiſpiele aufbewahrt ſind, wo nicht die Geſetze, ſondern Liſt, Gewalt und Meuchelmord der Könige den Streitigkeiten und wechſelſeitigen Anklagen der Groſſen ein ſchnelles Ende machten.

Ueber geringere Streitigkeiten der Groſſen richtete der König allein. So heißt es im 77ſten Kapitel des dritten Buchs der Kapitularien, daß Biſchöffe, Aebte, Grafen und überhaupt alle Mächtigen alle ihre Streitigkeiten und Händel, über die ſie ſich nicht vertragen könnten, dem Könige zur Entſcheidung vorlegen ſollen;

o) Vergl. bei dieſem ganzen Abſchnitt Hermann Conring De Jud. Reip. Germ. Hert. Notitia veter. Franc. regni. vorzüglich cap. 5. — Heinecc. Elementa Jur. Germ. tom. II. Lib. III tit. I. —

und daß kein Comes palatii ſich das Richteramt darüber anmaſſen ſoll; damit nicht die Sachen der Armen und Mindermächtigen vernachläſſigt würden p). — Eben ſo richtete der König über ſeine Vaſallen, oder in Sachen, die durch Berufung, oder wegen verzögerter Gerechtigkeit an ihn gelangt waren, oder wenn ein Verurtheilter ſich dem Ausſpruch des Richters nicht fügen wollte, u. ſ. w. q) Zur Entſcheidung ſolcher Sachen war ein Tag in der Woche beſtimmt, wo die Könige offnes Gericht hielten r).

Häufiger aber übte der König dieſe Jurisdiktion durch die Beamten ſeines Pallaſts aus, entweder durch den Capellanus (Apocrisarius), vor deſſen Forum alle geiſtliche Sachen gehörten, oder durch den Comes palatii, der in allen weltlichen Sachen Richter war s).

Auch derjenigen Gerichtsbarkeit muß hier gedacht werden, welche die Missi dominici (Missi regii, missi palatii, palatini, de palatio) in weitem Umfang ausübten. Ihr vorzüglichſtes Geſchäft beſtand darin, eine ſtrenge Kontrolle zu führen über alle Richter im Lande, die Nachläſſigen zu ſtrafen, und andre an ihre Stelle zu erwählen, über die Sitten der Biſchöffe, Aebte u. ſ. w. an den König zu berichten, das Land von Räubern zu reinigen u. ſ. f. t) Ihre richterliche Gewalt aber äuſſerte ſich vorzüglich darin, daß alle Sachen vor ihren Richterſtuhl gebracht werden durften, worin die gewöhnlichen Richter das Recht verweigert hatten. Sie mußten ſogar

p) Capitular. III. anni 812. c. 2.

q) Vergl. Capitul. Lib. V. c. 308. III. 64. V. 101, V. 243, III. 7. II. 19.

r) Capitul. Wormat. anni 829. tit. 2. cap. 14.

s) Gewährsmann iſt Hincmar Epistol. 14. c. 19. 20. 21.

t) S. Capitul. Lib. III. c. 33. II. 26 — 28 — IV. 56.

zu dieſem Zweck vier öffentliche Gerichte (Placita) im Jahr zu beſtimmten Zeiten halten, und darin über die Beſchwerden des Volks richten u).

Vorzüglich aber intereſſirt uns hier die ordentliche und gewöhnliche Gerichtsbarkeit der Grafen in den Gauen, welche vorzugsweiſe in den Geſetzſammlungen und den Jahrbüchern jener Zeiten Richter (judices) genannt wurden. Ihre Gerichtsbarkeit erſtreckte ſich über alle weltliche Sachen, ſie mogten bürgerliche oder peinliche ſeyn v). Doch wurden ihnen, die der Waffen gewöhnlich mehr kundig waren, als der Rechtsgewohnheiten und der Geſetze, Beiſitzer zugeſellt, die ſogenannten scabini, Schöſſen. Sie, die einen weſentlichen Beſtandtheil, wie aller Gerichte, ſo auch der peinlichen, in dieſer und den folgenden Perioden ausmachen, bedürfen einer umſtändlichern Erwähnung w).

Vor Allem erkennen die Geſetze der damaligen Zeiten die Nothwendigkeit der Gegenwart der Schöppen zur Hegung eines peinlichen Gerichts an. — Sie verpflichten die Schöppen, den Grafen auf ſeinen Reiſen zu be-

---

u) Capitul. Lib. III. c. 33 — (Capitul III. anni 802. c. 8.)

v) So heißt es im eilften Kapitel des Capitular II. anni 813. „Ut comites, unusquisque in suo comitatu, carcerem habeant. Et judices atque vicarii patibulos habeant." — Die Comites heiſſen übrigens auch in verſchiednen Zeitaltern und Beziehungen Graviones, Duces, Marchiones u. ſ. w. Vergl. Hert. notit. vet. Franc. regni cap. 5. §. 21.

w) Auſſer Brummers bekannter Abhandlung de scabinis (in ſeinen Opuscul. jurid. philolog. von G. Beyer Lips. 1702. exercit. IIda) gehört vorzüglich hierher die erſte Abtheilung von Ernſt Blümners trefflicher Schrift: Scabini Judiciorum criminalium ad Legem Carolinam poenalem descripti. Lips. 1799.

gleiten, und verbinden dieſen nur dann, auch auf den Reiſen Gericht zu halten, wenn er ſeine Schöppen bei ſich habe x).

Die Scabini y), die in den Kapitularien der Fränkiſchen Könige meiſt unter dem Namen Rachimburgi oder Rathinburgi vorkommen, wurden, wie mehrere Stellen der Kapitularien bezeugen z), unter den Fränkiſchen Königen von den Missis regiis erwählt, die wie über alle Einrichtungen im Staat, ſo auch über die Gerichte und ihre Beiſitzer ihre Aufſicht ausdehnten. Diejenigen, welche ſie dazu erwählen, ſollen redliche, wahrhafte und fromme Männer ſeyn a), welche Gerechtigkeit und Geſetze feſt und unverbrüchlich beobachten. Pflichtvergeſſne, partheiliche Schöppen, oder ſolche, die ſich durch Geſchenke beſtechen laſſen, ſollen abgeſezt und an-

---

x) Capitul. Lib. IV. c. 5. „Volumus, ut comites, qui ad custodiam maritimam deputati sunt, quicunque ex eis in suo ministerio residet, de justitia facienda se non excuset propter illam custodiam; sed si ibi secum suos scabineos habuerit, ibi placitum teneat et justitiam faciat." — Vergl. Capit. Lib. III. c. 40. in fini.

y) Ueber die Etymologie dieſer Benennung ſehe man die Gloſſarien von Wächter und Haltaus und andre bei Blümner a. a. O. §. 1. Genannte.

z) Siehe vorzüglich Capitul. III. anni 803. c. 3. „Ut Missi nostri Scabineos, Advocatos, Notarios per singula loca eligant, et eorum nomina, quando reversi fuerint, secum scripta deferant." — Vergl. Cap. 1. anni 809. c. 22.

a) Capitul. Addit. IV. c. 106. „Ut in omni comitatu hi, qui meliores et veraciores inveniri possunt, eligantur a missis nostris ad inquisitiones faciendas et rei veritatem dicendam." — Vergl. Cap. Lib. III. c. 56. — Lothar I. leg. 94. — Capit. anni 802. c. 25.

dere an ihre Stelle erwählt werden b). Sie ſollen nüchtern ihre Urtheile ſprechen, um nie in Gefahr zu ſeyn, ſich vom Wahren und Rechten zu verirren c).

Im Allgemeinen konnte jeder zum Schöppen erwählt werden, der ein Freigeborner (Ingenuus) war. Ein beſondres Requiſit zur Schöppenwürde war aber die Gleichheit des Standes mit dem zu Richtenden (Ebenbürtigkeit) d). Wenigſtens durfte der Schöppe nicht von geringerem Stande ſeyn. — Denn es ſträubte ſich germaniſcher Freiheitsſinn dagegen, ſich von Andern, als von Genoſſen richten zu laſſen, die allein mit den Gewohnheiten und Sitten eines Standes vertraut und ſeine Rechte ehrend, ein würdiges Urtheil zu fällen vermöchten. Darum erkannten Fürſten, in allen Sachen, welche ihr Leben und ihre Ehre betrafen, nur Richter von gleichem Stande an. Ein gleiches Vorrecht behaupteten alle übrigen Stände. — Nur mit der Einführung der fremden Rechte, die ſo manche treffliche germaniſche Inſtitute verdrängt oder entſtellt haben, verſchwand auch dieſe eigenthümliche Organiſazion der Gerichte, wovon kaum noch in einigen Provinzen Deutſchlands in den ſogenannten Man-

---

b) Capit. addit. IV. c. 105. Ut missi nostri, ubicunque malos scabinos inveniunt, ejiciant, et totius populi consensu in loco eorum bonos eligant. Et cum electi fuerint, jurare faciant, ut scienter injuste judicare non debeant. Auſſerdem c. 107. — Capitul 1. Carol. M. anni 809. c. 33.

c) Carol. M. Leges. L. 42. „Ut Judices jejuni caussas audiant et discernant.“ —

d) Vorzüglich iſt darüber nachzuleſen: Dreyer's gelehrte Abhandlung: Von den Wirkungen der Genoſſenſchaft, Komparität, Ebenbürtigkeit nach teutſchen Rechten, (Sammlung vermiſchter Abhandlungen. Th. 3) vorzügl. S. 1152 — 1219. —

nengerichten in Lehnsſachen, eine ſchwache Reminiscenz fortlebt, während ſie in Grosbritannien fortblühen, als das koſtbarſte Palladium der Freiheit.

Wir werden im Verfolg dieſes Werks öfters Gelegenheit haben, uns über dieſen Gegenſtand mehr zu verbreiten. In dieſer Periode begnügen wir uns, die Geſetzſtellen anzuführen, welche für die Beobachtung dieſer alten Sitte auch in dieſen Zeiten ſprechen. Es gehören hieher die Worte des Cap. 397. im fünften Buch der Kapitularien: „Major a minore non potest judicari“; — Eben ſo deutet auch eine Stelle aus einem dem Capitulare Caroli Calvi ad Aquitanos a. 856 auf dieſe Sitte hin[e]). Nicht minder befehlen die Geſetze, daß die Schöppen aus demjenigen Gau erwählt werden, wo die Partheien wohnen[f]).

Zweifelhaft iſt es, wie viel Schöppen zur Beſetzung der Gerichte erfordert wurden. Doch reden die meiſten hieher gehörigen Geſetze[g]) dieſer Periode von ſieben Schöppen, und nur Ausnahme ſcheint es zu ſeyn, wenn nach einigen Verordnungen zwölf Schöppen geſetzlich erfodert werden[h]).

---

e) „Sodalis est causa, ut illum inde familiariter non debeat admonere ante suos pares, illum in rectam rationem mittat. Et ille justum judicium sustineat.“ —

f) Siehe Capit. Lib. VI. c. 343. — Cap. Addit. IV. c. 106.

g) Lex Salica tit. 53. l. 3. tit. 60. l. 1. — Lex Ripuar. tit. XXXII. c. 3. Leg. Longob. Lib. II. tit. 42. §. 2. — Capitul. Carol. M. III. a. 803. c. 20. — Capitulare Lothar. apud Olonam a. 824. c. 3. — Vergl. Dreyer's Abhandlung von dem Nutzen des treflichen Gedichts Reinke de Voſſ. S. 142. u. ff.

h) Ludov. Pii. cap. II. a. 819. c. 2. — Zuweilen, wenigſtens in ſpätern Zeiten, werden auch nur drei oder ſechs

Von dem Amte und den Pflichten der Schöppen werden wir weiter unten Gelegenheit finden zu ſprechen, wo überhaupt vom gerichtlichen Verfahren die Rede ſeyn muß.— Hier nur noch ein Paar Worte über ihre Belohnungen und Strafen.—

Die Geſetze nehmlich billigen den Richtern und Schöppen eine gewiſſe Belohnung für jede Sache zu, die ſie entſcheiden i). Streng wird ihnen dagegen das Annehmen von Geſchenken unterſagt k), und harte Strafen der Partheilichkeit und den Beſtechungen gedroht l).—

Auch der Sachibaronen muß hier noch gedacht werden. Diejenigen ſcheinen ſich zu irren, welche ſie für gleichbedeutend mit den Rachimburgis halten. Denn es wird in den Geſetzen eine geringere Anzahl derſelben erfodert m). Vielmehr ſcheint ihre Beſtimmung

---

oder acht Schöppen erwähnt. Vergl. Blümner a. a. O. §. V, und die daſelbſt angeführten Schriften von Carpzov, Meinders, Buder, Eisenhart, Brummer, Kopp, Biener.—

i) Es gehört hierher Lex Bajuar. tit. II. c. 16. „Iudex vero partem suam accipiat de caussa, quam judicavit. De III. solidis tremissem accipiat, de VI. solidis duos tremisses accipiat, de IX. solidis unum solidum accipiat. De omni compositione semper nonam partem accipiat, dum rectum judicat.“—

k) Lex Bajuar. Tit. II. c. VI.— Lex Burgund. in prooem.— Capitul synod. Vernens. a. 755. c. 25.— Capit. 1. a. 789. c. 61, Capitul de Part. Saxon. c. 28. Cap. 1. a. 809. c. 38.

l) Lex Bajuar. Tit. II. c. 18. 19.— Lex Alamann. Tit. 41. c. 2.— Leg. Liutprand. Lib. IV. c. 10.— Edictum. Theodorici c. 2.— Capitul. Lib. VII. c. 249. III. 53.—

m) Lex Salica tit. 57. §. 4. Sagibarones in singulis mallebergiis plures quam tres esse non debent, et si de causa illi

geweſen zu ſeyn, Richter und Schöppen in ſchwierigen Fällen mit Rath zu unterſtützen, wenn dieſe der Rechts-gewohnheiten und Geſetze nicht kundig waren. —

Wir kehren nach dieſer nothwendigen Digreſſion zu den Grafen zurück. Ihnen zunächſt untergeordnet waren die ſogenannten Vicecomites, Vicarii, denen ſie die Ausübung der Gerichtsbarkeit übertrugen, wenn andre Funktionen ſie beſchäftigten n). Wie aber der Pagus, welchem die Comites, Vicecomites, Vicarii vorſtanden, in kleinere Diſtricte (Centenae, Decaniae) getheilt war, alſo kommen auch in den Geſetzen beſondre Richter dieſer einzelnen Diſtricte unter dem Namen: Centenarii, Decani vor, welche über die unbedeutenden Sachen entſchieden, während ſich die Comites die wichtigern vorbehielten o).

---

aliquid sanum dixerint, penitus gravio nullam habeat licentiam removendi. — Sie kommen auch unter dem Namen Sechibarones, Sagibarones vor. — Ueber die Etymologie des Worts vergl. die bekannten Gloſſarien. — Ueber ihre Beſtimmung: Kopp Heſſiſche Gerichtsverfaſſung Th. 1. S. 275.

n) Capitul. V. a. 803. c. VI. — Capitul. II. a. 813. c. 5. 6. 13. 12.

o) Decret. Childebert a. 595. c. 12. — Decret. Chlotar II. a. 595. c. 1. Capitul. III. a. 812. c. 4. Ut nullus homo in placito centenarii neque ad mortem, neque ad libertatem suam amittendam aut ad res reddendas vel mancipia judicetur; sed ista aut in praesentia comitis vel missorum nostrorum judicentur. — Vergl. Leg. Bajuar. tit. II. cap. 5. §. 1. — Capit. Lib. IV. app. II. c. 27. Ut ante Vicarium et Centenarium de proprietate aut libertate judicium non terminetur aut adquiratur, nisi semper in praesentia missorum imperialium aut in praesentia comitum. — Im Saliſchen Geſetz kommen die Decani auch unter dem

Welche Sachen unmittelbar vor das Forum des Comes gehörten, ergiebt vorzüglich eine Verordnung Ludwigs des Frommen. Es werden darin "Raptus, homicidia, incendia, depraedationes, membrorum amputationes, furta, latrocinia, alienarum rerum invasiones genannt p).

Mannichfaltig ſind die Modifikazionen, unter welchen die Gerichtsbarkeit der Biſchöfe und Geiſtlichen ſich äuſſert, deren Grundzüge hier darzulegen ſind q). — Der Synodal- oder ſogenannten Sendgerichte, deren Zweck Aufſicht über Sitten und Lebenswandel Geiſtlicher und Weltlicher und Beſſerung derſelben war oder ſeyn ſollte, gedachten wir ſchon oben bei Gelegenheit der kanoniſchen Strafen. Hier iſt aber noch Folgendes nachzuholen.

Beſaſſen die Biſchöfe auch in der fränkiſchen Monarchie keine ordentliche Gerichtsbarkeit in weltlichen Sachen r) — ſo konnten dennoch vermöge eines aus dem Theo-

---

Namen Tungini, Tunchini vor tit. 47. §. 1. tit. 49. §. 1. tit. 63. — Bei den Langobarden und Weſtgothen finden ſich die Centenarii und Decani unter dem Namen Gastaldi, Sculdasii, Thyuphadi, Gardingi, Taiones, wieder. — Vergleiche Malblanc Consp. rei judiciar. Rom. Germ. §, 40. — Pufendorf. de Jurisd. German. p. 150. und Kress de variis jurisd, crim. in Germania gener. obs. III. §. 1. seqq.

p) Ludov. Pii. praecept. pro Hispan. bei Baluz pag. 550.

q) Vorzüglich gehört hierher das zweite Stück des erſten Theils von C. P. Kopp's klaſſiſchem Werk: Ausführliche Nachricht von der ältern und neuern Verfaſſung der geiſtlichen und Civilgerichte in den Heſſencaſſelſchen Landen. Caſſel 1769.

r) Capit. Lib. V. c. 16. —

Theodoſianiſchen Codex entlehnten Fragments s), das ſich in den Kapitularien wiederfindet t), alle weltliche Sachen an jedem Tage des Proceſſes, einſeitig vom Kläger oder Beklagten, troz der Pendenz vor dem weltlichen ordentlichen Gerichte, der Entſcheidung des Biſchofes in lezter Inſtanz übergeben werden. — Sollen ſie gleich nach dem Sinn dieſer Konſtitution mehr als Diener der Religion, als Friedensſtifter, denn als Richter und Ausleger weltlicher Geſetze handeln und wirken, ſo war es dennoch vorzüglich dieſe Verordnung, unter deren Schleier ſie ihre Anmaſſungen zu verbergen, und Sachen jeder Art vor ihr Forum zu ziehen wußten. —

Auſſerdem waren es oft beſondre Exemtionen, von den Fränkiſchen Königen ertheilt, durch welche die Güter und Leute der Biſchöfe ihrer unmittelbaren Gerichtsbarkeit unterworfen wurden u). Dieſe weltliche Gerichtsbarkeit übten die Biſchöfe gewöhnlich durch Stellvertreter aus, die unter dem Namen Advocati oder Vicedomini vorkommen, und die ſie entweder ſelbſt wählten, oder die vom König, der die privilegirte Gerichtsbarkeit verlieh, ernannt wurden. —

Im weiteſten Umfang aber, vornehmlich unter der Regierung Karls des Groſſen, übten die Biſchöfe die Gerichtsbarkeit in geiſtlichen Sachen, ſo wie auch in den weltlichen Sachen der Geiſtlichen aus. — Denn wenn im Beginn der Fränkiſchen Monarchie Jahrhunderte lang wenigſtens die weltlichen Sachen des Klerus

---

s) L. 1. Cod. Theodos. de episcop. audientia. —

t) Capitul. Lib. VI. cap. 366. —

u) Beiſpiele ſind geſammelt bei Pfeffinger Vitriar. illustrat. Tom. 1. p. 1118. seqq. — Vergl. Marculph Lib. 1. form. 3.

der ordentlichen weltlichen Gerichtsbarkeit unterworfen waren: ſo hob dieſe Karl der Groſſe in ausdrücklichen Sanktionen, in allen Sachen des Klerus, ſie mochten weltliche oder geiſtliche ſeyn, ganz auf, um dieſe ausſchließlich den Biſchöfen unterzuordnen v).

Die Biſchöfe ſelbſt aber waren in allen Angelegenheiten von der weltlichen Gerichtsbarkeit eximirt, und dem Metropolit oder einem allgemeinen Koncilium der Biſchöfe untergeordnet. Auch über die niedern Geiſtlichen entſchied der Metropolit in höherer Inſtanz, jedoch ſo, daß ſich der König die endliche Entſcheidung vorbehielt w). — Nur Ausnahme war es, daß ſie, wenn ſie ſich eines groben Verbrechens ſchuldig gemacht hatten, mit Vorwiſſen und Genehmigung des Biſchofs vor den weltlichen Richterſtuhl gezogen werden konnten x). —

---

v) Capitul. Carol. M. I. a. 789. c. 27. — "ut si Clerici inter se negotium aliquod habuerint, a suo Episcopo dijudicentur, non a secularibus." — Vergl. Lib. VI. cap. 424.

w) Capitul. a. 794. c. 4. "Statutum est a Domino Rege et sancta synodo, ut Episcopi justitias faciant in suis parochiis, si non obedierit aliqua persona Episcopo suo de Abbatibus, Presbyteris, Diaconibus, Subdiaconibus, Monachis et ceteris clericis, vel etiam aliis in ejus parochia, veniant ad Metropolitanum suum, et ille dijudicet causam cum suffraganeis suis. Comites quoque nostri veniant ad judicium episcoporum. Et si aliquid est, quod Episcopus Metropolitanus non possit corrigere vel pacificare, tunc tandem veniant accusatores cum accusato cum literis Metropolitani, ut sciamus veritatem rei" —

x) Capitul. Carol. M. I. a. 769. c. VI. — "Ut nullus judex neque presbyterum, neque diaconum aut clericum aut juniorem ecclesiae sine scientia proprii Episcopi per se distringat aut condemnare praesumat." —

Dieß iſt im Umriß die Einrichtung der Fränkiſchen Gerichte, die das Vorbild und den Grundtypus der Organiſazion der Gerichte bei den übrigen germaniſchen Völkerſchaften enthält, wenn dieſe auch in Einzelheiten von den eben beſchriebenen abweichen ſollten. —

Die ordentlichen Gerichte wurden in den erſten Zeiten der Fränkiſchen Monarchie am dritten Tage der Woche unter freiem Himmel in Gegenwart des umſtehenden Volks an einem Ort gehalten, auf dem entweder aus den Zeiten des Paganismus eine heilige Erinnerung ruhte, wo man ehedem Gebete zu den Göttern emporſandte und Opfer verrichtete, oder der durch den Chriſtianismus geweiht war. An ſolchen Oertern wurden daher dieſe Gerichte erhalten, wo ſich ein durch ſein Alter heiliger Baum, oder eine Statue, (Roland) oder ein Kreuz erhob, oder auch in den Kirchen, oder den Plätzen ringsumher. — Karl der Groſſe aber und Ludwig der Fromme geboten, eigne Gerichtshäuſer zu errichten, damit nicht die Ausübung der Gerechtigkeit durch Zufälligkeiten verhindert würde y).

---

y) Carol. M. Leg. L. 120. „Ut placita publica vel secularia neque a comite, nec ab ullo ministro suo vel judice, nec in ecclesia, nec in terris ecclesiae circum jacentibus uel cohaerentibus nullatenus teneantur." — Capit. Lib. III c. 57. — Ut in locis, ubi mallos publicos habere solent, tectum tale constituatur, quod in hyberno et in aestate observatum esse possit. — Jenes Verbot Karls des Groſſen und ſeiner Nachfolger, die Gerichte auf Kirchhöfen zu halten, blieb übrigens Jahrhunderte lang fruchtlos. Vergleiche überhaupt Dreyer von dem Nutzen der heidniſchen Gottesgelahrheit in Erklärung der teutſchen Rechte, in deſſen vermiſchten Abhandlungen Th. II. Nro. 1. §. 5.

Dieſe Gerichte kommen unter dem Namen Mallus, Mallum, Placitum vor. Sie theilen ſich in ordentliche und auſſerordentliche. Wie die Könige zwei öffentliche Verſammlungen im Jahre hielten, wo die Stände des Reichs zuſammen kamen: alſo ſollen auch die Comites wenigſtens drei öffentliche Placita im Jahr halten, wo jeder Freie verbunden iſt, zu erſcheinen, er ſey vorgeladen worden oder nicht (ungebottne Ding in ſpätern Zeiten). — Auſſerordentliche Placita hingegen wurden nur wegen beſondrer Veranlaſſungen gehalten z). Jene konnten nur an den öffentlichen Gerichtsplätzen gehalten werden, dieſe an jedem Orte, welchen der Richter erwählte a). —

Bevor wir es unternehmen, einen Umriß des Verfahrens in peinlichen Sachen in dieſer Periode zu liefern, müſſen wir das offenherzige Bekenntniß der Schwierigkeit eines ſolchen Unternehmens vorausſenden. —

In jener Periode war Civil- und Kriminaljurisdiktion noch nicht von einander geſchieden, und konnte es nicht ſeyn, nach den herrſchenden Anſichten vom

---

z) Capitul. Lib. IV. c. 57. De placitis siquidem, quos liberi homines observare debent, constitutio genitoris nostri penitus observanda atque tenenda est, ut videlicet in anno tria solummodo generalia placita observent, et nullus eos amplius placita observare compellat, nisi forte quilibet aut accusatus fuerit, aut alium accusaverit, aut ad testimonium perhibendum vocatus fuerit. „ —

a) Capitul. a. 879. c. 14. "Mallus — neque in ecclesia, neque in atrio ejus habeatur. Minora vero placita comes sive intra suam potestatem, vel ubi impetrare potuerit, habeat. „ —

Zweck der ſtrafenden Gerechtigkeit. Der Staat erſcheint hier im peinlichen Proceß nicht als Parthei; der Richter iſt nur Stellvertreter des durch ein Verbrechen unmittelbar Verlezten, und erkennt nur über die Verbindlichkeit des Verbrechers zur Entſchädigungsleiſtung; dem es auch ſeine Pflicht iſt, nach Leiſtung derſelben, ihn wider alle weitern Anſprüche und Verfolgungen in Schuz zu nehmen. — Darum fallen denn auch die Grenzen zwiſchen beiden Arten der Jurisdiktion in dieſem Zeitraum ganz zuſammen, und es iſt unmöglich, zwei beſondre Verfahrungsarten zu unterſcheiden, und die Beſchreibung des Kriminalproceſſes von der des Verfahrens in Civilſachen, wie ſie der heutige Sprachgebrauch ſtempelt, zu trennen. —

Daneben iſt es ſehr ſchwer, ſich ganz vor Anachronismen zu bewahren. Da in dem gerichtlichen Verfahren das ganze Mittelalter hindurch ſich nur Ein Geiſt offenbart, bis es nach Einführung und allgemeinerer Verbreitung der fremden Rechte weſentliche Umgeſtaltungen erhielt; da die Anfänge von gerichtlichen Gewohnheiten in dieſem weiten Zeitraum noch in einander verflieſſen; da die Nachrichten, welche das proceſſualiſche Verfahren ſchildern, nur dürftig und mangelhaft ſind: ſo muß es leicht geſchehen, daß der frühern Periode zugeſchrieben wird, was erſt der ſpätern angehört, oder daß umgekehrt die Anfänge mancher Gewohnheiten, die in der ſpätern Periode in vollkommner Ausbildung ſich zeigen, in der frühern überſehen werden. Da es indeß mehr auf eine treue Schilderung des gerichtlichen Verfahrens überhaupt ankommt: ſo erſcheinen ſolche kleine Fehler der Zeitrechnung an dieſem Ort von geringerer Bedeutung.

Man hat weitläufige Beweiſe und eine Menge gelehrter Citate dafür anführen zu müſſen geglaubt, daß

der inquiſitoriſche Prozeß in dieſer Periode, wenn auch nicht gänzlich unbekannt, doch nicht üblich geweſen ſey, und daß nur der accuſatoriſche Statt gefunden habe. In der That könnte man beinahe alle geſchichtliche Belege für dieſe Behauptung entbehren, die ſich leicht aus allgemeinen Gründen rechtfertigen läßt. Schon müſſen bedeutende Schritte zur Kultur und zur Verfeinerung geſchehen, ſchon muß das Bedürfniß, die Früchte der bürgerlichen Ruhe und einer geſetzlichen Ordnung zu genieſſen, erwacht ſeyn, wenn die Individuen einen Theil der Freiheit aufopfern ſollen, um das gemeinſame Wohl zu befördern, um Ruhe und Ordnung feſt zu gründen. — In jenen Zeiten iſt keine Spur von dieſer Kultur zu finden; nach alter Sitte ſtrebte nur jedes, mit den Waffen in der Hand, die Freiheit und Unverletzlichkeit ſeiner Perſönlichkeit zu ſichern. Nur von dem Einzelnen gieng man aus, und bezog alles nur auf das Einzelne, und die Idee eines Staatsorganismus war noch fremd. Daher ergiebt es ſich denn auch von ſelbſt, daß von einem inquiſitoriſchen Verfahren, das nur auf Beförderung und Erhaltung des Gemeinwohls berechnet iſt, und wodurch die Rechte des Einzelnen ſo ſehr gefährdet werden, in einer Zeit nicht die Rede ſeyn kann, wo kaum die Grundlagen eines Staats gelegt, wo noch überall die rohen Kräfte der Individuen in wildem Streit miteinander begriffen waren.

Indeß fehlt es auch nicht an geſchichtlichen Belegen. Die Rechtsbücher der germaniſchen Völkerſchaften aus dieſer Periode, ſo wie die Kapitularien der fränkiſchen Könige reden überall nur von Anklägern und Anklagen b), und ſuchen die Eigenſchaften jener genau

---

b) In einer Stelle der Kapitularien ſcheint alles Verfahren von Amtswegen gänzlich unterſagt zu ſeyn. Capitul. Lib. VII. c. 359. "Placuit, ut nullus quemquam clerico-

zu beſtimmen, damit Niemand durch falſche Ankläger gefährdet werde. Kein Leibeigner, kein Freigelaſſner, kein Ehrloſer, kein der Kalumnie verdächtiger, kein Mörder, Giftmiſcher, Dieb, Kirchenräuber, Zauberer, Ehebrecher, Jungfrauenſchänder, Meineidiger, kann eine peinliche Anklage erheben. Auch die Komparität äuſſert hier ihre Wirkungen; denn es ſoll (nach dem Weſtgothiſchen Geſetz) keiner die Befugniß haben, jemanden von höherem Stande anzuklagen. Eben ſo durfte kein Freund oder Hausgenoſſe, kein Laie wider einen Geiſtlichen als Ankläger auftreten c).

Auch gegen falſche Ankläger finden ſich ſtrenge Verordnungen. Schon im Saliſchen und Ripuariſchen Geſetz waren ſie in eine Geldbuſſe von 200 Solidis verurtheilt d). Nach den Geſetzen der Wiſigothen aber, der Bajuaren, und nach den Kapitularien iſt die Strafe der Talion feſtgeſezt, und ſie ſollen, wenn ſie den Beklagten nicht überführen können, dieſelbe Strafe leiden, die den überführten Beklagten getroffen haben würde e).

Eine nähere Beſchreibung der peinlichen Klagen enthalten die Rechtsbücher der germaniſchen Völker aus

---

rum vel laicorum de suspicione aliqua judicare praesumat, similiter nec sine accusatore legitimo quispiam condemnetur, quia pessimum et periculosum est, quemquam de suspicione judicare, aut sine legitimo accusatore quemquam damnare.

c) Die Beweisſtellen finden ſich: Capitular. Lib. VI. §. 397.— VII. 99.— VII. 369.— VII. 427.— VII. 437.— VII. 453.— Capitul. Addit. III. c. 12.— Addit. IV. c. 13. Capitul. Lib. VI. c. III — VI. 362.—

d) Lex Salica tit. XXI.—
Lex Ripuarior. tit. XXXVIII.

e) Lex Wisigoth. Lib. VII. tit. 1. c. 1.— Lex Bajuar. tit. VIII. §. 17. Capitul. Lib. VII. c. 436. 438.

dieſer Periode nicht. Ausführlich aber darüber iſt der Verfaſſer des Richtſteigs, deſſen Vorſchriften aber erſt in den folgenden Perioden angeführt werden können.

Hier ſind nur noch einige nähere Begrenzungen der Anklagefreiheit, deren ſo eben in Beziehung auf den Kläger mehrere angegeben ſind, auch in Rückſicht auf den Beklagten nachzuholen; ſo wie die Beſtimmungen über Vorladungen vor Gericht und Ungehorſam der Partheien, welche die Geſetze dieſer Periode enthalten, anzuführen.

Das Saliſche Geſetz und die Kapitularien an mehreren Orten erkennen wiederholt den Grundſatz an, daß kein Abweſender ſoll angeklagt oder verurtheilt werden[f]. Doch erſtreckt ſich dieſe geſetzliche Begünſtigung nicht auf diejenigen, die eben wegen begangner Verbrechen auf flüchtigem Fuß und der Nacheile entflohen waren. —

In dieſer Periode kommen zwar Formen der Vorladung vor Gericht vor. — Die eine iſt die Privatvorladung, Mannitio.

In Begleitung dreier Zeugen gieng der Kläger in die Behauſung des Gegners, um ihn vor Gericht zu la-

---

f) Lex Salica tit. XXI. — Capitul. Lib. VII. c. 204. Sententia abſente parte alia a judice data, nullam obtinet firmitatem. — In cauſa capitali abſens nemo damnetur. Neque abſens per alium accuſatorem accuſari poteſt. „ — Cf. Capitul. Lib. VII. c. 216. 219. 354. — V. 311. 391. — VI. 399. — Capitular. Additio tertia c. 102. — Die Verordnung des cap. XXXVII. (Lib. V.) Manifeſtum eſt, confiteri eum de crimine, qui indulto et delegato judicio purgandi ſe occaſione non utitur " bezieht ſich auf den Ungehorſam. „ —

den g). Dieſe Privatvorladung fand aber nur in Sachen de hereditate vel de libertate Statt h). — Blieb ſie das erſtemal ohne Erfolg, ſo konnte ſie in beſtimmten Zwiſchenräumen wiederholt werden. Denn es war dem Geladenen zum erſtenmal eine Friſt von 7 Nächten, zum zweitenmal von 14, zum drittenmal von 21, und zum viertenmal von 42 Nächten zu geſtatten i).

Die zweite Art der Vorladung iſt die öffentliche — (Bannitio), die in allen übrigen Sachen Statt fand, und vom Comes oder Richter ſelbſt geſchah k). Hier bedurfte es keine viermalige Vorladung, ſondern ſchon nach der zweiten traten die Strafen des Ungehorſams

g) Lex Salica — tit. 1. §. 3: „Ille, qui alium mannit, cum testibus ad donum illius ambulet, et sic eum manniat, aut uxorem illius, vel cuicunque de familia illius denunciet, ut ei faciat notum, quomodo sit ab illo mannitus.“ —

h) Capitul. a. 819. I. c. 12: „Si quis de statu suo, id est de libertate vel de hereditate compellandus est, juxta legis constitutionem manniatur. De ceteris vero causis, unde quis rationem est redditurus, non manniatur, sed per Comitem banniatur.“ —

i) Capitul. Lib. VI. c. 211: „Si quis ad mallum legibus mannitus fuerit et non venerit, si eum sonnis non detinuerit, solidis XV. culpabilis judicetur. Similiter ad secundam et tertiam. — Si autem ad quartam venire contempserit, possessio ejus in bannum mittatur, donec venit. — — Prima mannitio super noctes VII., secunda super XIV., tertia super XXI, quarta super noctes XLII. — Die Berechnung nach Nächten iſt die gewöhnliche der germaniſchen Völker, deren ſchon Cäſar und Tacitus gedenken, und die ſich noch jetzt bei einigen germaniſchen Völkerſtämmen erhalten hat. (Vergl. Anton zu Tacitus Kap. 11. und Gebauer de comit. veter. Germ. p. 21).

k) S. die unter i) angeführte Geſetzſtelle. — Auſſerdem Capit. anni 813. III. c. 41.

ein l). — Nun ſoll der Graf auch hier dem Angeklagten eine Friſt von 14 Nächten in wichtigen Sachen, in minder wichtigen Sachen von 7 Nächten geſtatten m).

Noch kommen zerſtreut mehrere Benennungen der Citationen in den Geſetzen vor. Dahin gehört Adrhamitio, Solsadia, Mallatio n). Nur darin ſcheint dieſe leztere Benennung von der Mannitio verſchieden zu ſeyn, daß jene nur von den Vorladungen vor die Placita, deren eben gedacht wurde, gebraucht wird.

Die Festucatio o), deren die Geſetze gedenken, ſcheint nur eine feierliche Art der Privatvorladung zu ſeyn. Sie geſchah vermittelſt der Jactatio festucae in sinum. Der Vorgeladne heißt daher Adjactivus. — Auch der Kläger erhielt ein Pfand vom Gegner, daß er vor Gericht erſcheinen wolle. — Dieſe Art der wechſelſeitigen Bürgſchaften (Vadimonium, Guadimonium)

---

l) Ludov. Pii Leg. L. 19: Si post unam aut alteram admonitionem Comitis aliquis ad mallum venire noluerit: rebus omnibus in bannum missis, venire ad justitiam facere compellatur.

m) Capit. III. a. 823. c. 41. Ingenuus si per comitem aut missum suum bannitus fuerit infra comitatum de maxima causa, super noctes quatuordecim ad placitam veniat. Si minor causa extiterit, super noctes septem ad placitum veniat. "

n) Vergl. Heineccii Elem. Jur. Germ. Tom. II. Lib. III. tit. 3, wo auch die hierher gehörenden abweichenden Beſtimmungen aus den Geſetzen der Wiſigothen, Allemannen, Baiern u. ſ. w. angeführt ſind.

o) Bignon bei Marculph p. 475. enthält eine weitläufige Beſchreibung der Festucatio. Vergl. auch die Gloſſarien von du Cange u. a.

findet ſich den ganzen Prozeß hindurch bei jeder einzelnen Handlung wieder.

Die Strafen des Ungehorſams ſind verſchieden in bürgerlichen und peinlichen Sachen. In dieſen ſcheint auch ſchon in dieſer Periode die Acht (proscriptio, forbannitio) die gewöhnliche Strafe geweſen zu ſeyn, die wir in der Schilderung des gerichtlichen Verfahrens in den folgenden Perioden näher beſchreiben werden p). — Gegründete Hinderniſſe, die hier sunnis, sonia, essonia heiſſen, ſollen von der Strafe befreien.

Es muß zunächſt von den vorzüglichſten Beweismitteln in dieſer Periode die Rede ſeyn. Die älteſten Beweismittel, deren man ſich in peinlichen Unterſuchungen bediente, ſind Zeugen und Eid. Man vermiſcht gewöhnlich beide Arten des Beweiſes, indem man gewohnt iſt, die Sacramentales, Consacramentales, Conjuratores, Conpurgatores für Zeugen zu halten. Allein wie verſchieden beide ſind, wird die Folge ergeben, und darum müſſen beide Beweisarten einzeln betrachtet werden. —

Die Geſetze dieſer Periode verbreiten ſich umſtändlich über die erforderlichen perſönlichen Eigenſchaften der

---

p) Einen Geächteten ſoll Niemand in ſeine Wohnung aufnehmen, Leg. Ripuar. tit. 87. — Leg. Longobard. Lib I. tit. XXV. c. 62. seq. — Capitul. Lib. III. c. 49. seq. — Im Saliſchen und Ripuariſchen Geſetz kommen die Geächteten unter dem Namen Vargi oder Wargi vor. — Die Franken unterſcheiden einen groſſen Bann, der ſich auf das ganze Reich erſtreckte (Irbann), und einen kleinern, der auf einen beſtimmten Gau eingeſchränkt war (Meribann).

Zeugen q). Sie ſollen fromme, rechtſchaffne Männer ſeyn, denen kein Mackel irgend einer Art anklebt. — Juden, Ketzer, Ehrloſe, wegen eines Verbrechens Verurtheilte, Sklaven, ſind von jedem Zeugniß ausgeſchloſſen r). Andre Beſchränkungen ſind in Anſicht des Alters, des Vermögens, des Standes gemacht. Nur wer über 14 Jahr alt iſt, wer hinlängliches Vermögen beſitzt, um im Fall des falſchen Zeugniſſes die Geldbuſſe bezahlen zu können, nur wer dem Angeklagten an Stande gleich iſt, (denn auch hier äuſſert die Komparität ihre Wirkungen im ganzen Umfange) kann Zeuge ſeyn s). Noch mehrere einzelne Beſchränkungen der Art ſind hin und wieder in den Geſetzen zerſtreut t).

Ueber die Zahl der Zeugen findet ſich keine geſetzliche Beſtimmung, auſſer daß das Zeugniß eines Einzigen nicht angenommen werden ſoll u). Auſſerdem wech-

q) Ihre Zuläſſigkeit im Allgemeinen beſtimmt das Kap. 45. im vierten Buch der Kapitularien: „Volumus autem, ut de libertatibus et rebus reddendis primo per optimos quosque inquiratur. Et si per illos inveniri non potest, tunc per eos, qui post illos in illa vicinia meliores sunt. Et si nec per illos rei veritas inveniri potest, tunc liceat litigantibus ex utraque parte testes adhibere. Et si discordaverint, secundum constitutionem a nobis promulgatam examinentur.“

r) Beweisſtellen ſind: Lex Wisig. Lib. II. tit. 4. c. 1. — Capitul. Lib. VII. c. 397. Lex Wisig. Lib. XII. tit. 2. c. 10. — Lex Alamannor. tit. 42. Capit. III. 32.

s) Leg. Wisigoth. Lib. II. tit. 4. c. 11. Capitul. Lib. VII. c. 101. v. 301. Additio III. c. 88. —

t) Z. B. Capit. Lib. VII. c. 152. 187. 427. Addit. III. c. 15.

u) Capit. Lib. VI. c. 40. „Ad unius testimonium nullus contemnabitur.“

ſelt die Zahl nach Verſchiedenheit und Wichtigkeit der Sachen. Bald werden drei, bald ſieben, bald noch mehrere erfordert.

In der Wahl derſelben äuſſerte ſich die Thätigkeit des Richters, die ſonſt im ganzen Verfahren ſo ſehr beſchränkt iſt, und die Willkühr der Partheien war in dieſem Stück gebunden, wahrſcheinlich um Beſtechungen und Verführungen der Partheien vorzubeugen. v) Auch konnte der Richter die Zeugen zu Ablegung eines Zeugniſſes zwingen w).

Von den übrigen geſetzlichen Beſtimmungen, die Zeugen betreffend, verdient etwa nur noch die hier angemerkt zu werden, daß, wie die Zeugen nach den Geſetzen der meiſten Völker vor Ablegung eines Zeugniſſes ſich durch Leiſtung eines Eides zur Enthüllung der Wahrheit verbindlich machen mußten, alſo auch die Ablegung des Zeugniſſes ſelbſt mit verſchiednen Feierlichkeiten begleitet war. Der Zeuge ſchwur auf geweihte Waffen, oder auf die Evangelien, oder auf ein Reliquienkäſtchen. Die Sitte wechſelt bei den einzelnen Völkern und in den verſchiednen Zeiten x).

---

v) Capitul. Lib. III. c. 78. „Ut quandocunque testes ad rem quamlibet discutiendum, quaerendi atque eligendi sunt, a misso nostro et comite, in cujus ministerio de re qualicunque agendum est, tales eligantur, quales optimi in ipso pago inveniri possunt. Et non liceat litigatoribus, per praemia falsos testes adducere, sicut hactenus fieri solebat.“

w) Lex Salica tit. 52. c. 1. 2. Lex Wisigoth. Lib. II. tit. 4. c. 2.

x) Vergl. Leg. Bajuarior. tit. 16. c. 5. — Leg. Lib. II. tit. 55. c. 5. — Leg. Saxon. tit. 1. c. 8. — Leg. Alamannor. tit. 89. — Leg. Ripuar. tit. XXIII. c. 1. — Gregor. Turon. IV. 46. V. 32. VIII. 16. —

Immer aber hatte ein Zeugenbeweis in peinlichen Sachen nur dann die Kraft, den Verbrecher zu überführen, wenn der Verbrecher in handhafter That ergriffen worden war. In dieſem Fall konnte der Ankläger den Verbrecher mit ſieben Andern des Verbrechens überführen (überſiebnen, beſiebnen), die aber weniger Zeugen ſind, als Konſacramentalen, da ſie nur die Glaubwürdigkeit des Anklägers bekräftigen ſollen. Daß ſich übrigens die Sitte des Beſiebnens im Fall der handhaften That auch ſchon in dieſer Periode, deren Geſetze ihrer nicht ausdrücklich gedenken, ſich gefunden habe, iſt zu vermuthen, da das gerichtliche Verfahren das ganze Mittelalter hindurch ſich in ſeinen Grundformen gleich bleibt.

Wenden wir uns jezt zu dem Beweiſe durch Eid, bei weitem wichtiger, als der vorige, da er immer ein ſicheres Mittel für den Verbrecher war, die Laſt der angeſchuldeten Uebelthat von ſich abzuwälzen, ſobald er nur nicht auf der That ergriffen worden war (in handhafter That) y).

Im allgemeinen erkennen freilich die Germaniſchen Geſetze den Eid nur als ſubſidiariſches Beweismittel an z). Die Geſetzſtellen, die davon reden, ſind klar. Doch ſcheinen ſie nur von bürgerlichen Sachen zu reden, nicht aber ſich auf peinliche Fälle zu beziehen. Wenigſtens zeugt dafür jene allgemeine Sitte des Mittelalters, welche dem Angeklagten unbedingt erlaubt, ſich von jeder Anklage eines Verbrechens durch Eid zu reinigen, deſſen

---

y) Von dem Sinn des Worts mehr in der Schilderung des gerichtlichen Verfahrens der folgenden Periode. —

z) Z. B. Lex Wisigoth. Lib. II. tit. 1. c. 22. — Lex Alamannor. tit. 42. Hier iſt von einem crimen manifestum die Rede, wahrſcheinlich gleichbedeutend mit dem, bei dem der Verbrecher ergriffen wurde.

er nicht durch einen Beweis überführt werden konnte, den die Gloſſe des Sachſenſpiegels eine „leibliche Beweiſung“ nennt a).

Doch konnte bei der Leichtigkeit des Schwörens, wie der Meineide, der Eid eines Einzigen nicht genügen. Man verfiel auf das einfache Mittel, eine Anzahl glaubwürdiger und wahrhafter Männer mitſchwören zu laſſen, um die Kraft des Beweiſes zu verſtärken. Daher die Consacramentales, Conjuratores, Conpurgatores. Als eine Art von Zeugen, die jedoch nicht die Wahrheit einer Thatſache bezeugen, ſondern nur ihre Ueberzeugung von der moraliſchen Glaubwürdigkeit eines Schwörenden mit einem Eide bekräftigen ſollen, werden alle nöthigen Eigenſchaften eines Zeugen, die wir oben aufzählten, auch bei ihnen vorausgeſezt. Nur daß ſie hinlängliche Güter beſitzen, um Buſſe und Wette entrichten zu können, wird nicht erfordert, wie bei'm Zeugen b). Bei dieſer gröſſern Leichtigkeit, Konjuratoren zu finden, als Zeugen, iſt die nöthige Anzahl der erſtern höher beſtimmt, als die der leztern. Eine Verordnung Lothars I. erfordert 12 Sakramentalen, wo drei eigentliche Zeugen hingereicht hätten c).

---

a) Sächſiſches Landrecht. Erſtes Buch, Art. XV. — „Wiſſe auch, daß die Beweiſung zweierlei; — heißt es in der Gloſſe — etliche iſt leiblich, etliche unleiblich. Leibliche Beweiſung iſt dieſe, daß man bei einem Mann ſehen oder greifen mag, gegenwärtig.“ —

b) Capitul. Lib. V. c. 301: „De liberis hominibus, qui proprium non habent, sed in terra dominica resident, ut propter res alterius ad testimonium non recipiantur. Conjuratores tamen aliorum hominum ideo esse possunt, quia liberi sunt. —

c) Lothar. I. Lex 89: „De homicidio, unde lex pro simplicitate probationem trium testium quaerit; si testes ha-

Die Zahl der Sakramentalen iſt übrigens verſchieden beſtimmt, nach Verſchiedenheit der Sache; willkührlich ſcheint es, ohne daß eine feſte Regel hindurchblickt. Bald werden drei, bald ſieben, bald zwölf, bald mehrere erfordert d).

Vorzüglich ſoll bei ihnen darauf geſehen werden, daß ſie von der Familie des Schwörenden ſeyen. Nur im Nothfall ſollen auch andre glaubwürdige und ebenbürtige Konjuratoren zugelaſſen werden e).

Ver-

---

bere non poterit, concedimus, ut cum XII. juratoribus juret etc." —

d) Vergl. Lex Frision. tit. 1. §. 3. 5. 6, 7. Hier iſt die Zahl der Sakramentalen nach der Verſchiedenheit der Geburt des Getödteten beſtimmt, deſſen Tödtung der Schwörende mit Hülfe der Sakramentalen ableugnen will. Iſt ein Edler getödtet, ſo werden 17 Sakramentalen erfordert; wenn ein Freier 11, wenn ein Leibeigner nur 5. — Lex. Saxon. tit. 1. §. 1. 6. 9. 2. 7. 3. 4. 5. 10. tit. II. §. 5. 3. tit. XI. §. 4. — So wie hier nach dem Grad der Verletzung die Geldbuſſe ſteigt, ſo ſteigt auch die Zahl der Sakramentalen, wenn die That abgeleugnet werden ſoll. — Vergl. noch Capitul. III. a. 813. c. 45. — Lex Frision. tit. II. §. 3. — Lex Alamannor. tit. VI. §. 6. — Capitul. III. a. 789. c. ult. — Lex Saxon. tit. II. §. 3. — Lex Sal. tit. 76. — Lex Burgund. tit. 8. 52. — Lex Baj. tit. 1. c. 6. §. 2. — Lex Ripuar. tit. 66, Capitul. ad L. Alamann. §. XXIII. Der gewöhnliche Ausdruck iſt in allen dieſen Geſetzſtellen: „jurare tertia, quarta, duodecima — manu." —

e) Leg. Bajuar. tit. VII. c. 15. — Capit. ad L. Alamannor. c. 23. Vergl. Dreyers Nebenſtunden. S. 49. u. f. und deſſen vermiſchte Abhandlungen, Th. III. S. 1237 u. f. u. 1256. u. f.

Verſchieden ſind bei den verſchiednen Völkern auch die Feierlichkeiten, die bei'm Schwören beobachtet wurden, und die Art des Schwörens ſelbſt. In den frühern Zeiten, vor der allgemeinen Ausbreitung des Chriſtianismus, ſchwur man auf die Hand des Comes, oder auf das Gewand deſſen, dem geſchworen werden ſollte, oder auf eine Münze mit dem Bildniß des Königs f).

Späterhin nach Einführung der chriſtlichen Religion ſchwur man häufiger auf geweihte Waffen, oder an den Altären der Kirchen, oft an mehreren, auf ein Kreuz, auf die Evangelien, auf die Reliquien von Heiligen u. ſ. w. g). Oft auch ſchwuren die Sakramentalen nicht ſelbſt, ſondern legten nur die Hände auf das Reliquienkäſtchen, während die Parthei, auf deren Seite ſie ſtanden, ihre Hände berührte und allein ſchwur h).

Weitläufiger müſſen wir uns über die ſogenannten Ordalien, Gottesurthel, verbreiten, die auch ſchon in dieſer Periode häufiger, als Zeugen und Eide und Kon-

f) Pippini Leg. L. 9. Leg. Frision. tit. 14. — tit. 12. —

g) Lex Alamann. tit. 7. §. 2. tit. 6. §. 7. — Lex Bajuar. tit. 1. c. 3. §. 2. — tit. 1. c. 6. §. 2. — Capitul. a. 789. c. 62. Hier wird des Juramenti in sancto evangelio, in altari et in sanctorum reliquiis erwähnt. — Capitul. Lib. V. c. 34. — Rothar. Leg. c. 364. 367. — Luitprand. Leg. Lib. VI. c. 8. — Vergl. Gregor von Tours Lib. V. c. 33. 48. 49. —

h) Lex Alamannor. tit. 6. §. 7: „Ista sacramenta sic debent fieri, ut illi conjuratores manus suas super capsam ponant, et ille solus cui, caussa requiritur, verba tantum dicat, et, super omnium manus manum suam ponat, ut sic illi Deus adjuvet vel illae reliquiae ad illas manus. quas comprehensas habet, ut de illa caussa, unde interpellatus est culpabilis non sit." —

juratoren zu Beweismitteln gebraucht wurden. Man hat ſich geſtritten, ob die Sitte der Ordalien erſt mit dem Chriſtenthum eingeführt ſey, oder ſchon den Zeiten des Paganismus angehöre [i].

Ein überflüſſiger Streit, wie es ſcheint, wenn man bedenkt, daß vor aller poſitiven Religion tief im Gemüth des Menſchen die Götter wohnen, unter deren Einfluß er wandelt, und auf die er alles bezieht, was auſſer der Sphäre ſeines Geiſtes liegt. —

Wenden wir uns jezt zu den einzelnen Arten der Ordalien, um der wichtigſten mit ein paar Worten zu gedenken, und alsdann ihr Verhältniß gegen die übrigen Beweisarten, wie auch gegen einander ſelbſt, zu beſtimmen. —

Schon im Saliſchen, dem älteſten der germaniſchen Geſetze, deſſen Urſprung wahrſcheinlich in den Anfang des 5ten Jahrhunderts fällt, iſt der Probe des ſiedenden Waſſers gedacht [k]. Es ward vor Anſtellung der Probe von einem Prieſter geweiht [l]. Der Angeklagte hielt

---

i) Vergl. Hegewiſch Ueberſicht der deutſchen Kulturgeſchichte S. 105. — Fr. Majers Geſchichte der Ordalien S. 14. u. f. — Auch gehört hierher Dreyer von dem Nutzen der heidniſchen Gottesgelahrtheit in Erklärung der T. R. §. 11. u. f. in deſſen vermiſchten Abhandlungen Th. II. S. 829. u. f. —

k) Lex Salica tit. 56. „De manu ab aeneo redimenda.“

l) Dieſe Sitte gehört freilich ſpätern Jahrhunderten an, wenigſtens reichen unſre Nachrichten nicht höher hinauf. Eine Verordnung Ludwigs des Frommen darüber findet ſich bei Goldast Rer. Alem. Tom. III. p. 254. seqq. Die Formel iſt dieſe: „Exorcizo te creaturae aquae no-

dann die Hand eine Zeit lang unbeweglich darin. Die verlezte war Verrätherin der Schuld, während die unverlezte ſeine Unſchuld herrlich bewährte. —

Eine verwandte Art, ſeine Unſchuld zu bewähren, iſt die Probe des kalten Waſſers (probatio per aquam frigidam, judicium aquaticum). In einem Fluß, der feierlich geweiht war, wurde der Angeklagte hinabgelaſſen. Das Untergehen war ein Beweis der Unſchuld, nach Hinkmars Zeugniß m).

Sehr ausgebreitet war die Feuerprobe (Judicium ignitum, judicium ignis). Eine beſondre Modi-

mine Dei patris omnipotentis et in nomine Jesu Christi, filii ejus Domini nostri, ut fias aqua exorcizata, ad effugandam omnem potestatem inimici et omne phantasma Diaboli, ut si hic homo manum suam in te missurus est innocens, unde reputatur, pietas Dei omnipotentis liberet eum: et si, quod absit, culpabilis est et praesumtuose manum in te mittere ausus fuerit, ejusdem omnipotentis virtus super eum hoc declarare dignetur." — Vergleiche Capitul. Lib. IV. c. 13: „si servus hominem in ecclesia interfecerit judicio aquae ferventis examinetur, utrum hoc sponte an se defendendo fecisset. Et si manus ejus exusta fuerit, interficiatur" und die gleichdeutenden Stellen bei Georgisch pag. 1052. 1195. 1220. 1395. — 1461. — Die gewöhnlichen Namen ſind Judicium aenei, aquae ferventis, caldariae. Die allgemeine Verbreitung dieſer Art der Ordalien bezeugen auch mehrere Geſetzſtellen Lex Wisigoth. Lib. VI. tit. 1. §. 3. — Capitul. anni 819. I. c. 1. — Lex Fris. tit. 3. §. 6. — Lex Longobard. Lib. I. tit. 9. §. 29. seqq. — tit. 33. §. 1. —

m) In der Einweihungs- und Beſchwörungsformel heißt es: „ut nullo modo suscipias hominem istum, si in aliquo culpabilis existit — — sed fac eum natare super aqua." — Vergl. Hincmar de divortio Lothari

fikazion derſelben, daß der, wer ſich von einem Verdachte oder einer Anklage reinigen wollte, die Hand ins Feuer halten mußte, kommt im Ripuariſchen Geſetz vor n). — Die gewöhnliche Art der Feuerprobe aber iſt die des glühenden Eiſens und der glühenden Pflugſchaaren (Judicium per ferrum candens, judicium vomerum). Mit unverſehrter Hand ein glühendes, vom Prieſter zuvor geweihtes Eiſen eine beſtimmte Weite zu tragen, oder mit unverlezten Füſſen über die glühenden Pflugſchaaren (oft neun, oft zwölf, oft fünfzehn) zu gehen, war Beweis der Unſchuld o).

Eben ſo ausgebreitet war nach den Zeugniſſen der Annaliſten und der Geſetzbücher jener Periode die Kreuz-

---

pag. 607: „Colligatur autem fune, qui examinandus aquam demittitur — qui ob duas causas colligari videtur, scilicet ne aut aliquam possit fraudem in judicio facere, aut si aqua illum velut innoxium receperit, ne in aqua periclitetur, ad tempus valeat retrahi — Innoxii submerguntur, aqua culpabiles supernatant.“ —

n) Lex Ripuar. tit. 31. §. 5. tit. 30. §. 1. —

o) Ein Formular der Einweihung und Einſegnung findet ſich bei Goldast Rer. Alamann. Tom. II. P. II. pag. 139. „Benedic, Domine, per invocationem sanctissimi nominis tui, ad manifestandum rerum judicium tuum, hoc genus metalli; ut omni daemonum falsitate procul remota veritas judicii tui fidelibus tuis manifesta fiat.“ — Mehrere Formeln befinden ſich bei Aventin, Marten, geſammelt von Baluz. in den Kapitularien. — Dieſe Art der Probe iſt vorgeſchrieben in Capitul. Carol. M. II. a. 805. c. 5: „si negaverit, se illum occidisse, ad novem vomeres ignitos judicio Dei examinandus accedat.“ — Du Cange in Glossario erwähnt auch noch der Form der Probe, daß der Angeklagte einen glühenden eiſernen Handſchuh anzog; ſo wie mehrerer andrer Formen. —

probe (Judicium crucis). Von jeher iſt man über die eigenthümliche Beſchaffenheit dieſer Art der Ordalien ungewiß und im Streit befangen geweſen p), ein Streit, deſſen Entſcheidung uns indeß hier wenig intereſſiren kann. Ad crucem cadere, ad crucem stare, crucem evindicare, cruce contendere ſind die gewöhnlichen Ausdrücke, die in den Geſetzen davon gebraucht werden. Die gewöhnlichſte Art iſt unſtreitig diejenige geweſen, wo der Ankläger und Angeklagte beide an einem Kreuze ſtanden mit kreuzweis übereinander gelegten oder empor gehobnen Händen. Derjenige aber unterlag in dieſer Probe, der zuerſt die Hände ermattend ſinken ließ oder bewegte. q).

---

p) Vergl. Ch. du Fresne Glossar. med. et inf. latinitat. s. v. Crux. — Im Grunde giebt es wohl nur eine Art (die oben beſchriebene) der Kreuzprobe; — was man für eine zweite Art hält, iſt eine eigenthümliche Art der Ordalien, die des Looſes. — Vergl. auch Dreyers Abhandlungen Th. II. S. 787. u. f.

q) Vorgeſchrieben iſt die Kreuzprobe an mehrern Orten. S. die Theilungsakte Karls des Groſſen. Capitul. a. 806 I. c. 14: „Si causa vel intentio, sive controversia talis inter partes propter terminos aut confinia regnorum orta fuerit, quae hominum testimonio declarari vel definiri non possit, tunc volumus, ut ad declarationem rei dubiae judicio Crucis Dei voluntas et rerum veritas inquiratur, nec unquam pro tali causa cujuslibet generis pugna vel tempus ad examinationem judicetur. — Auch früher ſchon iſt die Kreuzprobe erwähnt in dem Capitul. Pippini a. 752. c. 17., ferner in Capitul. a. 779. c. 10. — Capitul. addit. II. c. 34. — Ludwig der Fromme verbot dieſe Ordalien aus religiöſer Scheu. „Sancitum est, ut nullus deinceps quamlibet examinationem crucis facere praesumat, ne quae Christi passione glorificata est, cujuslibet temeritate contemtui habeatur.“ — (Capitul. a. 816.

Dieſer Probe ganz fremd, aber oft damit verwechſelt, iſt die des Looſes (judicium sortium) r). Erwähnt und ausführlich beſchrieben findet man ſie in dem Geſetze der Frieſen, wo von der Art die Rede iſt, wie der Urheber eines im Aufkaufe begangnen Todtſchlags auszumitteln ſey. Derjenige, der ein Recht auf die Kompoſition des Erſchlagnen hat, darf ſieben aus dem Haufen der That bezüchtigen. Reinigen ſie ſich alle von dem Verdacht durch einen Eid mit zwölf Kompurgatoren, ſo ſoll man ſie in die Kirche oder zu den Reliquien der Heiligen führen, und zwei Würfel, (tali) den einen mit einem Kreuz bezeichnet, die andern ohne daſſelbe, in reine Wolle gehüllt auf den Altar oder auf das Reliquienkäſtchen legen. —

Ein Prieſter aber oder ein unſchuldiger Knabe ſoll, nachdem die Gottheit angefleht worden, durch ein Zei-

---

c. 27) aber ohne Erfolg. — Beiſpiele vom Gebrauch dieſer Probe z. B. in Hieronymi della Corte historia Veronensi u. a. ſind geſammelt bei Heineccius, Elemen. Jur. Germ. tom. II, §. 23. und wiederholt in Fr. Majers Geſchichte der Ordalien, S. 61. u. f. f.

r) Schon Tacitus erwähnt ihrer: „Sortium consuetudo simplex. — Virgam frugiferae arbori decisam, in surculos amputant, eosque notis quibusdam discretos super candidam vestem temere ac fortuito spargunt. Mox, si publice consulatur, sacerdos civitatis, sin privatim, ipse pater familiae, precatus Deos coelumque suspiciens, ter singulos tollit; sublatos secundum impressam ante notam interpretatur.“ — (de Moribus German. c. 10). Man ſieht, daß die ganze Ceremonie mit der im Frieſiſchen Geſetz beſchriebnen viele Aehnlichkeit hat. Nur beſchreibt ſie Tacitus (vielleicht irrig) als eine Art, den Willen der Götter zu erforſchen. —

chen die Wahrheit offenbar werden zu laſſen, einen der Würfel aufheben. Ergreift er den mit dem Kreuz bezeichneten zuerſt, ſo iſt die Unſchuld der Angeklagten dargethan. Im entgegengeſezten Fall beginnt die Probe von Neuem, nur verändert. Jeder der ſieben Angeklagten ſoll den einen Würfel mit einem beſondern Merkmal bezeichnet, auf dem Altar niederlegen. Alle ſieben werden wieder in reine Wolle gehüllt, und weſſen Würfel der Prieſter oder Knabe zulezt ergreift, iſt ſchuldig, die Kompoſition für den Erſchlagnen zu entrichten s).

Weniger Erwähnung verdienen, und minder häufig kommen vor die Proben des geweihten Biſſens (judicium offae, offa judicialis, judicium panis adjurati, casibrodeum, caseus, panis, execratus, Corsned) und des Abendmahls (purgatio per ss. Eucharistiam). Jene beſtand darin, daß dem Verdächtigen oder Angeklagten unter Verwünſchungsformeln ein Stück Brod oder Käſe von dem Prieſter in dem Mund geſteckt wurde. Vermogte er nicht, ihn hinunterzubringen: ſo hielt man ihn für ſchuldig; oder verſchlang er ihn auch, ſo vertraute man doch der Gottheit, daß ſie den Schuldigen daran ſterben laſſen würde t). Die zweite Art der erwähnten Proben iſt dieſer ähnlich. Unter der Formel: „Corpus Domini sit mihi ad probationem hodie,“

---

s) So iſt dieſe Art der Ordalien beſchrieben im 14ten Titel des Frieſiſchen Geſetzes. —

t) Sie kommt vorzüglich in den Geſetzen der Angelſachſen (Leges Canuti Regis c. 6. bei Canciani Barbar. leges antiquae Volumen IV) vor. — Doch beweiſt Du Fresne (in Glossar. s. v. Corsned p. 1235) aus mehreren Formeln, daß ſie auch bei den Franken und andern Völkerſtämmen in Gebrauch geweſen ſey. — Vergl. Fr. Majer a. a. O. S. 67 u. f.

nahm derjenige, der ſich von einem Verdacht oder einer Anklage reinigen wollte, das Abendmahl. Die Gottheit ſtrafte den muthwilligen Frevler durch augenblicklichen Tod u).

Wichtiger aber und einer weitläufigeren Erwähnung werth, als alle bisher genannten Arten der Ordalien, iſt der gerichtliche Zweikampf, der oft vorzugsweiſe das Gottesurtheil (judicium Dei) in den Geſetzbüchern und Annalen jener Zeiten genannt wird (auſſerdem judicium pugnae, duellum, monomachia, judicium duellicum, divinatio per duellum, judicium campionum, Wehadinc, Camfwic) v).

Die Sitte des Zweikampfs war von den früheſten Zeiten wahrſcheinlich auch in Germanien allgemein herr-

---

u) Dieſe, eine Erfindung der Mönche, ward zuerſt im Wormſer Koncilium (Cap. IV.) gebilligt. Von dort gieng ſie in das Decretum Gratiani (can. 2. qu. 5. c. 33) über, wo es heißt: „Saepe contingit, ut in monasteriis furta perpetrentur, et qui haec committant, ignorentur. Idcirco statuimus, ut quando ipsi fratres de talibus se expurgare debuerint, missa ab Abbate celebretur, vel ab aliquo, cui ipse Abbas praeceperit, praesentibus fratribus: et sic expleta missa, omnes communicent in haec verba: „Corpus Domini sit mihi hodie ad probationem." — Ein merkwürdiges Beiſpiel von Anwendung dieſer Probe enthält die bekannte Eheſcheidungsgeſchichte Lothars und ſeiner Gemahlin Thietberga. S. Regino Chron. ad a. 869. — Hincmar de divortio Lotharii et Thietbergae. — Otto Frisingensis. Lib. VI. c. 3. —

v) Ueber die Etymologie der beiden letzten altdeutſchen Benennungen ſiehe die Gloſſarien von Wachter, Spelmann und Du Fresne s. v. Wehadinc und Camfwic. —

ſchend w). Finden wir auch, auſſer einer leiſen Andeutung bei Tacitus x), keine geſchichtliche Zeugniſſe über dieſe Sitte bei den Germaniern in den früheren Jahrhunderten, ſo ſpricht doch ſchon das dafür, daß wir ſie bey den übrigen Völkern von Celtiſcher Abkunft ſchon ſehr früh antreffen y). Im Vertrauen auf die Gottheit, daß ſie den Arm des Unſchuldigen ſtärken, und ihm den Sieg über einen ungerechten Ankläger verleihen werde, räumte man dem Zweikampf eine Stelle in der Reihe der Ordalien ein. Nur in jener kindlichen Religioſität ſcheint der Urſprung, wie der aller Ordalien überhaupt, ſo auch des Zweikampfs zu liegen, nicht in dem kriegeriſchen Geiſt der Nazion, nicht in den üblichen Privatbefehdungen und der Blutrache, die von den früheſten Zeiten an ausgeübt wurde. —

Das früheſte Geſetz, welches dieſe Sitte des Zweikampfs zuerſt erwähnt und ausdrücklich beſtätigt, iſt das der Burgunder z). In den ſpäter entſtandnen Geſetzſammlungen der übrigen germaniſchen Völkerſtämme iſt

---

w) Vergleiche Hegewisch Ueberſicht der deutſchen Kulturgeſchichte S. 113.

x) De Mor. Germ. c. 10: „Est et alia observatio auspiciorum, qua gravium bellorum eventus explorant. Ejus gentis, cum qua bellum est, captivum quoquo modo interceptum cum electo popularium suorum patriis quemque armis committunt. Victoria hujus vel illius pro praejudicio accipitur.“ — Vergl. Vellej. Patercul. II. 118.

y) Vergl. Pelloutier Histoire des Celtes und Meiners Geſchichte der gerichtlichen Zweikämpfe im Göttingiſchen hiſtoriſchen Magazin III. 1. —

z) Lex Burgund. tit. 45. „Multos in populo nostro et pervicatione causantium et cupiditatis instinctu ita cognoscimus depravari, ut de rebus incertis sacramento, plerum-

dieſe Verordnung wiederholt und erweitert. Die Geſetze der Allemannen a), Baiern b), Frieſen c), Langobarden d)

---

que offerre non dubitent, et de cognitis jugiter perjurare. Cujus sceleris consuetudinem submoventes, praesenti lege decernimus, ut quoties inter homines nostros causa surrexerit, et is, qui pulsatus fuerit, non deberi a se, quod requiritur, aut non factum, quod objicitur, sacramentorum obligatione negaverit; hac ratione litigio eorum finem imponi oportebit: ut si pars ejus, cui oblatum fuerit jusjurandum, noluerit sacramenta suscipere, sed adversarium suum veritatis fiducia armis dixerit posse convinci, et pars diversa non cesserit, pugnandi licentia non negetur." —

a) Lex Alemannor. tit. 44. „si quis liber libero crimen aliquod mortale imposuerit, et ad Regem aut ad ducem eum accusaverit, et inde probata res non est, nisi quod ipse dicit, liceat illi, alio, cui crimen imposuit, cum tracta spata se idoneare coutra illum. —

b) Lex Bajuar. tit. 16. c. 2. tit. 17. c. 2.

c) Lex Frisionum tit. 14. §. 5. — In demſelben Titel (§. 7) wird der ſpäterhin ſogenannten Kempen gedacht, d. h. der gedungnen Kämpfer, die die Stelle der einen Parthei im Kampf vertraten: „In hac tamen contentione — heißt es — licet unicuique pro se campionem mercede conducere, si eum invenire potuerit. — Si campio, qui mercede conductus est, occisus fuerit, qui eum conduxit LX. solid. id est, libros tres ad partem regis componat, insuper et leudem occisi hominis exsolvat." —

d) Lex Longobard. Lib. 1. tit. IX. c. 39. — Lib. II. tit. XXXV. c. 3. seqq. und. a. a. O. Ein weitläufiger Auszug aus den Verordnungen der Langobardiſchen Geſetze über den Zweikampf, deren eine groſſe Anzahl iſt, findet ſich bei Andreas Alciatus in libro de singulari certamine p. 6. seqq. und bei Canciani legib. antiq. Barbar. Vol. I. p. 222. — Auch in dem Geſetze der Sachſen, ſo wie der Angeln und Werinen geſchieht des Zweikampfs häufige Erwähnung. Vergleiche Hauschild Gerichtsverfaſſung S. 67.

und Franken e) ſtimmen alle in dieſem Punkte überein.

So ausführlich die Geſetz- und Rechtsbücher der folgenden Periode ſind, die Bedingungen anzugeben, unter welchen der Zweikampf Statt fand, ſo wie die dabei beobachteten Förmlichkeiten zu beſchreiben: ſo wenig enthalten die Geſetzſammlungen dieſer Periode über dieſe Punkte. Nur im Allgemeinen ſcheint man wenigſtens

---

e) Daß die Sitte des Zweikampfs ſich bei den Franken ſpäter, als den übrigen germaniſchen Völkern ausgebreitet habe, ſucht Montesquieu (Esprit des Loix Liv. 28. Chap. 12. 18.) durch mehrere hiſtoriſche Zeugniſſe zu beweiſen. — Zuerſt geſchieht deſſelben Erwähnung im Ripuariſchen Geſetz tit. 32. §. 4. und tit. 57. In den Kapitularien Karls des Groſſen wird er nur ſelten erwähnt. Gröſſere Aufnahme der übrigen Ordalien, die vom Klerus begünſtigt wurden, ſcheint die Ausbreitung des Zweikampfs bei den Franken verhindert zu haben. Daß er unter Ludwigs des Frommen Regierung häufiger vorgekommen ſey, beweiſen die Beiſpiele, die man in den Annal. Laurisheim. ad a. 820. und bei dem Auctor vitae Ludovici Pii ad a. 820. ſo wie bei Aimoin de gestis Francorum Lib. IV. c. 13. u. A. findet. Auch rühren von Ludwig dem Frommen einige den Zweikampf betreffende Verordnungen her. —

In dem Capitul. Ludov. Pii. I. a. 819. c. 10. iſt verordnet, daß, wenn die Ausſagen von Zeugen, die auf beiden Seiten zum Beweis aufgeſtellt worden ſind, ſich durchaus widerſprechen, ſo daß ſie nicht mit einander zu vereinigen ſind, von jeder Seite einer durch einen Kampf, jedoch nur „cum scutis et fustibus“ entſcheiden ſoll, auf welcher Seite die Zeugen die Wahrheit ausgeſagt haben. — Sind dagegen die Zeugen aus Schwäche untauglich zum Kampf, ſo ſoll die Kreuzprobe angeſtellt werden. —

bei den Franken den Zweikampf als ſubſidiariſches Beweismittel, wenn Zeugen und Eid und die übrigen Arten der Ordalien zur Entſcheidung einer Sache nicht hinreichten, oder von einer Parthei verworfen wurden, betrachtet zu haben f). — Auch über die Perſonen, denen es vergönnt war, Vorfechter (campiones) zu ſtellen, über die Unterſuchung der Waffen vor dem Anfang des Kampfs u. ſ. w. findet man hin und wieder einzelne Beſtimmungen g).

Ausführlicher werden wir aber in der Darſtellung des Gerichtsweſens der folgenden Periode Gelegenheit haben, von dem gerichtlichen Zweikampf und den Ordalien überhaupt zu reden. Denn noch weit mehr, als in dieſer Periode, bildete ſich dieſes Inſtitut in den fol-

f) Dieß ſcheinen die oben angeführten Verordnungen über die übrigen Beweismittel zu ergeben.

g) Vergl. überhaupt Du Fresne im Glossar, der die Bedingungen und Förmlichkeiten des Kampfs zuſammenſtellt. — Was die Campiones betrifft, ſo erlaubt ſie das Langobardiſche Geſetz den Kirchen, den Grafen, und den Wittwen, ſo wie denen, die wegen Jugend oder Alters und Schwäche nicht ſelbſt kämpfen konnten. (Lex Longobard. Lib. II. tit. 55. c. 40. — Lib. 1. tit. X. c. 4.) — Auch des Kampfeides geſchieht Erwähnung in dem Frieſiſchen Geſetz, tit. XI. §. 3. tit. XIV. §. 5. im Langobardiſchen Lib. II. tit. 15. c. 15. Dieſer Eid beſteht darin, daß der Kläger vorher die Wahrheit ſeiner Anklage, der Beklagte aber ſeine Unſchuld beſchwor. Auch daß ſie redlich und aufrichtig gegen einander kämpfen wollten, und weder Zauberkräuter, noch andre Zaubermittel bei ſich trügen, mußte vor Eingang des Kampfes von den Partheien beſchworen werden. — Ein Formular des eben erwähnten Kampfeides findet ſich bei Greg. Tholosanus Syntagm. Jur. univ. Lib. IV. c. 16. n. 18. —

genden Zeiten aus. Umſtändlich erwähnen dieſelben die Rechtsbücher und Annalen des Mittelalters, und gewähren uns eine vertrautere Bekanntſchaft damit, als die dürftigen Nachrichten der frühern Periode.

Schwer iſt es auch, der Unbeſtimmtheit der Geſetze wegen, ganz genau das Verhältniß zu beſtimmen, worin die verſchiedenen Arten der Ordalien gegen einander und gegen die übrigen Beweisarten, durch Zeugen und Eid ſtanden. Nur ſo viel läßt ſich im Allgemeinen ſagen, daß die Ordalien immer mehr und mehr das Uebergewicht erhielten, und daß unter dieſen wiederum der Zweikampf die üblichſte und gewöhnlichſte Art war. Denn am würdigſten ward dieſer des freien Mannes gehalten, und nur Weibern und Greiſen und Geiſtlichen, die gleichwohl auch Vorfechter für ſich aufſtellen konnten, überließ man die übrigen Gottesurthel zur Behauptung ihrer Rechte, zur Bewährung von Anklagen und zum Beweiſe der Unſchuld, und Leibeigne waren gänzlich vom Vorrecht des Zweikampfs ausgeſchloſſen. —

Leicht laſſen ſich die Gründe auffinden, warum in dieſem Zeitalter die Ordalien allein ſich als Beweismittel in den Gerichten erhalten konnten. Die Wahrſcheinlichkeit oder Unwahrſcheinlichkeit von Thatſachen mit ruhig prüfender Vernunft abzuwägen, durch eine Kette mühſamer, oft trüglicher Argumentationen zu einem ſichern Reſultat zu gelangen, kann nur die Frucht einer Kultur ſeyn, die jenen Zeiten fremd war und fremd ſeyn mußte. Auch der religiöſe Sinn des Zeitalters mußte ſich dagegen auflehnen, ſich die Enthüllung der verborgnen Wahrheit anzumaſſen, welche man als das Vorrecht der Gottheit betrachtete, die damals noch den Menſchen nahe, das glaubige Vertrauen durch unmittelbare Einwirkungen belohnte.

Darum wurden auch die übrigen Beweisarten durch Zeugen und Eid in wahre Ordalien umgewandelt. Wo Zeugen gegenüber ſtanden und ihre Ausſagen einander widerſprachen, kämpften ſie mit einander, damit durch den Ausgang des Kampfes klar würde, welche Parthei die Wahrheit ausgeſagt h). — Eben ſo war es den Partheien vergönnt, ſich und ihre Zeugen wechſelsweiſe einander Lügen zu ſtrafen, und zur endlichen Entſcheidung der Sache zum Kampf herauszufodern i). Darum ward auch nie dem Eid als ſolchem Glauben beigemeſſen. Oft mußte der Schwörende nach geleiſtetem Eide ſich noch der Probe des heiſſen Waſſers, oder des glühenden Eiſens unterwerfen k); oft wurde die Probe des kalten Waſſers l) oder des Kreuzes m) noch hinzugefügt, um durch den Ausſpruch der Gottheit zu erfahren, ob der Schwörende ſich eines Meineids ſchuldig gemacht habe. Eben ſo war es dem Gegner erlaubt, ihn des Meineids zu zeihen, und zum Kampf herauszufodern n). So wie die Leichtigkeit des Schwörens und die Zahl der Meineide, worüber die Annaliſten jener

---

h) Vergl. Capitul. I. Ludov. Pii a. 819. c. 10.

i) Vergl. z. B. Leg. Bajoarior. tit. 16. c. 1. 2., wo man auch die Formeln findet, womit man Zeugen und Schwörende der Unwahrheit und des Meineids zieh: „Mendacium jurasti contra me. Sponda mihi pugnam duorum et manifestet Deus, si mendacium an veritatem jurasti contra me.“ — „Defendere volo cum campione meo, quod dicis, quia et tu mentiris et tuus testis super mortuum meum.“ —

k) Vergl. Du Cange Glossar. s. v. aquae fervent. judic.

l) Du Cange l. c. p. 483.

m) Leg. Fris. tit. XIV.

n) Vergl. Gerhard de Judic. duellico Jen. 1711. §. 5.

Zeiten bittre Klagen führen, zunahm, ſo wie ſelbſt Konſakramentalen und Kompurgatoren keine Sicherheit mehr dagegen gewährten, ward auch der Eid ſelbſt nur als eine vorbereitende Handlung der unmittelbar folgenden Ordalien betrachtet, durch die allein erſt die Wahrheit enthüllt werden konnte. — Als in der Folge gegen die gewöhnlichen Arten der Ordalien ſich von mehreren Seiten Eiferer erhoben, und dieſe mehr und mehr auſſer Gebrauch kamen, da ward der Eid eine eigenthümliche Art der Gottesurthel, indem man ihn an dem Grabmal eines Märtyrers, oder über einem Reliquienkäſtchen u. ſ. w. ablegen ließ, und der Gottheit vertraute, daß ſie den Meineidigen unmittelbar ſtrafen werde o).

Unter allen Arten der Ordalien aber war der Zweikampf die gewöhnlichſte und beliebteſte bei allen den Völkerſtämmen, bei denen ſich die Tapferkeit und der kriegeriſche unbändige Geiſt der Väter am längſten erhalten hatte, während bei den übrigen, die in der innigern Vereinigung mit den Römern durch römiſchen Luxus entnervt waren, und ſich williger unter die Feſſeln des Geſetzes beugten, der Zweikampf weniger üblich war, obgleich alle übrige Arten der Ordalien noch bei ihnen fortdauerten. Die Geſetze der Langobarden und Allemannen laſſen bei allen und jeden Anklagen, ſie mögen wichtig oder unerheblich ſeyn, Leib oder Leben, Vermögen oder Ehre betreffen, den Zweikampf zu, ohne ihn als blos ſubſidiariſches Beweismittel zu betrachten. Eben ſo ſoll nach den Geſetzen der Angeln und Werinen in allen ſtreitigen Sachen, wo eine Kompoſition auch nur von zwei Solidis zu entrichten iſt, bis zur größten

o) S. die oben (wo der beim Schwören üblichen Feierlichkeiten gedacht wurde) angeführten Geſetzſtellen.

hinauf durch den Zweikampf entſchieden werden p). — Und ſo lieſſen ſich die Beiſpiele aus den Geſetzſammlungen der meiſten germaniſchen Völkerſchaften häufen, die unter allen Arten der Ordalien die vorzügliche Frequenz des Zweikampfs beweiſen, zu deſſen ausführlicherer Schilderung wir bald zurückzukehren Gelegenheit haben werden. —

Auch von der Tortur, dieſer noch einzigen übrigen Art der Ordalien, die ſich bis auf unſre Tage in vielen Provinzen Deutſchlands erhalten hat, finden wir ſchon in jenen Zeiten in einzelnen Geſetzſammlungen der germaniſchen Völker, namentlich der Weſt- und Oſtgothen, der Franken und Baiern hin und wieder Spuren, die eine nähere Bekanntſchaft mit dem Römiſchen Recht verrathen. Am ausführlichſten redet davon das Weſtgothiſche Geſetz. Selbſt die Nobiles und Ingenui, die ſich der Verſchwörung gegen den König oder das Land ſchuldig gemacht, oder einen Todtſchlag oder Ehebruch begangen haben, ſollen auf die Folter gelegt werden, wenn ſie von irgend Jemand, der ihnen gleich an Geburt oder Würde iſt, angeklagt werden, und die Anklage durch drei Zeugen oder durch Eid zuvor bewährt wird. Ueberſtand der Gefolterte die Martern, ſo fiel der Ankläger in die Gewalt deſſelben, der frei über ihn ſchalten, nur ihn nicht tödten durfte, und eine ſo hohe Kompoſition von ihm fordern konnte, als er ſelbſt die erduldeten Martern ſchäzte. Daran aber ſoll man vorzüglich die Unſchuld

p) Vergl. Leg. Longobard. Lib. I. tit. 16. c. 2. (Rothar 198.) tit. 9. c. 39. (Henricus II. 2). — Leg. Alamann. tit. 84. Leg. Angl. tit. 15. de campo; „A duobus solidis usque ad maximam compositionem in furto et vulneribus campus judicet.“ —

ſchuld des Beklagten erkennen, ob die auf der Folter gethane Ausſage genau mit der Anklage des Anklägers übereinſtimme, oder nicht; denn es ſey klar im leztern Fall, daß nur die unleidlichen Schmerzen den Unglücklichen vermocht hätten, ſich ein Verbrechen anzudichten. Darum müſſen Ankläger und Richter die Anklageakte, die ſchriftlich dem Richter übergeben werden ſollen, geheim halten, und wo der Angeklagte auf irgend einem Weg ihren Inhalt ſchon erfuhr, ſoll die Folter nicht Statt finden. — In allen Sachen aber, die keines der genannten Verbrechen betrafen, ſollen die Nobiles und Potentiores der Folter nicht unterworfen werden; und auch andre Ingenui ſollen davon befreit ſeyn, wenn die Sache nicht fünfhundert Solid. beträgt. — Die Tortur ſoll übrigens an drei Tagen hintereinander angeſtellt werden; ſorgfältig aber ſoll ſich der Richter hüten, das Maas zu überſchreiten. Starb der Angeklagte unter der Folter, oder litt beträchtlichen Schaden an ſeiner Geſundheit, und der Richter konnte überführt werden, daß er böslich oder durch Schuld, oder durch Geſchenke des Anklägers beſtochen, durch die Wahl der Martern den Tod des Angeklagten herbeigeführt habe, ſo ward er den nächſten Anverwandten deſſelben zu gleicher Peinigung ausgeliefert. Traf ihn auch blos der Vorwurf der Unvorſichtigkeit, ſo mußte er den Verwandten eine Kompoſition von 500 Solidis entrichten, oder verfiel in ihre Leibeigenſchaft, und der Ankläger ward ihrer Rache ausgeliefert q). — Die übrigen angeführten Geſetze reden nur von Folterungen der Leibeignen. Ergiebt ſich ihre Unſchuld, ſo ſoll ihrem Herrn die Kompoſition entrichtet, oder wenn ſie unter der Folter ſtarben, ein an-

q) Leg. Wisigoth. Lib. VI. tit. 1. §. 2.

Bayerische Staatsbibliothek München

drer Leibeigner vom Ankläger an ihre Stelle geliefert werden r).

Kaum bleibt noch etwas übrig, was wir zur Charakteriſtik des gerichtlichen Verfahrens in peinlichen Sachen in dieſer Periode hinzuzufügen hätten. — Das endliche Urtheil in einer Sache wurde von den scabinis gefällt, deren Thätigkeit aber nicht allein auf dieſen Akt beſchränkt war, da ſie auch über die Zwiſchenhandlungen ihr Urtheil ausſprechen mußten, das überall den Namen sententia führt s).

---

r) Vergl. Leg. Wisigoth. Lib. VI. tit. 1. §. 5. — Edict. Theodor. c. 100. Leg. Bajuar. tit. 8. c. 18. — Lex Salica. tit. 43. — Einzelne Beiſpiele ſchrecklicher Martern auch Freier und Edler erzählt Gregor von Tours V. 49. VI. 35. VII. 32., die aber natürlich keine Regel bilden. — Knechte wurden nach den oben angeführten Geſetzſtellen gewöhnlich auf eine Bank geſpannt und mit Ruthen gehauen.

Den Gebrauch der Tortur, ſelbſt in frühern Jahrhunderten, bezeugt übrigens auch Auguſtin (De civitate Dei lib. 19. c. 6.), der ihre Verwerflichkeit darzuthun ſich bemühte. „Quid cum in sua quisque causa torquetur — ſagt er — et cum quaeritur, utrum sit nocens, cruciatur, et innocens luit pro incerto scelere certissimas poenas, non quia illud commisisse detegitur, sed quia non commisisse nescitur. At per hoc ignorantia judicis plerumque est calamitas innocentis. Et quod intolerabilius magisque plangendum rigandumque, si fieri posset, fontibus lacrymarum, cum propterea torqueat judex accusatum, ne occidat nesciens innocentem, sit per ignorantiae miseriam, ut et tortum et innocentem occidat, quem ne innocentem occiderit, torserat.“ —

s) Ausführlicher davon in der Schilderung des Gerichtsweſens der folgenden Periode.

Wenn wir jezt am Schluß dieſer Periode den prüfenden Blick zurück wenden auf die einzelnen Züge, welche bisher zur Charakteriſtik der Strafgeſetze, des Gerichtsweſens, und des gerichtlichen Verfahrens der germaniſchen Völkerſchaften in dieſem Zeitraum geſammelt und aufgeſtellt worden ſind: ſo wird ſich leicht der eigenthümliche Geiſt erkennen laſſen, der in ihnen allen athmet, und damit der Geſichtspunkt gefunden ſeyn, unter welchem ſie alle zuſammengefaßt und zur Einheit gebracht werden können.

So mächtig, als bei irgend einem andern Volk, regte ſich das Rechtsgefühl in der Bruſt des freien Deutſchen. Mannhaft, wild, kriegeriſch, wie die ganze Nation war, erkannte ſie keinen andern Richter über das Recht, als das eigne unbeſtechliche Gefühl, und ſeine Ausſprüche zu befolgen, gebrauchte der Mann die Waffen, die er überall mit ſich trug. Feindſelig und ſtets zum Kampf gerüſtet, ſtanden die Individuen einander gegenüber, die von keinem andern Bande, als das die Natur um ſie geſchlungen, zuſammengehalten werden konnten. —

Zu ungebildet war noch das ganze Volk, in jenen Zeiten, wo die Germanen zuerſt in der Geſchichte erſcheinen, zu eiferſüchtig auf ſeine Freiheit, und zu gewöhnt an die Feſſelloſigkeit der Anarchie, als daß jezt ſchon ein groſſer ausgezeichneter Mann, ein Sohn ſpäterer Jahrhunderte, hätte aufſtehen, als daß es jezt ſchon ſelbſt einem ſolchen hätte gelingen können, die rohen gährenden Maſſen zu geſtalten, einen Staat zu ſchaffen und ſich zum Herrſcherthron emporzuſchwingen. —

Nichts erſcheint daher, zumal in der vor uns aufgeſtellten erſten Periode, was auch nur entfernt an einen allgemeinen Geſellſchaftsverein erinnert, und ein Beſtreben zur Bildung eines Staates verriethe, wie wir

es z. B. in der erſten Geſchichte des römiſchen Volks ſchon wahrnehmen. — Alles wird hier nur auf das Individuum und ſeine freie Perſönlichkeit bezogen. Jeder freie Mann iſt ſich ſelbſt Gebieter, ſich ſelbſt Geſetzgeber, wo nicht das gemeinſame Bedürfniß die Nothwendigkeit der vereinten Vertheidigung gegen einen gemeinſchaftlichen Feind die Individuen unter einem ſelbſtgewählten Oberhaupt vereinigt, das aber auch hier nicht durch Befehl, ſondern nur durch Beiſpiel und Bewunderung gebietet. Und auch hier iſt keine künſtliche Ordnung, kein ſorgfältig gebildetes Heer; ſondern in der groſſen Maſſe treten auch hier wieder die einzelnen Familienvereine unvermiſcht und geſondert hervor t). Ja ſo unerträglich ſchienen den Deutſchen die Geſetze, welche ihnen die Römer aufdringen wollten, daß ſie einmüthig die Waffen ergriffen, um die freie Perſönlichkeit nicht gekränkt und geſchmälert zu ſehen u).

Alſo hier iſt noch keine Spur eines Nationalvereins, ſondern nur Familienverein, kein Staatsrecht mithin, ſondern nur Familienprivatrecht, ſelbſt in den erſten Anfängen des Feudalſyſtems, das ſich ſchon in dieſer Periode in dem Geleit offenbart, welches einzelne Edle um ſich bildeten.— In den Familienvereinen aber herrſchte jedes Oberhaupt unumſchränkt als Geſetzgeber, als Richter, als Vollſtrecker ſeiner Urtheile, über Weib und Kinder und Knechte. Auf ſeinem Hofe iſt der Freie unumſchränkter Herrſcher, und nur durch Gewalt und Fehde mit einem andern Familienverein kann er daraus vertrie-

---

t) Tacit. de M. G. c. 7. „Quod praecipuum fortitudinis incitamentum est, non casus, nec fortuita conglobatio turmam aut cuneum facit, sed familiae et propinquitates.“

u) Florus IV. 12. „Ut primum togas et severiora armis jura viderunt, arma duce Arminio corripiunt.

den werden. — Mehrere Jahrhunderte nachher, als ſich ſchon ein Staat gebildet hatte und Karl der Groſſe mit eiſerner Hand den Scepter führte, ward dennoch, wenigſtens bei den Sachſen, das Privateigenthum ſo heilig gehalten, daß der Verbrecher nicht mit Gewalt aus ſeiner Wohnung geriſſen, ſondern dieſe über ihm angezündet werden ſollte, wenn er ſich weigere, Recht zu nehmen vor dem Richter v).

Alſo auch noch kein Strafrecht und keine Strafgeſetze in dieſer Periode, keine Richter mit Gewalt bekleidet, ihre Urtheile zu vollſtrecken. Jeder freie Mann würde es für ſchimpflich gehalten haben, die ihm widerfahrnen Beleidigungen und die Verletzungen ſeiner Rechte nicht ſelbſt zu rächen. Seine Sache war die Sache ſeiner ganzen Familie; Familienvereine kämpften gegen Familienvereine, und nur gemeinſame Uebereinkunft konnte dieſe blutigen Fehden und Verfolgungen, denen nur das eigne Gefühl eine Grenze ſezte, beendigen. Wenig brauchte es indeß, die feindſeligen Gemüther zu verſöhnen. Eine Anzahl Pferde oder Schaafe ſtellte den unterbrochnen Frieden wieder her. —

Ueberall aber hieng es nur von der freien Willkühr der Individuen ab, ob ſie dieſe Kompoſitionen geben oder annehmen, oder ihre Sache und ihre Fehden verfolgen wollten. Die Richter in den einzelnen Gauen, deren Tacitus erwähnt, ſind nur Schiedsrichter, deren Ausſprüche die Partheien verwerfen konnten, da es jenen an Gewalt fehlte, ihre Urtheile zu vollziehen. —

Die richtende und ſtrafende Gewalt, welche während des Krieges Individuen über Individuen ausübten, erſcheint damit auch nicht im Widerſpruch. Die Gott-

v) Capit. Saxon. a. 797. c. 8.

heiten einer kriegeriſchen Nazion können nur kriegeriſche Gottheiten ſeyn. Die Germanen begleitete die Gottheit in den Kampf, ſie ſelbſt führte die Nazion gegen den gemeinſamen Feind. Prieſter waren ihre Organe, und nur auf Geheiß der Gottheit, von ihr begeiſtert, durften dieſe die Verbrechen der Feigheit, der Verrätherei am Vaterlande ſtrafen, wodurch die Gottheit ſelbſt beleidigt wurde. —

Auch in den neuen Wohnſitzen, die ſich die Tapferkeit der germaniſchen Völker erkämpfte, erſcheint die glühende Freiheitsliebe des Deutſchen, dem die freie Perſönlichkeit das Höchſte und Edelſte war, noch ungeſchwächt und unerkaltet. Vieles zwar iſt nach einer langen Zwiſchenzeit, über welche die Geſchichte ſchweigt oder nur dürftige Nachrichten giebt, jezt verändert; ununterbrochene Kriege der Nazionen gegen Nazionen und gegen die Ausländer haben die Individuen und Familienvereine einander angenähert, und gröſſere kriegeriſche Maſſen unter einem gemeinſamen Anführer vereinigt; gröſſer und bedeutender ſind die Gefolge der Edeln geworden, und ausgebildeter die erſten Anfänge des Feudalſyſtems: aber auch noch jezt ſind kaum die ſchwachen Umriſſe eines Staats zu erkennen, auch jezt noch richtete man den Blick nicht über die Gegenwart hinaus, und bildungslos war und blieb das Streben zum Recht und zur Ordnung.

Wie ſehr die freie Perſönlichkeit noch in dieſem Zeitraum das Höchſte und Koſtbarſte einem Jeden war, von dem er auch nicht den kleinſten Theil aufopfern wollte, zu gemeinſamer Wohlfahrt, beweiſt ſchon das, daß unter den vielfach gemiſchten Völkerſchaften Jeder nach den Gewohnheiten ſeines eignen Völkerſtamms fortleben und gerichtet ſeyn wollte, eine Forderung, die die Sieger ſelbſt den bezwungnen Römern zugeſtanden.

Darum ward es auch in dem gewaltigen Wogen und Treiben, welches Jahrhunderte lang die einzelnen Völkerſtämme umhertrieb und unter einander miſchte, nothwendig, die Gewohnheiten aufzuzeichnen, um ſie in urſprünglicher Reinheit zu bewahren. —

Mehrere Jahrhunderte hindurch von Klodwig, dem erſten Gründer der Fränkiſchen Monarchie, bis auf den lezten ſchwachen Sprößling Karls des Groſſen dauerte der Zuſtand der wildeſten Anarchie, des roheſten Kampfs der Gewalt gegen die Gewalt fort. — Nur einige aus der langen Reihe der Mächtigen, aus den Geſchlechtern der Merowinger und Karolinger, ein Klodwig, ein Pipin, ein Karl der Groſſe, giengen vielleicht von einer politiſchen Anſicht aus und ſtrebten, einen Staatenverein zu bilden, aber der Realiſirung dieſes Plans ſtand der rohe Geiſt ihrer eignen Nazion und der beſiegten Völker entgegen. —

Man ſchlage die Geſchichte der Fränkiſchen Könige von Gregor von Tours auf, wo man will: jede Seite ſeiner Annalen wird von der wildeſten Anarchie zeugen. Im beſtändigen Kampf lagen die Mächtigen mit einander; und die Könige, die man nur als Anführer im Kriege ehrte, und nur als ſolche als die Erſten der Nazion anerkannte, vermochten nicht nur nicht, das aufgehobne Gleichgewicht wieder herzuſtellen, ſondern theilten auch ſelbſt alle die Unterdrückungen und Beraubungen und Verfolgungen der Armen und Schwachen, die nicht den Regenten eines Staats, ſondern den Anführer einer mächtigen Räuberhorde verkünden.

Daß es, ſo lange dieſer Zuſtand der Dinge dauerte, ſo lange es nicht einem Einzigen gelang, die mächtigen Groſſen zu unterdrücken, und die Zügel der Herrſchaft zu ergreifen, auch noch keine Strafen und keine Straf-

geſetze im heutigen Sinn des Worts geben konnte, bedarf keiner Erörterung. Denſelben Zuſtand der Dinge, wie in der erſten Periode, treffen wir in dieſer zweiten wieder. Die Erzählungen römiſcher Geſchichtſchreiber finden ſich beſtätigt in den Sammlungen von Gewohnheitsrechten, die uns aus dieſer Periode aufbehalten worden ſind. Noch immer Privatrache und Familienkriege, noch immer Kompoſitionen als die einzigen Mittel, die Fehden zu beendigen. Was von der Einrichtung der Gerichte in dieſer Periode geſagt worden iſt, gehört meiſtens den Zeiten Karls des Groſſen an, der die erſten Anſtalten zur Gründung eines Staats traf, die unter ſeinen ſchwachen Nachfolgern freilich wieder zuſammen fielen. Und auch aus den Zeiten ſeiner Regierung fehlte es nicht an Beiſpielen von Privatfehden, Gewaltthätigkeiten jeder Art, und Verachtung der Richter, die auch jezt nur noch als Schiedsrichter erſcheinen, welche den eigenthümlichen Charakter der frühern Zeiten bilden und die Regel ausmachen. —

Wo ſich noch kein Staat gebildet, wo noch kein Regent die verſchiednen Stände unter einander vermiſcht hat, wird man in den Geſetzen auch keine Gleichſetzung der Stände antreffen. — Die Kompoſitionen, die in den Rechtsbüchern der deutſchen Nazionen feſtgeſezt ſind, ſind mannichfach modificirt nach dem Stand des Beleidigers und des Beleidigten. Ein neuer Beweis, daß man nur von dem Individuum von dem Einzelnen ausgieng, und keine andern Beziehungen kannte.

Man erkennt das Beſtreben einzelner fränkiſcher Herrſcher nicht, allmählig und in leiſen Uebergängen den Zuſtand der Zerrüttung und der Anarchie in eine Reihe der Ordnung und des Friedens umzuwandeln. Der erſte Schritt, welchen ſie dazu thaten, war der, daß ſie den Privatkriegen und der Blutrache eine Grenze

und ein Ziel zu ſetzen ſuchten, und den Verletzer von Rechten zur Entrichtung der in dem Geſetz beſtimmten Kompoſition, ſo wie den Verlezten zur Annahme derſelben verbanden. Die Richter ſollen den Beleidiger gegen die Verfolgungen des Verlezten in Schutz nehmen, ſo bald er bereit iſt, die geſetzliche Buſſe zu entrichten; wer ſich deſſen weigert, ſoll mit härtern Strafen belegt werden, nach den Geſetzen der Langobarden mit dem Exil. — Wird die Verſöhnung geſchloſſen, ſo ſoll ſie mit einem Eid bekräftigt und eine charta securitatis ausgeſtellt werden w). — Ein neuer Friedensbruch, der als eine Beleidigung des Richters betrachtet wird, zieht dann härtere Strafen nach ſich. — Nach den ältern Geſetzen der Langobarden z. B. ſoll er mit einer doppelten Geldſtrafe gebüßt werden, und Karl der Groſſe will, daß der Meineidige, der den beſchwornen Frieden von Neuem brach, die Hand verliere, mit welcher er den Meineid geſchworen, wenn er ſie nicht loskaufe. —

Allein nur bei denjenigen Völkerſchaften, welche der Herrſchaft der fränkiſchen Monarchen völlig unterworfen waren, konnten ſolche Verordnungen, welche auf die Beſchränkung der freien Perſönlichkeit berechnet waren, wirkſam ſeyn. Bei allen andern dauerte das Recht der Selbſthülfe uneingeſchränkt fort, ſo bei den Frieſen. —

Ueberhaupt ſieht man bei einer geringen Bekanntſchaft mit den Annaliſten und den Geſetzen jener Zeiten, wie wenig es den fränkiſchen Herrſchern gelang, den wilden Geiſt der Nazion zu bändigen und ſie unter die Feſſeln des Geſetzes zu beugen. Karl der Groſſe unterſagte zwar den Gebrauch der Waffen ganz und gar. (Capitul. II. a. 805. c. 5.) „De armis infra patriam

w) Siehe Marculph's Formeln I. 32. II. 18. — auch die Formul. Sirmond. §. 29.

non portandis, id est scutis et lanceis et loricis. Si facdosus quis sit, discutiatur tunc, quis e duobus contrarius sit, ut pacati sint, et distringantur ad pacem, etiam si noluerint. Et si aliter pacificari nolunt, adducantur in nostram praesentiam. Et si aliquis post pacificationem alterum occiderit, componat illum et manum, quam perjuravit, perdat et insuper bannum dominicum solvat." — Allein Karl der Groſſe hielt ſich ſelbſt ſo wenig von der Wirkſamkeit ſeiner Verordnungen gegen das Waffentragen überzeugt, daß er in dem Capitul. de Villis c. 27. verordnete: „Casae nostrae indesinenter Foca et Wactas habeant, ita ut salvae sint." — Selbſt die Geiſtlichkeit widerſezte ſich Karls zweckmäſſigen Verordnungen. — In dem Concil. Moguntino a. 813. can. 17. heißt es: Nos autem, qui reliquimus saeculum, id modis omnibus observare volumus, ut arma spiritualia habeamus, saecularia dimittamus, Laicis vero, qui apud nos sunt, arma portare non praejudicemus, quia antiquus mos est et ad nos usque pervenit." — Nach Karls des Groſſen und Ludwigs des Frommen Tode nahmen Gewaltthätigkeiten und Räubereien aller Art vollends überhand. In dem Convent. I. apud Marsnom fand man für nöthig, feſtzuſetzen: „ut rapinae et depraedationes, quae quasi jure legitimo hactenus factae sint, penitus interdicantur." —

Ueberall blickt alſo der wilde und kriegeriſche Geiſt der Nazion hervor. — Sie vermochte noch nicht, das heiligſte und köſtlichſte Vorrecht einer unbeſchränkten Freiheit aufzugeben, ſich ſelber Recht und Erſatz für Beleidigungen zu verſchaffen. — In beſondern Haß hielt man daher die Verletzungen, Beſchädigungen und Entwendungen lebloſer Dinge, bei denen die unmittelbare Vertheidigung und der Schutz des Eigenthümers nicht eintreten konnte,

und durchgängig ſind die Kompoſitionen für Rechtsverletzungen der Art höher beſtimmt, als ſelbſt für Raub, Todtſchlag und überhaupt Gewaltthätigkeiten an den Individuen ſelbſt. Auch die Art des gerichtlichen Verfahrens, wo überall ein ſolches Statt fand, iſt ganz dem Charakter einer freien ungebändigten Nazion entſprechend, und zeugt laut für ihre glühende Freiheitsliebe. Nur von ſeines Gleichen wollte der Deutſche gerichtet werden. Nur ein Ebenbürtiger und Genoſſe konnte ſich ganz in die Lage des Angeklagten verſetzen, und nur von einem ſolchen ließ ſich erwarten, daß er ein gleiches ſubjektives Rechtsgefühl theilen würde. —

Daſſelbe läßt ſich von den gewöhnlichen Beweisarten ſagen. Vorzüglich merkwürdig ſind in dieſer Hinſicht die Ordalien. Am beliebteſten mußten unter ihnen allen der gerichtliche Zweikampf ſeyn, der auch hier noch dem Individuum verſtattete, durch die Kraft des Arms und durch die Waffen ſein Recht darzuthun und zu verfolgen. Im Ausgang des Kampfes war der Deutſche von jeher gewohnt geweſen, das Urtheil der Götter zu finden, nur ihrem Ausſpruch wollte er ſeine Angelegenheiten unterwerfen, und ſo harmonirte der Zweikampf, wie alle Ordalien überhaupt, auch mit dem kindlich religiöſen Sinn der Nazion. —

Unbemerkt darf es übrigens nicht bleiben, daß am Schluß dieſer Periode das Feudalſyſtem und die Herrſchaft des Klerus ſchon merklich ausgebildet waren. Nach den Einwanderungen in's römiſche Gebiet und den Eroberungen deſſelben durch die deutſchen Völkerſchaften, hatten die Edlen unter ihr Gefolge den beträchtlichen Antheil an Ländereien vertheilt, der ihnen zufiel, um ſie in beſtändiger Abhängigkeit von ſich zu erhalten. Nur zu bald aber hatte dieſe ihre eigne Wichtigkeit kennen gelernt und ſich den erblichen Beſitz der Lehen zu verſchaf-

ſen gewußt. Mit der wachſenden Macht und dem Anſehen der Vaſallen fiel zugleich das Anſehen der Freien, die durch zahlloſe und unaufhörliche Unterdrückungen verfolgt, gezwungen wurden, immer mehr und mehr ihre Allode zu Lehn aufzutragen.— Durch den höhern Glanz und die ſteigende Gewalt der Könige war aber auch das Anſehen der Miniſterialien beträchtlich geſtiegen, und ſelbſt die Edlen verſchmähten es nicht mehr, ſich um Hofämter zu bewerben.—

Des allmähligen Wachsthums des Anſehens der Geiſtlichkeit, der Gründe deſſelben und ſeines Einfluſſes auf die Geſetzgebung und die ganze Verfaſſung des Staats iſt oben ſchon hinlänglich gedacht worden.— Auch die Urſachen des ſteigenden Anſehens der päbſtlichen Hierarchie ſind zu bekannt, um hier einer Erwähnung zu bedürfen.—

Man hat die Geſetze dieſer Periode bald übermäſſig erhoben, bald ſie eben ſo tief herabgeſezt. Wir ſollten nie vergeſſen, daß wir den Maasſtab zu ihrer Würdigung verloren haben, daß wir nicht mit einem einzigen modernen Maasſtabe die Werke eines längſt ausgeſtorbnen Rieſen- und Heroenvolks ausmeſſen dürfen. Freiheitsdrang und Thatenkraft und Religioſität ſind lange von uns gewichen!—

Dritte Periode.

Von dem Erlöſchen des Carolingiſchen Mannsſtamms bis auf die Errichtung der peinlichen Gerichtsordnung.

Bevor wir in eine Charakteriſtik der peinlichen Geſetze, des Gerichtsweſens und des gerichtlichen Verfahrens in dieſer Periode eingehen, wird es nothwendig ſeyn, die bedeutendſten Züge aus der Geſchichte Deutſchlands in dem weiten Zeitraum von Konrad I. bis auf Karl V. auszuheben, und den finſtern Zeitengrund anzulegen, auf welchem das Gemälde der Geſetzgebung und des Gerichtsweſens um ſo bedeutungsvoller hervortreten muß.

Schon unter den lezten Nachkommen Karls des Groſſen hatte ſich die Anarchie um ſo mehr ausgebreitet, je ſchwächer die Herrſcher ſelbſt, je mächtiger die Groſſen geworden waren, wenn ſie auch jezt noch nicht ganz ſich der Herrſchaft der Kaiſer entwunden hatten, und je williger auch jezt ſchon die Groſſen und die geſammte Nazion die Feſſeln der Hierarchie trugen. Aber auch die folgenden mächtigeren Kaiſer vermochten es nicht, den Zuſtand der Anarchie zu beendigen und eine feſte Ordnung und die Herrſchaft des Rechts zu begründen. In der That waren ſie zu ſehr mit ihrer eignen Erhaltung gegen die Eingriffe der Groſſen, mit der Beſchirmung der Grenzen des Reichs gegen die unausgeſezten Einfälle der Normänner, Slaven und Ungarn, und mit Kriegen im Auslande beſchäftigt, als daß ihnen zu der innern Verwaltung des Reichs, zur Begründung der Ruhe und Ordnung durch Geſetzgebung und Gerichte Zeit übrig geblie-

ben wäre. Die Regierungen Konrads, Heinrichs I., Otto's I. II. und III., Heinrichs II., Konrads II. und Heinrichs III. IV. und V. bieten eine ununterbrochene Reihe von Fehden und Kriegen dar. Konrad hatte ſeine ganze Regierung hindurch im Innern des Reichs mit Lothringern, Sachſen, Schwaben und Baiern zu kämpfen. Daſſelbe Schickſal hatte Heinrich I. Aber auch auſſerdem hatte er unausgeſezt mit benachbarten Nazionen Kriege zur Vertheidigung der Grenzen zu führen. — Viel verdankt indeß Deutſchland Heinrich dem Vogler. Er war der Erſte, der Burgen und Städte gegen die Einfälle der benachbarten Nazionen errichtete, und unter dem ein Mittelſtand in den Bewohnern der von ihm errichteten Städte ſich bildete, welche anfiengen, ſich mit Künſten und Gewerben zu beſchäftigen, wenn man auch Anfangs die Beſchäftigung damit für unwürdig eines Freien hielt, dem nur das Waffentragen und die Vertheidigung der Mauern ziemen, und mit Verachtung von Künſtlern und Handwerkern ſprach. — Unter Otto I. erwachten die Fehden im Innern von Deutſchland ſchrecklicher als je, und eine neue unverſiegbare Quelle der Kriege ward durch die Vereinigung Italiens mit Deutſchland eröffnet. Otto II und III. die auſſerdem mit Normännern und Slaven zu kämpfen hatten, fanden auf den Zügen dahin ihren Tod. Auch Heinrich II. Konrad Salikus und Heinrich III. hatten unaufhörlich bald mit rebelliſchen Groſſen im Innern des Reichs und in Italien, bald mit auswärtigen Feinden deſſelben, mit Slaven, Böhmen und andern zu kämpfen. Aber unruhiger und ſtürmevoller, als die Regierung eines der vorhergehenden Herrſcher, war die Heinrich's IV. Heinrich III. hatte groſſe und wichtige Schritte gethan, die Groſſen ſeines Reichs zu unterdrücken, und ſich die unumſchränkte Herrſchaft zu erkämpfen. Aber er ſtarb zu frühe, um ſeine Plane zu vollenden und hinterließ Heinrich IV. noch als Kind.

Alles ſtrebte jezt auf immer, ſich den Feſſeln der kaiſerlichen Herrſchaft zu entwinden, und als Heinrich IV. herangereift war, um ſelbſt zu herrſchen, fand er alle kaum geſchaffnen Formen wieder zerfallen. Feurig, muthig, voll Herrſchſucht und Thatendurſt verwandte er das ganze Leben, gegen das Schickſal zu kämpfen, um ſich auf dem Thron ſeiner Väter zu behaupten.— Alle Groſſen des Reichs, ſelbſt ſeine eignen Söhne empörten ſich wider ihn, die Kirche that ihn in den Bann, und ſo war es ihm nie im Leben vergönnt, die Waffen niederzulegen. Unaufhörlich loderte unter ſeiner Regierung die Flamme des Kriegs in Deutſchland, das von Faktionen zerriſſen ward, und alle Annaliſten jener Zeiten wiſſen den Zuſtand des Vaterlandes nicht traurig genug zu ſchildern.—

Heinrich V. hatte daſſelbe Schickſal wie ſein Vater. Auch ihn erhielten die Anmaſſungen des Pabſtes und der Geiſtlichkeit und die Empörungen ſeiner Groſſen beſtändig unter den Waffen.

In einer ſo langen ununterbrochnen Kette von Kriegen von Konrad I. bis auf Heinrich V. konnten die Sitten der Nazion nicht milder werden. Wie ſie Tacitus ſchilderte, wie ſie ſich ſelbſt in den Geſezſammlungen der frühern Periode darſtellen, ſo erſcheinen die Deutſchen auch wieder in den Beſchreibungen der Chroniken = und Geſchichtſchreiber des Mittelalters, rauh, wild, kriegeriſch,— ſich ſelber Recht ſprechend durch die Kraft des Arms. Waffenſpiele wurden unter Heinrich I. die gewöhnlichen Uebungen der Jugend, die auch auſſer dem Kriege ſie fortdauernd beſchäftigten, und der Annaliſt Saxo und der Verfaſſer der Chronik von Ursperg wiſſen den deutſchen Nationalcharakter nicht beſſer, als durch impetus und furor teutonicus zu bezeichnen.— Auch die Begebenheiten der folgenden Zeiten waren nicht geeignet, die rauhen Sitten der Nazion zu mildern und Fortſchritte

zu höherer Kultur zu begünſtigen. — Innere und auswärtige Kriege, zu denen ſich auch noch die Kreuzzüge geſellten, beſchäftigten die Kaiſer zu ſehr, um ſich mit der innern Verwaltung des Reichs richtig und anhaltend beſchäftigen zu können. Kräftiger, als irgend einer ſeiner Vorgänger, herrſchte zwar Friedrich I.: allein ſeine häufigen Züge nach Italien verhinderten ihn, das angefangne Werk zu vollführen, und bald zerriß der Streit der Guelfen und Gibellinen Deutſchland in zwei Partheien und machte es zum Schauplatz der fürchterlichſten Kriegesgreuel. — Als endlich die Gibellinen im Kampfe erlagen, wurden Ausländer zu deutſchen Königen erwählt, nur Schattenbilder von Herrſchern, die nichts für die Befeſtigung der Ruhe und Ordnung zu thun, und die Anmaſſungen und Kriege der Fürſten nicht zu enden vermochten, die nun ſich die vollkommne Landeshoheit zu erkämpfen wußten. — „Allemanni bellicosi, — ſagt der Abt von Ursperg von den Deutſchen dieſer Zeiten — crudeles, expensarum prodigi, rationis expertes, voluntatem pro jure habentes, ensibus invicti, in nullis nisi hominibus suae gentis confidentes, ducibus suis fidelissimi, et quibus vitam potius, quam fidem, possis auferre.“ —

Kräftigere Anſtalten zur innern Wohlfahrt des Reichs traf Rudolph von Habsburg gegen das Ende des dreizehnten Jahrhunderts. Er bereiste mehrere Provinzen, um Ruhe und Ordnung wieder herzuſtellen, und errichtete einen Landfrieden auf fünf Jahre, der während ſeiner Regierung vielfach beſtätigt und erneuert wurde. Aber alle Früchte ſeiner zwanzigjährigen Regierung verſchwanden wieder in den folgenden ſtürmiſchen Zeiten. Adolph von Naſſau, anſtatt die innere Ruhe Deutſchlands zu befördern, ſtörte ſie vielmehr ſelbſt, und

und ließ das kaiſerliche Anſehen ſo ſehr ſinken, daß die Fürſten es wagten, ihn vor ihr Gericht zu laden, und ihn förmlich abzuſetzen. Auch den folgenden Herrſchern fehlte es an Kraft, etwas für die innere Wohlfahrt des Landes zu unternehmen. Innere Kriege, Empörungen der Groſſen — Fehden mit der Geiſtlichkeit und dem Pabſt, Römerzüge, Exkommunikationen, Interdikte, Streitigkeiten mehrerer Gegenkaiſer um den Thron und die Herrſchaft dauerten auch in dieſer Periode wie in frühern fort und hinderten auch die Aufrechthaltung des Landfriedens, die einzige Wohlthat, die Deutſchland damals ſich von ſeinen Kaiſern verſprechen konnte. — Immer ſchwieriger ward jezt dieſes Geſchäft. Die Fehden zwiſchen dem räuberiſchen Adel und den mächtig und blühend gewordnen Städten wurden jezt um ſo hartnäckiger, je feſtere und engere Bündniſſe ſie gegen einander geſchloſſen hatten. Kaiſer Wenzel gieng gegen das Ende des vierzehnten Jahrhunderts einen förmlichen Bund mit mehreren Fürſten des Reichs ein, zur beſſern Handhabung des Landfriedens, und traf mehrere zweckdienliche Einrichtungen in dieſer Hinſicht, in welchen ſich die erſten Spuren der Kreiseintheilung zeigen. Allein alle Bündniſſe und Einigungen der Art trugen Weniges oder Nichts zur Aufrechthaltung des Friedens bei, und Trithemius (Chronic. Hirsaugienſe ad a. 1380) erzählt davon, daß oft die Hunde die Natur der Wölfe angenommen und daß diejenigen, die zur Verfolgung und Ausrottung der Räuber beſtimmt geweſen waren, ſich meiſtens beeifert hätten, es ihnen gleich zu thun. — Auch loderte unter der Regierung Wenzels die Flamme des Krieges zwiſchen den Fürſten und Städten heller auf, als je, und nur durch den allgemeinen Landfrieden, der zu Eger im Jahr 1389 errichtet wurde, konnte die Ruhe einigermaſſen wieder hergeſtellt werden.

Aber alle ſolche Maasregeln waren nur temporär und prekär, und zerfielen gewöhnlich wieder nach der Dauer weniger Jahre. Neue Schrecken und Verheerungen trafen das zerrüttete, von Faktionen zerrißne Deutſchland in den häufigen Succeſſionsſtreitigkeiten und den blutigen Religionskriegen, die im 15ten Jahrhundert im Innern des Reichs wütheten. Auch neue äuſſere Feinde, die Türken, bedrohten ſeine Grenzen immer mehr und mehr; in gleichem Grade ſtiegen die Räubereien, Befehdungen und andre Ausſchweifungen des Fauſtrechts, und eine lange Reihe ſchwacher und ohnmächtiger Herrſcher vermochte dem Lande nicht die ſo lange erſehnte Ruhe von Innen und Auſſen zu geben. — Durch Schwachheit und Schlaffheit zeichnet ſich vorzüglich die Regierung Friedrichs III. aus. Vielfache Kriege zerrütteten Deutſchland und zerriſſen es in mehrere Factionen. — Was für die innere Verwaltung des Reichs, für Handhabung des Rechts und der Ordnung unter Friedrich III. geſchah, muß man mehr als ein Werk des Zeitgeiſtes, denn als ein Verdienſt des ſchwachen Kaiſers betrachten.

Eine neue Epoche beginnt mit ſeinem Sohne Maximilian in der Geſchichte Deutſchlands nicht nur, ſondern der meiſten europäiſchen Reiche. — Groſſe Begebenheiten waren vorhergegangen, welche gewaltige Revolutionen nothwendig herbeiführen mußten — die Erfindung des Schießpulvers — der Buchdruckerkunſt — die Entdeckung einer neuen Welt — die allgemeine Verbreitung und Aufnahme des römiſchen Rechts. —

Vieles hat ſich vereinigt, um Maxens Regierung groß und merkwürdig zu machen. Uns intereſſirt hier vornehmlich das, daß unter ihm auf dem Reichstag zu Worms im Jahr 1495 der ſo oft beſprochne ewige Landfriede endlich zu Stande kam und das Reichskammergericht begründet wurde, das künftig die Friedens-

brecher richten ſollte. Sowohl die veränderte Art Krieg zu führen, durch gemiethete Soldaten, nach der Erfindung des Schießpulvers, als auch die allgemeine Aufnahme, die das römiſche Recht, ſeiner politiſchen, die Macht der Groſſen ſo ſehr begünſtigenden Tendenz wegen, bei dem vornehmſten Theil der Nazion gefunden hatte, bewirkten endlich die Abſchaffung des Fauſtrechts und aller der Mißbräuche, über die man vorher ſo hartnäckig gehalten hatte, und die man, ohne jene groſſen Ereigniſſe auch jezt noch nicht gutwillig würde haben fahren laſſen. Denn wie wenig das Reich noch zur Einheit gediehen war, beweiſt mehr als zu ſehr der Widerſtand, den auch der thätige, feurige, raſche Maximilian fand, ſo oft er die Fürſten zur Theilnahme an ſeinen groſſen politiſchen Planen bewegen wollte. — Bis zum Ende der Regierung Friedrichs III. war das Fauſtrecht in Deutſchland mehr als jemals im Schwange geweſen. Gleichzeitige Schriftſteller ſchildern Deutſchland als den Sitz des Raubes und des Mordes. „Potentissima Germania est, et potentissima et nobilissima — ſagt Campanus (bei Freher. scriptor. Germ. tom. II. p 294.) — sed ea tota nunc unum latrocinium est, et ille inter nobiles gloriosior, qui rapacior.“ — Nicht ſo grell ſind die Schilderungen einiger andern Schriftſteller, z. B. des Aeneas Sylvius (de M. G.) „Et quamvis adhuc veterum nonnulla rapinarum vestigia maneant, nam hoc unum est, ex prisca barbarie vitium inter vos relictum, non tamen ea praedarum libertas est, quae olim fuit, nec civitates vestrae praedonibus, quando in potestatem earum veniunt, veniam praebent;“ — und des Voggius (bei Peter von Andlo de Imp. Rom.) „Germani atque Alemanni, quibus census patrimonii ad victum suppetit, et hos qui procul urbibus, aut qui castellis et oppidulis dominantur, quorum magna pars latro-

cinio deditur, nobiles censent. Quibus humanius natura ingenium dedit, haerent principibus, quorum in aula assuescunt cultiori vitae, rudes tamen et moribus asperi." — So wenig indeß dieſe ewigen Fehden ſich mit der innern Ruhe und Wohlfahrt des Reichs vertrugen, ſo wenig waren ſie doch geradezu rechtswidrig, ſondern vielmehr durch die Geſetze gebilligt! —

Wenn man die innere Verfaſſung Deutſchlands, die vielen auswärtigen Kriege und, was wichtiger iſt, als alles das, den Charakter und den gleich rohen und ungebildeten Geiſt der ganzen Nazion erwägt, die nur durch groſſe auſſerordentliche Ereigniſſe, wie ſie im funfzehnten und ſechzehnten Jahrhundert zuſammentrafen, umgewandelt und gebildet werden konnte: ſo wird man auch ohne hiſtoriſche Kenntniß der Gerichte, der Geſetze und des gerichtlichen Verfahrens jener Zeiten ſich im Voraus ein treues Bild von ihnen entwerfen können. — Nicht mit einem Schlage indeß giengen die groſſen Veränderungen hervor, die wir im ſechzehnten Jahrhundert in der Organiſazion der Gerichte und des gerichtlichen Verfahrens wahrnehmen, wenn wir ſie z. B. mit dem Zuſtande derſelben unter Konrad I. vergleichen: ſondern nur in allmähligen Bildungen erzeugten ſich die Formen derſelben, die wir noch jezt nach Jahrhunderten hin und wieder und theilweiſe unverändert wahrnehmen. Den gröſten und wichtigſten Antheil an dieſen unmerklichen Umgeſtaltungen hatten die Veränderungen, die in der Verfaſſung Deutſchlands ſelbſt vorgiengen. —

Mit der immer höher ſteigenden Herrſchaft des Papſtes und des geſammten Klerus und, was unzertrennlich davon iſt, der weitern Ausbreitung des kanoniſchen Rechts, mit dem wachſenden Anſehen des römiſchen Rechts, mit der allmähligen Ausbildung der Landeshoheit, welche die Fürſten über ihre Länder zu erhal-

ten wußten, wandelten ſich auch allmählig die Gerichte um, und die Veränderung, die mit dieſen vorgieng, machte wiederum neue Geſetzgebungen nothwendig. — Vornemlich aber von der Einführung der fremden Rechte beginnt eine neue Epoche auch in der Geſchichte des peinlichen Rechts. Wer vertraut iſt mit dem Geiſt der Römiſchen Geſetzgebung, wer es weiß, wie ſie ganz auf die Bildung eines Staats berechnet iſt, indem ſie das Familienprivatrecht aufhebt oder in bürgerliches Recht durch Feſtſetzung gewiſſer Formen umwandelt, durch deren Beobachtung allein ihm Gültigkeit zugeſichert wird; und wer dagegen die Bildungen erwägt, die das tiefe Rechtsgefühl des freien Deutſchen erzeugte, der alle Formen verſchmähte: den wird der Kampf der fremden und einheimiſchen Rechte, der Jahrhunderte lang fortgedauert, nicht befremden. So feindſelig ſind die Grundelemente beider, daß eine vollkommne Vereinigung und Durchdringung derſelben niemals hervorgegangen iſt. — Wer unpartheiiſch Alles abwägen will, wird einſtimmen müſſen in die gerechten Klagen der deutſchen Männer, daß das römiſche Recht des Guten wenig bewirkt, des Unheils viel über Deutſchland gebracht habe. Gehemmt und verkrüppelt wurden dadurch die Geſtaltungen, die das Gefühl für Freiheit und Recht erzeugt haben würde; denn nicht immer konnte Anarchie das Produkt deſſelben ſeyn. Die groſſen Ereigniſſe, die im 15ten und 16ten Jahrhundert ſo gewaltige Revolutionen hervorführten, erſtreckten ihren Einfluß auch auf Deutſchland. Ein Staat mußte ſich geſtalten, Europa zu einem groſſen Staatenverein ſich bilden. — In einer angemeſſenen Geſetzgebung würde ſich das glühende Rechtsgefühl des Deutſchen objektiviſirt und mit der höher ſteigenden Ausbildung des Staats ſich ſelber fortgebildet haben. So aber haben wir uns unter fremde verhaßte Formen geſchmiegt. Roms Geſetzgebung war nur auf den römiſchen Staat berech-

net: mit ihm ſelbſt mußten auch dieſe Formen zerfallen. Aber man hat ſie unter dem Schutt und den Trümmern deſſelben wieder hervorgezogen, und aus einſeitigem Intereſſe den höher ſtrebenden deutſchen Geiſt hineingepreßt und gezwängt. — Früher oder ſpäter müſſen dieſe Formen, das Produkt einer beſchränkten und einſeitigen Bildung untergehen; denn unaufhaltſam ſtrebt die Menſchheit fort zu höherer Kultur, alle Schranken durchbrechend, die ſie auf ihrer Bahn vorfinden möchte. Und dann muß eine Geſetzgebung geſchaffen werden, wo die freie Perſönlichkeit des Individuums und die Vereinigung aller Individuen zu einem Ganzen ſich wechſelſeitig ſichern, und die verſchiednen Geſichtspunkte, welche der urſprünglich deutſchen und der römiſchen Geſetzgebung zum Grunde liegen, ſich innig durchdrungen haben. —

Indem wir jezt zu einer gedrängten Skizze des Gerichtsweſens, der peinlichen Geſetzgebung und des Verfahrens in peinlichen Sachen in der von uns aufgeſtellten dritten Periode von Konrad I. bis auf die Errichtung der peinlichen Gerichtsordnung unter Karl V. übergehen, wenden wir uns zuvörderſt zur Schilderung der Gerichte in dieſem Zeitraum, aus deren Umwandlung auch viele und mannichfache Veränderungen der Geſetzgebung ſelbſt hervorgiengen.

Mehrere Jahrhunderte, nachdem das Geſchlecht der Carolinger auch in Deutſchland erloſchen war, blieb der Zuſtand der Gerichte noch ganz ſo, wie er in der Geſchichte der frühern Periode beſchrieben worden iſt. Erſt als ſich ſpäter die Landeshoheit der Herzoge und Grafen ausbildete und dieſe aufhörten, bloß königliche Beamte zu ſeyn, mußten ſich bedeutende Veränderungen in der Verfaſſung der Gerichte ereignen, von denen man in den frühern Zeiten keine Spur antrift.

Unter der Regierung der ſächſiſchen Könige wurde der Kaiſer noch immer als die einzige Quelle aller Würden und Ehrenſtellen im geſammten Reiche betrachtet x). Um ſich davon zu überzeugen, braucht man nur die Formeln, worin zur Zeit der fränkiſchen Könige die richterliche Würde den Herzogen und Grafen übertragen wurde, und die uns Markulph aufbehalten hat y), mit denjenigen zu vergleichen, die ſich bei den deutſchen Annaliſten aus den Zeiten der ſächſiſchen Herrſcher finden z).

Darum richtete der Kaiſer mit den Groſſen ſeines Reichs auch noch ſelbſt, ganz wie in der frühern Periode, auf den groſſen Reichstagen über alle Sachen der Herzogen und Grafen; ſo wie auch die Sachen der Kaiſer und ihrer Angehörigen ſelbſt auf dieſen entſchieden wurden.

---

x) Vergl. im Allgemeinen Hermann Conring de Jud. vet. reipubl. German.

y) „Nec facile cuilibet judiciariam conuenit committere dignitatem, nisi prius fides et strenuitas videntur probatae,“ heißt es in einem Formular bei Markulph aus der frühern Periode, wo auch der actio Comitatus, Ducatus u. ſ. w. erwähnt wird.

z) Siehe z. B. Pfeffinger Vitriar. Illustr. Tom. I. pag. 1145, wo es in einem von Otto I. im Jahr 961 ertheilten Privilegium heißt: „Praecipientes ergo jubemus, ut nullus judex publicus vel quislibet ex judiciaria potestate in ecclesias aut loca vel agros — — — ingredi audeat.“ — Ueberall iſt nur von einer potestas aut dignitas judiciaria die Rede. Daß aber unter Judex, dem Sprachgebrauch der frühern Periode gemäß, auch jezt noch die Duces und Comites verſtanden wurden, bezeugen mehrere Stellen der Annaliſten und der Urkunden aus jenen Zeiten. Vergl. Ditmar. Merseburg. p. 375 und Schannat histor. episcop. Wormat. Lib. 1. p. 43. —

Unzählig ſind die Beiſpiele, welche die Annaliſten des Mittelalters davon aufbehalten haben. So erzählt Lambertus Schaffnaburgenſis a) von der Zuſammenkunft der Groſſen des Reichs, auf welcher Kaiſer Heinrich IV. ſeiner Regierung entſezt wurde, wenn er ſich ferner rechtswidriger Eingriffe in die Rechte der Groſſen und der Verletzung der wohlhergebrachten Gewohnheiten ſchuldig machen würde. Mehrere ſolche Reichstage wurden während der Regierung Heinrichs IV. von den Fürſten, Grafen und Herren gehalten, und auf denſelben Gericht über den unglücklichen Kaiſer gehalten b). Eben ſo bekannt ſind die Gerichte, die von dem Kaiſer ſelbſt auf den Reichsverſammlungen über die Groſſen in Beiſeyn ebenbürtiger Beiſitzer gehalten wurden, wenigſtens in den wichtigern Sachen derſelben, z. B. wegen Hochverrath und anderer Verbrechen, die den Verluſt ihrer Aemter und Würden nach ſich zogen. Alle Geſchichtſchreiber des Mittelalters enthalten Beiſpiele davon in Menge c). Vorzüglich berühmt iſt der Prozeß, der wider Heinrich den Löwen eröffnet wurde, und der ſich mit der Achtserklärung wider dieſen groſſen Mann endigte d). Friedrich II. behielt ſich in einer Urkunde e) das Recht

a) Chron. ad a. 1066. —

b) Vergl. Lambert. Schaffnab. ad a. 1072. — Bruno histor. belli Saxon. pag. 181. seqq. — Albert Stadens. Chron. ad a. 1235.

c) S. unter andern Luitprand Chron. Lib. 1. c. 3. — Otto Frisingens. Chron. Lib. VI. c. 15. — Wittichind Annal. Lib. 1. pag. 635. — Continuat. Regi- non. ad a. 967. — Wippo vit. Conrad. p. 436. Aventin. Annal. Bojor. Lib. VII. c. 12. §. 6.

d) S. Arnold Lubec. Chron. Slav. Lib. II. c. 24. —

e) Bei Goldast Reichsſatzungen, Band II. p. 6. Vergl. auch Lehmann Chron. Spirens. Lib. 5. c. 108. wo ſich eben dieſe Konſtitution von Rudolph I. wiederholt findet.

vor, „über Fürſten und andre hohe Leute, wo es gehet an ihrem Leibe, oder an ihr Recht, oder an ihr Erbe, oder an ihre Ehre" ſelber zu richten; während die Jurisdiktion über Andre ſeinem Hofrichter darin übertragen wird. — Freilich fehlt es auch nicht an Beiſpielen aus jenen Zeiten, wo das Fauſtrecht allein allgemein geltend war, daß die Mächtigern lieber in offner Fehde oder durch einen Zweikampf ihre Streitigkeiten ſchlichteten, als daß ſie ſich dem Ausſpruch des Kaiſers und der verſammelten Stände unterwerfen wollten, oder daß die Päpſte ſich die Entſcheidung anmaßten, oder daß die ſtreitenden Theile auf Schiedsrichter provocirten, wodurch ſich allmählig die ſogenannten Auſtregalgerichte bildeten f).

Anfänglich wurde die oberſte Gerichtsbarkeit der Kaiſer dadurch ſehr befördert und aufrecht erhalten, daß dieſe ſelbſt in den Provinzen des Reichs umherreisten und überall Recht ſprachen; was aber mit den Kaiſern aus dem ſächſiſchen Hauſe aufhörte, wodurch die Ausbildung der Landeshoheit der Stände nicht wenig befördert wurde.

Herzoge und Grafen ſtanden indeß auch ferner noch unter ſtrenger Aufſicht. An die Stelle der ehmaligen Missi regii traten unter den Herrſchern aus dem ſächſiſchen Hauſe die Comites Palatini Provinciales, welchen dieſelben Geſchäfte oblagen, wie jenen. Sie mußten die Güter des Königs in den Provinzen verwalten, Kammergefälle erheben, dem Herzog oder Grafen in allen wichtigen Angelegenheiten ihre Zuſtimmung ertheilen, in deſſen Abweſenheit Recht ſprechen, und ſo wie überhaupt in allen denjenigen Fällen richten, die der ausſchließlichen Gerichtsbarkeit des Königs vorbehalten waren, in

---

f) Vergl. Conring. a. a. O. §. 50. seqq.

welchen ſie als delegirte Richter betrachtet wurden. In Sachſen, Schwaben und am Rhein findet man ſolche Comites Palatii, deren Aemter aber bald, als die Herzoge und Grafen die Territorialhoheit zu erhalten wußten, verſchwanden. Nur die Pfalzgrafſchaft am Rhein hat ſich länger, als die übrigen, erhalten, jedoch auch verbunden mit der Landeshoheit.

Was ſchon Karl der Groſſe verordnet hatte: „De majoribus causis nostra aut successorum nostrorum exspectetur sententia“ (Capitul. Lib. V. c. 308), ward auch jezt noch beobachtet. Noch immer nehmlich ward der Blutbann als ein Vorrecht des Königs betrachtet, der nur durch Inveſtitur auch an die Fürſten kam g).

---

g) Siehe das Jus Feudale Allemann. c. 42: „Wer über Menſchen Blut richtet und von dem Kunige den Bann nit empfangen hat, dem ſol der Kunig die Zunge heißen ußſniden, oder er ſoll ſie löſen nach des Kunigs Gnade — Alle Gerichte, die über Blutrünſten und über Tottſchlege gont, die ſoll man alle von einem Römiſchen Kunig empfohen.“ — Vergl. den Schwabenſpiegel c. 74. §. 2. und Sachſenſpiegel I. 59., wo es heißt: „Bei des Königs Banne kann Niemand Gericht halten, er habe denn den Bann von dem Könige empfangen — Wer bei des Königs Bann Gericht hält, der den Bann nicht empfangen hat, der ſoll ſeine Zunge wetten.“ — Gewöhnlich behielten ſich indeß die Könige oder ſpäter die Fürſten und Herren bei der Belehnung mit der peinlichen Gerichtsbarkeit die Unterſuchung und Beſtrafung gewiſſer Verbrechen vor. Oft waren dieſe vorbehaltnen Verbrechen Mord, Nothzucht, Mordbrand und Raub, die man gewöhnlich unter dem Namen der vier hohen Wände oder vier hohen Wrogen begreift. — Keineswegs aber läßt ſich daraus eine allgemeine Regel bilden, indem in ſehr vielen Urkunden des Mittelalters bald weniger, bald aber und gewöhnlich noch mehrere Verbrechen von der Ge-

Es bedarf übrigens keiner Erinnerung, daß auch die Gerichte des Königs ſelbſt mit ebenbürtigen Genoſſen des Beklagten als Schöppen beſezt ſeyn mußten, welche das Urtheil ſprachen. Dieſe uralte deutſche Sitte beſtättigen auch die Dokumente des Mittelalters. In einer Urkunde vom Jahr 947 h) erklärt Otto I. „resedisse se in palatio Francofurt justitiae causa, judicatumque fuisse a circumsedentibus juridicis.“ — Eben ſo deutlich ſagt Friedrich I. in einem Dokument vom Jahr 1160 i): se judicasse ex sententia procerum

---

richtsbarkeit des ordentlichen Richters ausgenommen werden, wie dieß aus der Fülle ſeiner Gelehrſamkeit und Beleſenheit der treffliche Dreyer (Nebenſtunden S. 69. u. ff.) durch eine Reihe von Beiſpielen hinlänglich bewieſen hat.

Daß übrigens ſchon unter Rudolph I. die Fürſten den Blutbann ſelbſt ausübten, beweist eine Entſcheidung deſſelben bei Cenni tom. II. p. 466. wo es heißt: Ex concessione tuorum regalium — plenam et liberam potestatem in tuis districtibus et territoriis judicandi more majorum nostrorum Principum in causis civilibus et criminalibus accepisti. Cum enim te esse ex principibus sublimibus Romani Imperii cognoscamus, dubitari a nemine volumus, quia merum Imperium tuo principatui sit annexum, per quod habes jus advertendi in facinorosos homines et gladii potestatem. — Caeterum quum juxta legitimas sanctiones delictum omnem emunitatem auferat et privilegium omne tollat, quatenus omni privilegio nobilitate seu dignitate cessantibus justo judicio judices et judicari facias pro qualitate criminum criminosos, tam in facultatibus, quam in personis.

h) Bei Hontheim Histor. Trevir. T. 1. n. 161 — Vergl. übrigens Dreyer vermiſchte Abhandlungen Th. III. S. 1173 — 1183.

i) Bei Ludwig Scriptor. Rer. Bamberg. Tom. I. p. 1226.

sacri palatii, qui aderant,“ ganz nach dem Vorbild der Gerichtsverfaſſung unter den Carolingern. —

Aus der ſchon oben angezogenen Urkunde von Friedrich II. ergiebt ſich auch, daß auch in dieſer Periode an dem Hofe der Kaiſer ſich eigne Hofrichter (Judices curiae) aufhielten, die unter den Merowingern und Carolingern unter dem Namen Comites palatii vorkommen, welchen jezt aber die kaiſerlichen Pfalzgrafen (in der vorigen Periode Missi dominici, regii) führen, — und die alle Sachen der Groſſen von minderer Bedeutung entſchieden und auch Appellationen annahmen. In jener Urkunde heißt es: Er ſoll allen Leuten richten, die ihm klagen von allen Leuten, ohne von Fürſten und andern hohen Leuten, wo es geht an ihren Leib und an ihre Ehre, an ihr Recht, an ihr Erb, an ihr Lehen.“ — Beiſpiele von der Ausübung ſeines Richteramts finden ſich gleichfalls häufig in den Urkunden des Mittelalters k).

So lange ſich die Eintheilung Deutſchlands in Gauen erhielt und die Würde der Herzoge und Grafen nur als eine dignitas und potestas judiciaria betrachtet wurde, dauerte auch die Jurisdiktion derſelben in eben der Geſtalt fort, wie in der vorigen Periode. Wenn daher der König in den Provinzen erſchien, hörte alle Gerichtsbarkeit der Grafen auf, und der König richtete ſelbſt. Darum heißt es im Sachſenſpiegel l): „Wenn der Graf zu des Gaugrafens Gerichte kommt, ſo ſoll daſſelbe dadurch aufgehoben ſeyn. Ein Gleiches geſchieht des Grafens Gerichte, wenn der König in ſeine Grafſchaft kommt, wo ſie beide gegenwärtig ſind. Und alſo

k) Siehe Heineccii Antiquitt. Goslar. Lib. III. ad a. 1289. und Lib. IV. ad a. 1418. — Vergleiche überhaupt Blum de Judicio Curiae Imperial. German. 1245.

l) Lib. 1. art. 58.

iſt es mit eines jeden Richters Gerichte, wo der König gegenwärtig iſt, die Klage gienge denn auf den König ſelbſt." — Auch ſpäter, als ſich ſchon die Landeshoheit der Stände ausgebildet hatte, gab es in den Provinzen noch kaiſerliche Landgerichte, die als Fortſetzung der Aemter der Pfalzgrafen betrachtet werden können, in ſpätern Jahrhunderten vorzüglich unter dem Namen kaiſerlicher Vögte (Advocati, Judices, Capitanei, Procuratores, Vicarii vorkommen, oder ſchlechtweg den Namen kaiſerlicher Landgerichte führen, und die bis in die neueſten Zeiten beſtändigen Anlaß zu Klagen der davon befreiten Stände über die weite Ausdehnung der ausgenommenen Fälle und über Evokationen ihrer Unterthanen vor dieſelben gegeben haben. Dieſe gröſſeren und kleineren kaiſerlichen Landgerichte hatten übrigens damals noch keinen feſten Sitz, und übten überall mit den landesherrlichen Gerichten eine kommunicirende Gerichtsbarkeit aus, oft mit Verletzung und Verachtung der vom Kaiſer ſelbſt den Ständen ertheilten Exemtionen und Privilegien m). Auch in den Städten übten die Kaiſer vollkommne Gerichtsbarkeit durch ihre Burggrafen, Vögte und Schultheiſſen aus n).

Aber von der unglücklichen Regierung Heinrichs IV. an ſank die Macht und das Anſehen der Kaiſer im Reiche immer mehr und mehr. Auſſer dem Kampf mit der Hierarchie des Papſtthums, deren Feſſeln immer drückender und unerträglicher wurden, und den Kriegen mit den Feinden des Reichs, welche die Kaiſer unaufhörlich beſchäftigten, vereinigten ſich auch im Innern mehrere

---

m) Vergl. Senkenberg Abhandlung von der kaiſerl. höchſten Gerichtsbarkeit in Deutſchland 1260.

n) S. Heiders hiſtor. Bericht von den alten Reichsvogteyen, Ulm 1732.

Urſachen, welche den Verfall des kaiſerlichen Anſehens und den Untergang der kaiſerlichen Gerichte beſchleunigen mußten. Schon oben gedachten wir der lezten Anſtrengungen, welche Friedrich II. zur Aufrechthaltung und Wiederherſtellung derſelben in der Anordnung eines eignen Hofgerichts machte (im Jahr 1235), das überall den Kaiſer begleiten, und, mit Ausnahme der Sachen die der Kaiſer der eignen Entſcheidung vorbehielt, über Unmittelbare und Mittelbare in allen nicht eximirten Sachen die Jurisdiktion ausüben ſollte. Allein die folgenden Kaiſer zerſtörten ſelbſt das Anſehen ſowohl dieſes Hofgerichts, als der kaiſerlichen Landgerichte durch die reichliche Menge von Exemtionen und Privilegien de non evocando, wodurch die Mittelbaren von der Jurisdiktion beider wenigſtens in der erſten Inſtanz befreit wurden o). Auch ohne dieſe Liberalität indeß würden dieſe zerbrechlichen Formen bald verſchwunden ſeyn. In jenen Zeiten herrſchte nur das Fauſtrecht, und die Verbündungen unter den Ständen oder unter den Städten, die ſich zur Begrenzung deſſelben und zur Aufrechthaltung des Landfriedens gebildet hatten, errichteten auch eigne Gerichte, die ſogenannten Friedgerichte, deren wir weiter unten gedenken werden p); oder die Streitigkeiten, der Mächtigen wenigſtens, wurden durch die von ihnen ſelbſt erwählten Austräge entſchieden. Auch die ſtädtiſche Gerichtsbarkeit der Kaiſer litt allmählig manchen Abbruch und manche Schmälerung, theils durch die häufigen Verpfändungen und Veräuſſerungen der Gerichtsbarkeit an die Städte durch die Kaiſer ſelbſt, theils

---

o) Eine lange Reihe ſolcher Exemtionen und Privilegien findet man bei Pfeffinger Vitriar. illustr. Tom. III. p. 1160. seqq.

p) S. Datt. de pace publ. Lib. 1. c. 27. II. 8. 14. 18. 21. 23. 25.

durch die Unterwerfung der Städte unter ſtändiſche Hoheit. — Da ſich indeß die Territorialhoheit nur langſam ausbildete, ſo erloſch auch das Anſehen der kaiſerlichen Gerichte nur allmählig. Schon oben iſt es erwähnt worden, daß die kaiſerlichen Landgerichte mit den Gerichten der Stände eine konkurrirende Gerichtsbarkeit ausübten, und daß der Blutbann noch immer als ein Vorrecht des Kaiſers betrachtet wurde, und nur durch beſondre Verleihung erworben werden konnte q); ſo wie überhaupt der Kaiſer als eine Quelle aller Gerichtsbarkeit fortdauernd betrachtet wurde r). — Nach einer Verordnung Friedrichs II. s), worin zwar die vollkommne

---

q) Vergl. noch Klüber von Gerichtslehen S. 39 u. ff.

r) Im Sachſenſpiegel III. 52. heißt es: „— — Den König wählt man zum Richter über Eigen und über Lehen und über eines jeglichen Mannes Leib. Der Kaiſer kann aber nicht in allen Landen ſeyn und zu aller Zeit alle Verbrechen richten, darum verleihet er den Fürſten Grafſchaften, und den Grafen Schultheißthümer.“ —

s) Constitt. Frieder. II. de a. 1220. §. 9. (Vollständige Samml. d. R. A. P. I. p. 15). „Item inhibemus ad imitationem avi nostri felicis memoriae Imperatoris Friderici, ne quis officialium nostrorum in civitatibus earundem Principum jurisdictionem aliquam, sive in teloneis, sive in monetis, sive in aliis officiis quibuscumque sibi vindicet, nisi per octo dies ante curiam nostram ibidem publice indictam et per octo dies post eam finitam, nec etiam per eos, fidem dies in aliquo excedere praesumant jurisdictionem principis et consuetudines civitatis. Quotiescunque autem ad aliquam civitatem eorum tantum accesserimus sine nomine publicae curiae, nihil in ea juris habeant, sed Princeps et Dominus ejus plena in ea gaudeat potestate.“ —

Eben ſo heißt es im Sachſenſpiegel III. 60. „— — An welchen Ort des Reichs binnen dem Reiche der König

Jurisdiktion der Stände anerkannt wird, ſollen ſogar die ſtändiſchen Gerichte, ſelbſt in den Ländern der ſo ſehr begünſtigten geiſtlichen Fürſten, ſuspendirt ſeyn, ſo lange ſich das kaiſerliche Hofgericht in ihren Landen aufhalte t). —

In dem Zeitraum von Heinrich IV. bis auf Karl IV. geſtaltete ſich allmählig die Landeshoheit der Herzoge und Grafen, und dadurch ward gleichzeitig der Zuſtand der Gerichte verändert. Die Groſſen, welche ſich nun nicht mehr

kommt, da iſt ihm Münze und Zoll ledig, und in welches Land er kommt, da iſt ihm das Gericht ledig, ſo daß er alle Klagen, die vor Gericht nicht angeſtellt oder geendigt ſind, richten mag. Sobald auch der König in ein Land kommt, ſo ſollen ihm alle Gefangene auf Recht los ſeyn, und man ſoll ſie, ſobald man nur nach ihnen ſchicken kann, vor ihn bringen, und mit Recht überführen, oder mit Recht loslaſſen." — Vergl. auch Schwabenſpiegel (Ausg. von Senkenberg) c. 35. —

t) Man muß ſich indeß wohl hüten, aus den Konſtitutionen der Kaiſer jener Zeiten auf den Zuſtand der Dinge in Deutſchland einen Schluß machen zu wollen. — An heilſamen Verordnungen hat es nie im deutſchen Reich gemangelt, wohl aber an einer vollſtreckenden Gewalt. — Unter allen Kaiſern ſuchte Friedrich II. vornehmlich das geſunkne Anſehen der Kaiſer wieder herzuſtellen und unter hochtönenden Worten ſeine Ohnmacht zu verſtecken; aber alle ſeine Verordnungen wurden verſpottet. In der oben angeführten Konſtitution gebietet er, daß keine feſte Burgen und Schlöſſer unter irgend einem Vorwand angelegt werden ſollen, und daß die errichteten ſollten niedergeriſſen werden. Aber deſſen ungeachtet trozte und ſpottete auf jeder Höhe eine Burg der Ohnmacht der Kaiſer. —

mehr als blos delegirte Richter des Kaiſers betrachteten, zogen ſich von der perſönlichen Hegung der Gerichte zurück und übertrugen jezt Richtern, die ſie ſelbſt erwählten, die Gerichtsbarkeit, gewöhnlich indeß mit Ausnahme der Sachen, deren Entſcheidung ſich früher der Kaiſer vorbehalten hatte, und die ſie jezt ſich ſelber aneigneten.

Ueberhaupt wählten ſich die Herzoge und Grafen bei der Bildung eigner Gerichte in ihren Territorien die kaiſerliche Gerichtsverfaſſung einzig zum Muſter und Vorbild u). Die Gerichtsbarkeit auf dem Lande ward jezt in ihrem Namen durch die von ihnen belehnten Richter (Comites, Judices, Provinciales, Landrichter) verwaltet. Die Gerichtsbezirke (Comitiae) derſelben waren wieder in mehrere kleinere Diſtrikte oder Centen eingetheilt, welchen eigne Unterrichter vorſtanden. In den Städten, welche nicht mit unter den Centen begriffen waren, finden ſich eigne landesherrliche Richter (Sculteti, Advocati, zuweilen auch Villici). Endlich gehören unter die ſtändiſchen Gerichte auch noch die Friedensgerichte, und manche andre Partikulargerichte, wovon indeß nur die erſten für unſern Zweck einer Erwähnung bedürfen. —

Vor allen aber verdienen die landesherrlichen gröſſeren Landgerichte einer ausführlicheren Beſchreibung v). Man kann zwei Arten derſelben unterſcheiden, die höheren

---

u) Vergl. Bocris Diss. de indole ac natura judic. Germ. §. 5. —

v) Vergl. im Allgemeinen Kopp's ſchon öfter angeführtes trefliches Werk: von der Verfaſſung der geiſtlichen und Civilgerichte u. ſ. w. drittes Stück. — Grupen de judiciis provincial. in deſſen Disceptat. for. p. 653. und Malblanc Diss. „de Judiciis, quae Rugeyer. vocantur“ §. 1. in deſſen Opusc. Jur. crim. p. 36. seqq. —

Landgerichte, worin die Landesherrn ſelbſt noch zu Gericht ſaſſen (Placita generalia, Judicia Provincialia w), zu denen, da ſie zugleich als Landtage betrachtet wurden, ſich alle Freigeborne vom Lande ſowohl, als aus den Städten einfinden mußten (Urbani et Villani) und auf denen nicht nur die durch Appellationen dahin gelangten Sachen, ſondern auch in erſter Inſtanz die Streitigkeiten der Groſſen (nach dem Vorbilde der kaiſerlichen Reichstage), ſo wie auch die Sachen, worüber ſich die Landesherrn das Richteramt allein vorbehalten hatten, (vornemlich gehört dahin die hohe Peinlichkeit x), entſchieden wurden. — Die andre und gewöhnlichere Art ſind die kleineren Landgerichte, die durch die von den Ständen belehnten Landrichter (Judices terrae, ſpäterhin auch Advocati, Vögte, Officiati, Landvögte) verwaltet wurden. Dieſem Landrichter ſtand, nach der eigenthümlichen Verfaſſung aller deutſchen Gerichte, ein Vicarius zur Seite, der gewöhnlich unter dem Namen Scultetus, Vice-Comes, Post-Comes vorkommt, die Stelle des Landrichters in deſſen Abweſenheit vertrat, auſſerdem in allen kleinern Sachen Richter war, und von dem Landrichter ſelbſt beſtellt wurde. — Auch ein Frohnbote (Bodellus, Nuncius, Praeco) war zur Hegung dieſer Gerichte nothwendig, und nicht minder nothwendig die Gegenwart ebenbürtiger Schöppen, denen die Findung des Urtheils oblag. —

Unmöglich, wenigſtens ſehr ſchwer ſcheint es zu ſeyn, von dieſen kleinern Landgerichten noch die ſogenannten Centgerichte unterſcheiden zu wollen y); indem

w) Vergl. vorzügl. Grupen's angeführte Disceptat. p. 664. u. fg.

x) Was darunter zu verſtehen ſey, erwähnten wir ſchon oben (Note g).

y) Auch heißt es im Schwabenſpiegel c. 108: — „Die erſte Hand des Gerichts, das iſt der König, die andre Hand

die Gerichtsbezirke derſelben in den Urkunden des Mittelalters mit denen der kleinern Landgerichten einerlei Namen, Comitiae, Comitatus, Comiturae, führen, ſo wie die Centenarii ſelbſt auch Comites, Advocati, Vögte, Landvögte heiſſen, ebenfalls ihre Vikarien, Frohnboten und Schöppen hatten, und oft ſelbſt den Blutbann ausübten, ſo daß man in neuern Zeiten unter Centgerichten zuweilen ausſchließlich die peinliche Jurisdiktion verſteht. —

Beide, die kleineren Landgerichte und die Centen, deren Gerichtstage überhaupt unter mehreren Namen, vorzüglich Vogtding, Botding, Buding, Ungebotending, Echtding, Dreyding, Landding u. ſ. w. vorkommen, hatten zu beſtimmten Zeiten, gewöhnlich dreimahl in Jahr, ihre ordentlichen Zuſammenkünfte (daher ungebotten Ding, Dreyding z), auf denen ſich alle Unterthanen im Bezirk der Comitia, ohne daß ein jeder beſonders vorgeladen wäre, einfinden mußten. — Unzählige Beiſpiele finden ſich übrigens in den Dokumenten des Mittelalters, daß die Jurisdiktion der Landrichter oder Centgrafen keinesweges ſo beſchränkt war, als die der ehmaligen Centenarien unter den Carolingern, denen die Ent-

---

des Gerichts, das iſt der, dem der König leihet, die dritte Hand iſt, die es einem andern leihet; die dritte Hand mag nicht mehr fürbaß Gericht leihen, daß es den Leuten an ihr Leib oder an ihr Blutvergieſſen gieng." —

z) Daß deshalb das Botding dem ungebotten Ding nicht entgegengeſezt werden könne, da auch dem ungebotten Ding wenigſtens eine allgemeine Ankündigung durch den Frohnboten vorhergieng (daher Botding), hat ſchon Grupen a. a. O. bemerkt.

ſcheidung in allen wichtigern Sachen nicht zuſtand a). Sie hatten vielmehr in der Regel eine vollkommne Civil- und Kriminaljurisdiktion. So wie ſich die Territorialhoheit der Stände immer mehr ausbildete, bekleideten dieſe auch ihre Vögte mit einer gröſſeren Gewalt. Im Schwabenſpiegel b) heißt es: „Ein Vogt ſoll richten alle Frevel und Wunden und Schwertzucken, und um Todtſchlag und um Heimſuchen und was Unzucht iſt oder heiſſet.“ — Ausnahmen bilden nur auf der einen Seite die hohen Wrogen, welche die Landesherren gewöhnlich der eignen Entſcheidung vorbehielten, und auf der andern Seite die Beſtrafung der auf handhafter That ergriffnen Verbrecher, deren Beſtrafung, wenn ſie nur zu Haut und Haar gieng, einer untergeordneten Klaſſe von Richtern (Gawgrafen, Bauermeiſter) überlaſſen war c).

Wir wenden uns jezt zu den Stadtgerichten. — Auch in den Städten unterhielten die Groſſen, nachdem ſie die Territorialhoheit erhalten hatten, nach dem Vorbild der kaiſerlichen Gerichtsverfaſſung, eigne Beamten, welche in den Dokumenten des Mittelalters gewöhnlich unter dem Namen Sculteti, ſeltner Advocati, Villici vorkommen, und in Verbindung mit den Schöppen (Consules d),) die, wie bei allen Gerichten, ſo auch bei dieſen, die Urtheile zu ſprechen hatten, eine beinahe unum-

---

a) „In placito Centenarii — heißt es in den Kapitularien mehrmals — nemo ad mortem neque ad libertatem suam amittendam aut ad res reddendas vel mancipia condemnetur. Sed ista in praesentia comitis vel missorum nostrorum remittantur.“ —

b) c. 395.

c) Siehe den Sachſenſpiegel I. 2. 55. 56. II. 13. III. 64.

d) Vergl. Du Fresne Glossar. s. v. Consules.

ſchränkte Gerichtsbarkeit ausübten. Jedoch ſtand ihnen auch noch ein Unterſchultheiß zur Seite, der zuweilen den Namen Schultheiß überhaupt führt, während jene auch Vögte genannt werden e). Sie übten auch den Blutbann aus, und nur die ſogenannten hohen Wrogen waren auch hier gewöhnlich der Entſcheidung der Landesherren vorbehalten; ſo wie auch die peinliche Gerichtsbarkeit über die Burgmannen gewöhnlich ein Reſervat der Landesherren war. —

Auch der ſogenannten Oberhöfe f) muß hier noch gedacht werden, die oft Entſcheidungen auch in peinlichen Sachen fällten, die durch Berufung an ſie gelangt waren. Im dreyzehnten und vierzehnten Jahrhundert hatte ſich nemlich die Sitte gebildet, daß, wo bei den Partikulargerichten, ſelbſt bei den Cent- und Stadtgerichten, die Schöppen ſich über ein Urtheil nicht vereinigen konnten, ſie die Entſcheidung einem andern oft untergeordneten Gericht überließen, das deßhalb den Namen Oberhof führt, und ſo die Stelle der ehemaligen Sachibaronen vertrat. Dieſe Oberhöfe beſaſſen alſo keinesweges eine eigentliche Jurisdiktion, keine Exemtivgewalt, ſondern waren, den heutigen Scheffenſtühlen gleich, blos gewillkührte Gerichte. Indeß bildete ſich im Fortgang der Zeit eine Art von Gewohnheitsrecht dar-

---

e) Das ſächſiſche Weichbild (Art. 18.) beſtimmt das Verhältniß des Vogtes und Schultheiſſen gegen einander ſo, daß wo Jener wegen verzögerter Juſtiz oder wegen Beſtechungen vor ſeinem eignen Gericht verklagt wird, der Schultheiß über ihn richten ſolle. Deshalb könne auch der Vogt kein recht Ding haben, ohne ſeinen Schultheiſſen.

f) Vergl. vorzügl. Kopp's Heſſiſche Gerichtsverfaſſung §. 264. seqq. — und Blümner Scabini Judic. crim. Cap. 2. §. 15. — und Walch Glossar in etc. ad h. v.

aus, unter dem Namen Zugrecht, vermöge deſſen oft die Partheien erſt ihre Sache einem Oberhof vortragen mußten, ehe ſie die Beſchwerden über ein ergangnes Urtheil an ihren ordentlichen Oberrichter gelangen laſſen durften. Wie ſehr dieß zur Gewohnheit geworden ſey, ſieht man unter andern auch aus der peinlichen Gerichtsordnung Karl's V., wo die Schöppen ausdrücklich angewieſen werden, in zweifelhaften Fällen bei ihren Oberhöfen, bei denen ſie aus altem verjährten Gebrauch bisher Unterricht begehrt, ſich Raths zu erholen g).

Unter den Partikulargerichten dürfen die Friedensgerichte hier nicht übergangen werden. Wie unbeſchränkt und ungebändigt bis zur Errichtung des allgemeinen Landfriedens unter Maximilian I. das Fauſtrecht in Deutſchland gewüthet habe, haben wir ſchon früher Gelegenheit gefunden zu bemerken. Alle Vorkehrungen, die man bis dahin dagegen getroffen, jene ältern Verordnungen Karls des Groſſen, welcher das Tragen der Waffen gänzlich unterſagte, die Bemühungen der Geiſtlichkeit, wenigſtens für den Klerus, für Weiber, Kaufleute u. ſ. w. Frieden auszuwirken, die

---

g) Im lezten Artikel der P. G. O. heißt es: „Und nachdem vielfältig hievon in dieſer unſer und des heiligen Reichs Ordnung der peinlichen Gericht von Rath ſuchen gemeldet wird, ſo ſollen allwegen die Gericht, ſo in ihren peinlichen Proceſſen, Gerichtsübungen und Urtheilen, darin ihnen Zweifel zufiel, bei ihren Oberhöfen, da ſie aus altem verjährten Gebrauch bisher Unterricht begehrt, ihren Rath zu ſuchen ſchuldig ſeyn. Welche aber nicht Oberhöfe hätten, und auf eines peinlichen Anklägers Begehren die Gerichtsübung fürgenommen wäre, ſollen in obgemeldetem Fall bei ihrer Oberkeit — Rath ſuchen.“ —

geſetzmäſſigen Fehden auf gewiſſe Tage zu beſchränken und durch eigne geiſtliche Konſervatores Pacis, welche mit Kirchenſtrafen gegen die Uebertreter verfuhren, die Ordnung zu erhalten, waren unzureichend geworden. Selbſt den weltlichen kaiſerlichen und landesherrlichen Gerichten fehlte es an Kraft, mit Nachdruck gegen die Stöhrer der öffentlichen Ruhe zu verfahren und die Ruhe zu erhalten. Natürlich daher führte das allgemeine dringende Bedürfniß zur Errichtung enger Verbindungen und Einigungen, die durch ihre vereinten Kräfte mächtig genug wären, mit Gewalt die Gluth der innern Kriege zu dämpfen. Immer aber blieben die Privatfehden unter gewiſſen Bedingungen legal, wenn nemlich jemand ſeinen Gegner entweder zu einem gütlichen Austrag, oder vor Gericht gefodert und ihm, wenn er ſich deſſen weigert, in einem Fehdebrief abgeſagt hatte [h]).

Um nun die oft beſchwornen Pax oder Treuga Dei mit Nachdruck aufrecht zu erhalten, ordneten die erwähnten Verbindungen eigne Friedensgerichte (Iudicia Pacis) an, die beauftragt waren, innerhalb der Grenzen ihres Bezirks die Ruhe zu erhalten, die Streitigkeiten der einzelnen Bundesglieder zu ſchlichten, und gegen die Friedensbrecher mit Nachdruck und mit Gewalt der Waffen zu verfahren. Die Beiſitzer dieſes Gerichtes heiſſen gewöhnlich in den Urkunden des Mittelalters Cognitores, Executores Pacis, und ſtanden oft unter einem Obmann oder Landvogt, deſſen Gewalt in den Bündniſſen gewöhnlich vorher beſtimmt wurde. Zuweilen laſſen ſich dieſe Friedensgerichte von den gewöhnlichen Landgerichten nur mit Mühe unterſcheiden, indem theils auch dieſe die Pflicht hatten, über Erhaltung der öffent-

h) Vergl. überhaupt Datt de Pace Imperii Publica. — Lib. I. und II. —

lichen Ruhe zu wachen, theils aber bei den Vereinigungen der Stände keine beſondern Executores Pacis angeordnet, ſondern den Landrichtern auch dieſes Geſchäft übertragen wurde. Immer müſſen indeß die Friedensgerichte nur als Partikulargerichte betrachtet werden, da ſie ſich auf ein vorausgegangnes Bündniß der Fürſten und Stände gründeten, mit dieſen zugleich auch aufhörten, und ihre Gerichtsbarkeit nur über diejenigen Sachen erſtreckten, die mit der Aufrechthaltung des Landfriedens in näherer Beziehung ſtanden. So ſchwer hier auch die Grenzlinie zu ziehen iſt, ſo wurden doch z. B. Lehnsſachen und andre nicht vor dieſen Gerichten entſchieden, wohl aber Civil- und Kriminalſachen aller Art, ſobald ſie die Entſtehung einer Fehde befürchten lieſſen. Uebrigens beſtätigen mehrere Urkunden auch hier die alte deutſche Sitte, daß ebenbürtige Schöppen die Urtheile auch bei dieſen Gerichten finden mußten i). —

Nachdem wir ſo die vorzüglichſten kaiſerlichen ſowohl, als landesherrlichen Gerichte aufgezählt, denen eine Kriminaljurisdiktion zuſtand, und die Verfaſſung derſelben bis zur Einführung und allgemeinen Ausbreitung der fremden Rechte in Deutſchland angedeutet haben: bleibt es uns noch übrig, theils den ſich immer weiter verbreitenden Einfluß der geiſtlichen Gerichte in dieſer Periode zu ſchildern, theils der heimlichen Gerichte in Weſtphalen, in ſoweit ſie in einer Geſchichte des deutſchen peinlichen Rechts nicht übergangen werden dürfen, zu gedenken. — Um ſo mehr ſtellen wir beide hier zuſammen, je mehr beide die Territorialgewalt der Stände beeinträchtigten und begränzten, und zum Theil ſelbſt den Kaiſern furchtbar wurden.

---

i) S. z. B. Kopp a. a. O. §. 297.

Wenn wir der Mißbräuche der geiſtlichen Gerichte erwähnen, wodurch ſie am meiſten den Ständen ſich furchtbar machten, ſo iſt hier natürlich nicht von der weltlichen Gerichtsbarkeit der Biſchöfe die Rede, die, wie wir in der Geſchichte der vorigen Periode bemerkt haben, urſprünglich auf wenige Fälle beſchränkt war, hingegen nach dem Abgang der Carolinger, vornemlich unter Otto dem Groſſen und ſeinen Nachfolgern, ihnen in eben dem Umfang zu Theil ward, wie ſpäter den Laienfürſten. Die grenzenloſe Freigebigkeit der Sächſiſchen Kaiſer überſchüttete ſie nicht bloß mit einzelnen Höfen und Gütern (praedia, villae, curtes), ſondern mit Städten und ganzen Gauen und Grafſchaften k), in denen ſie bald, nachdem ſie ſich der läſtigen Vögte entledigt hatten, durch eigne Richter anfangs nur die Civiljurisdiktion, ſpäter aber, als Bonifaz VIII. ſie von allen beſchwerlichen Rückſichten auf frühere Verordnungen befreit hatte l), auch die peinliche Gerichtsbarkeit

---

k) Beiſpiele finden ſich in Menge bei Pfeffinger Vitriar. illustr. tom. 1. p. 1146. — bei Schannat Histor. Wormat. p. 38. bei Guden. Codex Diplomat. p. 351. u. A.

l) Früher durfte kein Geiſtlicher den Blutbann ausüben, ohne ſich einer Irregularität ſchuldig zu machen. In dem cap. ult. in 6to. (III. 24.) ne cleric. vel monach. secular. negot. se immisc. heißt es jezt aber: „Episcopus seu quicunque alius Praelatus jurisdictionem obtinens temporalem, si homicidio aut alio maleficio ab aliquibus in jurisdictione sua commisso, ballivo suo aut alio cuicunque injungat, ut super hoc veritatem inquirens, justitiae debitum exequatur, irregularis censeri non debet, quamvis ipse ballivus vel alius contra malefactores ad poenam sanguinis processerit, justitia mediante. — Nam licet clericis causas sanguinis agitare non liceat, eas tamen, cum jurisdictionem obtinent temporalem, debent et possunt, metu irregularitatis cessante, aliis delegare." —

ausübten. Eben ſo wenig war es die Ausübung der geiſtlichen Perſonalgerichtsbarkeit der Biſchöfe, die Karl der Groſſe ihnen ertheilt und auf die Geiſtlichen in ihren Sprengeln beſchränkt hatte, welche Veranlaſſung zu den Beſchwerden der Laienfürſten gab, ſondern vorzäglich die Mißbräuche der ſchon früher beſchriebnen Sendgerichte und die Erweiterung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit über ihre urſprünglichen Grenzen, deren wir jezt mit ein Paar Worten Erwähnung thun wollen.

Nach Karls des Groſſen Abſicht ſollten die angeordneten Sendgerichte auch den Zweck erfüllen, daß die Biſchöfe auf ihren Reiſen in die Provinzen, durch die ihnen zugeſtandne Sittencenſur auch über Laien, in den Stand geſezt würden, über Herzoge und Grafen ein wachſames Auge zu haben und etwaige Mißbräuche ihrer Gewalt dem König zu denunciren m). Wie groß auch nach dem Abgang der Carolinger das Anſehen und die Gewalt der Erzbiſchöfe und Biſchöfe über die Laienfürſten, ſelbſt über die Kaiſer geweſen ſey, und wie ſtreng

---

m) „Unusquisque episcopus — heißt es Additam. III. c. 98. — semel in anno circumeat parochiam suam. Noverint sibi curiam populorum et pauperum in protegendis ac defendendis impositam. Ideoque dum conspiciunt judices ac potentes pauperum oppressores existere, prius eos sacerdotali admonitione redarguant. Et si contemserint emendari, eorum insolentia Regis auribus intimetur, ut quos sacerdotalis admonitio non flectit ad justitiam, regalis potestas ab improbitate coerceat.“ — Und Lib. VII. c. 293. „Oportet, ut sint Episcopi semper perspectores, secundum Regis admonitionem, qualiter judices cum populis agant, et aut ipsos praemonitos corrigant, aut insolentias eorum auribus Principum innotescant. Quod si correptos emendare nequiverint, et ab Ecclesia et a communione eos suspendant.“ —

ſie die Kirchendiſciplin auch über dieſe ausübten, iſt hinlänglich bekannt n). So wie indeß die Territorialhoheit der Stände feſter und feſter gegründet ward, hörte dieſe unmittelbare Gewalt der Biſchöfe über die weltlichen Groſſen von ſelbſt auf. Indeß erhielt ſich die Verbindlichkeit ihrer Unterthanen, auf den Sendgerichten der Biſchöfe oder der Archidiakonen zu erſcheinen, ununterbrochen fort. „— Ein jeglich Chriſtenmann — ſagt der Sachſenſpiegel I. 2. — nachdem er zu ſeinen Jahren kommen, iſt pflichtig, die Send dreimal des Jahres, in dem Bißthum, darin es wohnet, zu beſuchen.“ — Eben ſo ſagt der Schwabenſpiegel c. 44. 45. „Die Biſchöfe gebieten mit Recht dar allen den Menſchen, Fürſten und Chriſtenleuten, die zu ihren Tagen kommen ſind, die XXV Jahr alt ſeynd, und wer dar nit kommt, den richten ſie mit dem Banne u. ſ. w.“ —

Auch bei dieſen geiſtlichen Gerichten finden ſich, wie bei allen Gerichten in Deutſchland, die Schöppen wieder, die eigentlichen Urtheilsfinder. Zwar ſollten ſie nach einer Verordnung Innozenz III o) abgeſchafft wer-

---

n) So iſt es z. B. bekannt, daß ſelbſt der mächtige Kaiſer Heinrich III. ſich von Hanno, Erzbiſchof von Mainz, geiſſeln ließ (Scriptor. vitae Annonis bei Surius Vitae Sanctorum p. 130). Eben ſo unterwarf ſich Gottfried Herzog von Lothringen öffentlichen Züchtigungen, weil er die Kirche zu Verdun abgebrannt hatte (Lambert Schaffnab. ad a. 1046). Von einem italiſchen Fürſten erzählt etwas Aehnliches Doniz Vit. Mathild. c. 15. bei Muratori V. p. 357.

o) c. 5. X. de Consuetud. (I. 4.) wo es heißt: „Ad nostram audientiam noveris pervenisse, quod in tuo dioecesi etiam in causis ecclesiasticis consuetudo minus rationabilis habeatur, quod quum aliqua causa tractatur ibidem, et allegationibus et querelis utriusque partis auditis, a

den: allein wie wenig er, in Deutſchland wenigſtens, ſeinen Zweck erreichte, bezeugt mehr als Eine Urkunde ſpäterer Zeiten. So ſagt der Gloſſator des Sachſenſpiegels p): „Die Schöppen ſollen auch rügen, was unter ihnen offenbar, und was wider die zehn Gebote unſers Herrn geſchehen iſt.“ — Dieſe Sendſchöppen müſſen übrigens von den Sendzeugen unterſchieden werden, die bloß zur Denunciation der Verbrechen, nicht aber zum Schöppenamt verpflichtet waren, und deren in der Geſchichte der Synodalgerichte in der vorigen Periode Erwähnung geſchehen iſt. —

Die Mißbräuche aber, wodurch die Sendgerichte vorzüglich Anlaß zu unaufhörlichen Beſchwerden gaben, ſind folgende:

Ausartend von ihrer urſprünglichen Geſtalt, in welcher die Sendgerichte nur mit Kirchencenſur ſtraften und, wo dieſe Strafe unzureichend war, die weltlichen Gerichte zur Hülfe aufriefen q), begannen ſie bald, ſelber weltliche Strafen und vorzüglich Geldbuſſen zu ver-

praesentibus literatis et illiteratis, sapientibus et insipientibus, quid juris sit quaeritur, et quod illi dictaverint, vel aliquis eorum (praesentium consilio requisito), pro sententia teneatur. Nos igitur attendentes, quod consuetudo, quae canonicis obviat institutis, nullius debet esse momenti, quum sententia a non suo judice lata, nullam obtineat firmitatem: ut in causis ecclesiasticis subjectorum tuorum, postquam tibi de meritis eorum constiterit, sententiam proferre valeas, sicut ordo postulat rationis, auctoritate tibi praesentium concedimus facultatem.“ —

p) Zum zweiten Artikel des erſten Buchs. —

q) Vergl. Capitul. Caroli Calvi a. 853. c. 10. (bei Baluz tom. II. p. 56.)

hängen. Erleichtert ward dieſer Mißbrauch durch die ſchon allgemein verbreitete Idee, daß es den Päpſten vergönnt ſey, bis zu ſechzig Schillingen auch am Vermögen zu ſtrafen r). — Bald aber ward er ſo unerträglich, daß bis zu dem gänzlichen Untergang der Sendgerichte im 16ten Jahrhundert unaufhörlich Klage darüber geführt iſt. Schon im Jahr 1180 erließ Papſt Alexander III. ein Verbot dagegen s), allein mit eben ſo wenigem Erfolg, als auch auf den Koncilien oft gegen die „pecuniarum extorsiones“ und „bursarum repletiones“ geeifert ward, ſo daß dieſes Mißbrauchs noch in den Gravaminibus Nat. Germ. vom Jahr 1522 Kap. 64 gedacht wird, wo es heißt t): „— — Neque talis peragratio eo fine et ordinatione, qua a summis pontificibus instituta est, observatur. Nam pro poenis et correctionibus, quibus facinorosos et criminum sontes a vitiis deterrere deberent, pecuniam praesentem et numeratam, et quicquid denique eis in lucellum cedere potest, exigunt.“ —

Auſſerdem machten ſich aber die Sendgerichte theils durch Ausdehnung ihrer Gerichtsbarkeit auch auf weltliche Sachen aller Art, theils durch die unerſchwinglichen Koſten verhaßt, die ſie allenthalben, wo ſie erſchienen, verurſachten u). —

Eine dritte Veranlaſſung zu gerechten Beſchwerden gaben die Sendzeugen, deren ſchon öfter Erwähnung geſchehen iſt. —

---

r) S. den Sachſenſpiegel III. 63. und Schwabenſpiegel Kap. 2. —

s) Im c. 3. X. de Poenis (V. 37.)

t) S. Lünig's Reichsarchiv. Tom. II. p. 428.

u) Siehe darüber Kopp a. a. O. §. 89. und 101.

Anſtatt daß der urſprünglichen Einrichtung der Synodalgerichte gemäß nur glaubwürdige und wahrhafte Männer dazu gewählt werden ſollten, wurden ſie jezt, unter dem Namen Exploratores Criminum und Promotores jurisdictionis episcopalis nur als Werkzeuge zu den allgemein üblichen Gelderpreſſungen betrachtet. „Dici non potest — ſagt Nicolaus von Clemanges v), quanta mala ubique faciant illi scelerati exploratores criminum, quos promotores appellant. Simplices et pauperculos agrestes, vitam satis innocuam in suis tuguriis agentes et fraudis urbanae nescios, in jus saepe pro nihilo vocant. Causas et crimina contra eos sedulo confingunt, vexant, terrent, minitantur, sicque eos per talia secum componere et pacisci cogunt etc. etc." —

Vorzüglich war es die berühmte Verordnung Innocenz III. w), worin er verſichert, keineswegs die weltliche Gerichtsbarkeit beeinträchtigen zu wollen; da indeß die Beſtrafung der **Sünde** erlaubt, ja in der heiligen Schrift an mehrern Stellen geboten ſey, ſo könne er nicht anders, als da überall richten, wo ein Bruder gegen ſeinen Bruder ſündige. — Dieſe Verordnung war es vorzüglich, die nicht nur den Synodalgerichten, ſondern auch den Konſiſtorien und Offizialaten der Biſchöfe Gelegenheit gab, ihre Gerichtsbarkeit über alle nur mögliche Sachen auszudehnen, und ſo reichlich wieder zu erlangen, was ihnen dadurch entgangen war, daß die Herzoge und Grafen die Unabhängigkeit erlangten, wodurch zugleich das Anſehen der Kapitularien untergieng, die ihnen ſo manche Vorrechte zugeſichert hatten x).

v) De Ruina Ecclesiae c. 21.

w) In c. 13. X. de Judiciis (II. 1) — Vergl. überſezt Du Cange Glossar. s. v. Cura Christianitatis.

x) Vergl. Capitul. Lib. VI. c. 366.

Leicht war es jezt, alle Grenzen zwiſchen geiſtlicher und weltlicher Jurisdiktion niederzureiſſen und Sachen jeder Art, vornemlich aber Kriminalſachen, vor den geiſtlichen Richterſtuhl zu ziehen. Schon früher hatten es die Päpſte nicht fruchtlos verſucht, die geiſtliche Gerichtsbarkeit möglichſt zu erweitern. Bonifaz VIII. y) unterwarf ihr alle Sachen, in denen ein Eid geleiſtet worden war, was man bald auch auf bloſſe Handgelöbniſſe ausdehnte, und ähnliche Verordnungen findet man überhaupt häufig im kanoniſchen Recht wiederholt. Jezt aber wurden alle Grenzen überſchritten und unter dem Namen der Sünden alle Sachen vor den geiſtlichen Richterſtuhl gezogen. — Immer üblicher wurde es auch, was Alexander der Dritte und Innocenz der Dritte ausdrücklich zugeſtanden hatten z), daß in allen Sachen, in welchen vor dem ordentlichen Richter die Juſtiz verzögert oder verweigert wurde, geiſtliche Gerichte Recht ſprachen. — Ueber dieſen lezten Fall konnte indeß weniger Klage entſtehen, da unter dieſen Umſtänden ſelbſt das Fauſtrecht geſetzlich war, weshalb auch die Privilegia de non evocando auf ihn gewöhnlich nicht mit erſtreckt wurden. — Um ſo beſchwerlicher wurden indeß die Eingriffe in die weltliche Gerichtsbarkeit, als die Geiſtlichen ſogleich mit dem geiſtlichen Bann alle, ſelbſt Fürſten verfolgten, die es wagten, gegen ihre Befehle ungehorſam zu ſeyn, und je koſtſpieliger, von den alten deutſchen Sitten abweichender das Verfahren vor dieſen Gerichten war, das die erſten Grundzüge des inquiſitoriſchen Prozeſſes enthält und deſſen wir in der Geſchichte des gerichtlichen Verfahrens in dieſer Periode überhaupt noch etwas umſtändlicher erwähnen werden. —

---

y) S. c. 3. de foro competent. in 5to. (II. 2.)

z) S. c. 6. 10. X. de foro competente (II. 2.)

Immer waren auch die Fürſten bemüht, der ſich weiter und weiter ausbreitenden geiſtlichen Gerichtsbarkeit feſte Grenzen zu ſetzen. Auch kaiſerliche Verordnungen wurden deshalb ſchon im 13ten Jahrhundert erlaſſen a). —

Dieſes Wenige wird hinreichen, um die Eingriffe der Geiſtlichkeit in die weltliche, auch Kriminalgerichtsbarkeit darzuſtellen und den Einfluß des kanoniſchen auf das peinliche Recht vorläufig anzudeuten b).

Nur im Allgemeinen und in enger Beziehung auf peinliche Gerichtsbarkeit können wir hier der heimlichen Gerichte in Weſtphalen Erwähnung thun. Man erwarte hier alſo nicht die Reſultate der zahlloſen hiſtoriſchen Forſchungen, welche die Gelehrten älterer und neuerer Zeiten über dieſe Gerichte angeſtellt haben, keine Aufzählung der zahlreichen Hypotheſen, die über den erſten Urſprung derſelben aufgeſtellt ſind c). —

Möge

a) S. neue Sammlung der R. A. Th. 1. p. 17, 25, 36, 40, 80, 81, 150. — Vergl. auch Sächſiſches Weichbild Art. 25, wo es heißt: „daß wenn ein Mann den andern vor geiſtlichem Gerichte um ein Ding, das der weltlich Richter richten ſoll, belanget, und der andre dadurch in Schaden verſetzt wird, ſo muß er dieſem, wenn er des Schadens halber klagt und bezeugen mag, daß er ihm nicht Rechtens gewegert, ſein Buſſ geben, und dazu ſchadlos halten, und muß auch dem Richter darum wetten." — Vergl. Sachſenſp. III. 87.

b) Vergl. im Allgemeinen Kopps Heſſiſche Gerichtsverfaſſung zweites Stück, und Schmidts Geſchichte der Deutſchen, Buch VI. Kap. 20. und Buch VII. Kap. 46.

c) Siehe vorzüglich Kopp über die Verfaſſung der heimlichen Gerichte in Weſtphalen, Göttingen 1794. Die übrigen Schriften findet man geſammelt bei Brunner Literatur der Kriminalrechtswiſſenſchaft §. 51. 52. —

Möge auch der Urſprung dieſer Gerichte geweſen ſeyn, welcher er wolle, möge er auch in eine noch ſo entfernte Zeit zurückfallen, ſo ſcheinen ſie doch in ihrer urſprünglichen Anlage ein wünſchenswerthes und zweckmäſſiges Inſtitut für das von jeher durch Anarchie zerrüttete Deutſchland geweſen zu ſeyn, wo bei der Ohnmacht der Herrſcher und unter den ewigen Stürmen innerer und auswärtiger Kriege die Ausübung der ſtrafenden Gerechtigkeit darnieder lag, die überhaupt bei einem rein akkuſatoriſchen Prozeß und bei einer beſchränkten Anſicht der Strafen auch unter günſtigern äuſſeren Umſtänden nur äuſſerſt mangelhaft hätte ſeyn können. Dieſe heimlichen Gerichte in Weſtphalen hingegen waren durch die groſſe Anzahl mächtiger Mitglieder und Beiſitzer und durch das Geheimniß, worein ſie ſich hüllten, mit hinlänglicher Gewalt verſehen, ihren Urthelsſprüchen Gewicht und Vollſtreckung zu geben; auch war ihr Prozeß durchaus inquiſitoriſch, und ſo würden ſie ein kräftiges Heilmittel für manche Gebrechen jener Zeiten geweſen ſeyn, wäre nicht bald ihre äußre Macht in Despotie ausgeartet, die vor allen dem freien Deutſchen unerträglich fallen mußte. —

Wir laſſen eine kurze Skizze der Geſchichte dieſer Gerichte erſt mit dem 14ten Jahrhundert anheben, da aus den früheren Zeiten uns keine Urkunden aufbehalten ſind, welche das Verfahren dieſer Gerichte, das charakteriſtiſche Merkmal derſelben, ſchilderten. Des beſſern Zuſammenhangs wegen und der leichteren Charakteriſtik durch Entgegenſtellung verſparen wir die Darſtellung des Verfahrens dieſer Gerichte bis zur Geſchichte des peinlichen Prozeſſes in dieſer Periode überhaupt, und begnügen uns hier nur im Allgemeinen ihre Verfaſſung nach den Berichten der Geſchichtſchreiber und nach ihren eignen Statuten und Weisthümern zu ſchildern und den Umfang ihrer Gerichtsbarkeit zu bezeichnen. —

Ihren Siß hatten dieſe Gerichte in Weſtphalen, unter welchem Namen man ehemals alle Länder zwiſchen der Weſer und dem Rhein begriff [d]. Zwar trifft man im Mittelalter in mehreren deutſchen Provinzen und vorzüglich in den mächtigern Städten Deutſchlands mehrere von den gewöhnlichen abweichende Gerichte, die ſich durch Namen und Verfahrungsart den heimlichen Gerichten in Weſtphalen annähern und mit dieſen verwandt zu ſeyn ſcheinen: indeß bieten ſie auch gerade in dem leztern Punkte ſo auffallende Verſchiedenheiten dar, daß man ſie mit den weſtphäliſchen Gerichten unmöglich in eine Klaſſe bringen kann.

Als der oberſte Herr auch dieſer Gerichte wurde der Kaiſer als die Quelle aller Gerichtsbarkeit, betrachtet [e], wie ihn denn die Freiſchöpfen des heimlichen Gerichts zu Osnabrück in einer Urkunde ſelbſt,, den overſtun Richter aller wertlicken gerichte, und einen Born vnde Fonteyne der Gerechticheyt" nennen [f]. In ſeinem Namen wurden daher die Urtheile in den Freiſtühlen [g] geſprochen, ſo wie ihm überhaupt das oft ausgeübte Recht der Oberaufſicht und Organiſation dieſer Gerichte zuſtand. Wollte ein Reichsſtand in ſeinem Land ein Freigericht anlegen, ſo mußte er ſich vom Kaiſer mit einem

d) S. Kopps angeführtes Werk, dritter Abſchnitt, geographiſche Beſtimmung. —

e) Vergl. Kopp a. a. O. neunter Abſchnitt.

f) Bei Mascov. Not. jur. et judic. Brunsvic. Luneburg. S. 60. im Anfang.

g) Heimliche Gerichte, Freigerichte, Vehmgerichte, verbottene Gerichte, ſind nur verſchiedne Benennungen für die weſtphäliſchen heimlichen Gerichte, obgleich auch andre Gerichte jene Namen führten, die keineswegs die Eigenthümlichkeiten der heimlichen Gerichte in Weſtphalen hatten.

Freiſtuhl belehnen laſſen, und mußte ſelbſt auch dann den von ihm erwählten Freigrafen oder Richter dem Kaiſer präſentiren, der ihm, wenn er die Wahl billigte, unmittelbar den Bann verlieh, was gänzlich abweicht von dem gemeinen deutſchen Recht des Mittelalters, nach welchem der Bann bis in die dritte Hand frei verliehen werden konnte h). Jeder Freigraf, der ohne den Bann unmittelbar vom König oder Kaiſer empfangen zu haben, im Freigerichte ſaß, ſollte gleich demjenigen, der durch die dritte Hand belehnt den Blutbann ausübte, die Zunge verlieren i). — Darum ſtand dem Kaiſer auch das Recht zu, Freiſchöpfen zu machen und der freie Zutritt zu jedem Freiſtuhl, ſo daß ihm der Freigraf den Platz räumen mußte. Er hatte ferner das Recht, Sachen von den heimlichen Gerichten abzurufen und vor ſein Forum zu ziehen, oder einzelnen Perſonen Exemtionen zu ertheilen, und die Freigrafen ſelbſt, die ihm den Gehorſam verſagten oder ſich eines Verbrechens ſchuldig machten, abzuſetzen und zu ſtrafen.

Dieſe Vorrechte des Kaiſers übten an ſeiner Statt ſeit dem 15ten Jahrhundert vermöge beſondrer Belehnung die Erzbiſchöfe von Cölln als Herzoge von Weſtphalen aus k). Früher zwar ſchon hatten dieſe über alle diejenigen Freiſtühle, welche innerhalb der Grenzen ihres Herzogthums lagen, das bei weitem nicht ganz Weſtphalen in dem oben angezeigten Sinne des Wortes umfaßte, alle diejenigen Rechte, welche überhaupt den Herzogen und Grafen als Stuhlherren über die in ihren Gebieten gelegenen Stühle zuſtanden, nemlich daß ſich kei-

---

h) S. Schwabenſp. Kap. 19. III. vergl. mit Kap. 87. und Schwäb. Lehenrecht Kap. 17.

i) S. Marcov. a. a. O. S. 86.

k) Vergl. Kopp a. a. O. Abſchn. X.

ner, als der vom Stuhlherrn belehnt war, ein Freigericht innerhalb ſeines Gebietes anmaſſen durfte l), und keiner als der Stuhlherr einen Freigrafen wählen und an den Kaiſer zur Belehnung mit dem Banne präſentiren konnte. Nur das ward dem Erzbiſchof in einer Urkunde vom Jahr 1372 m) von Karl IV. als beſondres Vorrecht zugeſtanden, ungehorſame oder pflichtvergeſſne Freigrafen aus eigner Machtvollkommenheit abzuſetzen, was bis dahin ein Reſervat des Kaiſers geweſen war. — Allein Karls Nachfolger, Wenceslaus, ertheilte in einer Urkunde vom Jahr 1382 n) dem Erzbiſchof jezt auch das Recht, die Freigrafen nicht nur mit dem Gericht, was auch vorher jedem Stuhlherrn zuſtand, ſondern auch unmittelbar mit dem Bann zu belehnen. Zwar erwähnt auch dieſe Urkunde nur der Herzogthümer des Erzbiſchofs, indeß waren die Ausdrücke derſelben ſo vag und unbeſtimmt, daß es den Erzbiſchöffen leicht ward, die ihnen zugeſtandnen Vorrechte über alle Freigerichte im ganzen Umfange Weſtphalens auszudehnen, und daß ſie ſich von nun an als allgemeine oberſte Statthalter des Kaiſers über alle Freiſtühle betrachteten und ſich auch ſo nannten. Immer waren indeß dieſe Begünſtigungen nur widerruflich ertheilt, und die Geſchichte der heimlichen Gerichte nennt auch einen Grafen von Seyn, dem Friedrich III. im Jahr 1467 die Statthalterſchaft ertheilte, der einzige indeß, der dieſe Würde mit den Erzbiſchöfen von Cölln getheilt hat. — Von ſelbſt verſteht es ſich übrigens, daß auch die Kaiſer

l) Indeß ſezte die Freiſtuhlgerichtsbarkeit innerhalb eines gewiſſen Bezirkes keinesweges die Landeshoheit voraus. S. Kopp a. a. O. §. 328.

m) Bei Joannes spicilegium tabularum veterum pag. 59. seqq.

n) Ebendaſelbſt pag. 66. seqq.

nach wie vor die den Erzbiſchöfen übertragnen Verrichtungen auch ſelbſt ausübten, die präſentirten Freigrafen mit dem Bann belehnten, Viſitationen hielten u. ſ. w.

Vermöge jener allgemeinen Statthalterſchaft nun ſtanden dem Erzbiſchof vorzüglich folgende Rechte zu.

Er belehnte die ihm von dem Stuhlherrn präſentirten Freigrafen mit dem Bann, kreirte Schöpfen, was ſonſt nur dem Kaiſer und den Freigrafen zuſtand, durfte alljährlich ein allgemeines Kapitel berufen, auf welchem alle Freigrafen erſcheinen und ihm von der Führung ihres Amts, was für Schöpfen ſie gewählt, in was für Sachen ſie Urtheile geſprochen u. ſ. w. Rechenſchaft ablegen mußten. Auf dieſen allgemeinen Verſammlungen wurden auch die Sachen unterſucht, die durch Berufung an den Statthalter gelangt waren, und die ergangnen Urtheile entweder beſtätigt, oder aufgehoben. Hier wurden auch ungehorſame oder meineidige Freigrafen ihres Amts entſezt und allgemeine Reformationen und Gerichtsordnungen errichtet. Alle dieſe Befugniſſe der Statthalter konnten aber ſelbſt von dem Kaiſer nur auf weſtphäliſcher Erde ausgeübt werden. —

Schon oben iſt es erwähnt worden, daß die Stuhlherren, d. h. diejenigen, welche den Freiſtühlen die Freigrafen vorſezten, und dem Kaiſer oder ſpäter dem Erzbiſchof von Cölln zur Belehnung mit dem Bann präſentirten, die Stuhlherrſchaft vom Kaiſer zu Lehn trugen, und folglich auch Andre wieder damit beafterlehnen, ja auch einem Dritten die Stuhlherrſchaft zu Lehn auftragen, und ſich ſo zu Aftervaſallen machen konnten o). Immer aber war der Bann davon getrennt, den die Stuhlherren, ſie mochten nun ſelbſt das Amt eines Freigrafen verſehen, was ihnen frei ſtand, oder einen Andern mit dem

o) Vergl. überhaupt Kopp a. a. O. Abſchnitt XI.

Gericht belehnen wollen, ſich oder dieſem vom Kaiſer oder ſeinem Statthalter beſonders mußten ertheilen laſſen. — Wollte der Stuhlherr das Richteramt nicht ſelbſt verwalten, ſo traten für ihn, in Hinſicht auf den von ihm gewählten Freigrafen, beſondre Verbindlichkeiten und Rechte ein. — Er mußte nemlich für die Tauglichkeit und Redlichkeit des von ihm gewählten Freigrafen Bürge ſeyn, und lief Gefahr, durch ein Vergehen deſſelben die Stuhlherrſchaft zu verlieren, was Jedem ein emfindlicher Verluſt ſeyn mußte, da nicht nur beträchtliche Einkünfte damit verbunden waren, ſondern ſie auch das kräftigſte Mittel war, ſich ſowohl im Innern des eignen Landes Anſehen zu verſchaffen und mit Gewalt und Nachdruck den Landfrieden zu handhaben, als auch im ganzen deutſchen Reich ſich einen weitverbreiteten Einfluß zu erwerben. — Jene Verantwortlichkeit für das Betragen des Freigrafen aber machte auf der andern Seite das Recht einer ſtrengen Oberaufſicht und der Ausübung aller davon unzertrennlichen Befugniſſe nothwendig. Daher wurde in des Stuhlherrn Namen eben ſo gut, wie in des Kaiſers Namen, das Freigericht gehegt und ohne ſeine Einwilligung durfte eine Sache am Freigericht nicht angenommen, weniger noch verhandelt, keine Citation erlaſſen oder wieder aufgehoben, kein Freiſchöpfe gemacht werden u. ſ. w. Daher konnte man in Sachen, die das Freigericht, obgleich inkompetent, vor ſein Forum gezogen hatte, ſeine Beſchwerden an den Stuhlherrn gelangen laſſen, der eben ſo gut, wie der Kaiſer oder ſein Statthalter, das Recht genoß, einzelnen Perſonen oder in einzelnen Sachen Exemtionsprivilegien zu ertheilen p).

---

p) Das Recht, Freiſtühle in ſeinem Lande zu haben, wird gewöhnlich in den Urkunden ein freies Herzogthum genannt, woraus ſich indeß keineswegs folgern läßt, daß

Der Bezirk, innerhalb deſſen ein Freigraf ſeine Gerichtsbarkeit ausübte, wird in den Dokumenten der heimlichen Gerichte eine Freigrafſchaft genannt, die gewöhnlich mehrere Freiſtühle umfaßte q). Der Richter darin war der Freigraf. Aber auch hier findet ſich die alte deutſche Sitte wieder, daß dem Richter Urtheilsfinder zugeſellt waren, deren Ausſprüche er nur vollſtreckte. Hier bei den Freigerichten kommen ſie gewöhnlich unter den Namen Freiſchöpfen, Standgenoſſen, Stuhlgenoſſen vor, und theilte ſich in wiſſende (secti), denen unter dem Schwur des Geheimniſſes die heimliche Loſung mitgetheilt war, woran ſie ſich untereinander erkannten; und in Nichtwiſſende (non secti), die in die Geheimniſſe des Gerichts noch nicht eingeweiht waren. Die Erforderniſſe, um Freiſchöpfe werden zu können, ſind dieſelben, die wir in der Geſchichte der frühern Periode aus den Kapitularien der fränkiſchen Könige überhaupt als Erforderniſſe eines Schöppen haben kennen lernen. — So konnte z. B. kein Leibeigner, kein Meineidiger, kein durch Verbrechen Befleckter zum Schöpfen gewählt werden, ſondern nur redliche, tüchtige, freie, gottesfürchtige Männer. Selbſt der hohe Adel drängte ſich der vielen wichtigen damit verknüpften Vortheile wegen zu dieſem Amt. Auch mußten die Schöppen aus dem Umkreis der Freigrafſchaft gewählt werden, innerhalb welcher der Freiſtuhl lag u. ſ. w. Auch ein Frohnbote kommt bei dieſen Gerichten, wie bei den früher beſchriebnen Landgerichten vor.

Wenn man die Gerichtsbarkeit der Freigerichte beſtimmen will, ſo muß man diejenigen unterſcheiden, die ihnen nach ihrer urſprünglichen Verfaſſung, ſo weit wir

---

mit der Stuhlherrſchaft zugleich herzogliche Rechte verliehen wurden. Vergl. Kopp a. a. O. §. 166.

q) Vergl. überhaupt Kopp a. a. O. Abſchnitt IV.

ſie kennen, wahrſcheinlich zuſtand, und die, welche ſie ſich in ſpätern Zeiten angemaßt haben r). Die Freigerichte waren urſprünglich in jeder Hinſicht nur Partikulargerichte. Sie hatten, wie alle andre Gerichte, nur einen beſtimmten Bezirk, über welchen kein Freigraf ſeine Gerichtsbarkeit ausdehnen durfte s). Aber auch innerhalb dieſes Bezirks waren gewiſſe Perſonen und Sachen von der Gerichtsbarkeit der heimlichen Gerichte befreit; zu jenen gehören Geiſtliche t), Weiber u), Juden v) und der hohe Adel w). — Ferner ſollten die heimlichen Gerichte nur grobe Verbrechen richten, wodurch die zehn Gebote übertretten und der Landfriede gebrochen wurde x).

Freilich geſtatteten dieſe vagen Ausdrücke eine ſo extenſive Interpretation, daß es den Freigerichten möglich ward, nicht nur alle peinliche, ſondern noch weit mehrere Sachen vor ihr Forum zu ziehen. Ausnahmsweiſe ſtand ihnen überdieß die Gerichtsbarkeit in allen bürgerlichen Sachen zu, worin dem Kläger vor ſeinem ordentlichen Richter das Recht verweigert wurde y). Indeſſen ſollte in ſolchen Sachen nur ſo weit von den Freigerichten Urthel geſprochen werden, als ſie ſich überhaupt für dieſe Gerichte qualificirten. —

---

r) Vergl. im Allgemeinen Kopp a. a. O. Abſchnitt V.

s) Beiſpiele und Beweiſe finden ſich bei Kopp a. a. O. in den Beilagen Nr. LVI. Art. 16. und LVII. und bei Kindlinger Münſterſche Beitr. Th. 1. S. 142. u. i.

t) S. Datt de Pace Publ. Lib. IV. c. 8. n. 35.

u) S. Turckius faſti Carol. p. 25.

v) S. die Reformation von 1437 bei Datt, a. a. O.

w) S. Kopp a. a. O. §. 179. und folgende.

x) S. Hahn Collecta Monument. S. 650.

y) Vergl. Kopp a. a. O. §. 172. 185.

Die Mißbräuche, deren ſich die heimlichen Gerichte vorzüglich im 15ten und 16ten Jahrhundert ſchuldig machten, ſind zu bekannt, als daß ſie einer Erwähnung bedürften, wenn ſie auch überhaupt hier eine Stelle finden könnten. Nur in ſo ferne gedenken wir ihrer, als ſie, verbunden mit vielen groſſen Ereigniſſen jener Zeit, die der geſammten kultivirten Welt eine neue Geſtaltung geben, den Untergang derſelben allmählig herbeiführten. Sie erſtreckten ſich ſo weit, daß ganz Deutſchland, und ſelbſt der Kaiſer vor ihnen zu zittern begann. In der That hatten die heimlichen Gerichte durch die Schaar ihrer Schöpfen, die durch das ganze deutſche Reich verbreitet waren, und in den leztern Zeiten aus den niedrigſten Klaſſen des Volks genommen wurden z), und durch die Eigenthümlichkeit ihres Verfahrens, das wir weiter unten näher zu ſchildern Gelegenheit haben werden, angefangen, eine Despotie nicht nur über Individuen, und unter dieſen ſelbſt über Fürſten und den Kaiſer, ſondern auch über ganze Gemeinheiten auszuüben, die durch die Länge der Zeit unerträglich werden mußte a). Wie ſehr man ſich bemüht habe, dieſe Mißbräuche ab-

---

z) Sie, die von frühern Schriftſtellern nur Viri graves et recti amantes, — delectissimi integerrimique viri — gravissimi, delecti ac vitae et morum probitate insignes u. ſ. w. genannt werden, heiſſen bald darauf, oft bei denſelben Schriftſtellern, viles personae — pauperes et infames — homines per se suspendio digni, qui vix digni essent porcos custodire, und die Stadt Erfurt nennt ſie in einem Schreiben „verzweifelte hängensmäſſige Buben.“ —

a) Vergl. überhaupt Kopp a. a. O. Abſchnitt II. Unzählig ſind die Klagen, die über die Mißbräuche der heimlichen Gerichte geführt worden ſind. Man findet ſie faſt bei allen, die über dieſe Gerichte geſchrieben haben. Vergl. Buder Repert. jur. publ. et ſeud. s. v. Freygeding.

zuſtellen und kräftige Heilmittel zu ihrer gänzlichen Abſchaffung anzuwenden, bezeugen die vielen Vehmgerichtsordnungen und Reformationen und Reichsſchlüſſe, die das ganze funfzehnte und die erſtere Hälfte des ſechzehnten Jahrhunderts hindurch errichtet worden ſind [b]). Allein das Uebel war ſchon zu tief gewurzelt, als daß eine gänzliche Hebung deſſelben auf dieſe Art möglich geweſen wäre [c]). Man begnügte ſich daher dagegen zu kämpfen und ſich davor zu verwahren, ſo gut man vermochte. — Die weltliche und geiſtliche Macht vereinigte ſich zu dieſem Zweck. Die weltlichen Fürſten und Städte lieſſen ſich häufig Exemtionsprivilegien ertheilen, und ſchloſſen Bündniſſe wider ſie, die ſie mit gewaffneter Hand behaupteten. Auch die geiſtliche Macht blieb nicht müſſig. Die Archidiakonen und die Konſiſtorien und Officialaten der geiſtlichen Fürſten, die eine gleiche Tendenz mit ihnen hatten, ſchmälerten ihre Gerichtsbarkeit beträchtlich, und Nikolaus V. erließ ſogar im Jahr 1452 eine eigne Bulle wider ſie [d]). Doch mächtiger, als alles, wirkte die Zeit zu ihrem Untergang. Das Zuſammentreffen groſſer auſſerordentlicher Umſtände führte im 16ten Jahrhundert die Verbeſſerung der Gerichte und der Geſetzgebung, die Errichtung des allgemeinen Landfriedens, des Kammergerichts, der peinlichen Gerichtsordnung, der Hofgerichte in den Ländern der Stände u. ſ. w. herbei. Mit ihrer Entſtehung mußten die heimlichen Gerichte,

b) S. darüber Kopp a. a. O. Abſchnitt I.

c) „Nullum malo remedium ob singularem et ingentem eorum comitum potestatem, qui nixi Caesaris auctoritate nec pacti, nec privilegii, nec ipsius episcopi, etsi hic etiam liber comes, habebant ullam rationem.“ — Matthaeus de Jure gladii c. 30.

d) Sie findet ſich bei Kopp a. a. O. in den Beilagen Nro. II.

die nur als Uebergang zu einer beſſern Organiſazion gedient hatten, von ſelbſt untergehen. Ihre lezten Spuren verlieren ſich in andern Gerichten, von denen ſie vielleicht ihren erſten Urſprung nahmen. In unſern Tagen iſt nichts mehr übrig, was an ihr Daſeyn erinnerte, man müßte denn manche kritiſche Gerichte des Gelehrtenſtaates dahin rechnen, die in der Verfaſſung und Verfahrungsart und in Mißbräuchen ſich die heimliche Foeme zum Vorbild und Muſter gewählt zu haben ſcheinen. Weder Ort, noch Raum geſtatten eine Paralleliſirung beider, die ſonſt bei leicht aufzufindenden Vergleichungspunkten nicht ſchwer fallen dürfte! —

Ein neuer Abſchnitt in der Geſchichte der deutſchen Gerichte bis auf Karl V. beginnt mit der allgemeinern Verbreitung und Einführung der fremden Rechte in dieſelben. —

Wir können nicht, ohne uns zu weit von unſerm Gegenſtande zu verirren, in eine Geſchichte der Verbreitung des römiſchen Rechts eingehen [e]). Niemals war es ganz aus den Gerichten verdrängt worden. — Die germaniſchen Völkerſchaften, welche die freie Perſönlichkeit der Individuen unverbrüchlich heilig hielten, geſtatteten den unterjochten Römern in der fränkiſchen Monarchie den Gebrauch des angebornen Rechtes (eine Begünſtigung, deren ſich vorzüglich die Geiſtlichkeit bediente), und auch in Italien war das Anſehen deſſelben nie völlig geſunken. Hier, wo ein milderer Geiſt das Volk belebte, das durch weit engere Bande, als in Deutſchland, zuſammen gehalten wurde, mußte die Wiedereinführung des römiſchen Rechts weit leichter, als in irgend einem

---

e) Vergl. Senkenburg de Receptione Jur. Rom. in Italia et Germania, in digress. III. ad method. Juris p. 90. seqq.

andern Lande ſeyn. Vornemlich waren es die Päpſte, die mit dem Dahinſinken der fränkiſchen Monarchie auch die Kapitularien der fränkiſchen Herrſcher zu verbannen und das die Hierarchie weit mehr begünſtigende Juſtinianiſche Recht zu heben ſuchten. Nur willkommen konnte ihnen daher Gratians Unternehmen ſeyn, deſſen Sammlung von Kanonen dem römiſchen Recht eine neue Stütze gab, da ſie ohne dieſes nicht erklärt und verſtanden werden konnten. Immer mehr hatte ſich indeß das Studium des römiſchen Rechts verbreitet, vorzüglich an den Höfen der Päpſte, die in dem römiſchen Prozeß eine neue Quelle ſich zu bereichern entdeckten. — Unter ihrer Begünſtigung hatte ſich in Bologna eine Schule des römiſchen Rechts gebildet, wo der berühmte Irnerius Schüler aus allen Ländern Europas um ſich verſammelte. Dorthin ſandte Eugen III. auch das von ihm genehmigte Werk Gratians, damit auch über dieſes Vorleſungen gehalten würden. — Wie ſehr auch die deutſchen Kaiſer ſich beeiferten, die Aufnahme des römiſchen Rechts zu befördern, da es ihre Herrſchaft ſo ſehr begünſtigte, iſt bekannt. — Friedrich I. bediente ſich der Hülfe der Doktoren von Bologna, die durch ihre Deduktionen ihm die Herrſchaft in Italien erkämpfen und begründen helfen mußten. Römiſches und kanoniſches Recht ſtanden nun in gleichem Anſehen, und die im 13ten Jahrhundert hinzukommenden Dekretalenſammlungen Gregor des Neunten und Bonifaz VIII. gründeten die Herrſchaft beider nur noch feſter. —

Unter dieſen Umſtänden mußten ſie auch in Deutſchland frühe ſchon Eingang und Anſehen gewinnen. Anfangs jedoch war ihr Einfluß nur auf die geiſtlichen Gerichte beſchränkt. Friedrich II. ſchrieb den Biſchöfen und Archidiakonen im Jahr 1236 das Decretum Gratiani als Richtſchnur ihres gerichtlichen Verfahrens vor, das um ſo leichter Eingang finden mußte, da darin Regino's

Werk de disciplina ecclesiastica, und Burchards, Biſchof von Worms, Sammlung von Kanonen, welche früher bei dem deutſchen Klerus in hohem Anſehen ſtanden, benuzt waren f). Da indeß Geiſtliche, welche ſich mit dem Studium des römiſchen und kanoniſchen Rechts von nun an eifrig beſchäftigten, auch in den weltlichen Gerichten als Schreiber gewöhnlich gebraucht wurden: ſo ward auch in dieſe dem fremden Recht allmählig der Eingang bereitet. Immer mehr verbreiteten ſich auch die Jünger der Bologneſiſchen Meiſter in Deutſchland, die, von Enthuſiasmus für die neue Weisheit ergriffen, mit glühendem Eifer Proſelyten zu machen ſuchten, und ſich nun an die Höfe des Kaiſers und der Fürſten drängten, von denen ſie, ihres Privatintereſſes wegen, nur zu ſehr begünſtigt wurden. —

Zu entgegengeſezt und feindſelig ſind indeß deutſches und römiſches, und das dieſem innig verwandte kanoniſche Recht, als daß ohne einen langen vorhergehenden Kampf die fremde über die einheimiſche Geſetzgebung hätte ſiegen können. Es galt jezt die Aufrechthaltung der freien Perſönlichkeit gegen die Gewalt eines Obern, deſſen Uebermacht die verſchiednen Stände einander gleich ſezte. Das römiſche Recht iſt nicht, wie das urſprünglich deutſche Geſetz, Perſonalgeſetz: es iſt einzig auf die Bildung eines Staatsvereins berechnet, und achtet die freie Perſönlichkeit der Individuen nur in ſo weit, als ſie mit dieſem Staat beſtehen kann. Der deutſche mächtige, freiheitsliebende und kampfluſtige Adel ſollte jezt ſeine Freiheit, ſeine Autonomie, ſein Kampfrecht verlieren. Nicht mehr die Tapferkeit des Arms, nicht mehr der Ausſpruch der Götter ſollte über Recht und Unrecht entſcheiden, ſondern der todte Buchſtabe fremder verhaßter Geſetze! —

---

f) Vergl. G. H. Böhmer J. E. P. Tom. I. p. 91. seqq.

Das funfzehnte Jahrhundert iſt das Jahrhundert des Kampfs der feindſeligen Elemente. Zwar finden ſich ſchon früher, ſelbſt im 13ten und 14ten Jahrhundert, einzelne Spuren, daß auch in den weltlichen Gerichten das römiſche Recht nicht unbekannt war g). — Keineswegs aber läßt ſich daraus auf einen ſo frühen Gebrauch deſſelben ſchlieſſen. Vielmehr deuten alle jene Spuren aus früheren Jahrhunderten auf den Haß hin, worin es ſtand, und auf die Nothwendigkeit, ſich vor ſeinen Einflüſſen zu bewahren, bei der immer weiter ſtrebenden Begierde des Klerus, alle Sachen vor die geiſtlichen Gerichte zu ziehen h).

Aber im funfzehnten Jahrhundert ſcheint das römiſche Recht durch die veränderte Verfaſſung der Gerichte, die nun auch mit gelehrten Beiſitzern beſezt wurden, allgemein eingeführt worden zu ſeyn. Daher die unaufhörlichen Klagen des Adels über die Doktoren der Rechte. Kräftig ſind die Worte Ulrichs von Hutten: i) „Ad Bartolistas redeo. Tales sunt, qui nunc in auribus Principum quasi sphongiae quibus consultoribus Respublicae gubernantur, ad quorum praescriptum omnia domi forisque geruntur, qui soli docti sunt, solique doctrinae pretium inveniunt, quibuscum suum isti divites aurum commune habent, quos solos benignius salutant, ac nescio, an uspiam manifestius stultitiae suae documentum, quam in de-

---

g) S. C. G. Riccius spicileg,, quo Juris Justinian. in aulis Germanorum Principum atque personarum illustrium adoptati usus jam inde a seculo XIII. et XIV. ostenditur. — Lips. 1138. —

h) Vergl. Kopp Heſſiſche Gerichtsverfaſſung. §. 38. u. fg.

i) S. Ulrici Hutteni Epactis Germani in Neminem Praefatio, Basiliae 1518. —

merendis rabulis praebeant. Quos cum reddunt purpuratos, ipsi aliquando egent — — quasi non melior fuerit Germaniae status, antequam isti invaderent, tot voluminibus instructi, tunc, quum plus valerent hic boni mores, quam usquam scriptae leges, aut non adhuc tanto quaelibet civitas prudentius gubernetur, quanto ab ea longius absunt hi glossatores. Ac illos mihi intueatur aliquis Saxones, quam incunctanter ac nulla injuria Ius dicunt, non consultis quidem illis, quos dixi legulejis, verum suo illo ab antiquis more, cum nos hic viginti annos inter triginta sex Doctores pendeamus. Qui quomodo persuadebunt mihi doctrinae opinionem, cum tot annos, tot perlectis voluminibus, invenire quid juris non possint? obscure igitur intelligimus, quis alat istas in Germania contentiones? istas discordias? quis intestinis bellis connectat principes? rebus publicis tumultus invehat, omnia seditionibus impleat? — O mores, o studia, o temporis hujus capita, quia istas abstergimus nebulas et aliquando verum intuemur. At valde interim ex suis sibi isti commentariis placent, studium alioqui tractabile omni caligine involventes ac cymmeriis plane tenebris obscurius reddentes. Quorum ut densiorem quis nebulam, atriorem noctem libris digestorum admolitus est, ita pro classico auctore celebratur et in admiratione habetur. Cujus enim lucubrationibus non antefertur Accursius quidam, et cujus tenebricoso ingenio hic effusus est juri civili fumus? „Und an einem andern Ort k): — " Qui sunt tertio loco, qui praedantur in Germania? scribae sunt et Iureconsulti, eo utrique nocentiores, quo latius patet eorum rapina. Nam utrique sunt, neque

---

k) Hutteni Dialog. Praedones. Ex Eberaburgo 1521. p. 86.

usquam non praedantur, in Principum aulis, in civitatum senatibus et decuriis, in publicis conventibus et privatis consultationibus, militiae, domi, in bello et in pace. Denique rerum capita sunt hi habenturque, ut promi et condi legum ac juris, neque sine his gubernatio est. Constituunt autem Imperia ipsi et mutandis rerum statibus, cum volunt, auctores fiunt, quorum scribae totum regebant Maximilianum nobis, solique apud eum potentes erant et abutebantur Principe, ut volebant, et quo quidquid gratis impetrabant, aliis ipsi pro pecunia vendebant, atque horum erat illius pecunia. — Etiam bella cum gerebat, quantocunque difficultate his dabat, militibus non dabat, patiebaturque, dum satisfaceret improbissimae illorum cupiditati, cui tamen satisfaciebat nunquam, sed dum petiti compotes fierent ipsi, obsidiones solvi, pugnas aut detractari, aut male pugnari, exercitus diffluere, socios auxilio destitui, urbes expugnari, in summo optimas occasiones praeterire sinebat." —

Wir haben dieſe Ergieſſungen eines gerechten Unwillens hier mitgetheilt, weil ſie am treueſten den verderblichen Einfluß ſchildern, den das römiſche Recht im Anfang des ſechszehnten Jahrhunderts in Deutſchland erlangt hatte. In der That hatten ſich viele Umſtände vereinigt, die ihm den Sieg über die einheimiſchen Rechte erleichterten. Die deutſche Nazion hatte bedeutende Schritte zur Entwicklung ihrer Bildung gethan. Die groſſen Ereigniſſe, welche ganz Europa allmählig umſchufen und wodurch die Keime zu allen groſſen Begebenheiten und Revolutionen unſrer Zeiten gelegt wurden, hatten auch der Bildung Deutſchlands eine andre Richtung gegeben. Die alten Formen mußten zerfallen, und

und zerfielen; man fühlte das Bedürfniß neuer: aber man glaubte der Mühe des eignen Schaffens überhoben zu ſeyn, wenn man die Formen, von einem fremden Volk für eigne Bedürfniſſe nach einſeitigem beſchränkten Blick geſchloſſen, adoptirte. —

Dieſe wenigen Andeutungen mögen genügen, um die allmählige Verbreitung des römiſchen Rechts zu erklären. Wir kehren zu unſerm Gegenſtand zurück, um mit wenigen Worten den Einfluß zu ſchildern, den das römiſche Recht auf die Verfaſſung der Gerichte hatte, und die Veränderungen, die dadurch hervorgebracht wurden. —

Immer fühlbarer waren die Mängel der Gerichtsverfaſſung, wie ſie bis zur Einführung des römiſchen Rechts beſtand, immer lauter die Klagen darüber geworden. Den wandelbaren kaiſerlichen Hofgerichten, die nirgends eine feſte Stätte hatten, mußten die Partheien mit vielen Beſchwerden nachziehen, und ſie ſowohl, als die kaiſerlichen Landgerichte waren bei der immer höher ſteigenden Macht der Stände, bei der höchſten Zügelloſigkeit des Fauſtrechts zu ohnmächtig, um ihre Urthelsſprüche vollſtrecken zu können, und ſo konnte Jeder Recht und Geſetz ungeſtraft verſpotten. „Periit omnis reipublicae cura— ſagt Nikolaus von Cusa [1]— Laxato fraeno transilit quisque leges impune, et ubi quondam veneratio cum tremore et timore, nunc despectus vel contemtus. Et leges omnes de aranearum telis connexae sunt, minutissimae vix locustae teneri in ipsis possunt, non sicut quondam, quando in limitibus concupiscentiae ut aprorum fortissima retia continue tensa importunos transgressores innecte-

1) Concordant. cathol. L. III. C. 29.

bant.“— Und Peter von Andlo m): „Eo quippe res redacta eſt, ut non modo vi oppreſsus vix judicem, ad quem recurrat, inveniat; ſed et dum post longos laborum circuitus vix tandem judicatum obtinere contigerit, deficit tamen plerumque, qui res judicatas exsecutioni demandare aut velit, aut poſsit. Hinc jam patria continuis diffidationibus agitatur.“—

Mit dem ſteigenden Anſehen der Doktoren des römiſchen Rechts hatten ſich indeß auch die kaiſerlichen Gerichte von ihrer urſprünglichen Verfaſſung immer mehr entfernt. Auſſer dem ältern Hofgericht kommt ſchon unter Kaiſer Sigismund auch ein Kammergericht vor, beide nicht mehr wandelbar, wie einſt das Hofgericht, ſondern ſo wie ſich die Reſidenz der römiſchen Kaiſer in ihren Erbſtaaten fixirt hatte, an den Höfen derſelben ſich aufhaltend, nicht mehr wie einſt mit ſtandesmäſſigen Beiſitzern an jeder Mahlſtatt abwechſelnd beſezt, ſondern mit beſtändigen Mitgliedern aus den an den Hoflagern ſich aufhaltenden Räthen, unter welchen vielfältig auch Doktoren der fremden Rechte ſich befanden. Unter Friedrich III. verſchwand das Hofgericht ganz, und nur das Kammergericht blieb übrig, dem nicht nur Juſtiz- ſondern auch Regierungsſachen aller Art übertragen waren, und das ſowohl Doktoren der fremden Rechte, als auch Räthe aus den Erbländern der Kaiſer zu beſtändigen Beiſitzern hatte. Daher die Klagen der Stände unter Friedrich III., ihre Forderung „alle Doktores der Rechten, ſie ſeyn geiſtlich, oder weltlich, im heiligen römiſchen Reiche deutſcher Nation gänzlich abzuthun n)“, ihr Plan der

m) de Imper. Rom. L. II. c. 10.

n) S. Müller Reichstagstheater unter Friedrich III. P. I. p. 58.

Aufrechthaltung der ehemaligen Gerichtsverfaſſung o) und ihre Beſchwerden, daß ſie mit vielen Koſten und zu ihrem groſſen Nachtheil gezwungen wären, am weit entfernten kaiſerlichen Hoflager das Recht, und oft vergeblich zu ſuchen, und daß man dort alle Regeln der Gleichheit und Ebenbürtigkeit mit Verletzung der alten Verfaſſung vernachläſſige, das Fürſtenrecht verachte, und ſo vielfach ihre Rechte kränke. Sie verlangten daher, daß ein neues Kammergericht unter der Mitwirkung und Mitaufſicht der Stände in einer vom Hofe des Kaiſers entfernten und den Ständen bequem gelegnen Stadt errichtet würde, und daß ſich der Kaiſer dabei keine unrechtmäſſige Gewalt anmaſſen ſoll. Kein Reichstag vergieng unter Friedrich III. auf dem nicht dieſer Gegenſtand von Neuem zur Sprache gekommen wäre p). Allein Friedrichs Langſamkeit, ſeine vielen Bedenklichkeiten geſtatteten die Beendigung der Sache nicht, man unterhandelte und handelte von beiden Seiten, forderte und geſtattete zum Theil, daß auch künftig nach römiſchem Recht ſoll geſprochen, daß das Gericht ſelbſt zur Hälfte auch mit Doktoren der fremden Rechte beſezt ſeyn ſolle u. ſ. w. ohne daß man ſich gleichwohl hätte vereinigen und zu einem feſten Reſultat gelangen können. —

Erſt ſein Nachfolger, der feurige und raſche Maximilian erfüllte den langgehegten Wunſch der Fürſten. Auf dem Reichstag zu Worms im Jahr 1495 ward der allgemeine Landfriede und zur Aufrechthaltung deſſelben die Errichtung eines neuen Kammergerichts, das alle gerechten Wünſche und Forderungen der Stände erfüllen

o) Vergl. Harprecht Staatsarchiv P. I. p. 48. 316.

p) Man findet die Projekte der Fürſten vom Jahr 1455. 1467. 1486. 1489. 1491. und die Verhandlungen darüber geſammelt bei Müller Reichstagstheater unter Friedrich III.

ſollte, beſchloſſen. Nach der neuen Kammergerichts-ordnung, die zugleich entworfen wurde, ſollte dieſes Gericht entfernt vom Hofe des Kaiſers in einer Stadt des Reichs errichtet und ihm ſein ungeſtrackter Lauf gelaſſen werden. Es ſollte, der urſprünglichen Einrichtung nach, aus einem Kammerrichter und aus 16 Beiſitzern beſtehen, der Kammerrichter ein Fürſt, Graf oder Freiherr, die Beiſitzer zum Theil der Rechte gelehrt und gewürdigt, zum Theil aber von ritterlicher Abkunft, damit ſo die herkömmliche Beſetzung der Gerichte durch ſtandesmäſſige und genoſſe Schöppen einigermaſſen erhalten würde. Ueberhaupt aber ſollten die Stände einen beträchtlichen Antheil an der Beſetzung, Viſitation und Reformation dieſes Gerichts haben. Uebrigens ſollte in dieſem Gericht nach des Reichs gemeinen Rechten, auch nach redlichen und leydlichen Ordnungen, Statuten und Gewohnheiten der Fürſtenthümer, Herrſchaften und Gerichte (mithin nach römiſchen ſowohl, als einheimiſchen Rechten) erkannt und geſprochen werden.

Ein zweites Kollegium begann ſich zu gleicher Zeit am Hofe des Kaiſers zu bilden. Schon unter Maximilian zeigen ſich die erſten Spuren des nachmaligen kaiſerlichen Reichshofraths, der gleich den ehemaligen Hofrichtern in allen von den ordentlichen Gerichten eximirten Sachen Richter war. Dieſes neue Kollegium beſtand aus Fürſten, Grafen, Edlen und der Rechte Erfahrnen, die ſich am Hofe des Kaiſers aufhielten, wenn es gleich noch nicht die feſte Form hatte, die es erſt ſpäter unter Karl V. erhielt. Es kommt ſchon in dieſen Zeiten unter dem Namen eines kaiſerlichen Hofraths vor, zugleich ein Juſtiz- und Regierungskollegium, zu deſſen Reſſort alle gröſſern Lehns- und auch peinliche Sachen, alle liquide Sachen und endlich auch die Reſervat- und Gnadenſachen gehörten. Mannichfaltige Umgeſtaltungen hat die-

ſes Kollegium, ſelbſt noch unter Maximilian erlitten, bis es ſpäter die Form erhielt, die ihm Jahrhunderte lang mit wenigen Abänderungen bis zur gänzlichen Auflöſung des heiligen römiſchen Reiches in unſern Tagen geblieben iſt. —

Beide, das Kammergericht und der kaiſerliche Hofrath, übten alſo auch in peinlichen Sachen eine konkurrirende Gerichtsbarkeit aus, deren Grenzen indeß in jenen Zeiten des Schwankens und der Verwirrung ſchwer gegen einander zu beſtimmen ſind. Von gröſſerem Umfang war indeß gewiß die Juriſsdiktion des Kammergerichts, welches urſprünglich zur Aufrechthaltung des allgemeinen Landfriedens niedergeſezt war. Denn Landfriedensbruch war die allgemeine Kategorie, worunter gewöhnlich alle Verbrechen des hohen unmittelbaren Adels begriffen wurden. Indeß fehlt es auch nicht an Beiſpielen aus jenen Zeiten, daß auch der kaiſerliche Hofrath in manchen Fällen, die leicht ſich hätten dahin rechnen laſſen, Urtheile gefällt habe. Ueberhaupt war der Zuſtand des Kammergerichts noch zu prekär und ſchwankend, als daß eine feſte Ausübung der Gerechtigkeit von ihm hätte erwartet werden können, und ſo legte der kaiſerliche Hofrath durch Erweiterung ſeiner Juriſsdiktion den erſten Grund zu ſeiner nachherigen ausſchließlichen Juriſsdiktion in den peinlichen Sachen des unmittelbaren Adels. —

Eine gleiche Veränderung, wie in den kaiſerlichen Gerichten, war mit der Einführung und allgemeinern Ausbreitung des römiſchen Rechts auch in den reichsſtändiſchen Gerichten vorgegangen.— Dieſelben Klagen, welche die Fürſten gegen den Kaiſer führten, führten die Unterthanen in den Landen der Reichsſtände gegen dieſe. Immer mehr hatten ſich auch die Gerichte der Reichsſtände von ihrer urſprünglichen Verfaſſung entfernt, und

immer drückender waren die Mißbräuche derſelben geworden, und ſo wirkten innere und äuſſere Urſachen zu dem allmähligen Fall ſo wohl der gröſſern Landgerichte, denen nach der von uns oben ausführlich beſchriebnen Verfaſſung vorzüglich die Ausübung der peinlichen Gerichtsbarkeit zuſtand, als auch der kleinern Landgerichte. Wir wollen es verſuchen, die vornehmſten der Urſachen, welche ihren Untergang herbeiführten, aufzuzählen.

Nachdem die Fürſten die Territorialhoheit erlangt und ſich von der perſönlichen Hegung der Gerichte entfernt hatten, fixirte ſich auch bald ihr Aufenthalt, und es verſammelten ſich um ihre Perſon eigne Räthe, die ſeit dem 13ten Jahrhundert unter dem Namen Conſiliarii, Familiares vorkommen. Je mehr ihr Anſehen ſtieg, je mehr mußte das der gröſſern Landgerichte ſinken, die nach ihrer erſten Einrichtung nicht nur Juſtiz-, ſondern auch Regierungskollegien bildeten. Jene Conſiliarii aber wußten nicht nur die wichtigſten Regierungsangelegenheiten, ſondern auch die gröſſeren peinlichen Sachen den Landgerichten allmählig zu entziehen und an den Hof des Fürſten zu bringen q). Im 15ten Jahrhundert bildeten ſie ſchon in den Landen der meiſten Reichsſtände eigne Behörden in kollegialiſcher Form, und kommen häufig unter dem Namen Landhofmeiſter und Räthe, oder Statthalter, Kanzler u. ſ. w. vor. Die meiſten darunter waren Doktoren der fremden Rechte, die wegen der Leichtigkeit, womit ſie die Geſchäfte handhabten, und ihrer Geſchicklichkeit, das Anſehen der Fürſten mit Hülfe der neuverbreiteten Rechte zu ſtützen und zu erweitern, bald die Lieblinge, Orakel und mächtigſten Gewalthaber der Fürſten wurden, und mit unerbittli-

q) Vergl. Kopp Heſſiſche Gerichtsverfaſſung §. 214. u. fg.

chem Haß auf die Zerſtörung der alten Formen bedacht waren. Mit welchen Augen die Verbreiter der fremden Rechte die alten Einrichtungen betrachteten, zeigen z. B. die Deklamationen eines Peter von Andlo. „Nunc autem equestre indoctumque concilium — ſeufzt er — pacis raro amicum, senatus Principum regit, doctissimorum autem virorum sententia, reipublicae salutaris, si quando limen concionis ingreditur, aut omnino contemnitur, aut stolide irridetur." — „Neque ulla major abusio mihi esse videtur, quam — per eos, qui rus colunt, jus in provinciis dictari, qui ob ignaviam a juris notitia legibus excusantur r)." — Deſto leichter mußte die gänzliche Umſchaffung der Landgerichte ihnen werden, je mehr ſchon durch die Geiſtlichen, die als Schreiber in dieſen Gerichten gebraucht wurden, die urſprüngliche Verfahrungsart verändert worden war. Denn dieſe, die von jeher nach römiſchen und kanoniſchen Rechten gelebt hatten, ſuchten allmählich die in ihren eignen Gerichten übliche ſchriftliche nach den Grundſätzen der Dekretalen gemodelte Art des Verfahrens auch hier einzuführen, und nur zu gut gelang ihnen dieß unter ſo vielen äuſſern begünſtigenden Umſtänden. Daher ward es den Doktoren der fremden Rechte leicht, auch bei dieſen Landgerichten ſich Eingang und Einfluß zu verſchaffen.

Eine groſſe Schmälerung ihrer Jurisdiktion hatten die Landgerichte auch dadurch gelitten, daß der Adel ſowohl, als Städte und Klöſter in den Ländern der Reichsſtände ſich vielfach eine eigne Jurisdiktion zu erwerben gewußt hatten, womit die Exemtion von der Jurisdiktion der Landgerichte verbunden war. Vielfach waren die Mittel, wodurch ſie dieſelbe erhielten, theils

---

r) De Imp. Roman. Lib. II. c. 16.

durch Inveſtitur gegen Geldſummen, die ſie dem Landesherrn entrichteten, theils durch Verpfändungen oder Privilegien, oder durch Gewalt der Waffen, und nie konnte es in jenen Zeiten, wo die Herrſchaft der Fürſten noch eben ſo ſchwankend war, als die des Kaiſers, und die Landſtände das Betragen der Fürſten gegen den Kaiſer zum Muſter des ihrigen gegen ihre Landesherren nahmen, wo Adel und Städte gegen die Fürſten ununterbrochne Fehden führten, an Gelegenheiten dazu fehlen.

Endlich beförderten auch den Verfall der Landgerichte die vielen drückenden Mißbräuche, deren ſie ſich ſchuldig machten. Da ſie keine feſte Stätte hatten, ſondern an mehreren Mahlſtätten mehrere Mahle im Jahre zu gewiſſen Zeiten ein ungebotten Landding oder Vogtding hielten: ſo waren die Unterthanen des Diſtrikts, in welchem die Mahlſtatt war, verpflichtet, für den Unterhalt des Landgerichts während des Aufenthaltes deſſelben zu ſorgen, nach uralter deutſcher Sitte, nach welcher auch die königlichen Richter überall, wo ſie erſchienen, um Gericht zu halten, von den Unterthanen frei gehalten werden mußten s), — ein Vorrecht, welches die Stände nach erlangter Territorialhoheit nicht nur für ihre eignen Perſonen benuzten, ſondern auch meiſt auf ihre gröſſeren und kleinern Richter ausdehnten. — Bald aber erhoben die Unterthanen auf dem Lande ſowohl, wie in Klöſtern und Städten, dieſelben Klagen, wozu auch die Sendgerichte des Klerus, die ein gleiches Vorrecht genoſſen, Veranlaſſung gegeben hatten, über zwecklos verlängerten Aufenthalt an der Mahlſtatt, über ein zu groſſes Gefolge, übertriebne Forderungen, Erpreſſungen von Geſchenken u. ſ. w. Beſchwerden, die noch mehr da Statt fanden, wo die Gerichtsbarkeit ver-

s) Vergl. Du Fresne du Cange Glossar. s. v. Mansiones.

pfändet oder widerruflich ertheilt war, und wo der prekäre Beſitzer allen nur möglichen Vortheil daraus zu ziehen ſuchte. So tief waren dieſe Uebel eingewurzelt, daß dieſelben Beſchwerden immer fortdauerten, als die alte Einrichtung aufgehört, und neu konſtituirte Gerichte an die Stelle der gröſſern und kleinern Landgerichte getreten waren.

Auch der Verfall der Lezten mußte unter ähnlichen Einwirkungen allmählig erfolgen. Mit welchen Augen die der fremden Rechte Erfahrnen die Ausübung der Gerichtsbarkeit auf dem Lande durch Landleute betrachteten, ſahen wir ſchon oben aus einer aus Peter von Andlo's Werke de Imp. Rom. ausgehobnen Stelle. Jemehr ſie die Fürſten ihre Gewalt gebrauchen lehrten, jemehr Rechte und Regalien ſie ihnen vermittelſt ihrer Deduktionen zu verſchaffen wußten: deſtomehr eigne Beamte entſtanden nach gerade auf dem Lande, die unter dem Namen Amtleute, Pfleger, Kaſtner, Rentmeiſter u. ſ. w. die Vortheile der Fürſten bewahren mußten, und die auch bald ſich in den Beſiz der Ausübung der Gerichtsbarkeit zu ſetzen wußten, was nun um ſo leichter war, jemehr auch in dieſe kleinern Landgerichte, eine fremde, weitläufige, verwickelte, ſchriftliche Verfahrungsart eingedrungen war, die keine unwiſſende Richter und Schöppen mehr zuließ.

Und ſo trugen auch hier die fremden Rechte allmählig einen beinahe vollkommnen Sieg davon. Nur Namen und Benennungen ſind meiſt noch geblieben, die an die ehemaligen Einrichtungen erinnerten, auſſer in den Städten, von denen viele nach Maasgabe ihrer Kräfte mit oft beiſpielloſem Muth ihre Rechte gegen die Eingriffe der Fürſten zu bewahren wußten, und in denen ſich noch manche alte Formen und Einrichtungen, ehrwürdige Mo-

numente des Alterthums, unverändert bis auf unſre Tage erhalten haben. —

Gleiche Gefahr drohte jezt den Unterthanen der Reichsſtände, die dieſe für ſich ſelbſt gefürchtet hatten, als an dem Hofe des Kaiſers die Doktoren der fremden Rechte, die vornehmſten Consiliarii und Familiares, zu unmäſſigem Anſehen gelangten und von ihnen Juſtiz- und Regierungsſachen nach eigner Willkühr entſchieden wurden; und unvermeidlich war es daher, daß nicht hier dieſelben Klagen gegen die Fürſten erhoben wurden, welche dieſe ſelbſt gegen den Kaiſer führten. Der Adel und die Landſtände beſchwerten ſich über die neuentſtandne Kabinetsjuſtiz, über die groſſe Anzahl der Doktoren, über die Koſtbarkeit und Langweiligkeit des neuen Verfahrens, über den Untergang der deutſchen Rechte, u. ſ. w. Soviel wirkten dieſe Beſchwerden wenigſtens, daß die Fürſten allmählig dieſelben Veränderungen vornahmen, die die Kaiſer ihren Vorſtellungen zugeſtanden hatten, deren Einrichtungen ſie von nun an ſich zum Muſter zu nehmen ſchienen. Denn es erfolgte nun zuerſt eine Trennung der Regierungsſachen von den Juſtizſachen, die beſondern nach dem Vorbild des Reichskammergerichts errichteten Hofgerichten übertragen wurden, welche wie jenes theils mit Beiſitzern aus der Klaſſe des Adels und der Städte, theils mit Gelehrten beſezt ſeyn und worin nach fremden und einheimiſchen Rechten geſprochen werden ſollte. Jezt aber ward auch, nach dem Muſter des kaiſerlichen Hofraths, aus den Rathgebern der Fürſten, die ſchon ſeit dem 14ten Jahrhundert unter dem Namen Statthalter, Landhofmeiſter, Kanzler, Räthe u. ſ. w. vorkommen, ein eignes Kollegium gebildet (Hofrath, Regierungsrath, Oberrath u. ſ. w.), zu deſſen Reſſort nicht nur die eigentlichen Regierungsſachen und Gnadenſachen gehörten, ſondern auch diejenigen Juſtizſachen, welche die Fürſten ſich ſel-

der vorbehalten hatten, namentlich Lehns- und peinliche Sachen. Nachſichtiger waren auch hierin, was vorzüglich die Straffachen betrifft, die Landſtände, da noch immer die alte deutſche Gewohnheit, um die Strafen zu handeln, fortdauerte, da es für den Adel, wenigſtens auch jezt noch ſtandesmäſſig beſezte Gerichte an den Höfen in den Marſchalls- und ähnlichen Gerichten gab, und da endlich peinliche Sachen ihrer Natur nach nur für beſtändig verſammelte Gerichte geeignet zu ſeyn ſchienen, indem die Hofgerichte, wie auch jezt noch üblich, nur zu beſtimmten Zeiten im Jahr ihre Verſammlungen hielten. —

Dieſe wenigen Züge werden hinreichend ſeyn, um im Allgemeinen die Veränderungen zu bezeichnen, welche die Verfaſſung der Gerichte in dieſer Periode vornemlich durch die Ausbildung der Territorialhoheit der Stände und die Einführung und allgemeine Verbreitung der fremden Rechte nothwendig erleiden mußte. —

Wir gehen jezt zur Schilderung des gerichtlichen Verfahrens in dieſer Periode über, das bis auf den Zeitpunkt, wo die fremden Rechte allmählig in die Gerichte eindrangen und dem Proceß eine von der urſprünglich deutſchen durchaus verſchiedne Form gaben, im Ganzen unverändert daſſelbe blieb. Wir werden indeß jezt im Stande ſeyn, aus den reichhaltigern Quellen dieſes Zeitraums daſſelbe ausführlicher darzuſtellen, und hier weiter auszuführen, was früher nur angedeutet werden konnte.

Der akkuſatoriſche Proceß war auch in dieſem Zeitraum bis auf wenige Ausnahmen noch der allgemein geltende in den weltlichen Gerichten. Zu ſeinem Anſehen und zu ſeiner Aufrechthaltung wirkten nemlich noch

eben die Urſachen, wie zuvor. Denn noch immer betrachtete man den Richter einzig als den Stellvertreter des Beleidigten, und konnte keine andre Anſicht der Sache haben, ſo lange die zügelloſeſte Anarchie und ein Zuſtand der Dinge fortdauerte, wo die Gewalt mehr entſchied, als das Recht; wo noch nicht Einer mit einer überwiegenden Macht bekleidet war, um den Geſetzen Anſehen zu verſchaffen und die Uebertreter derſelben mit Nachdruck zu verfolgen und zu beſtrafen. Dagegen aber ſtemmte ſich vorzüglich der Adel, von jeher gewohnt, nur im Waffenkampf Recht zu geben und zu nehmen. Nur Ausnahme war es und freie Willkühr, wenn einer aus ſeiner Mitte über Verletzung ſeiner Rechte vor Gericht klagte und ſich nicht lieber durch Selbſthülfe ſein Recht zu verſchaffen ſuchte.

Später erſt, als das gerichtliche Verfahren überhaupt mannichfaltige Abänderungen erlitt, ward auch in mehreren Provinzen das inquiſitoriſche Verfahren in den weltlichen Gerichten üblicher, jedoch immer nur als Ausnahme von der Regel. Zwar war in den geiſtlichen Sendgerichten, ſo wie in den Weſtphäliſchen Gerichten der inquiſitoriſche Proceß der herrſchende: allein die Mißbräuche, deren ſich gerade dieſe Gerichte ſchuldig machten, zogen ihnen und ihrem Verfahren den allgemeinen Haß der Weltlichen zu, und gaben dem Widerwillen, den man aus Beſorgniß für die Unverleztheit der Freiheit gegen den inquiſitoriſchen Proceß gefaßt hatte, ein neues Gewicht. Die häufigen Bedrückungen und Beraubungen, welche vorzüglich die Bewohner der Städte von dem Adel erleiden mußten, die Schwierigkeit, die nicht auf handhafter That ergriffnen Verbrecher zu überführen, denen es nach dem alten deutſchen Anklageproceß frei ſtand, ſich mit einer Anzahl Konpurgatoren von der Anſchuldigung durch den Eid zu rei-

nigen, und die ſelbſt im Fall der handhaften That zuvörderſt beſiebnet werden mußten, ehe eine Strafe verhängt werden konnte: dieſe beſondern Umſtände waren Veranlaſſung, daß zuerſt die Städte von dem Kaiſer oder ihrem Landesherrn das Privilegium zu erlangen ſuchten, gegen grobe Verbrecher, auch ohne daß ein Ankläger auftrat und ohne Beſiebnung, mit Strafen verfahren zu dürfen. Und in der That findet es ſich, daß mehrere Städte, namentlich Nürnberg, Eßlingen, Ulm, Frankfurt und andre t) das Vorrecht erhielten, gegen ſolche Verbrecher, welche die Mehrheit ihrer Rathsglieder für ſtrafbar erklären würde, oder welche ein böſer Leumuth drückte, mit Vernachläſſigung des altdeutſchen Proceſſes, mit Strafen zu verfahren. Im Grunde war dieß dieſelbe Befugniß, welche die zur Aufrechthaltung des Landfriedens beſtimmten Friedensgerichte ausübten, und die jezt den Städten zur Beförderung deſſelben Zweckes, welchen jene hatten, zugeſtanden wurde.

Feſt aber blieb dennoch daneben die alte Regel beſtehen: „Wo kein Kläger iſt, da ſoll auch kein Richter ſeyn.“— In einem ſolchen Grade iſt dieß wahr, daß, als noch am Ende des 15ten Jahrhunderts in mehreren Ländern einige Richter in den gröſſeren und kleineren Landgerichten einen Verſuch machten, das inquiſitoriſche Verfahren einzuführen, dieß die auf ihre Freiheit eiferſüchtigen Stände ſo ſehr erſchreckte, daß ſie ſich von den Landesherrn Zuſicherungen ertheilen lieſſen, daß Niemand „in peinlichen Sachen, wo es Leib, Ehr oder Leben antrifft, anders, denn mit Urtheil und Recht geſtraft oder getödtet werden ſollte.“— So heißt es zum Beiſpiel in

---

t) Vergl. Datt de Pace Publ. Lib. I. c. 1. nro 60 seqq. — Dreyer Nebenſtunden S. 30. und fg. — und Malblanc Geſchichte der peinlichen G. O. Karls V. §. 15. —

einem zwiſchen dem kaiſerlichen Landgerichte in Schwaben und dem Stifte Kempten in der Mitte des ſechszehnten Jahrhunderts unter kaiſerlicher Genehmigung geſchloſſenen Vertrag u): „Es ſoll aber ein jeder Landrichter, in Sachen Mord, Brand, Raub, Todtſchlag, Diebſtahl oder einerlei andern Sachen nicht für ſich ſelbſt ex officio, ohne Klag, ſondern allein auf des Klägers oder Beſchädigten Anrufen und Begehren Ladung oder Verkündung ausgehen laſſen und procediren.“ —

Dieſelben Urſachen indeß, welche den fremden Rechten den Sieg über die einheimiſchen verſchafften, hatten auch endlich dem Inquiſitionsproceß allgemeinen Eingang in die Gerichte eröffnet, ſo daß der Verfaſſer der peinlichen Gerichtsordnung Karls V. ihn ſchon als rechtmäſſig vorausſezt, wenn gleich der akkuſatoriſche Proceß noch immer der herrſchende war, und der inquiſitoriſche nur in subsidium eintrat. Beſonders bemühten ſich die Verfaſſer der Formularbücher, ein Ulrich Tengler und ein Sebaſtian Brand, eine Theorie des inquiſitoriſchen Verfahrens nach dem Vorbilde der italiſchen Kriminaliſten, eines Duranti, Hippolitus de Marsiliis u. A. aufzuſtellen und es dadurch mehr zu verbreiten. Beſtrebungen, auf die wir weiter unten in einem Grundriß der Bildungsgeſchichte der Wiſſenſchaft zurükkehren werden.

Die Anklagefreiheit iſt indeß nach den Rechtsbüchern dieſer Periode nicht ſo ſehr beſchränkt, als nach den Kapitularien der fränkiſchen Könige. Nach dem ſächſiſchen und ſchwäbiſchen Landrecht v) ſollen nur die

u) In Lünig spicileg. eccles. Cont. III. p. 75. — Mehrere Beiſpiele ſ. bei Dreyer u. Malblanc a. a. O.

v) Sachſenſpiegel B. III. Art. 16. „Des Reichs Aechtern und verfeſteten Leuten darf niemand antworten, wenn ſie klagen.“ — Vergl. Schwabenſpiegel Kap. 124. u. 126.

Klagen der Geächteten vom Richter nicht gehört werden. Dagegen ſoll auch niemand zu einer Klage gezwungen werden, nur derjenige, der ſchon das Gerüft vor Gericht erhoben hatte, das als der Anfang der Klage betrachtet wurde, mußte ſie auch fortſetzen, wenn er nicht in eine Geldſtrafe verfallen wollte. Darum heißt es im ſächſiſchen Landrecht w): „Man ſoll Niemanden zu einer Klage zwingen, die er nicht angefangen hat. Jedweder mag ſeinen Schaden wohl verſchweigen, ſo lange er will. Schreiet er aber das Gerüfte x), ſo muß er das vollführen mit Rechte, denn das Gerüft iſt ein Anfang der Klage.“ — Uebrigens mußte der Ankläger die Klage vor dem ordentlichen Richter erheben, der nach den Rechten der Provinz, worin er zu Gericht ſaß, Recht ſprach. Denn lange ſchon hatten die Rechte aufgehört perſönlich zu ſeyn, wenn auch der hohe Adel ſich auch in dieſer Periode nur nach den Rechten der Provinz, aus der er herſtammte, wollte richten laſſen y).

Wir wenden uns jezt zu den peinlichen Anklagen ſelbſt, welche der Verfaſſer des Richtſteigs über das Landrecht mit groſſer Ausführlichkeit aufzählt z). Er theilte ſie in Beziehung auf die zu erkennenden Strafen in ſolche, welche dem Angeklagten „ſyn Lyf, ſyn Geſunt, ſyn Recht, ſyne Ehre, oder den gemennen Bre-

---

w) B. 1. Art. 62.

x) Was darunter zu verſtehen ſey, wird weiter unten erläutert werden. —

y) Bekannt z. B. iſt es, daß Heinrich der Löwe das von Friedrich I. und den verſammelten Fürſten wider ihn geſprochne Urthel aus dieſem Grunde nicht anerkennen wollte.

z) Kap. 30. u. fg.

den" nehmen. — Dieſe verſchiednen Klagen können aber auf vierfache Weiſe angeſtellt werden. „Der Klegere Klage — heißt es am angeführten Ort — velt vierleye wys. Tho deme erſten klagen ſie eine handhaffte Daet, over einem, der gevangen is in der Daet. Tho deme andre klagen ſy overnechtige Klage. Tho deme drüdten Klagen ſy over einen, de ungevangen dar tho der antwerde is. Tho dem vierden klagen ſy over den, de vorflüchtig is." Der wichtigſte Unterſchied ward alſo dadurch begründet, ob gegen einen auf der That ergriffnen Verbrecher, über eine handhafte That, oder über eine übernächtige That die Anklage erhoben wurde, und wiederum war in beyden Fällen das Verfahren verſchieden, je nach dem der Verbrecher zugegen war, oder flüchtig geworden war.

Ehe wir weiter gehen, müſſen zuvörderſt die Ausdrücke handhafte und übernächtige That mit Wenigem erläutert werden. Von dem erſtern giebt das ſächſiſche Landrecht ſelbſt a) folgende Erklärung: „Handhaffte That iſt das, ſo man einen begreift in der That, oder in der Flucht der That, oder wenn er Diebſtahl oder Raub in ſeinem Gewahrſam hat, da er ſelbſt den Schlüſſel darzu trägt, er wäre denn ſo klein, daß man es durch ein Fenſter ſtecken könnte." — Es ergiebt ſich alſo hieraus, in welchem weitern Sinne der Ausdruck handhaffte That genommen wurde. Denn er begrif nicht nur den Fall, wo der Verbrecher im Moment, wo er das Verbrechen verübte,

a) B. II. Art. 35. — Vergl. Richtſteig cap. 30., der folgenden Grund von der Benennung handhaffte That angiebt: „wylen die Dat einem manne alſo thogeheftet is, als oft yt ene tho der Hand klerede." (Vergl. Hauſchild Gerichtsverfaſſung ꝛc. §. 47 — 66). S. ſächſ. Weichbild Art. 113.

verübte oder verübt hatte, ergriffen wurde, ſondern auch, in näherer Beziehung auf Diebſtahl und Mord, wo man in der Gewahrſam und unter dem engern Beſchluß eines ſchon übel berüchtigten Menſchen geraubte oder geſtohlne Sachen antraf, von denen er weder einen Gewährsmann angeben, noch auch beweiſen konnte, daß ſie wider ſein Wiſſen und wider ſeinen Willen durch die Fenſter ſeines Hauſes in ſeine Gewahrſam gebracht ſeyen; ſo wie auch den Fall, wo der Mörder mit dem Mordgewehr in der Hand ergriffen und vor Gericht geführt wurde b). Freilich mußte dann auch noch, damit der Ankläger die Vortheile des leichteren Beweiſes des Ueberſiebnens erlangte, das Gerüft erhoben werden, um ſich Zeugen der handhaften That zu verſchaffen, wie ſich weiter unten ergeben wird. Verſäumte es der Kläger, noch an demſelben Tage die Klage zu erheben, ſo ward die That übernächtig (tagewendig) und der Verbrecher, war er ſonſt ein unbeſcholtner Mann, konnte ſich ſodann durch ſeinen Eid allein von der That reinigen, wogegen der übelberüchtigte ſich der Prüfung durch Ordalien unterwerfen mußte c).

---

b) S. ſächſiſches Weichbild art. 113.

c) Darum heißt es im ſächſiſchen Landrecht B. 1. A. 39: Die ihr Recht mit Rauberei oder Dieberei verloren haben, mögen, wenn man ſie anderweitig Raubes oder Diebſtahls beſchuldigt, mit ihrem Eide deſſen nicht unſchuldig werden; ſondern ſie haben dreierlei zu wählen: Das glühende Eiſen zu tragen, bis an den Ellenbogen, in einen wallenden Keſſel zu greifen, oder im Kampfe ſich zu reinigen. — Vergl. Schwäb. Landr. Kap. 37. — Uebernächtige That erklärt das ſächſiſche Landrecht (II. 36) ſo: „Wenn einer über den andern Tag ſeine geſtohlnen oder geraubten Sachen bei Jemand findet — ſo mag er ſolchen keiner handhaften That beſchuldigen.“ — Vergleiche Dreyers Nebenſt. S. 38. 39. —

Betrachten wir jezt einzeln die verſchiednen Modifikazionen der Kriminalklagen, je nach dem wegen einer handhaften oder übernächtigen That geklagt wurde, wonach vorzüglich auch das ganze gerichtliche Verfahren modifizirt wurde. —

Der Anfang der peinlichen Klage war das Zetergeſchrei, das bei allen Klagen wegen Ungerichts, d. h. wegen Verbrechen, wodurch der Landfrieden verlezt wurde, durchaus weſentlich war d), ſowohl bei einer handhaften That, als auch bei einer übernächtigen, wenn nemlich im leztern Fall der Kläger ſich getraute, den Angeklagten im Zweikampf des Verbrechens zu überführen,

d) Man kann ein dreifaches Gerüft unterſcheiden. Das erſte wurde am Ort der begangnen That oder, wenn der Verbrecher flüchtig war, auf der Nacheile erhoben, ſowohl um ſich Hülfe, als auch Zeugen der handhaften That zu verſchaffen, die den Verbrecher demnächſt überführen (überſiebnen) helfen oder die Verübung des Verbrechens mit bezeugen mußten. Jeder, ſelbſt der Richter, wenn ihn das Geſchrei erreichte, war ſchuldig, dieſem Gerüft mit gewaffneter Hand zu folgen, wenn er nicht in eine Buſſe verfallen wollte. (S. ſächſ. Landrecht I. 53. II. 71. II. 25. — Schwäb. Landrecht, Kap. 152). — Das zweite Gerüft wurde ſodann erhoben, wenn der Verbrecher oder das Corpus delicti vor Gericht gebracht wurde und der Ankläger um Niederſetzung eines Gerichts bitten wollte. Dieſe beiden Arten bilden das ſchlechte Gerüft (auſſergerichtliche Gerüft). Das erſte der beiden genannten Gerüfte mußte erneuert werden, wenn der flüchtige Verbrecher einen andern Gerichtsbezirk erreicht hatte, und nicht mehr im freien Felde, ohne daß Fremde hinzukamen, ſondern erſt in Dörfern oder Städten erreicht und ergriffen werden konnte, damit auch hier die That als handhaft beſtättigt würde. Erſt nachdem die erſten Verfolger Bürgſchaft für Wehrgeld und Buſſe des Angeſchuldigten geleiſtet, im Fall man ihn nicht zu

oder wenn er das Corpus delicti, den Körper des Gemordeten, die geſtohlnen oder geraubten Sachen, das Mordgewehr u. ſ. w. ins Gericht brachte. Darum heißt es im ſächſiſchen Landrecht I. 62: „Jedweder mag ſeinen Schaden wohl verſchweigen, ſo lange er will. Schreiet er aber das Gerüft um Ungericht, das muß er vollfordern; denn das Gerüft iſt der Klage Anfang.“ — So wie aber bei einem jeden einzelnen Akt des gerichtlichen Verfahrens zuvörderſt der Richter um Erlaubniß gebetten werden mußte, ſo konnte auch die Klage nicht ohne ſeine beſondre Vergünſtigung erhoben werden. Der Verfaſſer des Richtſteigs beſchreibt den ganzen Akt folgen-

überführen vermögte, durften ſie ihn in ihren Gerichtsbezirk zurückführen (ſächſ. Landr. II. 71). — Die dritte Art des Gerüftes iſt das eigentliche gerichtliche, das Zetergeſchrei, der Anfang der Klage, das in den verſchiedenen Provinzen verſchieden war. (Gewöhnlich wird das Gerüft in den Rechtsbüchern und Urkunden des Mittelalters das Heulgeſchrey, Heilawgeſchrey, Jodutgeſchrey, Jodutlud, Wegenrong, Wogengerichte, Wurfenröcht u. ſ. w. genannt. Vergl. Dreyer Nebenſtunden Seite 79. u. fg.) Daß übrigens das Gerüft als der Anfang der peinlichen Klage unter den oben genannten Beſchränkungen betrachtet wurde, davon führt das ſächſiſche Landrecht II. 64. mehrere Beiſpiele an. „Weiber oder Jungfrauen heißt es hier — die über Nothzucht vor Gericht klagen, ſollen wegen der handhaften That und wegen der Nothzucht, die ſie beweiſen ſollen, mit Gerüft klagen. Die auch in Dieberey oder Raub Gefangne vor Gericht bringen, ſollen wegen der handhaften That, ſo ſie mit den Leuten erweiſen, mi Gerüfte klagen. Wer auch einen Todten vor Gericht bringt und das Ungericht, ſo an ihm verübt worden, klagt, der ſoll wegen der handhaften That, die ſcheinbar iſt, mit Gerüft klagen. Wer auch beraubt iſt, und weiß, wohin ſein Raub geführt iſt, will er, daß ihm der Rich-

dermaſſen (Kap. 31): „Wenne dat Ding geheget is; ſo late dy kleger den brockhafftigen butten deme dinghe, unde kome othmodlichliken unde drůfliken, unde ſpreke: Eya here her richter, ick bidde dorch got eines mannes, de myn wort ſprecke. Wenne denn yenne an ſyn wort gekomen is, ſo ſpreke de vorſprake. Here her richter, N. de biddet, dat he mute bringen vor ym in dat gerichte einen, de he bereden will, dat he ſyn mörder, oder ſyn Deef, oder ſyn rover, oder ſyn weldener, oder ſyn notthoger, oder ſyn overhurrer, oder ſyn rorveſtede mann ſy, und den he in der handhaftigen Daet begreyen heft, de noch ſchynbar is, und he bewyſen will. So

---

ter dahin folgen ſoll, der muß ihn mit Gerůft dahin laden, und wegen der handhaften That, die er beweiſen will, mit Gerůft klagen. — Wo keine handhafte That iſt, da muß man ohne Gerůfte klagen, wofern man des ohne Schaden bleiben will. — In den Urkunden und Rechtsbůchern des Mittelalters kommt die handhafte That auch unter dem Namen ſchinbare Doet (ſcheinbare That) vor, da Scyn, ſchynbar, in der Sprache des Mittelalters fůr offenbar, augenſcheinlich, genommen wird. Wo daher vollkommne Gewißheit des corporis delicti iſt, wo der Verbrecher bei Verůbung des Verbrechens ſelbſt ergriffen wird, da reden die Urkunden des Mittelalters von einem blichenen, (ylichenen, blůchernen) Schein, und wenn der in handhafter That ergriffne Dieb, die geſtohlnen Sachen auf den Růcken gebunden, oder, wie es gewöhnlich genannt wurde, mit der Undaet, Miſſedaet, der geſtohlnen Have, der Dube, dem wahren Schub, der Berufte, ins Gericht gefůhrt wurde, ſo heißt das, man habe ihn mit dem Schine vorgefůhrt. — Vergl. Dreyer Nebenſtunden S. 123. u. folg. und die daſelbſt in der Note d) angefůhrten Rechtsbůcher und Urkunden des Mittelalters. —

vragh vort, wo du ene to rechte vor den richter in dat gehegede Ding bringen ſchalt. So vintme, met deme geruchte, und met der bewyſinghe, da du ene mede vorwinnen wult. So vůre he ene vort vor gerichte, und ſchrye up dem weze: *Tho Jodute* over mynen morder, oder wo de broke ſy, und over des landes rechte morder. Wenne he denne ene in dat gehegede Ding gebracht heft, ſo ſtille ſy de vronebode." — Sehr deutlich ergiebt ſich hieraus die Art, wie der Kriminalprozeß eingeleitet wurde, und nur Weniges iſt es, was wir zur Erläuterung der angeführten Stelle hinzuzufügen haben. —

Zuerſt müſſen wir hier der *Fürſprecher* (Vorſprake) erwähnen. Zwar ſtand es den Partheien frei, ihre Sachen vor Gericht ſelbſt zu verhandeln; wenigſtens läßt es ſich nicht von allen deutſchen Gerichten behaupten, daß die Partheien verpflichtet waren, ſich Fürſprecher zu erbitten, wenn dieß auch das Sächſiſche Landrecht bezeugt (I. 60): „Ohne Vorſprechen mag ein Mann wohl klagen und antworten, wenn er ſich ſeines Schadens, der ihm daraus entſtehen mögte, tröſten will, als ob er ſich verſpricht, weſſen er ſich nicht wieder erholen mag, wie er bei einem Vorſprecher wohl thun kann, ſo lange er deſſen Rede nicht vor genehm hält." — Vergleiche auch K. G. O. v. 1441. §. 7. — Schwäbiſches Landrecht Kap. 84 88. — Allein immer war es rathſam, in allen peinlichen Anklagen ſich einen Fürſprecher vom Richter zu erbitten, da es, wie mehrere Dokumente des Mittelalters ergeben, von der äuſſerſten Wichtigkeit war, nicht nur ſich in der Erzählung der Thatſachen nicht zu irren, ſondern auch die üblichen Anklageformeln, Zeugeneidsformeln u. ſ. w. deutlich und rein und ohne Stammeln zu ſprechen oder nachzuſprechen, indem wegen eines leichten Verſprechens oder Stammelns Klage oder Zeugniß verworfen wurde, und oft die Sache ſelbſt dadurch

verloren gieng e), und da es ferner den Partheien ſelbſt nicht vergönnt war, ihre Rede zu verbeſſern. Hingegen war es den Fürſprechern erlaubt, ihre Rede mehreremale zu verbeſſern oder, wie es gewöhnlich heißt, zu wandeln, und die Parthei ſelbſt oder ein zweiter Fürſprecher durften die Rede des Fürſprechers im Nothfall verbeſſern f). Ja in wichtigen peinlichen Fällen pflegten ſich die Fürſprecher noch beſondre Helfer g) zu erbitten, die freie Gewalt hatten, die Rede des Fürſprechers zu widerrufen, und in und auſſer dem Gerichte ſich mit

---

e) Vergl. Dreyer Nebenſtunden S. 132. u. f. f., der aus mehreren dort in der Note k) angezognen Urkunden den Beweis führt, daß ſich dieſe Sitte ſehr weit und ſelbſt ins Ausland verbreitet habe. — S. auch Kopp Heſſiſche Gerichtsverfaſſung S. 235. der Beilagen Note g). — Daß es den Partheien ſelbſt nicht vergönnt war, ihre Rede zu verbeſſern, ſagt auch das Kaiſerrecht Kap. 12. und das Schwäbiſche Landrecht Kap. 88: „wer ſyn wort ſelbſt redt, verſprechet ſich der, deſſen mog he ſich nicht erholen zum andern oder zum dritten, als der vorſprecher tud, ſunder he muß den ſchoden han. Eſſen wult ym dan der jener gunnen, der widder en iſt, unde es zu gude halden.“ — Vergl. die ſchon oben angezogne Stelle des Sächſiſchen Landrechts I. 60. —

f) S. Schwäbiſches Landrecht, Kap. 88: „Hat er einen Fürſprecher, und mißſprichet er, er mag ſich wohl erholen mit eynem andern.“ — Vergl. Sächſiſches Landrecht I. Art. 61. —

g) Wenigſtens erwähnt ihrer der Richtſteig, B. 1. Kap. 3. — Aus dieſer Stelle des Richtſteigs ergiebt es ſich, daß überhaupt nur bei ſehr wichtigen Fällen die Fürſprecher ſich beſondere Helfer zu erwählen pflegten, die das Recht hatten, auch vor Gericht den Fürſprecher zu unterbrechen und ſeine Rede zu widerrufen oder zu verbeſſern. Gewöhnlich wählten ſie ſich gleich zwei, da es ihnen

dem Fürſprecher zu bereden, und ſich über das Beſte der Parthei zu berathen. —

Jede Parthei übrigens, welche ſich der Hülfe eines Vorſprechers bedienen wollte, konnte ihn ſich nicht eigenmächtig, ſondern nur mit Erlaubniß des Richters, erwählen h). Dagegen durfte ſich niemand dem Geſchäfte eines Vorſprechers entziehen i), und ſelbſt die Schöppen waren, wenn noch genug zur Findung der Urthel im Gericht übrig blieben, nach gemeinem k) deutſchen Recht verbunden, das Amt des Fürſprechers zu übernehmen, mußten ſich aber alsdann der Findung der Urtheile in dieſer Sache gänzlich enthalten l). — Dieſer

---

nicht erlaubt war, die einmal getroffne Wahl zu verbeſſern. Sie kommen zuweilen unter dem Namen Hörer und Wehrer, und bei den kaiſerlichen Gerichten des Mittelalters unter den Benennungen Anweiſer und Warner vor, Namen, die ſich aus der Natur ihres Geſchäfts ſehr leicht erklären laſſen. — Vergl. Kopp a. a. O. in den Beilagen S. 236. Note h.

h) S. Dreyer vermiſchte Abhandlungen, Th. 3. S. 1220. Note r) und die daſelbſt angeführten Beweisſtellen. Die Fürſprecher hieſſen deshalb procuratores accepti (gegönnte, erlaubte Redner).

i) Sächſiſches Landrecht I. 60: „Vorſprecher mag ſich Niemand weigern, zu ſeyn in dem Gericht, darin er wohnhaft iſt, oder darin er angeſeſſen iſt, oder da er Recht fodert, ohne gegen ſeine Mogen, oder gegen ſeinen Herrn, oder ſeinen Mann, wenn einem ſolchen die Klage an ſeinen Leib, oder ſeine Glieder, oder an ſein Recht geht.“ —

k) Beiſpiele von Ausnahmen ſ. bei Haltaus Glossar. p. 561. seqq. Vergl. auch Kopp Heſſiſche Gerichtsverfaſſung §. 339.

l) S. Reformation des Landgerichts in Schwaben a. 1562. Part. III. t. 13. §. 49: „Es ſoll ein Landrichter denen

Umſtand, daß auch Schöppen, die allemal Genoſſen der ſtreitenden Partheien ſeyn mußten, zu Fürſprechern gekieſt werden konnten, leitet allein ſchon darauf hin, daß auch bei der Wahl der Fürſprecher auf Ebenbürtigkeit und Genoſſenſchaft, wenigſtens in den frühern Zeiten, ſtreng geſehen wurde, wenn es auch nicht durch eine Menge Urkunden aus jenen Zeiten bewieſen werden könnte m).

Zur Förmlichkeit gehörte es dann auch noch, daß die Fürſprecher ſich nebſt ihren etwa gewählten Helfern an das Gericht andingen lieſſen, d. h. ſich alle Vortheile ausbedangen, welche Geſetz und Herkommen einem Fürſprecher und ſeinen Gehülfen geſtatteten n). Ein Ungehorſamer wurde nicht zum Andingen gelaſſen. Wichtig war es übrigens, ſich bei dem Andingen alle ſeine rechtlichen Einreden vorzubehalten, da man ſtillſchweigend dadurch die Kompetenz des Gerichts anerkannte, und ſich dem künftigen Urthelsſpruch unter-

Partheyen, die aus den Urtheilsſprechern Fürſprachen begehren, dieſelben mit guter Ordnung erlauben, und zumahlen nit über zween Urthelſprecher derhalben aufſtehen laſſen, die übrigen aber ſitzen bleiben und dem Prozeß fleiſſig zuhören." — Selbſt in der P. G. O. Karls V. art. 88. wird es den Partheien noch freigeſtellt, die Fürſprecher aus der Zahl der Schöppen zu wählen. — Vergl. Dreyer vermiſchte Abhandlungen S. 1223. —

m) S. vorzüglich Dreyer von den Wirkungen der Genoſſenſchaft, in vermiſchten Abhandlungen S. 1225. u. f. f. In den ſpätern Zeiten ſcheint man von dieſer Strenge abgewichen zu ſeyn. Wenigſtens ſagt das Kaiſerrecht (Kap. 12. der Senkenbergſchen Ausgabe) daß ein jeder beredter und unbeſcholtner Mann, nach erhaltner Erlaubniß, eines andern Wort wohl reden dürfe, auch auf Befehl des Richters reden müſſe. —

n) Siehe Haltaus Glossar. s. v. Andingen. —

warf o) — Der Richter war verbunden, darauf zu achten, daß der Fürſprecher das Beſte ſeiner Parthei wohl in acht nahm, und mußte ihn, wenn er dieß nicht that, nöthigenfalls warnen. Behielt ihn die Parthei dann dennoch bei, ſo unterwarf ſie ſich dadurch allem Schaden, der aus einer ungeſchickten Geſchäftsführung hervorgieng p).

Schon hieraus ergiebt es ſich, daß die perſönliche Gegenwart der Partheien im Gerichte, auch wenn ſie ſich einen Fürſprecher erbeten hatten, äuſſerſt nützlich geweſen ſey. Allein man findet auch, daß Geſetz oder Gewohnheit es den Partheien zur unerläßlichen Pflicht machte, perſönlich zu erſcheinen q). Nur wer wegen bewährter Hinderniſſe nicht ſelbſt erſcheinen konnte, war entſchuldigt, wenn er die Ehehaften durch einen Abgeordneten (Boten) anzeigen ließ, und erhielt in dieſem Fall eine Friſt r).

So wie überhaupt der ganze peinliche Prozeß von Anfang bis zum Ende mit vieler Feierlichkeit und ge-

---

o) Vergl. vorzüglich Kopp Heſſiſche Gerichtsverfaſſung §. 341. und die daſelbſt angeführten Beweisſtellen.

p) S. Sächſiſches Landrecht I. 62. „— — Der Richter ſoll beſtändig den Mann fragen, ob er an ſeines Vorſprechers Wort gehe" (d. h. ob er ſeines Vorſprechers Wort genehmige). — Die Geſetze geſtatteten daher den Partheien, ſich mit ihren Fürſprechern auſſerhalb des Gerichts heimlich zu bereden. — S. Schwäbiſches Landrecht Kap. 86. Sächſiſches Landrecht I. 62. — Wer ſeines Fürſprechers Worte nicht genehmigte, litt dadurch keinen Schaden. S. Sächſiſches Landrecht III. 14.

q) S. Schilter Exercitat. X. §. 40.

r) Sächſiſches Landrecht II. 7: „Vier Sachen ſind, die man echte Noth heißt, Gefängniß, Krankheit, Wallfahrt auſſer Landes, und des Reiches Dienſte. Welche

nauer Beobachtung aller Förmlichkeiten durchgeführt wurde, ſo konnte derſelbe nicht angefangen werden, ehe nicht das Gericht feierlich niedergeſezt war, es mochte nun ein gewöhnliches (ungebotnes), oder auſſerordentliches Gericht ſeyn. Die Feierlichkeiten beſtanden vorzüglich darin, daß, wenn ſich der Richter nebſt ſeinem Schultheiß oder ſonſtigen Vikar und den übrigen Beiſitzern ſo wie den Schöppen verſammelt hatte, der Richter fragte, ob die rechte Tageszeit zur Hegung des Gerichts da ſey, ob es ihm vergönnt ſey, das Gericht zu hegen, u. ſ. w. und daß dem Gerichte zugleich der Friede gewirkt wurde, d. h. daß allen Ruhe geboten, und unterſagt wurde, auf irgend eine Art die Verhandlungen des Gerichts zu ſtören und zu unterbrechen s), bei Vermeidung ſchwerer Geldſtrafen, auch Leibes- und Lebensſtrafen, nach den

---

dieſer Sachen den Mann verhindert, daß er zum Gericht nicht kommen kann, wird ſolche von einem ſeiner Boten, wer er auch ſey, erwieſen, als recht iſt, ſo bleibet er ohne Schaden, und gewinnet Friſt bis zu dem nächſten Gerichtstage, nachdem er von ſeiner rechten Noth ledig wird."

s) Die Verhandlungen ſchwerer peinlicher Sachen geſchahen gewöhnlich an der ordentlichen Dingſtatt. Hier mußten die vorgeladnen Partheien des Morgens frühe erſcheinen und die Ankunft des Gerichts erwarten. Der Richter durfte vor 7 Uhr Morgens und nach 1 Uhr des Nachmittags das Gericht nicht eröffnen. Vergl. Sächſiſches Landrecht III. 61. „Das Gericht ſollen alle die, ſo Dingpflichtig ſind, von der Sonnen Aufgang an bis zu Mittag abwarten, ob der Richter da iſt," — und Schwäbiſches Landrecht Kap. 12: „Man ſoll Gerichte warten, von der Zeit, daz die Sunnen aufgat antz zu Mittag." — Mehrere Beweisſtellen ſ. bei Dreyer vermiſchte Abhandlungen. S. 813. u. f. f., der den Grund dieſer Gewohnheit in der Verehrung findet, worin in

verſchiednen Gewohnheiten einzelner Provinzen t). So weit erſtreckte ſich auch die Ehrfurcht für das Gericht, daß niemand ohne vorgängige Erlaubniß des Richters zu reden wagte u). Uebrigens mußten die Partheien, der Kläger ſowohl, als der Beklagte, alles frageweiſe vortragen, und auf dieſe Fragen fällt der Richter das von den Schöppen gefundne Urtheil x), das immer dieſen Namen führt, es mochte nun ein bloſſes interlokutoriſches Erkenntniß, oder eine definitive Sentenz ſeyn. —

Von ſelbſt wird nun die oben angeführte Stelle des Richtſteigs (Kap. 31), worin die Eröffnung des Kriminalprozeſſes wider einen in handhafter That ergriffnen Verbrecher beſchrieben wird, klar ſeyn und keiner Erläuterung weiter bedürfen. Sobald das Gericht mit den gehörigen Feierlichkeiten eröffnet war, ſobald der Richter ſei-

---

den Zeiten des Paganismus die Sonne ſtand. S. deſſen Abhandlung von dem Nutzen der heidniſchen Gottesgelahrtheit §. 8. in den vermiſchten Abhandlungen S. 814 u. f. f. — Vergleiche auch Kopp Heſſiſche Gerichtsverfaſſung §. 331. u. fg. und die Beilage Nro. 116., welche eine Hegeformel eines peinlichen Gerichts enthält. —

t) In der oben angeführten Formel findet ſich, auf die Frage des Richters, was der, der den Frieden des Gerichts breche, verwirkt habe, folgendes Urtheil der Schöppen: „Wir erkennen vor Recht, wer in das Gericht frebelich trede, der habe den Fueß verbrochen, wer darinn greffe mit eyner Hant, der habe die Hant verbrochen; Tudt he das mit deme gantzen liebe, ſo ſol he den hals verbrochen han.“ —

u) Vergl. z. B. den Richtſteig, wo Kap. 7. 8. und ganz hindurch immer die gewöhnliche Formel wiederkehrt: „Here her Richter, will gy N. wort hören?“ — und in der oben angeführten Stelle: „Eya here her Richter, ick bidde dorch gott eines mannes, de myn wort ſpreke.“ —

x) Vergl. Heineccius Elem. Jur. Germ. Lib. III. tit. VII. §. 265. seqq.

nen Vikar oder die Schöppen gefragt hatte, ob es die rechte Tageszeit zur Hegung des Gerichts ſey, und ob er es mit Recht hegen könne, nachdem ihm der Friede gewirkt worden war, trat der Kläger allein vor, und bat, nach erhaltner Erlaubniß zu reden, um einen Fürſprecher. Auch dieſer mußte die Erlaubniß zu reden erbitten, und trug dann den Fall des Klägers vor, und fragte wie der Verbrecher vor das Gericht gebracht werden ſolle. Die Antwort des Richters war dann nach der Entſcheidung der Schöppen (ſo vintme) verſchieden, u. ſ. w.

Wir fahren jezt nach Anleitung des Richtſteigs (Kap. XXXI.) fort, die Fortſetzung des Verfahrens gegen einen Verbrecher in handhafter That zu beſchreiben. Wenn der Kläger nach dem Ausſpruch der Schöffen mit dem Zetergeſchrei vor Gericht gebracht und die Stille durch den Frohnboten wieder hergeſtellt war, ſo trat der Fürſprecher von Neuem auf, und fragte: ob er jezt die Anklage vortragen dürfe, welches nach dem Ausſpruch der Schöppen geſchah u. ſ. w. —

Wir wollen auch hier die Worte des Richtſteigs ſelbſt ausheben, theils um das zu beſtätigen, was bereits zur Erläuterung des gerichtlichen Verfahrens geſagt worden iſt, theils um noch einige nothwendige Erklärungen hinzuzufügen.

„So ſpreke de vorſprake — heißt es im 31ſten Kapitel weiter — Here her richter, will gy dorch got, und dorch des rechten willen N. wort vort hören. So ſpreke he: Here her richter; he wete vorwar unde wetlicken, wenne em leff is, dat he eme rechte Dat, unde biddе eines ordels, efft he N, ſo met ſynem geruchte, und mit der handhafften daet vor dat gerichte hebbe gebracht, als he ſyne klage yegen eme mogen anſtellen to rechte, edder wat dar rechtes umme ſy? So vintme, he moge, he ſehe, dat he rechte Du. So ſpreke vort. Here her

richter, ſo ſteit hir N, unde klaget unſen Heren gode unde ym in godes ſtede, dat N. ſy gekomen wedder god, und wedder recht, unde hebbe eme yammerliken affgemordet ſynen leven frunt, edder he hebbe eme geweldighliken affgerovet ſyn gert. — N. will he das bekennen, dat mach he dan: will he des aber verſaken, ſo will he des eme vorwinnen, wo yt eme tho rechte ghedeylet werk, und bidde rechtes gerichtes over den vorbenomeden miſſoedighen mann, unde bidde enes ordels. Here her richter, wat ſy nur dar tho dan ſcholen, dat em beyden recht geſchee? So ſpreke de Richter: N. des vroge ick ym. So vintme: dat he N. tho der antwerde byde. Dat vintme ock ander merve unde dritte merve." —

Man ſieht auch hierdurch beſtättigt, was ſchon früher erinnert worden iſt, daß nemlich die Partheien alle ihre Vorträge mit einer Frage an den Richter, was in dieſem Fall Rechtens ſey, beſchlieſſen mußten, die dieſer dann aus dem Munde der Schöppen beantwortete, und daß eine jede dieſer Antworten ein Urtheil genannt wurde y).

Auf eben die Art ward auch der angeklagt, der zwar auf der That ertappt war, aber ſich durch die Flucht gerettet hatte. Man verfolgte ihn mit dem ſchlechten Gerüft ſelbſt bis in fremde Gerichte, wie ſchon oben bemerkt worden iſt, und durfte ihn von da nach geſtellter Bürgſchaft wegen ſeines Wehrgelds wieder in das Gericht des begangnen Verbrechens zurückführen. Konnte man ihn aber auch nicht mehr erreichen, ſo gab es dennoch ein Mittel, die That handhaft zu machen, und den entflohnen Verbrecher dadurch ſeines Rechtes zu berauben, ſich durch einen Eid zu reinigen. Alles kam darauf an, daß die That nicht übernächtig wurde, ſondern daß

y) Vergl. Hauschild Gerichtsverfaſſung, S. 49. in der Note.

der Kläger ſeine Klage denſelben Tag noch, wo die That begangen war, erhob. Daher konnte, wenn der Richter etwa nicht ſogleich zugegen war, die Klage auch bei dem Frohnboten vorläufig angebracht werden, und es wurde in dieſem Fall, wenn nur Zeugen des begangnen Verbrechens oder vielmehr der handhaften That vorhanden waren, die Klage, wenn ſie auch erſt mehrere Tage nachher vor dem Richter ſelbſt ausgeführt wurde, eben ſo betrachtet, als wenn ſie am Tage der begangnen That vor dem Richter ſelbſt angeſtellt wäre. So heißt es im Sächſiſchen Landrecht I. 70: „Wer Verbrechens halber vor dem Gericht mit dem Gerüft beklagt wird, ehe es übernächtig wird, kann der Kläger die Uebelthat ſelb ſiebend erweiſen, ſo echtet man jenen, der es gethan hat, ſogleich. Iſt aber der Richter, um die Zeit, als dieß geſchieht, auſſer dem Gerichte, ſo klage er es dem Frohnboten an des Richters Statt. Hat er dieſer Klage Zeugen des erſten Tags, als der Richter wieder in ſein Gericht kommt, man echtet jenen, als ob die That deſſelben Tags geſchehen wäre.“ — Ja es konnte auch aus der Mitte der durch das Gerüft herbeigelockten Verfolger, wenn der Richter nicht zugegen war, ein Gaugraf gewählt werden, deſſen Pflicht es ſodann war, über die handhafte That zu richten. — Sächſiſches Landrecht I. 55: „Wegen einer handhafften That aber, da ein Mann in Dieberei oder Raub ergriffen wird, da mag man wohl einem Gaugrafen, jedoch zum wenigſten aus drei Dörfern, erwählen. Und der ſoll die That eilend richten, ob man des belehnten Richters zur Hand nicht haben mag.“ — (Vergl. Art. 56, 57). — Wegen einer handhaften That konnte auch Gericht an einem Feiertage oder gebundnen Tage gehalten werden z). —

---

z) An vier Tagen der Woche, nämlich Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag ſollten die Gerichte ru-

So wie, wenn der Verbrecher flüchtig geworden war, vorzüglich Zeugen erfordert wurden, um die That handhaft zu machen, ſo erhielt die Ausſage der Zeugen ein vorzügliches Gewicht, wenn das Corpus delicti ſelbſt vor das Gericht gebracht werden konnte; denn dadurch konnte um ſo leichter der Thatbeſtand des Verbrechens auſſer allen Zweifel geſezt werden. Konnte z. B. der Körper des Erſchlagnen vor Gericht gebracht werden, und bezeugten die Zeugen, daß von dem in handhafter That ergriffenen und entweder vor das Gericht gebrachten, oder entflohnen Verbrecher die That geſchehen ſey, ſo war der vollkommenſte Beweis geführt. Denn nicht mit tiefliegenden Subtilitäten befaßte ſich deutſcher Geradſinn, und an eine Unterſuchung Kunſtverſtändiger, wie ſie die heutige Praxis in einem ſolchen Fall erfordert, war damals noch nicht zu denken.

Jene Sitte, den Körper des Erſchlagnen vor Gericht zu bringen, wenn man die Klage wegen handhafter That gegen einen flüchtigen Verbrecher begründen wollte, findet ſich übrigens in den Dokumenten des Mit-

---

ben, weil an ihnen allen Menſchen Frieden gewirkt war. Nur die in handhafter That ergriffnen oder wegen derſelben verfolgten Verbrecher waren davon ausgenommen. — Darum heißt es im Sächſiſchen Landrecht II. 66: „Heilige und gebundne Tage ſind allen Leuten zu Friedtagen geſezt, und dazu in jeglicher Woche vier Tage, der Donnerstag, der Freytag, der Sonnabend und der Sonntag. — Darum ſind dieſe vier Tage gemeine Friedtage allen Leuten, ohne denen, die in handhafter That gefangen werden, oder die in des Reichs Ueberacht ſind, oder geechtigt ſind in dem Gericht.“ — Vergleiche auch Sächſiſches Landrecht II. 9, und Schwäbiſches Landrecht, Kap. 105, wo es heißt: „Einen Mann begriffen mit der handgethat, den ſchirmen die gebundne Tage nicht.“

telalters durchgängig beſtättigt. So heißt es z. B. im Sächſiſchen Landrecht III. 90: „Wirt auch einem Manne ſein Freund erſchlagen, er mag ihn wohl begraben, ob er wohl weiß, wer ihn erſchlagen; er habe denn der Klagen über jenen mit dem todten Körper ehe begunnt vor Gerichte; ſo muß er ihn auch vollklagen, und mag ihn nicht begraben, ohne des Richters Urlaub, dieweil die Klage ungeendet iſt a).“ —

Später veraltete dieſe Sitte, und eine andre trat an ihre Stelle, nur einen Theil des Leichnams (das ſogenannte Leipzeichen), gewöhnlich die Hand, vor Gericht zu bringen, eine Gewohnheit, die ſich vorzüglich im nördlichen Deutſchland bis ins funfzehnte und ſechszehnte Jahrhundert erhalten hat b).

Wir knüpfen hier ſogleich die Lehre von dem Vorladen und dem Ungehorſam der Partheien an, und werden uns weiter unten, um Wiederholungen zu vermeiden, hierauf beziehen. —

War nemlich die Klage gegen den abweſenden Verbrecher hinlänglich begründet und er der handhaften

That

---

a) S. vorzüglich Dreyer Nebenſtunden S. 83. u. fg., der aus mehreren Stadt- und Landrechten des Mittelalters den Beweis jener Sitte führt.

b) Vergl. Dreyer Nebenſtunden S. 87 u. fg. So heißt es z. B. in den Statuten von Eiſenach v. J. 1283: Quod nemo infra muros civitatis Ysenach aliquem duello potest impetere, nisi tantum pro homicidio, ubi manus mortua interfecti coram judice nostro et scabinis demonstretur. “ — War der Erſchlagne von Stande oder wünſchten es die Anverwandten, ſo ward die Hand nicht vom Körper getrennt, ſondern ſtatt ihrer eine wächſerne Hand in's Gericht gebracht. —

That durch Vorzeigung des Corpus delicti und durch Ausſagen der Zeugen überwieſen worden, ſo ward von dem Frohnboten ſein Name öffentlich ausgerufen, und er vorgeladen c), ſeine Ehehafften, wenn er etwa deren habe, zu beſcheinigen. Erſchien er dann nicht, ſo erfolgte die Acht. Auch in dem Fall trat ſie ſogleich ein, wenn der Verbrecher in dem Gericht zugegen war, ſich aber von dort durch die Flucht rettete d). Jedoch mußte im erſtern Fall nach ſächſiſchem Recht der Kläger mit ſechs Konjuratoren den Beklagten zuvor überſiebnen, oder überſagen, was nach fränkiſchem Recht nicht erfordert wurde e). Das Verfahren, das dabei beobachtet wurde, werden wir unten in der Lehre vom Beweiſe ausführlicher ſchildern.

War aber der abweſende Beklagte der handhaften That nach dem Ausſpruch der Schöppen nicht ſattſam

---

c) Sächſiſches Landrecht I. 66. — „Doch ſoll man Niemand vertheilen ſeinen Leib mit der Acht, noch mit der Oberacht, da er nicht zugeladen oder mit Namen angekündigt iſt. — Eben ſo heißt es im ſchwäbiſchen Landrecht (nach Schilter) c. 83. „Man ſol nieman veraechten, noch urtail über in ſprechen, im werde e fürgebotten.„ —

d) Sächſiſches Landrecht II. 45.

e) Sächſiſches Landrecht III. 39. „Wen man vor Gericht beſchuldigt, und der Richter ihm zu rechter Antwort gebeut, und will er nicht antworten, noch mit Recht ſich entreden, daß er nicht antworten darf, ſo theilet man ihn wetthaftig. — Gehet ihm aber die Schuld an den Leib, oder an ſeinen Geſund, der Kläger muß die ſelb ſiebend auf ihn gezeugen." — In dem ſchwäbiſchen Landrecht hingegen (Kap. 14.), nach welchem der vergeblich Vorgeladne gleichfalls geächtet werden ſoll, iſt von der Ueberſiebnung nicht die Rede; wiewohl das Ueberſiebnen eine allgemeine deutſche Sitte war. —

überführt worden, ſo mußten zuvörderſt drei Gerichtstage abgewartet werden, ehe die Acht gegen ihn verhängt werden konnte f).

Ein gleiches Verfahren wurde beobachtet, wenn der Angeklagte zwar zugegen war, aber in drei Gerichtstagen nicht antworten wollte g). In jedem dieſer drei

---

f) Sächſiſches Landrecht I. 67. „Wen man vor Gericht beklaget, der nicht gegenwärtig iſt, dem ſoll man zu dem nächſten Gericht einen Tag anberaumen. Wen man aber wegen eines Verbrechens anklaget, den ſoll man zu dreien Malen vorladen, jedesmal über vierzehn Nächte. Klaget man wegen einer Uebelthat über einen ſchöppenbarfreien Mann, ſo ſoll man ihn zu dreien Malen vorladen, jedesmal über ſechs Wochen, unter königlichem Banne und zu rechter Dingſtatt. Wer alsdann zum dritten Gericht nicht erſcheint, den ächtet (verfeſtet) man.“ — Man ſieht daraus, wie ſorgfältig auch hier auf den Stand des Beklagten Rückſicht genommen wurde. Bekanntlich äuſſerte übrigens auch die Ebenbürtigkeit und Genoſſenſchaft auch bei der Citation ihre Wirkungen. — S. Dreyer vermiſchte Abhandlungen Th. III. S. 1228. in der Note und deſſen Nebenſtunden S. 102. —

g) Schwäbiſches Landrecht, Kap. 90. „Und iſt, daß einem Mann fürgebotten wird drei Stendt, und kommet er an die Schranne (Dingſtatt) dem da fürgebotten iſt, und höret wohl, daß ihm fürgebotten iſt, und will doch nichts andtworten, und behebet der, der ihm fürgebotten hat, ſeine drei Theiding (Tageding), der Richter ſoll ihm richten, um was er geklagt hat, und ſoll ihn in die Acht thun.“ — An jedem der drei Gerichtstage mußte der Name des Angeklagten von Neuem ausgerufen werden. Vergl. überhaupt Dreyler Nebenſtunden S. 114. u. fg. und die daſelbſt angeführten Stadtrechte von Hamburg, Nordhauſen, Braunſchweig, Freiberg u. a. (bei Westphalen. Monum. inedit. tom. IV. — und Senkenberg vision. de collect. leg. germ.)

Gerichtstage mußte der Kläger erſcheinen, und ſeine Anklage wiederholen, wenn nicht auch ihn Strafen des Ungehorſams treffen ſollten h). — Waren jedoch die Partheien ſchon einmal mit einander vor Gericht erſchienen, und ward entweder durch den Ausſpruch des Richters, oder durch Uebereinkunft der Partheien ſelbſt ein zweiter Dingtag feſtgeſezt, ſo brauchte es keiner dreimaligen Citation weiter, ſondern der Ungehorſam war auch ſchon dann begründet, wenn eine der Partheien in dieſem Termine ausblieb, und den wegen Ungerichts Angeklagten traf dann als Strafe des Ungehorſams ſogleich die Acht i). — Auſſerdem war der Vorgeladne, der im erſten und zweiten Termin nicht erſchien, ſchuldig, dem Richter eine Wette zu bezahlen. Ueberhaupt mußten vorzüglich in Klagen um Ungericht ſowohl vom Kläger, als Beklagten in mehrfacher Beziehung Bürgen geſtellt werden, wenn ſie der gefänglichen Haft entgehen wollten. Der Kläger nemlich mußte Bürgen ſtellen, daß er die Klage fortſezen, der Beklagte, daß er vor Gericht ſich vertheidigen wollte k). —

---

h) S. Richtſteig B. 1. K. 7. — Auch um ein Zeugniß mußte der Kläger bekümmert ſeyn, daß er jedesmal im Gericht erſchienen ſey, und die Klage erneuert habe. Darum heißt es in der in der vorigen Note angeführten Stelle des ſchwäbiſchen Landrechts: — „und behebbet der, der ihm fürgebotten hat, ſeine drey Theiding.“ —

i) Doch mußte nach ſächſiſchem Rechte auch hier die Beſiebnung vorhergehen. S. oben Note e. — S. übrigens ſächſiſches Landrecht II. 9. wo es heißt: „Wer auch anfängt zu antworten, und wenn die Klag auf Handlung gebracht, oder mit Urtheln gefriſtet wird, nicht erſcheint, der iſt der Klage überwunden.“ —

k) Sächſiſches Landrecht II. 9. „Der Richter ſoll auch Bürgen haben von dem Kläger, und von dem, auf welchen die Klage geht, daß ſie zu Recht vorkommen.“ — Und ſchwäbiſches Landrecht Kap. 3. „Da zween Mann für

Konnten ſie keinen Bürgen ſtellen, ſo wurden beide, Kläger ſowohl, als Beklagter, in Verwahrung gebracht. Darum heißt es im ſächſiſchen Landrecht I. 61: „Wer keinen Bürgen haben kann an ſolchen Orten, wo er auch kein Erbe hat, den ſoll die Frohnengewalt behalten, wenn er um Ungericht klagt, oder die Klage auf ihn ſelbſt gehet" (Vergl. III. 17.) In ſofern waren alſo beide in gleicher Lage. Allein der Ankläger hatte den Vortheil, daß er ſich jederzeit durch Stellung von Bürgen von der gefänglichen Haft befreien konnte. Schwäbiſches Landrecht Kap. 153. „Der Richter ſoll keinen Bürgen nehmen ohn den Kläger, da es um einen Todtſchlag iſt, oder um einen rechten Straſſenraub." — Dahingegen geht ſchon aus dieſer Stelle hervor, daß der wegen grober Verbrechen Angeklagte ſich ohne des Klägers Einwilligung auch durch Stellung einer Bürgſchaft nicht befreien konnte. Auch dehnt dieß das ſächſiſche Landrecht auf alle die Fälle aus, wo eine handhafte That vorhanden war. „Wenn die Klage wegen eines gefangnen Mannes — heißt es hier [1] — bis auf den andern Tag mit Urtheilen gefriſtet wird, ſo ſoll man Bürgen geben, er ſey denn in der handhaften That begriffen." —

Verſchieden war aber die Verbindlichkeit der Bürgen des Angeklagten, je nach dem die wider ihn angeſtellte Klage ſelbſt beſchaffen war. In allen den Fällen nemlich, wo ſie nicht zu Hals und Hand gieng, oder wo ſich der Angeklagte durch Buſſe und Wette von der Strafe befreien konnte, mußten ſie nur für das Wehr-

---

Gericht gehen, und klagen um gült einander an, oder um ungericht, die ſollen Bürgen ſetzen, der eine, daß er die Klage vollführe, der andre, daß er der Klage antworte, als Recht ſey." —

1) II. 9. —

geld bürgen. Darum heißt es im ſächſiſchen Landrecht III. 12: „Wird auch die Klage getaget, ſo darf er keine höhere Bürgſchaft beſtellen, als für Ein Wehrgeld, wenn gleich der Klagen viel ſind.“— Und II. 10: „Niemand iſt ſchuldig, höhere Bürgſchaft vor Gericht zu beſtellen, denn ſein Wehrgeld ſtehet u. ſ. w.“ Darum war auch der Angeklagte in einem ſolchen Fall überhaupt von der Verbindlichkeit, Bürgſchaft zu beſtellen, befreit, wenn er im Gerichtsbezirk ſo viel unbewegliche Güter beſaß, als ſein Wehrgeld betrug. Sächſiſches Landrecht II. 5: „Wer ſo viel Eignes in einem Gericht hat, daß es mehr werth iſt, als ſein Wehrgeld ausmacht, der darf keine Bürgen ſetzen, wenn man ihn wegen eines Verbrechens anklagt.“—

In den übrigen Fällen hingegen, wo die Anklage ſchwere Verbrechen betraf, oder wo eine handhafte That vorhanden war, mußten die Bürgen unbedingt den Angeklagten vor Gericht ſtellen, wenn ſie überhaupt mit Einwilligung des Anklägers in ſolchen Fällen zugelaſſen waren.— Konnten ſie es nicht, ſo giengen, wo nicht ein bloſſer Zufall obwaltete, bedeutende Nachtheile daraus für ſie hervor. Verſchieden aber waren dieſe nach ſchwäbiſchem und nach ſächſiſchem Landrecht. Denn nach jenem mußte der Bürge eben die Strafe leiden, die den Angeklagten ſelbſt würde getroffen haben m). Hingegen nach ſächſiſchem Landrecht war der Bürge in einem ſol-

m) Schwäbiſches Landrecht Kap [illegible]. „Wer ausbürget einen Mann von einem Richte[illegible] er ihn fürbringe um Ungerichte, bringet er ihn n[illegible]ir, er muß das alles leiden, das jener ſollte leiden.“— und ebendaſelbſt Kap. 326. „Es ſoll niemand Bürge werden um einen Todtſchlag. Wird aber einer Bürge, man tödtet ihn als jenen.“—

chen Fall nur verbunden, Buſſe und Wette für den Angeklagten zu bezahlen, oder wo die Klage zu Hals und Hand gieng, ſein Wehrgeld n). — Von ſelbſt verſteht es ſich übrigens, daß wenn der Angeklagte ſtarb, oder auch ſich freiwillig vor Gericht ſtellte, der Bürge ſeiner Bürgſchaft entledigt war o). Soviel von den Bürgen der Beklagten. — Der Kläger aber mußte vorzüglich ſich deßhalb zur Haft ſtellen, oder aber Bürgſchaft leiſten, weil er auf den Fall, daß der Angeklagte losgeſprochen würde, dieſem die Buſſe und dem Richter die Wette bezahlen mußte. Denn ſo heißt es im ſächſiſchen Landrecht I. 63: „Wird der überwunden, den man angeklagt hat, man richtet über ihn, als Recht iſt. Erſicht er aber den Sieg, man entläßt ihn mit Wette und Buſſe p).“ —

Als Strafen des Ungehorſams in Klagen um Ungericht wurde oben die Acht genannt, und wir müſſen

---

n) Sächſiſches Landrecht III. 9. Wer eines Mannes Bürge wird, ihn vor Gericht zu bringen, und kann ihn nicht haben, da er ihn vorbringen ſoll, der muß beſſern, nachdem der beklagt war, alſo doch, daß er der Klage zuvor überwunden ſey. Geht ihm aber die Klage an den Leib, er muß ſein Wehrgeld geben. Das ſoll dem Kläger werden, und nicht dem Richter, aber ſeine Gewalt hat dieſer daran. —

o) Ebendaſ. III. 9. Wer aber eines Mannes Bürge wird, ihn vor Gericht zu bringen, und kommt dann der Mann ſelbſt vor, ohne ſeinen Bürgen, und baut er ſich vor Gericht zu Recht, und mag es darnach gezeugen, er hat ſeine Bürgen damit geledigt.“ — Vergl. ſchwäbiſches Landrecht Kap. 139.

p) Vergl. Weichbild art. 35. — und ſchwäbiſches Landrecht K. 386. §. 19 u. 20. —

jezt der Vollſtändigkeit wegen noch einmal darauf zurückkehren. —

Bedeutend waren die Nachtheile, welche die Acht in ihrem Gefolge hatte. Ein Geächteter ward aller ſeiner Rechte verluſtig, und folglich auch auſſer dem allgemeinen Frieden geſezt. Verſchieden war aber die Acht nach Verſchiedenheit des Richters, welcher ſie verhängte. Es gab eine kleinere (Acht ſchlechthin), die von einem Territorialrichter, und eine gröſſere, (Oberacht) die von einem Reichsgericht erkannt wurde. Die Wirkungen der erſtern waren auf das Territorium beſchränkt, deſſen Richter ſie verhängt hatte, während die der leztern ſich über das ganze Reich erſtreckten. —

Die Acht zog den Verluſt der bürgerlichen Rechte nach ſich, mithin konnte ein Geächteter weder klagen, noch antworten, weder Fürſprecher, noch Zeuge ſeyn. Sächſiſches Landrecht II. 63: „Ein jeglicher Mann mag wohl Vorſprecher und Zeuge ſeyn, auch klagen und antworten, ohne in dem Gerichte, darinnen er verfeſtet iſt, oder wenn er in des Reichs Acht iſt.“ — Der Vortheil, ſich da, wo keine handhafte That vorhanden war, durch Eid von einer Anſchuldigung reinigen zu können, war für ihn verloren. — Der Geächtete war auſſer dem allgemeinen Landfrieden. Keiner durfte ihn in ſeine Wohnung aufnehmen, ohne ſich ſtrafbar zu machen q). — Jeder durfte ihn fahen, durfte Gewalt gegen ihn brauchen, um ihn vor den Richter zu bringen, und ihn, wenn er

q) S. ſächſiſches Landrecht. III. 23. „Wer herberget oder ſpeiſt wiſſentlich einen geächteten Mann, er muß darum wetten. Wußte er aber nicht, daß er geächtet war, er entredet das mit ſeiner Unſchuld.“ — Nach dem ſchwäbiſchen Landrecht Kap. 150. ſoll demjenigen, der einen Geächteten aufnimmt, eben die Strafe treffen, die den

ſich zur Gegenwehr ſezte, ungeſtraft verwunden oder tödten r), ohne daß ihn ſelbſt die allgemeinen Friedenstage geſchüzt hätten s). —

Auch dann wurde übrigens die Acht verhängt, wenn der Angeklagte zwar in den Gerichtsterminen erſchienen war, und ſeine Sache durchgeführt hatte, allein ſich weigerte, dem richterlichen Endurtheil Folge zu leiſten. —

Indeß war der Geächtete nicht ohne Mittel, ſich der Acht wieder zu entledigen. War die Acht gegen den Ungehorſamen verhängt, der auf eine dreimalige Vorladung im Gericht nicht erſchienen war, ſo konnte er immer wieder frei werden, wenn er nach erbetnem ſichern Geleit ſich vor das Gericht ſtellte, dort beſchwur, daß er nicht länger in der Acht bleiben wolle, und Bürgen ſtellte, daß er an den nächſten drei Gerichtstagen, die man ihm ſetzen würde, erſcheinen wolle, um dem Kläger zu Recht zu

---

Geächteten ſelbſt würde getroffen haben; ja es ſollen die Mauern der Stadt niedergeriſſen werden, worin dem Geächteten ein heimlicher Aufenthalt geſtattet worden. — An einem andern Orte (Kap. 155.) iſt dem Beherberger die Abhauung der Hand als Strafe gedroht.

r) Schwäbiſches Landrecht. — „Wer einen Aechter oder Friedebrecher fahen will, und wehrt er ſich, und ſchlecht man ihn zu Tod, oder wundet man ihn, man wird dem Richter nicht ſchuldig, noch ſeinen Freunden; mag er ihn nicht geſund fahen, und ſchlecht er ihn zu Tod, oder wundet er ihn, er ſoll ihn doch zu Gericht bringen, und ſoll der Richter über ihn richten nach ſeiner Schuld.“ — (Kap. 151.)

s) Sächſiſches Landrecht II. 66. — „Darum ſind dieſe vier Tage gemeine Friedentage allen Leuten, ohne denen, die in handhafter That gefangen werden, oder die in des Reichs Acht ſind, oder geechtet ſind in dem Gerichte.“ —

ſtehen. Feierlich ward er ſodann vor Gericht der Acht wieder entledigt. Ein neuer Ungehorſam aber zog den Verluſt der geleiſteten Bürgſchaft und die Erneuerung der Acht nach ſich t).

War aber die Acht nur wegen Ungehorſams gegen das richterliche Endurtheil verhängt, ſo konnte der Geächtete ſich jederzeit durch Folgeleiſtung von der Acht wieder befreien.

Wer hingegen in dem Ungehorſam beharrte und ſich der Acht nicht wieder zu entledigen ſuchte, unterwarf ſich dadurch noch mehreren nachtheiligen Folgen, die nach der Verſchiedenheit des einzelnen Falls von einander abwichen. Wer von dem niedern weltlichen Richter geächtet war, verfiel, wenn er ſechs Wochen und einen Tag darin beharrte, auch in den geiſtlichen Bann, oder war er zuerſt in dieſen verfallen, nach dem Verlauf dieſer Zeit auch in den weltlichen, da es allgemeiner und feſtbeſtehender Grundſatz war, daß ſich der geiſtliche und weltliche Arm gegenſeitig unterſtützen müßten. Schwäbiſches Landrecht Kap. 1: „Als ein Mann iſt im Bann ſechs Wochen und einen Tag, ſo ſoll ihn der weltlich Richter zu Acht thun, und wer auch in der Acht iſt ſechs Wochen und ein Tag, den ſoll man zu Bann thun.“— Ebendaſelbſt Kap. 98: „Als der Mann ſechs Wochen in der Acht iſt und ein Tag, ſo ſoll der Richter ſeine gewiſſe Botſchaft darſenden zu dem geiſtlichen Richter, daß er ihn zu Bann thu; alſo ſoll der geiſtlich Richter thun dem weltlichen Richter, und als ihm die Bothſchaft kommet, ſo ſoll er ihn in die Acht thun.“—

---

t) S. ſächſiſches Landrecht III. 17. 18. — II. 4. III. 34. — Weichbild Art. 111. —

Eben ſo wurde auch der Geächtete, wenn er in Ungehorſam beharrte, aus der niedern Acht auch in die höhere Acht gethan, und konnte endlich auf dieſe Art auch in die Reichsacht kommen. Sächſiſches Landrecht I. 71: „Wen der gekorne Gograf, oder der belehnte Richter echtigt, zeuget er ſeine Acht vor dem Grafen, er gewinnt des Grafen Acht über jenen, den er geechtet hat, allzuhand. Alſo gewinnt auch der Graf mit ſeiner Acht des Königs Oberacht.“— Sowohl auf des Klägers Antrag, als auf eignen Antrieb des Unterrichters konnte alſo die Bitte um Erkennung der Oberacht geſchehen, und es brauchte nur erwieſen zu werden, daß die niedere Acht ſchon erkannt ſey.

„Wer aber in des Reichs Acht Jahr und Tag geweſen war, ohne ſich ihrer zu entledigen, ward aller ſeiner Güter verluſtig, indem die Lehne, dem Lehnsherrn, die Allodialgüter aber dem königlichen Fiscus anheimfielen. Sächſiſches Landrecht I. 38: „Die Jahr und Tag in des Reichs Acht ſind, die theilet man rechtlos und vertheilet ihnen Eigen und Lehen. Das Lehen vertheilet man dem Herrn ledig, das Eigen aber in die königliche Gewalt, und ziehen es die Erben nicht binnen Jahr und Tag mit ihrem Eide aus der königlichen Gewalt, ſie verlieren es nebſt jenen, es verhinderte ſie denn echte Noth, daß ſie nicht vorkommen möchten u).“—

Wir haben bisher die eine Hauptgattung der peinlichen Anklage, nemlich die wegen handhafter That ken-

---

u) Vergl. Schwäbiſches Landrecht Kap. 176. — Sächſiſches Weichbild Art. 5. — Landfrieden vom Jahr 1495. §. und ob Jemand.— Was in Abſicht der Erben von echter Noth geſagt iſt, gilt im Allgemeinen, indem auch der

nen gelernt, und wenden uns jezt zu der zweiten Gattung, zu der Anklage wegen einer übernächtigen That. — Bei dieſer Art der Klagen, wo der Angeklagte, war er übrigens ein ſonſt unbeſcholtner Mann, ſich immer mit einer Anzahl Kompurgatoren von einer That losſchwören konnte, wenn auch noch ſo viel Zeugen gegen ihn aufgeführt wurden, trat das Gericht, welches als Anfang der Klage den Ankläger zur Vollführung derſelben verbindlich machte, nur in dem Fall ein, wo der Ankläger ſich getraute, den Beklagten eines Meineids zu zeihen, und ihn im Zweikampf zu überführen, oder wo das Corpus delicti ſelbſt vor Gericht gebracht werden konnte, in welchem Fall aber die That als eine handhafte betrachtet wurde. Von jenem Fall iſt alſo der Richtſteig zu verſtehen, wenn es im drei und dreiſſigſten Kapitel heißt: „Is dye Klage vernachtet, ſo hege der Richter ein Ding, als hiervor geſecht is. So ſpreke des Klägers Vorſprake alſus: Here her richter, N. de biddet, eines ordels, wo he ſyne klage anſtellen ſolle, over einen ſynen redetwecker — dat yt tho ſynen rechte hulzlik ſy. So vintme, he ſcholn ſy anſtellen, mit ſynem gerüchte, als he em vorwinnen will. — So vroge he vort, efft dat gerüchte ſolle vor der klage gen oder de klage vor dem gerüchte? So vintme, dat gerüchte ſcholle vorgann, wente dat is der klage begyn. So biddet he, dat he yt ſchryen mute. So ſprekt de richter: Ick günnet wohl, efft das em noth ſy. So

---

Ungehorſame ſich durch Anführung und Beſcheinigung gegründeter Hinderniſſe von den Folgen des Ungehorſams, der Geächtete von dem Verluſt der Güter befreien konnte. Jedoch mußte der Geächtete, wenn er ſich auch der Acht entledigte, allen Richtern von denen er geächtet war, eine gewiſſe Geldſtrafe entrichten, welche das Schwäbiſche Landrecht die Achtsſchäzung nennt.

ſchrye de ſakeweldige ſulven over N. und unrechte webt. Alſo do he anderwerff, und dritte werff x).“ —

Wir brauchen übrigens zur Charakteriſtik dieſer Art der Anklagen nichts weiter hinzuzufügen, da im Uebrigen ein gleiches Verfahren dabei beobachtet, und gegen den Ungehorſamen, der, wenn er zugegen war, in drei Gerichtstagen nicht antworten wollte, oder abweſend, in drei ihm angeſezten Gerichtsterminen oder an dreien der gewöhnlichen Gerichtstage nicht erſchien, die bereits angeführten Strafen der Acht, des Banns u. ſ. w. verhängt wurden. —

Verfolgen wir alſo den Lauf des peinlichen Prozeſſes weiter. Zunächſt intereſſirt uns hier die Art der Vertheidigung des Beklagten. —

So wie nach Tacitus Zeugniß in den Fehden der einzelnen Völkerſtämme untereinander, oder in den Kriegen gegen einen gemeinſamen Feind die Familienvereine unter der Anführung ihres Familienälteſten meiſt in einen beſondern Haufen vereinigt kämpften und nicht von einander lieſſen: ſo ſcheint es auch, daß von den älteſten Zeiten her auch im bürgerlichen Leben die That oder das Schickſal eines Familiengliedes die Theilnahme der ganzen Familie aufgefodert habe. So war es denn auch Pflicht und Obliegenheit des Familienvereins, einen ihres Geſchlechts, mochte er Ankläger oder Beklagter ſeyn, vor Gericht zu begleiten und ihn mit Zeugniß und Eid

x) Aus der allgemeinen Sitte des Gerüfts erklärt es ſich übrigens, warum in den Rechtsbüchern und Urkunden des Mittelalters der peinliche Ankläger der Schreymann, eine peinliche Anklage eine Schreye, und jemanden peinlich anklagen, vor Gericht beſchreyen genannt wird. — Vergl. Dreyer Nebenſtunden, S. 90. u. ff.

zu unterſtützen. Nur die Verwandten wurden daher, wie dieß eine wunderbare Uebereinſtimmung in den Rechtsgewohnheiten jener Zeiten bei allen nordiſchen Völkerſchaften ergiebt, als Konſakramentalen und Kompurgatoren zugelaſſen, und nur ſubſidiariſch durften fremde Zeugen und Schwörer ſeyn y).

Auch machte die ſchnelle Art des gerichtlichen Verfahrens in jenen Zeiten, wo oft die verwickeltſte Sache durch Zeugen und Eid in wenigen Stunden entſchieden wurde, es nothwendig, daß die Partheien mit einem zahlreichen Gefolge vor Gericht erſchienen. Indeß war es zur Sicherheit des den Gerichten gewirkten Friedens nothwendig, die Zahl des Gefolges zu beſchränken, und ihm das Erſcheinen mit Waffen zu unterſagen, damit nicht der gerichtliche Streit in einen Waffenkampf und in eine Fehde Aller ausartete. Darum heißt es im Schwäbiſchen Landrecht Kap. 132: Wirt ain Mann vor Gericht beklagt, der ſoll ſeiner Freunde nit mehr, dann drizzig mit im füren, mit Schwertern und one Waffen." — Und im Sächſiſchen Landrecht II. 67: „Wer um Ungericht beklagt wird, der mag nicht mehr, denn dreiſſig Mann mit ſich führen. Wenn ſie denn vor-

y) So heißt es z. B. im Sächſiſchen Landrecht III. 32: „— — Nimt ihn ein andrer Herr in Anſpruch, gegen den muß er ihn ſelb ſieben ſeiner Magen oder wahrhaftiger Leute behalten. Vermag aber jener ſelb ſieben ſeiner Magen dreyer vom Vater, und dreyer von der Mutter ſeine Freiheit zu erweiſen, ſo behält er ſeine Freiheit, und widerlegt ihrer aller Zeugniß." — Vergl. Constitutt. Henrici VI. Imp. a. 1190. bei Goldast const. Imp. Tom. 1. p. 70. — Codex Jur. Lubec. a. 1266. art. 9. Jur. Freiburg. a. 1138. bei Schilter Append. ad Chron. Königshofen. p. 14. und andre mehr. S. Dreyer Nebenſtunden, S. 45. u. ff.

kommen vor Gericht, ſo ſollen ſie keine Waffen tragen, ohne allein ein Schwert.“ —

Auch der Angeklagte führte in der Regel ſeine Sache nicht ſelbſt, ſondern erbat ſich gleichfalls einen Fürſprecher. In einem Formular, welches der Verfaſſer des Richtsſteigs (Kap. 32.) giebt, heißt es: „Here her richter, ick bidde ym dorch Gott und alle, die hier umme ſtaen, dat ym nenes unrechtes an my ſtaden, unde myn blut nicht tho unrecht gyten, und bidde eines mannes, de myn wort ſpreke.“ —

Verſchieden war dann die Art, wie der Fürſprecher die Vertheidigung des Beklagten führte. Denn bald waren es Einreden, womit er die erhobne Klage zu zerſtören ſuchte. So findet ſich beim Verfaſſer des Richtſteigs ein Formular, worin der Anklage des Todtſchlags die Einrede der Nothwehr entgegengeſezt wird, wo es heißt: „Here her richter, wil gy hören N. wort? — N. biddet, dat gy em taten daromme en recht ordel werden. Nodeme dat he N. der vromen mann ny wedder dorch hat, noch dorch nener ſake willen, wenn dorch rechten notwere gerettet hefft, dat he bewyſen will met ſynes ſulves lyre, unde met bedderven luden, unde wo he yt tho rechte bewyſen ſchal? eff me ene dorch notwere mort moge anſpreken oder wat dar an recht umme ſy?“ —

Unter der Zahl von Einreden, welche auch den peinlichen Anklagen entgegengeſezt werden konnten, zeichnen ſich einige urſprüngliche deutſche aus. So mußte, wenn eine Klage auf Bezahlung einer Geldbuſſe angeſtellt war, der Kläger zuvor Bürgſchaft leiſten, daß der Beklagte nicht noch einmal von einem andern deſſelben Gegenſtands wegen würde in Anſpruch genommen werden z) — (exceptio guarandae, varendae). — Ferner

z) S. Sächſiſches Landrecht II. 15. III. 14. —

konnte der Beklagte die Einrede entgegenſetzen, daß er die Sprache des Anklägers nicht verſtehe a).

Gewöhnlich kam es zulezt auf die Beweisführung an, indem die Partheien entweder in der Geſchichtserzählung uneinig waren, oder der Beklagte die That ganz ableugnete. — Wir wollen daher die Beweismittel, die in dieſer Periode üblich waren, einzeln aufzählen (in ſo weit ſie den peinlichen Prozeß betreffen) und ſodann ihr Verhältniß unter einander zu beſtimmen ſuchen. —

Zeugen und Eid müſſen auch in der Geſchichte des gerichtlichen Verfahrens in dieſer Periode zuerſt unter den Beweismitteln genannt werden. Aus dieſen beiden

---

a) Sächſiſches Landrecht III. 71: „Jeglicher Mann, den man beſchuldiget, mag ſich wohl weigern, zu antworten, man beſchuldige ihn denn in der Sprache, die ihm angeboren iſt, wo er nicht deutſch kann, und ſolches beſchwört.“ — Abweichend davon iſt das, was man im Schwäbiſchen Landrecht (Kap. 80.) vorfindet. Hier wird geſagt, daß dem Beklagten, der der Sprache des Anklägers unkundig ſey, ein dieſer Sprache kundiger Fürſprecher gegeben werden ſolle. Finde ſich auch ein ſolcher nicht, ſo ſey er doch für überführt zu achten, wenn die That handhaft ſei, wo nicht, ſo ſolle man ihn ſo lange behalten, bis man einen gewinne, der ſeine Sprache könne.“ — Auch in dem Fall ſey übrigens der Beklagte für überführt zu achten, wo durch Zeugen bewieſen werden könne, daß er die Sprache des Anklägers wohl verſtehe.

Uebrigens findet man noch mehrere Einreden, wodurch die Einlaſſung auf die Klage verweigert werden konnte. Vergl. Sächſiſches Landrecht III. 16. Schwäbiſches Landrecht Kap. 124. — Sächſiſches Landrecht III. 26, II. 32. — Vergleiche auch den Richtſteig Kap. 32.

bildete ſich der konjuratoriſche Prozeß, worin jene beiden Beweismittel vereinigt erſchienen. — Denn Zeugen wurden überall nur in ſehr wenigen Fällen zugelaſſen. Verſteht man darunter im heutigen Sinne des Worts glaubwürdige Männer, welche die Wahrheit einer Thatſache durch ihr Zeugniß bekräftigen ſollen, ſo findet man in dem gerichtlichen Verfahren jener Zeiten etwas Analoges höchſtens in dem Fall, wo Richter und Schöppen eine vor ihrem Gericht ehedem geſchehne Thatſache bekräftigten. In den übrigen Fällen hingegen erſcheinen die Zeugen meiſt als Eideshelfer, Konjuratoren, Konſakramentalen, Compurgatoren, die als ſolche nicht de veritate, ſondern nur de credulitate zu ſchwören brauchten. — Der Eid aber war in der Regel, vornemlich in Klagen um Ungericht, das gewöhnlichſte Beweismittel, und diente ſowohl dem Kläger, ſeine Anklage zu beweiſen, als dem Angeklagten ſich von der Anklage zu reinigen. Alles drehte ſich ſonach um den Punkt, ob vorzugsweiſe der Kläger, oder der Angeklagte zum Eide zu laſſen ſey. Keineswegs beruhte dieß in der Willkühr der Urthelfinder, ſondern ward nach einer feſten Regel, mochte dieſe nun auf verſtändigen Gründen, oder auf alter Gewohnheit beruhen, entſchieden. Im Allgemeinen hatte der Angeklagte den Vortheil, ſich von der Anklage durch den Eid reinigen zu können, der durch das Zeugniß auch noch ſo vieler und glaubwürdiger Männer nicht gebrochen werden konnte. So heißt es im Sächſiſchen Landrecht I. 18: „Dreyerley Rechte behielten die Sachſen wider Karls Willen — — das andre, daß ein Mann dasjenige, was er vor Gericht nicht vollführt, wie wiſſentlich es auch ſei, abſchwören kann, und man ihn deſſen mit Zeugen nicht zu überführen vermag.“ — Und eben das iſt auch im Schwäbiſchen Landrecht (Kap. 222) wiederholt worden. —

Nur

Nur in Abſicht der handhaften That findet ſich eine Ausnahme b). Wer in ihr ergriffen worden war, oder gegen wen wenigſtens die Klage wegen handhafter That begründet werden konnte, war nicht der Nähere, ſich von der Anklage durch einen Eid zu reinigen, ſondern konnte vom Ankläger nebſt ſechs Zeugen oder vielmehr Konjuratoren des Verbrechens überführt werden. Darum heißt es im Sächſiſchen Landrecht I. 66: „Wen man mit der handhaften That fängt, den ſoll man ſo, wie er gefangen wird, vor Gericht bringen, und der Kläger ſoll ihn ſelb ſieben überzeugen;“ und Art. 70: „Wer um Ungericht vor Gericht mit dem Gerüfte beklagt wird, ehe es übernächtig wird, kann der Kläger die Uebelthat ſelb ſieben erweiſen, man verfeſtet jenen, der es gethan hat, ſogleich.“ — Und eben ſo im Schwäbiſchen Landrecht Kap. 163: „— — Gat es ihm an den Lyb, man ſoll ihn mit ſyben Mannen überzeugen.“ —

In der That ſcheint es, wie es ſich aus den Annalen und Urkunden des Mittelalters durch eine lange Reihe von Beiſpielen beweiſen läßt c), ſchon ſeit dem neunten Jahrhundert eine durch ganz Deutſchland

---

b) Uns intereſſiren hier nur die Klagen um Ungericht. Sonſt gab es auch in bürgerlichen Sachen mehrere Ausnahmen von dieſer Regel. S. Heineccius Elem. Jur. German. Tom. II. §. 186. u. ff. — Hauschild Gerichtsverfaſſung ꝛc. Kopp Heſſiſche Gerichtsverfaſſung §. 362. und ff.

c) So heißt es z. B. im Baierſchen Landrechtsbuch tit. 4. (bei Heumann Opusc. Jur. German.): „Wirt aber ainer um Notnunft gevangen, den man in überzeugen wil, den ſoll man überwintten mit ſyben Perſonen.“ — Ferner in den Statuten der Stadt Biberach vom Jahr 1312 (Lünig's Reichs Archiv P. spec. Cont. IV. p. 182.): si sine furto fuerit deprehensus, cum septem viris et per

allgemein verbreitete Sitte geweſen zu ſeyn, wider den in handhafter That ergriffnen Verbrecher, wenn er die That läugnete, ſo wie überhaupt in den Fällen, wo er zwar entflohen, die Klage wegen handhafter That aber dennoch gegen ihn begründet werden konnte, durch des Anklägers und ſechs Mitſchwörender Eid den Beweis der That führen zu laſſen. — Ja, ſo weit gieng dieß, daß man in mehreren Gegenden Deutſchlands ſelbſt den geſtändigen Verbrecher dennoch vor der Verurtheilung überſiebnen zu müſſen glaubte, wenn auch die Klage wegen handhafter That gegen ihn begründet war; eine Gewohnheit, die es dem Verbrecher nur zu leicht machte, der verdienten Strafe zu entgehen, da es oft ſchwer war, eine ſo groſſe Menge Konjuratoren zuſammen zu bringen, von welchen noch dazu, wie ſich weiter unten ergeben wird, ſo viel beſondre ſubjektive Eigenſchaften gefodert wurden, und die alſo der Verbrecher leicht aus irgend einem durch Geſetze oder Gewohnheit gebilligten Grunde verwerfen konnte, und deren Zeugniß oder Eid ſogar in manchen Städten und Gegenden ohne Kraft war, wenn ſie die Formel des Zeugniſſes oder Eides nicht mit leichter und geläufiger Zunge, ſondern ſtammelnd und ſtotternd geſprochen hatten d).

---

verba informata et instructa convincetur. — In dem alten Augsburger Stadtrecht (bei Schilter Antiquit. Teuton. Tom. III. p. 102.) heißt es: „Iſt daz ain Mann einen fürbringet für Gericht, den er anſpricht um den Liep, und gat daran, daß er ihn überſiebenen muz, ſo ſol er ſweren mit ſin ainz Hand, darum er ihn da anſpricht, und ſollen den die ſechs, die ihm den helfen wollen, nachſweren.“ — Eine lange Reihe noch mehrerer Beiſpiele findet man bei Dreyer in den Nebenſtunden S. 128. u. ff. —

d) Vergl. Dreyer a. a. O. S. 132. Note k) — Darauf ſcheinen auch z. B. die in der vorigen Note angeführten

Alle dieſe Gewohnheiten, welche die Verfolgung der Verbrechen ſo ſehr erſchwerten, waren die erſte Veranlaſſung, daß namentlich mehrere Städte, vorzüglich diejenigen, worin kaiſerliche Vögte mit dem Blutbann belehnt waren, kaiſerliche Privilegien ſuchten und erhielten, auch ohne die Formalität des Beſiebnens, geſtändige oder überführte Verbrecher richten zu dürfen e).

Worte einer Stelle aus den Statuten der Stadt Biberach hinzudeuten: „si sine furto fuerit deprehensus, cum septem viris, et per verba informata et instructa convincetur.“ — S. auch C. F. Walch Progr. de Ritibus Judic. criminal. in C. C. C. art. C. abrogatis. Jenae 1783.

e) Verſchieden ſind dieſe Privilegien, je nach dem in den einzelnen Städten und Gegenden die Sitte des Beſiebnens in ihrem ganzen Umfange oder nur zum Theil angenommen geweſen war. Zuweilen iſt dem Kläger in ſolchen Privilegien geſtattet, den Angeklagten auch mit weniger, als ſechs Konjuratoren überzeugen zu dürfen. So heißt es in einem Privilegium, welches Ludwig IV. im Jahr 1331 der Stadt Lindau ertheilte: „Wär auch, daß Mann oder Weib mit rechter Schuld und mit dem wahren Schub (ſo viel wie handhafte That — Vergl. Hauschild Gerichtsverfaſſung S. 199. Note r) für ihr Gericht bracht würd: über den ſoll ſchwehren, als vorgeſchrieben ſteht, und zween ehrbar Mann zu ihm: und daran ſoll Sein genug ſein.“ — Und in einem der Stadt Kempten in demſelben Jahre ertheilten Freibriefe:“ Wer ein ſchädlich Menſch für ihr Gericht antwurt, und die gewar ſchuld uff ihn geſchoben wird, mag der Kläger den überkommen, mit zweyen unverſprochnen Mannen, daß ſein Hand die dritt iſt, mit gelehrten Ayden (ſoviel als verba informata et instructa; Vergl. Walch Glossar. interpretat. C. C. C. inserviens s. v. Gelehrt), daß ihn der Kläger denne mit dem Rechten überwunden hab.“ — Zuweilen iſt dieſe Sitte ganz aufgehoben. So ertheilte vorzüglich Maximilian I. meh-

Vorzüglich ertheilte Maximilian I. eine Menge ſolcher Privilegien, und unter ſeiner Regierung, wo zugleich ſo viele andre Urſachen, vornemlich die allgemeine Verbreitung der fremden Rechte, mitwirkten, ſcheint ſich daher die Sitte des Beſiebnens allmählig gänzlich verloren zu haben. Freilich waren früher ſchon andre Mißbräuche, die der Tortur, an ihre Stelle getreten. Wir werden ſie bald in der Geſchichte des Gebrauchs der Ordalien, unter die auch die Tortur im Geiſt des gerichtlichen Verfahrens jener Zeiten gehört, mit aufführen.

Uebrigens wurden, gleichwie in früheren Zeiten, ſo auch jezt noch, gewiſſe Feierlichkeiten bei'm Akt des

---

rern Fürſten, Grafen, Städten u. ſ. w. ſolche Privilegien. Im Jahr 1498 ward dieſe Sitte im Limburgſchen aufgehoben: „Weil bisshero in den Limburgſchen Halsgerichten eine Gewohnheit und Herkommen geweſen, wann ſchädliche Leute in denſelben Gerichten betreten, daß die um ihr Miſſethat, wiewohl wahrer Schub, oder gichtiger Mund (ſcheinbare That) vorhanden were, mit ſiben Mannen, ſo darum ihr Eid thun mußten, bezeugt, und damit vom Leben zum Tod bracht würden, und dadurch das Uebel ungeſtraft bleibe: So haben wir dieſe Gewohnheit abrogirt, auf daß das Uebel geſtraft, der gemein Nutz befördert, und den Rechten ſein Lauf gelaſſen werde; und auf wahren Schub, gichtigen Mund oder Leumuth und ihr Selbſtbekenntniß, richten und ſtrafen, und die Uebelthäter ferner zu verſiebnen nicht ſchuldig ſeyn ſollen." — (bei Goldast Reichsſatzungen Tom. II. p. 129) Mehrere ſolcher Privilegien findet man angeführt bei Haltaus Glossar. for. germ. p. 426. — Vergl. auch Dreyer Nebenſtunden S. 32. u. fg. u. 132, Note i). Hauschild Gerichtsverfaſſung der Deutſchen §. 59. — Datt. de Pace Publ. tom. 1. Cap. 1. n. 71. seqq. — Kopp Gerichtsverfaſſung S. 239 der Beilagen, und Malblancs treffliche Geſchichte der Carolina S. 74. u fg.

Schwörens beobachtet. So geht z. B. aus mehreren Urkunden des Mittelalters die Sitte hervor, daß der Ankläger dem, welchen er überſiebnen wollte, die Hand auf das Haupt legte, und ſodann die Formel des Eides ſprach, die ſeine Konjuratoren nachſprechen mußten. So heißt es z. B. in dem von Herzog Ludwig im Jahr 1349 beſtätigten Landrecht der Grafſchaft Tyrol: „Swa ein ſchädlich Mann oder Frau begriffen worden, iſt er ein ſogtan Mann, daß ihm zu glauben iſt, der ihn berechten will, der ſoll dargehn und ihm zween Finger in den Schopf legen, und der Frauen in die Schaidlen, und ſoll ein Aid ſchwören, daß er das waars wiſſe, daß er ein ſchädlich Mann ſey Land und Leuten, und die Frau ein ſchädlich Frau ſei Land und Leuten, da ſollen ſechs dargehn, und ſollen ihre Hände legen auf des erſten Arm, und die ſollen auch Biederleut ſein, und ſollen ſchwören, daß der Aid rein ſei, und nicht mein; damit ſoll man einen ſchädlichen Mann und eine ſchädliche Frau überſagen f).“ —

Wer alſo in handhafter That begriffen war, wurde niemals zum Reinigungseid gelaſſen, mochte nun der Beſiebnungsproceß gegen ihn angeſtellt, oder vermöge beſondrer Rechte oder Gewohnheiten ein kürzeres Verfahren beobachtet werden. Hingegen wo keine handhafte That im weiteſten Sinn des Worts vorhanden war, da konnte der Angeklagte ſich immer durch einen Reinigungseid entweder allein, oder mit einigen Kompur-

f) S. Dreyer Nebenſtunden, S. 131. Note e), wo mehrere andre alte Rechte angeführt ſind, woraus die Beobachtung derſelben Sitte hervorgeht. — Insgemein aber ſchwur man auch zugleich auf Reliquien. — Vergl. auch Grupen Teutſche Alterthümer zur Erläuterung des ſächſiſchen auch ſchwäbiſchen Land- und Lehenrechts Kap. II. — Sächſiſches Landrecht III. 88.

gatoren (nach Verſchiedenheit der Rechte einer jeden Provinz und Gegend) von der Klage befreien g), wenn ihn nicht anders ſchon ein böſer Leumund drückte; denn in dieſem Fall mußte er durch Ordalien, den wallenden Keſſel oder die Feuerprobe u. ſ. w., ſeine Unſchuld beweiſen, was der Unbeſcholtne mit einem bloſſen Eide vermochte.

Indeß erſcheint dieſer Reinigungseid, in der eigenthümlichen Form, worin er gewöhnlich geleiſtet wurde, auch als eine beſondre Art der Ordalien, und konnte alſo, um ſo leichter dem unbeſcholtnen Manne als Mittel zum Beweiſe der Unſchuld zugeſtanden werden. Denn es findet ſich durchgehends dabei die Sitte beob-

g) Indeß ſcheinen auch dagegen vornemlich einige Städte Privilegien von den Kaiſern erhalten zu haben. Wenigſtens ſcheint dieß ein der Stadt Lindau im Jahr 1321 ertheilter Freibrief zu ergeben, worin der Beſiebnungsprozeß auch auſſer Klagen wegen handhafter That und wegen wahren Schubs zugeſtanden wird. „Swelche ſchädlich Mann oder Weib zu Lindowe in das Gericht käme — heißt es darin — bey dem die ware Schulde und der rechte Schub nit funden würde, denſelben Menſchen ſoll ein jeglich Mann Gewalt han ze überkommende mit sechs ehrbarer Manne Eide den ze globen ſy, und ſoll danne der Kläger den ſiebenden Eid ſelber thun.“ — Eben ſo heißt es in einem der Stadt Kempten im Jahr 1331 ertheilten Freibriefe: „Wo aber die wahre Schuld nit iſt, ſo ſoll der Kläger das Menſche, das er für Gericht geantwurt (angeklagt, S. Walch Glossar. ad C. C. C. s. v. Antworter) hat, überkommen mit ſechs unverſprochnen Mannen, daß ſein Hand die ſiebend iſt, und ſolle den ſchädlichen Menſchen damit überkommen han, daß ihn der Richter zu ſeinem Leib richten ſoll, darnach dafür er den Menſchen geantwort hat.“ — S. Datt. a. a. O. S. 7.

achtet, daß er auf die Reliquien der Heiligen geleiſtet wurde, denen man die wunderſame Kraft der Enthüllung der Wahrheit oder Falſchheit des geleiſteten Eides zutrauete h). Im Sächſiſchen und Schwäbiſchen Landrecht und in den Dokumenten des Mittelalters wird beinahe keiner andern Art, als in den Kirchen, am Fuß der Altäre und auf die Reliquien, zu ſchwören gedacht i).

Da ſich, wie ſchon oben erinnert worden iſt, Zeugen und Konſakramentalen nur ſehr ſchwer von einander trennen laſſen, und ſich nur dadurch von einander unterſcheiden, daß jene de veritate ſchwören mußten, dieſe aber nur ihre ſubjektive Ueberzeugung von der Glaub-

h) Vergl. Du Fresne Glossar. tom. III. p. 1613. — Haltaus Glossar. Germ. p. 855. — Frühe ſchon verſorgten ſich die Kirchen Deutſchlands mit wunderthätigen Reliquien, und wußten es, der Einkünfte wegen, die ſie aus dem verſtatteten Gebrauch derſelben löſeten, bald dahin zu bringen, daß in den Gerichten vornemlich auf Reliquien geſchworen wurde, mochte es nun in der Kirche ſelbſt, oder am Ort, wo das Gericht verſammelt war, geſchehen. (Das Entleihen der Reliquien oder Heiligthümer zum Gebrauch in den Gerichten wird daher im Schwäbiſchen Landrecht Kap. 154. „die Heiligen gewinnen oder kaufen" genannt). Oft mußten auch die Partheien die Heiligen ſelbſt mit ins Gericht bringen, und der Verfaſſer des Richtſteig Lehnrechts ertheilt daher den Rath, die Reliquien immer bey der Hand zu haben, wenn man vor Gericht erſcheine. „So rede hier und alle Wege, dat man hebbe de Hilgen bi ſik nicht verne" (S. 297. der Senkenbergſchen Ausgabe) — Vergl. übrigens Ludovici de solemn. juramentor. Dreyer Nebenſtunden S. 234. u. fg. und Malblanc Doctrina de Jurejurando.

i) S. z. B. Sächſiſches Landrecht II. 4. — Schwäbiſches Landrecht Kap. 361.

würdigkeit der Parthei, auf deren Seite ſie ſtanden, mit einem Eide zu bekräftigen brauchten: ſo darf es nicht befremden, wenn, wie die Rechtsbücher und Urkunden des Mittelalters ergeben, dieſelben perſönlichen Eigenſchaften von den Konſakramentalen gefodert wurden, die auch bei Zeugen ein Requiſit waren[k]).

So war eben ſowohl, wie bei den Zeugen, alſo auch bei Konjuratoren und Kompurgatoren die Ebenbürtigkeit eines der vorzüglichſten Erforderniſſe[l]). — Belege dazu finden ſich in Menge. So heißt es z. B. im Landfrieden vom Jahr 1157 (Senkenberg Sammlung der Reichsabſchiede p. 8): „si rusticus militem de violata pace pulsans, manu sua juraverit, quod non de voluntate sua, sed de necessitate hoc fecit, manu militari se purgabit;“ und in einer Verordnung Rudolphs I. vom Jahr 1287 (bei Senkenberg a. a. O. p. 34): „An allen dieſen Sachen, die vorgeſchrieben ſind, mag ein jeglich Semper-Mann und Frey-Mann, der ſein Recht hat behalten, dem Vater, er ſey ein Fürſt oder anders ein Hochmann, helfen bezeugen, was er weiß. Ein Dienſtmann mag es auch bezeugen mit andern Dienſtmannen. Ein Eigener mit ſeinen Genoſſen. Ein jeglich Freymann hilft wohl einem Dienſtmann, ob er es weiß —— Ein Dienſtmann hilft auch wohl ſeinem Ungenoß; aber die niedern mö-

k) Es ſind dieſelben, die ſchon oben in der Geſchichte der vorigen Periode erwähnt worden ſind. S. Schwäbiſches Landrecht Kap. 76. — Nur fügt das Sächſiſche Landrecht noch hinzu, daß auch diejenigen nicht zu Zeugen angenommen werden ſollen, welche ſich freiwillig zum Zeugniß erbieten (III. 37). —

l) S. vorzüglich Dreyers öfters angeführte treffliche Abhandlung von den Wirkungen der Genoſſenſchaft ꝛc. (in den vermiſchten Abhandlungen Th. III.) §. 4. —

gen den höhern nicht gehelfen," — Allgemein verbreiteten ſich auch dieſe Grundſätze in die Land- und Stadtrechte m). —

Die Konſakramentalen wurden gewöhnlich auch aus dem Geſchlechte des Schwörenden ſelbſt genommen. Wenigſtens findet ſich in dieſem Punkt eine ſo wunderbare Uebereinſtimmung in den Rechtsbüchern der nordiſchen Völker aus jenen Zeiten, und in Hinſicht auf Deutſchland in ſo vielen Urkunden des Mittelalters, daß man berechtigt zu ſeyn ſcheint, eine allgemeine Sitte anzunehmen n). Am Ende kehrte alles freilich auf das Erforderniß der Ebenbürtigkeit zurück, worin alle übrigen zuſammenfielen.

In Abſicht der nöthigen Anzahl der Konjuratoren und Kompurgatoren weichen die Geſetze oder Rechtsgewohnheiten dieſer Periode nicht, wie die der frühern, ſo bedeutend von einander ab. Wie durch eine allgemeine Uebereinkunft iſt in den Rechtsbüchern der deutſchen und celtiſchen Völkerſchaften die ſiebente Zahl feſtgeſezt worden. Ueberall werden ſieben Konjuratoren, ſieben Kompurgatoren erfodert. Schwer iſt es, einen andern befriedigenden Grund davon anzugeben, als die Heiligkeit, worin von jeher bei allen Völkern die ſiebente Zahl geſtanden hat o). —

Uebrigens wird dieſer Reinigungseid in der beſchriebnen Geſtalt eine Art der Gottesurthel. Die ſoge-

---

m) S. Dreyer a. a. O. S. 1242. u. fg.

n) Selbſt die Namen, welche der Eid durch Konſakramentalen in dieſen Rechtsbüchern führt, Kions-Eide, Kions-Neſſa-Eid, Fründer-Eid, Dredt-Eid, Sibbe-Lade u. ſ. w. ſcheinen auf dieſe Sitte hinzudeuten. Vergl. Dreyer Nebenſtunden, S. 52. u. fg. —

o) S. Dreyer a. a. O. S. 135. u. fg.

nannte Purgatio canonica im Gegenſatz der vulgaris, worunter die übrigen Arten der Ordalien verſtanden werden — wurde vom Klerus, ſo wie auch von mehreren weltlichen Fürſten, im Mittelalter vorzüglich begünſtigt, ja ſelbſt in Reichsgeſetzen, vornemlich gegen Landfriedensbre=cher und andre Verbrecher, gegen welche ſtarke Indicien zeugten, nachdrücklich empfohlen, jedoch ſo, daß der Kläger zuvor die vornehmſten Anklagepunkte beſchwören mußte. So heißt es z. B. im Reichsabſchiede von Trier vom Jahr 1512 p): „Wenn der Ankläger die Beſchuldigten (ſolche, die andre heimlich fahen, verblenden, im Gefängniß heim=lich halten, andern verkaufen oder übergeben, heimlich mordbrennen, auch dergleichen Zuſchub mit heimlichen Abſteigen in Schlöſſer und Häuſer üben, etliche fürſetzlich, böslich und wider Recht todtſchlagen und ermorden und ſonſt viel dergleichen Uebelthat begehen) ſeines Beklagens nicht beweiſen konnt, ſondern der Handel auf einen Verdacht, wie obgemeldt, ſtündt: ſo ſoll der Kläger ſolches Verdachts wider den Beſchuldigten Artikel ſeines Verdachts einlegen, und dieſelbigen von ſelbigem Richter zugelaſſen werden, und mit einem glaubwürdigen Zeugen oder Gericht oder Leumuth, oder daß die Perſon, ſo einen Verdacht hätte, des Herkommens und ehrbaren Weſens wär, und der, ſo verdächtig, kleinen Standes, und als=dann, nach Gelegenheit der Perſon und Sachen, der Kläger dieſelben Artikel mit ſeinem Eid betheuern, daß er glaub, wiewohl er die That dieſer Zeit nit beibringen könnte, daß ſolch Artikel des Verdachts wahr ſeyen, und ſo er das gethan hat, ſo ſoll der Beſchuldigt ſchuldig ſeyn, ſich deſſelben mit dem Eide zu purgiren.“ —

Wir wenden uns jezt zu den Ordalien, die in die=ſer Periode einen noch allgemeineren und weiter verbrei=

---

p) In Senkenbergs Sammlung der Reichsabſchiede, P. II. p. 143. §. 6. —

teten Gebrauch erhalten hatten, als in der früheren Periode. Alle die früher genannten Arten derſelben dauerten auch jezt noch fort, und waren auſſerdem durch ein Paar neu hinzugekommne vermehrt worden, die ſich länger noch, als alle übrigen, in Deutſchland erhalten haben. Vergebens war es geweſen, daß die Päpſte von jeher gegen die Ordalien geeifert hatten, vergebens, daß ſelbſt deutſche Herrſcher ſich dagegen erklärt hatten q). Zu tief und innig waren ſie mit der damaligen Bildung des Volks verwachſen, als daß der mächtigſte

q) Bekannt iſt z. B. die Verordnung Friedrichs II.: „Leges, quae a quibusdam simplicibus sunt dictae paribiles, quae nec rerum naturam respiciunt, nec veritatem attendunt, nos, qui veram legum scientiam perscrutamur, et errores a nostris judiciis separamus, praesentis nostri nominis sanctionis edicto in perpetuum inhibentes omnibus regni nostri judicibus, ut nullus ipsas leges paribiles, quae abs-consae a veritate deberent potius nuncupari, aliquibus fidelibus nostris judicet; sed communibus probationibus sint contenti, tam antiquis legibus, quam nostris constitutionibus introductis. Eorum etenim sensum non tam corrigendum duximus, quam ridendum, qui naturalem candentis ferri calorem tepescere, imo (quod est stultius) frigescere, nulla justa causa superveniente, confidunt: aut qui reum criminis constitutum, ob conscientiam laesam tantum asserunt ab aquae frigidae elemento non recipi, quem submergi potius aeris competentis retentio non permittit." — (Constitut. Regni Siculi. Lib. II. tit. XXXI. bei Canciani Leg. antiq. Barbar. Vol. I. p. 349). Freilich iſt dieſe Verordnung nur für die italiſchen Staaten Friedrichs II. gegeben: iſt aber eben daher ein neuer Beweis, wie allgemein verbreitet und geliebt die Ordalien in Deutſchland geweſen ſeyn müſſen, daß ſelbſt ein Kaiſer, ſeiner eignen ſubjektiven Ueberzeugung ungeachtet, es nicht wagen wollte oder durfte, ſie anzugreifen und einen Verſuch zu ihrer Aufhebung zu machen. —

Strom der Rede ſie hätte losreiſſen und fortſchwemmen können.

Die neu hinzugekommnen Arten der Ordalien ſind vornemlich das Bahrrecht (jus feretri, cruentationis, stillicidii sanguinis) und das aus den zahlloſen Hexenprozeſſen Deutſchlands ſo bekannte Wägen der Hexen. Jenes ward vorzüglich angewandt, um den zweifelhaften Urheber einer Mordthat zu erforſchen r). — Denn man wähnte, daß der Leichnam des Entſeelten bei der Annäherung des Mörders durch irgend ein äuſſeres Zeichen, Hervorſtrömen des Bluts aus den Wunden, Sammlung des Schaums vor dem Munde u. ſ. w. den Urheber der That verrathen würde. Deßhalb mußten alle diejenigen, die man des Verbrechens verdächtig hielt, ſich dem Leichnam nähern und die Wunden berühren. —

r) S. vorzüglich Schottel Traktat von unterſchiedlichen Rechten in Deutſchland S. 63. wo es heißt: „Modus hic inquirendi vocatur Baarrecht q. d. jus feretri, sandapilae," weil die verdächtigen Perſonen über die Baar (in quo occisus jacet) geführt und dabey ihres Verdachtes und der Miſſethat ernſtlich erinnert werden. Und müſſen die herzugebrachten verdächtigen Perſonen ihre Finger auf den Nabel, auch auf die Wunden des Entleibten legen und gewiſſe Worte nachſprechen: zu verſuchen, ob man, ſo die berührte Wunde ſchäumet, bebet oder blutet, den rechten Thäter mittelſt ſolcher wunderbaren Anzeigung offenbar machen könne." — Dieſes Baarrecht iſt auch unter dem Namen des Scheingehens bekannt, worunter man indeß auch noch beſonders die Art der Prüfung verſteht, wo der Verdächtige einen vom Leichnam getrennten Theil, z. B. die Hand berühren mußte. Vergl. Vogt von einer beſondern Art des Ordalii oder Godesrecht, das Scheingehen genannt, in Schotts juriſtiſchem Wochenblat, B. 1. S. 46. u. fg.

Gegen die Hexen, die man länger, als ein Jahrhundert hindurch, mit unerbittlicher Wuth in Deutſchland verfolgte, ward vorzüglich das auſſerdem auſſer Gewohnheit gekommne Ordal der kalten Waſſerprobe gebraucht. Fürchtend aber, daß durch den beſondern Schutz ihres Protektors, dem ſie ganz ſich hingegeben, auch Schuldige dieſe Probe glücklich überſtehen möchten, indem ihnen der Böſe ihr natürliches Gewicht entziehen und ſie dadurch vom Untergehen retten könne, erſann man noch eine andre Art der Probe, die ſogenannte probatio per lancem et stateram. Mit gebundnen Händen und Füſſen nemlich wurde die Hexe, wenn ſie die Waſſerprobe glücklich überſtanden hatte, auf die Wage gebracht, um zu ſehen, ob ſie nicht unnatürlich leicht ſey, in welchem Fall ſie ohne allen weitern Beweis für ſchuldig erklärt und verbrannt wurde. — Unter allen Arten der Ordalien aber war keine auch in dieſem Zeitraum ſo ſehr im Schwange, als der gerichtliche Zweikampf. Zu bekannt ſind die Beiſpiele aus der Geſchichte der deutſchen Könige und Fürſten dieſer Periode, welche von der häufigen Anwendung dieſer Art der Gottesurthel zeugen, als daß wir dabei verweilen ſollten. So weiß man, daß Otto I. die Unſchuld ſeiner Tochter durch einen gewiſſen Graf Burchard, als Vorkämpfer (Campio), gegen ihren Verläumder, Graf Kuno, durch einen Zweikampf vertheidigen ließ s); weiß, daß Otto II. die Ehre ſeiner Gemahlin, die wegen Ehebruchs angeklagt war, auf eben die Art rettete; weiß, daß überhaupt unter allen Ständen, denen der Zweikampf geſetzlich zuſtand, er die beliebteſte aller Beweisarten war, nicht nur in Deutſchland,

---

s) S. Dithmarus Merseburgensis (bei Leibnitz) Lib. II. und Continuator. Rheginonis Lib. II. ad a. 950.

ſondern beinah in allen Ländern Europens t). Vieles vereinigte ſich in der That, ihn dazu zu erheben: der Widerſpruch gegen die übrigen Arten der Ordalien von ſo vielen Seiten her, der unbändige Geiſt der kriegeriſchen, waffengewohnten Nazion, die Zügelloſigkeit des Fauſtrechts, und der ſchnell ſich entfaltende Geiſt der Chevalerie. Alle dieſe Urſachen, die den auſſergerichtlichen Zweikampf ſo ſehr vervielfältigten, bewirkten, daß er auch in den Gerichten am liebſten vor allen andern Beweisarten ergriffen wurde, indem er die ſtreitige Sache dem Urtheil Fremder entzog, und die Entſcheidung der eignen Kraft des Arms, geſtärkt durch die Gottheit, vorbehielt, und der freien Perſönlichkeit und Individualität den freieſten, am wenigſten beſchränkten Spielraum ließ.

Immer häufiger ward der Zweikampf in jenem langen Zeitraum, wo das unglückliche Deutſchland, von Faktionen zerriſſen und getheilt, der Schauplatz war, auf welchem die Macht der Kaiſer und der römiſchen Hierarchie um das Uebergewicht kämpfte. Die friedlichen Verhandlungen der Gerichte nahmen immer mehr die Geſtalt von Waffenſpielen an. Die gerichtlichen Zweikämpfe waren in jenen Zeiten allgemein verbreitet. Kaiſer und Groſſe erboten ſich freiwillig dazu, um ſich von Beſchuldigungen zu reinigen. Man kennt die Beiſpiele von Heinrich III. und IV. und von mehreren deutſchen Fürſten u). —

---

t) Vergl. vorzüglich Meiners kurze Geſchichte der gerichtlichen Duelle (im Göttingiſchen Hiſtor. Magazin III. 1. —) und die daſelbſt angeführten Schriften. — Mehrere Schriften findet man angezeigt bei Brunner Literatur der Kriminalrechtswiſſenſchaft §. 47. —

u) Vergl. Lambert. Schaffnaburg. ad a. 1070. 1072. — 1073 — Conradus Herpergensis ad a. 1071. Leh-

Unter der Regierung der Kaiſer aus dem Hauſe Hohenſtaufen, in jenem in ſo mancher Hinſicht goldnen Zeitalter Deutſchlands, wo reindeutſche Poeſie ihre ſchönſten Blüthen trieb und der Geiſt der Chevalerie die Gemüther zu einer noch nie gekannten Höhe ſtimmte, konnte jene Leidenſchaft der Kampfſpiele nicht gemindert werden. Im Gegentheil ward ſie noch unbändiger. Aber dieſe Kampfſpiele ſelbſt gewannen jezt eine ſchöne, regelmäſſige Geſtalt; in dieſem Zeitalter bildeten ſich die feſten Normen, wodurch jene unwandelbar beſtimmt ward, und die uns von den fleiſſigen Sammlern der deutſchen Rechtsgewohnheiten, den Verfaſſern des Sächſiſchen und Schwäbiſchen Landrechts, in ihren Kompilationen aufbehalten worden ſind.

Und ſo war es vergebens, daß die Päpſte x), die es zu ſchwer fanden, die kampfgewohnte Nazion unter das geiſtliche Joch zu bringen, alle ihre Macht dagegen aufboten; vergebens, daß Alexander III. und Cöleſtin III.

---

mann Speyerſche Chronik V. 28. — Bertholdus Constantiensis ad a. 1070.

x) Wie Friedrich II. über den Zweikampf dachte, beweiſt eine ſeiner Siciliſchen Konſtitutionen: „Monomachiam, quae vulgariter duellum dicitur, paucis quibusdam casibus exceptis, inter Barones regni nostrae ditioni subjectos in perpetuum volumus locum non habere, quas non tam vera probatio, quam quaedam divinatio dici potest, quae naturae non consonans, a jure communi deviat, aequitatis rationibus non consentit. Vix enim aut nunquam duo pugiles inveniri poterunt sic aequales, ut vel in totum non sit alter altero fortior, vel in aliqua parte sui vigore majori, et potiori virtute, vel saltem ingeniis alter alterum non excedat.“ — Constitut. Regn. Sicul. II. 33. bei Canciani I. p. 350.

das Kampfrecht gänzlich unterſagten y), daß Gregor IX. eine eigne Bulle gegen das Sächſiſche Landrecht erließ z), daß Sixtus IV. den im Zweikampf Gefallnen eine Ruheſtätte in geweihter Erde verſagte a), und daß endlich das Tridentiniſche Koncilium den Bannſtrahl ſchleuderte, um der gottloſen Gewohnheit auf ein Mal ein Ende zu machen b).

Nur die Bürger mehrerer Städte, denen in friedlichen Gewerben oder im Handel der kriegeriſche Geiſt verloren gegangen war, theilten die allgemeine Sitte der gerichtlichen Zweikämpfe nicht, ſondern lieſſen ſich vielmehr von den Kaiſern beſondere Privilegien ertheilen, wodurch ſie von der Verbindlichkeit, im Gerichte, bald nur

---

y) S. c. 1. x de purgat. vulgar. — und Gonzalez Tellez Comment. ad Decretat. L. V. tit. 35. —

z) Sie ſteht hinter der Ausgabe des Sachſenſpiegels von Zobel.

a) S. Longus a Cariolano summa Conciliorum p. 899.

b) Sess. XXV. c. 19. wo es heißt: „Detestabilis duellorum usus, fabricante diabolo introductus — ex Christiano orbe penitus exterminetur: Imperator, Reges, Duces, Principes, Marchiones, Comites, et quocunque alio nomine Domini temporales, qui locum ad Monomachiam in terris suis inter Christianos concesserint, eo ipso sint excommunicati. — Qui vero pugnam commiserint, et qui eorum patrini vocantur, excommunicationis ac perpetuae infamiae poenam incurrant, et ut homicidae juxta sacros Canones puniri debeant, et, si in ipso conflictu decesserint, perpetuo careant ecclesiastica sepultura. Illi etiam, qui consilium in causa duelli, tam in jure, quam facto dederint, aut alia alia quacunque ratione ad id quemquam suaserint, nec non spectatores excommunicationis ac perpetuae maledictionis vinculo teneantur; non obstante quocunque privilegio, seu prava consuetudine, etiam immemorabili.“ —

nur in fremden (privilegia de non evocando), bald auch in eignen, zu kämpfen befreit wurden c). —

Auſſerdem aber dauerte auch im vierzehnten und funfzehnten Jahrhundert der alte Gebrauch unverändert fort. Selbſt mehrere Städte hatten eigne fortdauernde Kampfgerichte d); in der Gerichtsordnung des Hofgerichts zu Rothweil wurde der Zweikampf in gewiſſen Fällen noch zugelaſſen e) und ſelbſt im Anfange des ſechszehnten Jahrhunderts gab Karl V. eine Verordnung, worin der Zweikampf noch gebilligt wird f).

Irrig wäre es gleichwohl, zu glauben, daß überall alles der Willkühr der Partheien überlaſſen geweſen ſey.

---

c) Man findet mehrere Privilegien der Art bei Limnaeus de jure publico, Lib. VII. c. 35. — Datt. de Pace Imper. publ. Lib. 1. c. 1. und andern.

d) Bekannt ſind z. B. die Kampfgerichte der Städte Schwäbiſch-Hall, Würzburg, Ansbach und andere. S. darüber Schottel Tr. von unterſchiedlichen Rechten in Deutſchland, Kap. 28. — Sebastian Münster Cosmographia Lib. III. p. 803. — Crusius Schwäbiſche Annalen, P. III. L. 6. p. 330. —

e) Hofgerichtsordnung zu Rothweil Lib. V. tit. III. §. 2. (bei Goldast Reichsſatzungen p. 13.): „Item, ob aber Jemand dem Andern ſein Hand niederziehen, und ihn mit ſeinem Leib weiſen wollte, daß darum ihm ein Eid zu thun erkennt wäre, darum ſollen die Urtheilſprecher ſich mit Weisheit beſprechen, was darin zu laſſen, zu thun oder Recht iſt." —

f) Kaiſer Karoli V. Konſtitution, von Gerechtigkeit des Hauſes Oeſterreich, (vom Jahr 1522. bei Goldast a. a. O. S. 315): „Er mag durch einen unverleumbden Mann kempffen, und denſelben ſeinen Kempffer mag deſſelben Tags kein Fürſt, noch ander Perſonen einiger Verleumbdung anziehen." —

Schon oben iſt es angedeutet worden, daß ſich vornemlich im zwölften und dreizehnten Jahrhundert Rechtsgewohnheiten bildeten, wodurch die Bedingungen der Zuläſſigkeit und die Geſtalt des Zweikampfs beſtimmt wurden. In den Sammlungen der ſächſiſchen und fränkiſchen Rechtsgewohnheiten ſind ſie vereinigt und zuſammengeſtellt worden g).

Wenn man die Grenzen kennen lernen will, innerhalb welcher der gerichtliche Zweikampf allein Statt fand, ſo muß man, ſcheint es, auf die Urſachen zurückgehen, denen er, ſo wie die übrigen Arten der Ordalien, ſeine erſte Entſtehung verdankt. Zu trefflich iſt, was Aventin h) über dieſen Gegenſtand ſagt, als daß wir es hier nicht anführen ſollten: Majores nostri — ſagt er — religiosissimi mortales, magis Deo, quam sibi confidebant, plus divinae justitiae ejusque promissis, quam suo ingenio aut sapientiae innitebantur; potiusque coelestibus decretis, quam suis opinionibus stabant, officiis omnibus atque actis supremum numen interesse voluerunt; eaque demum rata haberi, quum divinum auspicium addixisset. Cuncta quasi in theatro superum despectantium in conspectuque Dei Optimi Maximi geri statuerunt. Proinde in causis, quae nullo humano testimonio comprobari poterant, ad coelestia beneficia, ad summam ambiguis maxime criminibus majestatem, quae falli non potest, tanquam ad arbitrium honorarium et judicem omnium confugiebant." —

In der That ſcheint es allein die kindliche Religioſität unſrer Väter zu ſeyn, denen der gerichtliche Zwei-

g) S. vorzüglich Sächſiſches Landrecht I. 63. u. fg. — Schwäbiſches Landrecht, Kap. 170. u. fg.

h) Annales Boici. Lib. IV. c. 14. n. 27.

kampf als eine Art der Ordalien ſeine Entſtehung verdankt, wiewohl ſich manche äuſſere Umſtände vereinigten, die ihn vor allen übrigen Arten der Gottesurthel begünſtigten und vervielfältigten. Wo nicht durch eigne ſinnliche Wahrnehmung die Gewißheit eines Faktums auſſer Zweifel geſezt werden konnte, wagte ſich der ſcheue gottesfürchtige Sinn der Voreltern nicht in das weite Gebiet täuſchender Trugſchlüſſe, denen die Unſchuld nur zu oft zum Raube wird, ſondern vertraute der Gottheit, daß ſie nach Recht durch den Ausgang des Kampfs entſcheiden würde. „Wann was die Leut nit ſehent — ſagt der Verfaſſer des Schwabenſpiegels in rührender Einfalt — das weis doch Gott der Allmächtig wohl. Daran ſollen wir Gott getruwen, daß er den Kampf nun nach Recht ſcheyde.“ —

Ueberall demnach, wo das eigne Geſtändniß des Verbrechers fehlte, wo weder durch Zeugen noch Eid der Beweis geführt werden konnte, und dennoch dem Angeklagten ein ſchwerer Verdacht zur Laſt fiel, nahm man zum Gottesurthel ſeine Zuflucht. Doch, aus heiliger Scheu, ſcheint es, nicht in allen und jeden und geringfügigen Sachen, ſondern nur in Anklagen auf Leben und Tod. „Sciendum est, quod quatuor requiruntur ad hoc, quod contingat duellum; — ſagt der Schotte Skenaeus i). Primo, quod factum, de quo quis pro-

i) Joann. Skenaeus ad Statuta Roberti III. — Vergl. Dreyer Nebenſtunden, S. 222. — Gewöhnlich iſt zwiſchen den Kampfgeſetzen der nordiſchen Völkerſchaften eine wunderbare Uebereinſtimmung (S. Dreyer vermiſchte Abhandlungen I. 147.) und darum fanden wir kein Bedenken, den Skenaeus anzuführen. Auch finden ſich Parallelſtellen im Schwäbiſchen Landrecht Kap. 164. §. 3. Kap. 168. §. 2. Kap. 190.

vocatur, requirat in se poenam mortis. Secundo, quod proditionaliter sit in occulto factum. Tertio, quod ille, qui provocatur per conjecturas vel verisimiles suspiciones seu praesumptiones habeatur suspectus. Quarto, quod causa in se non potest aliter probari, nisi per duellum; et non per testes, neque per instrumenta, aut literas, sive scripta.“ —

Nur als ſubſidiariſches Beweismittel erſcheint daher der gerichtliche Zweikampf, und nur in ſchweren peinlichen Anklagen. — Leicht werden ſich daher nun die Ausſprüche, die man in den Sammlungen der ſächſiſchen und fränkiſchen Rechtsgewohnheiten, ſo wie auch in Meiſter Hans Talhöfer Kampfrechtsbuch über die Zuläſſigkeit des Zweikampfes findet, begreifen und mit einander vereinigen laſſen. —

Im Allgemeinen fand der Zweikampf ſubſidiariſch in allen Landfriedensbruchſachen, im weiteſten Sinn des Wortes, Statt; doch wird dieß gewiſſermaſſen beſchränkt; durch das, was ſich im Sächſiſchen Landrecht darüber findet. — „So muß er ihn denn beſchuldigen — heißt es hier von demjenigen, der Jemanden zum gerichtlichen Zweikampf herausfodern will — daß er den Frieden an ihm gebrochen habe, entweder auf der Landſtraſſe, oder in dem Dorfe. Auf welche Weiſe er ihn gebrochen hat, auf ſolche Weiſe klage er auf ihn. Ferner klage er ihn an, daß er ihn verwundet habe, und ihm Gewalt gethan, die er wohl beweiſen möge. Alsdann ſoll er die Wunden, oder wenn ſie geheilt, die Narben vorweiſen. Darnach klage er weiter, daß er ihn ſeines Gutes beraubte, und deſſen alſoviel genommen habe, daß es nicht ſchändlicher ſeyn könne; es ſey wohl Kampf werth. Die drey Ungerichte ſoll er auf ein Mal klagen; verſchweigt er eins davon, er hat ſeinen Kampf verloren.“

Hier werden alſo mehrere Verbrechen vereinigt erfodert, um die Herausfoderung zum Kampf rechtlich zu begründen. Wenn hingegen Talhöfer in ſeinen im funfzehnten Jahrhundert verfertigten Kampfrechtsregeln ſagt: „Item der Sachen und Artikeln ſind ſieben, darum man noch pflegt zu kempfen. Das erſt iſt Mort, das andre Verräthernüß; das dritte Ketzerey; das vierd, welcher an ſeinen Herrn trülos wirt; das fünfft um ſancknüß in ſtriten oder ſumßt: das sechst um Valſch; das ſiebent, da ainer Junckfrowen oder Frowen benotzogt:" ſo ſieht man leicht, daß hier Landfriedensbruch im weiteſten Sinn genommen iſt, in welchem alle ſchwere Verbrechen dahin gerechnet werden, die zu einer Fehde, und ſo zur Störung der öffentlichen Ruhe Veranlaſſung geben konnten. —

Uebereinſtimmend mit Talhöfer iſt das ſchwäbiſche Landrecht in der Aufzählung der Sachen, in welchen ein gerichtlicher Kampf Statt fand. „Swer den andern anſpricht, daz er an daz rich geraten habe oder daz er ſinen rechten Herrn verraten habe oder ander erbar lüt, oder umb daz mort, oder umb den Brant, oder umb den übeln ſtrauzz rauz, oder um die notnunft, oder daz er mit vergift umbgegangen ſi, und unrecht damit getan hab. Umb vorgenannter ſache alle ſol man richten, alz davor geſchriben ſtät[k]).

Im Allgemeinen ward der Zweikampf freilich nur als ſubſidiariſches Beweismittel betrachtet. Indeß ſtand es häufig einer Parthei frei, die andern Beweismittel des Gegners zu verwerfen, und die Sache auf den Kampf zu ziehen. Dahin gehören z. B. die Fälle, wo Jemand einen Mann erſchlagen hatte, und den Beweis führen wollte, daß es über Raub oder Dieberei oder in rechter

k) Kap. 228. (bei Scherz S. 133).

Nothwehr geſchehen ſey. In dieſem Fall konnte er zwar den Todten überſiebnen; allein wenn einer der Verwandten des Erſchlagnen die Sache auf den Kampf zog, ſo war er geſetzlich verbunden, ſich dieſem zu unterziehen l), wenn nicht der Erſchlagne geächtet geweſen war. —

So wie zu einer jeden Handlung im Prozeß die vorgängige Erlaubniß des Richters erfodert wurde, ſo auch zur Herausforderung zum Duell (kämpflichen Gruß), um ſo mehr, da es ſo manchem Zweifel unterliegen konnte, ob eine Sache zum Zweikampf geeignet ſey oder nicht. Darum heißt es im Sächſiſchen Landrecht (I. 63): „Wer kämpflich grüſſen will einen Genoſſen, der muß bitten den Richter um Erlaubniß, ſich eines ſeiner Friedebrecher, den er da ſahe, mit Recht zu unterwinden." — Doch auch die Art der Herausforderung mußte ſodann durch ein gefundnes Urtheil beſtimmt werden. „Wenn ihm das mit Urtheilen gefunden wird, daß er es thun möge, ſo frage er, wie er ſich deſſen unterwinden möge; ſo findet man ihm zu rechte, er ſolle denſelben an der obern Oeffnung des Kleides ziehen m)." Nach dieſer vorgängigen Herausforderung ward ſodann die Klageformel vorgebracht. „Wenn er ſich deſſen alſo unterwunden, und ihn mit Urlaub wieder los gelaſſen hat, ſo ſoll er ihm kündigen, warum er ſich ſeiner unterwunden habe. Das mag er zur Hand thun, ob er will, oder ein Geſpräch darum nehmen (einen Gerichtstag verabreden)." —

Doch auch dem Gegner, wenn er ſich auch im Gericht zugegenfand, konnte nicht zugemuthet werden, ſich ſogleich in den Zweikampf einzulaſſen, ſondern es mußte ihm

---

l) Vergl. Sächſiſches Landrecht I. 64. — Sächſiſches Weichbild art. 85. — Schwabenſpiegel Kap. 165, 187. —

m) „Haubtgate" S. vorzüglich Grupen deutſche Alterthümer, S. 83.

nach Verſchiedenheit des Standes eine längere oder kürzere Friſt zugeſtanden werden, wenn er nicht ſchon zuvor vorgeladen war n). Zur Sicherheit aber, daß der Kampf vollzogen werden würde, gaben die Partheien ein Pfand, verſchieden in den einzelnen Provinzen, gewöhnlich eine Summe Geldes (Kampfſchatz, Kampfwedde) welche der Richter in Verwahrung nahm. „Vadiatur duellum, — ſagt der ſchon angeführte Schotte Skenaeus cum actor querelam suam proponit, eamque duello per se vel per campionem se probaturum offert. Et reus affirmat contrarium in verum, et se vel suum campionem in sui suaeque causae defensionem ad duellandum offert. Hinc inde dantur wadia.“ — Wenn dann am Tage des Kampfs der Beklagte im Gericht nicht erſchien, ſo ward er, nachdem ſein Name dreimal vom Frohnboten ausgerufen war, und der Kläger ſich durch einige Streiche in die Luft zum Kampfe bereit gezeigt hatte, für überwunden erklärt, und dem gemäß verurtheilt o).

Jedoch nicht immer war der Herausgefoderte, ſelbſt in einer ſonſt zum Kampfe geeigneten Sache, verbunden, die Herausfoderung anzunehmen, ſey es, daß es dem Herausfoderer an einer der abſolut oder relativ nothwendigen perſönlichen Eigenſchaften fehlte, oder daß er eine der durch Geſetz oder Gewohnheit beſtimmten Formen vernachläſſigt hatte, oder daß der Herausgefoderte ſelbſt wegen irgend einer in den Rechten gebilligten Urſache von der Uebernahme des Kampfs befreit war.

n) Vergl. Sächſiſches Landrecht II. 3. — Schwäbiſches Landrecht Kap. 171. §. 2. — Kampfgerichtsordnung des Burggrafthums Nürnberg §. 28. (bei Bürgermeiſter Corp. Jur. etc. pag. 711).

o) S. Sächſiſches Landrecht I. 63. — Schwäbiſches Landrecht Kap. 386. §. 21—26. (nach der Ausgabe von Scherz).

Vor allen andern war es unerläßliche Bedingung, daß der Herausfoderer dem Beklagten am Stande gleich, d. h. ſein Genoß war p). So heißt es ſchon in einer Konſtitution Friedrich I. q): si miles adversus militem pro pace violata aut aliqua capitali causa duellum committere voluerit, facultas pugnandi ei non concedatur, nisi probare possit, quod antiquitus ipse cum parentibus suis natione legitimus miles existat." — Und im Sächſiſchen Landrecht I. 63. „Ein jeglich Mann mag Kampfes wegern dem, der nicht ſo wohl geboren iſt als er. Wenn er aber baß geboren iſt, ſo kann ihn der weniger Geborne nicht verwerfen, um der beſſern Geburt willen, ob er ihn anſpricht." —

Unbezweifelt alſo ergiebt ſich hieraus, daß der höher Geborne die Herausfoderung eines ihm nicht Ebenbürtigen jedesmal ausſchlagen konnte; nicht aber der niedriger Geborne die des Höheren. Damit ſtimmt auch die Regel des Weichbildes überein (art. 55): „Quilibet homo potest duellum sibi in generatione deteriori, sed non deterior meliori denegare;" und Talhöfers: „Iſt daß ein Mann kämpflich angeſprochen wird von einem, der nit als gut is als er, dem mag er mit Recht usgan ob er will, oder ob ein Mann echtlos geſaget würde oder worden wäre, dem mag man auch des Kampfes abſyn r).

Daher mußte denn auch ein ſemperfreier Mann, wenn er einen andern Freien zum Kampf herausfoderte,

p) S. vorzüglich Dreyers vermiſchte Abhandlungen, III. S. 1226. u. folg.

q) Bei Senkenberg Sammlung der Reichsabſchiede, T. I. p. 8. — Sie ſteht auch II. F. 27. —

r) Vergl. noch Sächſiſches Landrecht III. 65. — Schwabenſpiegel Kap. 164. (nach Berger) Jus feud. allemann. c. 51.

ſeine vier Ahnen und ſein Handmahl (forum suum) r) beweiſen. Darum heißt es im Sächſiſchen Landrecht (III. 29): „Es darf kein ſchöppenbarer Mann ſein Handmahl beweiſen, noch ſeine vier Ahnen benennen, er ſpreche denn einen Genoſſen kämpflich an;“ — und an einem andern Ort (I. 51.): „welcher ſchöppenbar freier Mann ſeinen Genoſſen zum Kampfe anſpricht, der muß ſeine vier Ahnen und ſein Handgemahl anzeigen, und die benennen, oder jener verweigert den Kampf mit Rechte. Wer ſich des andern unterwindet, der ihm mit Recht entgeht, den muß er mit Buſſe laſſen.“ —

Aber auch der freigeborne Mann konnte durch Verbrechen ſich der Vorrechte ſeiner Geburt verluſtig machen, und einem ſolchen konnte auch der Kampf geweigert werden. „Welcher Mann unbeſcholten iſt von Vater und von Mutter — heißt es im Schwäbiſchen Landrecht Kap. 384 — und von ſeinen vier Ahnen an ſeinem Recht, den mag Niemand an ſeiner Geburt geſchelken, er habe denn ſein Recht verloren mit Unthat.“ —

Dahin gehörte denn z. B. auch, wenn einer das Unglück gehabt hatte, im Zweikampf zu unterliegen. Ein ſolcher verlor ſeine Ehre, und ward aller bürgerlichen Rechte verluſtig t).

Auſſerdem waren noch einzelne Urſachen durch Geſetz oder Gewohnheit gebilligt, wodurch die Verweigerung des Kampfs gerechtfertigt ward; dahin gehört, daß Niemand auſſer ſeinem Gerichtsbezirk zum Kampf aufgefodert werden konnte u), und auch hier nur des Vormit-

---

s) S. Grupen a. a. O. S. 91. u. folg. — Vergl. Schwäbiſches Landrecht Kap. 384. — Sächſiſches Landrecht I. 48.

t) S. Dreyer vermiſchte Abhandlungen III. 1275. u. folg.

u) Sächſiſches Landrecht III. 26.: „In einem auswärtigen Gericht antwortet kein Schöppenbarer Mann Jemanden

tags x); daß Verwandte unter einander nicht verbunden waren zu kämpfen y) und daß Schwächlichkeit oder Gebrechlichkeit des Körpers vom Zweikampf befreite z). — Lahme und Gebrechliche aber, oder die überhaupt wegen Jugend oder Alters nicht kampffähig waren a), ſo wie ſolche, denen der Kampf geſetzlich unterſagt war, Weiber b)

---

zum Kampfe. In dem Gericht muß er antworten, darin ſein Handmahl liegt." — Schwäbiſches Landrecht Kap. 292.

x) Sächſiſches Landrecht I. 63. „Den Kampf kann auch ein Mann verweigern, wenn man ihn nach Mittag darum anſpricht, er wäre denn bereits angefangen." — Anders war es, wenn der Kampf am Vormittag nicht vollendet war (S. Schwäbiſches Landrecht Kap. 385. §. 16).

y) Sächſiſches Landrecht I. 63.: „Kampf kann auch ein Mann unter ſeinen Magen verhindern, ob ſie beyde ſeine Magen ſind: doch daß er ſelb ſieben auf den Heiligen erhalte, daß ſie ſo nahe Magen ſind, daß ſie mit Recht nicht mit einander kämpfen können." — Vergl. Schwäbiſches Landrecht Kap. 386. §. 2. —

z) Sächſiſches Landrecht I. 63.: „ob er da iſt, ich meine, ob ers vor Lähmniß vollbringen kann."

a) Lahme Leute ſollen auch ohne Vormünder antworten und klagen, es ſey denn, daß die Klage zu Kampf gehe. Alsdann ſoll einer von ihren ebenbürtigen Schwertmagen ihr Vormund ſeyn, wer er auch ſey, der es thun will. Und kann der lahme Mann, den man zu Kampf grüſſet, ſeinen rechten Vormund nicht haben, und ſolches eydlich erhalten, ſo gewinnet er zum Vormund jeden, wer es für ihn thun will, oder wen er mit Gelde dazu miethen mag; ob man gleich ſeinen rechten Vormund anzugeben wüßte." — (Sächſiſches Landrecht I. 48) vergl. Schwäbiſches Landrecht Kap. 60.

b) Dieſe konnten indeß auch ſelbſt kämpfen, wenn ſie wollten, nach Schwäbiſchem Landrecht, Kap. 229.

und Geiſtliche c) hatten das Recht, einen Kämpfer an ihrer Statt (Campio) zu ſtellen.

Wir nähern uns jezt der Beſchreibung des Kampfes ſelbſt, der als eine religiöſe Handlung mit geziemendem Anſtand und ernſter Feierlichkeit vollführt wurde. — Das ganze Ceremoniell, das dabei beobachtet wurde, war durch Geſetz und Gewohnheit genau beſtimmt. — Wo nicht ein eigner dem Kämpfen geweihter Platz vorhanden war, erwählte ihn der Richter, und ließ ihn rings mit Schranken umgeben, um das Andrängen des Volks zu verhindern d). — In Abſicht der Bewaffnung beſtimmt das Sächſiſche Landrecht (I. 63.) folgendes: „Leder und Leinenzeug mögen ſie anziehen, ſo viel als ſie wollen; Haupt und Füſſe ſeyen ihnen blos, und an den Händen ſollen ſie nichts anders als Daumhandſchuh haben; ein bloſſes Schwert in der Hand, und eins umgürtet, oder auch zwey, denn das ſteht in ihrem Belieben; in der andern Hand einen Schild, daran nichts als Holz und Leder ſey, auſſer den Buckeln, die müſſen wohl eiſern ſeyn. Einen Rock ohne Aermeln trage er über der Rüſtung.“ —

Am Tage des Kampfes erſchienen die Kämpfer ſo gewaffnet vor den Schranken des Kampfplatzes, in Begleitung eines Geiſtlichen und eines zahlreichen Gefolges von Verwandten. Dem umſtehenden Volke ward vom Richter Frieden geboten, und die Partheien begehrten ſodann in den Kreis eingelaſſen zu werden, wo die Rich-

---

c) Wegen der Verbote Alexanders und Cöleſtins III. (de clericis in duello pugnant. tit. X).

d) In der altdeutſchen Sprache heißt der Kampfplatz Kreyt, Kryt, Krais, Grais, Ring, Werf, wegen der gewöhnlichen runden oder ovalen Geſtalt. S. Dreyers Nebenſtunden S. 232.

ter ſchon zugegen waren. Dieß geſchah, und die Partheien beſchworen darauf gegenſeitig auf die Reliquien von Heiligen die Wahrheit der Anklage und ihre Unſchuld. — Die Waffen werden von den Kampfrichtern unterſucht, und die Kämpfer betreten, nachdem ſie das Abendmahl empfangen, in Begleitung von ein paar Grieswärteln e) den Kampfplatz. — Sonne und Wind wird ihnen gleich getheilt, und auf ein gegebnes Zeichen beginnt ſodann der Kampf. Der Unterliegende, war es der Angeklagte, wird nach dem Inhalt der Klage verurtheilt; war es der Ankläger, ſo iſt er verbunden, nach der Gröſſe des angeſchuldigten Verbrechens Buſſe und Wette zu bezahlen. Häufig bediente ſich der Sieger des Rechts, den Unterliegenden zu tödten, doch konnte auch die Willkühr des Richters den Kampf früher beenden (was den Kampf aufnehmen genannt wurde) f).

Wir dürfen die Gallerie der Ordalien nicht ſchlieſſen, ohne zuvor noch die Tortur mit darin aufgeführt zu haben, die nach der allmähligen Abſchaffung des Beſiebnungsprozeſſes an die Stelle deſſelben getreten war, und als ein ſichres Mittel, die Wahrheit zu erforſchen, be-

e) Nach dem Sächſiſchen Landrecht (I. 63) ſollen ſie lange Stangen oder Bäume in der Hand führen und den Kämpfern zum Beiſtand dienen; fällt nemlich Einer oder wird verwundet, ſo darf er um den Baum nachſuchen, womit die Grieswärtel mit Erlaubniß des Richters die Kämpfer trennten.

f) Die Belege zu dem Allen finden ſich im Sächſiſchen Landrecht I. 63. Vergl. Heineccius Element. Jur. Germ. Lib. III. §. 247. seqq. Hauschild Gerichtsverfaſſung S. 68. u. folg. — Dreyer Nebenſtunden S. 224. u. folg. und Abhandlungen I. S. 160. u. folg. — Fr. Maier Geſchichte der Ordalien S. 258. u. folg. und andre mehr.

trachtet wurde, indem man der Gottheit vertraute, daß ſie den Unſchuldigen die Schmerzen und Qualen der Folter glücklich würde überſtehen laſſen. —

In den frühern Jahrhunderten des Mittelalters ſcheint zwar die Tortur in den weltlichen Gerichten Deutſchlands unbekannt geweſen zu ſeyn; denn nirgends findet man in gleichzeitigen Schriftſtellern, nirgends ſelbſt im Sächſiſchen und Schwäbiſchen Landrecht eine Spur davon. Viele haben daher geglaubt, erſt mit der Verbreitung des römiſchen Rechts ſey die Folter in Deutſchland bekannt geworden g). Allein, wenn es ſich auch nicht leugnen läßt, daß die Grundſätze des römiſchen Rechts über die Tortur, die in jenen Zeiten ſo ſehr mißverſtanden wurde, auf die Anwendung derſelben einen ſehr groſſen Einfluß hatten, ſo war die Tortur ſelbſt dennoch ſchon weit früher in den geiſtlichen Gerichten Deutſchlands bekannt geweſen. So wie ſich in ihnen der Inquiſitionsprozeß durch die Verordnungen mehrerer Päpſte bildete, ward auch die Tortur als Surrogat der alten Ordalien immer üblicher. Schon in dem Dekret Gratians geſchieht der Tortur häufig Erwähnung, und die Dekretalen der Päbſte beſchäftigten ſich nicht ſelten damit. Gregor VII. z. B. fand es nöthig zu verordnen: daß man nicht zu raſch und vorſchnell mit der Folter vorſchreiten ſolle h). Noch häufiger erwähnen ihrer die Reſkripte Alexanders III. und Innocenzens III. i); immer jedoch in Verbindung mit dem Inquiſitionsprozeſſe.

---

g) S. z. B. Schilter Exercitat. 49. §. 164.

h) C. b. X. de R. J.: „In ipso causae initio non est a quaestione inchoandum.“ —

i) Vergl. z. B. c. 1. X. de deposito. — c. 17. 19. 24. X. de Accusationibus.

Italiſche Kriminaliſten, vornemlich Duranti und Hippolytus de Marſiliis, waren es auch zuerſt, die eine vollſtändige Theorie des Inquiſitionsprozeſſes bilden. Wo ſie der Tortur erwähnen, betrachten ſie dieſelbe ganz aus dem Geſichtspunkt eines Gottesurthels. Nirgends geht dieß mehr hervor, als aus der Erzählung Hippolyts, daß ſelbſt die Ankläger, die den Beweis der Anklage nicht zu führen vermochten, ſich zu der Tortur erboten, und daß Kläger und Beklagter an Standhaftigkeit und Ausdauer in Ertragung der Qualen k) wetteifer-

---

i) Wie regellos man mit der Tortur vorgeſchritten ſey, und welche unmenſchliche Qualen man die Unglücklichen habe erdulden laſſen, geht aus dem Verzeichniß der Foltern hervor, das ſich bei Damhouder, einem niederländiſchen Kriminaliſten findet, der unter Karl V. lebte. In ſeiner Practica criminalis c. 37. n. 18. (Edit. Antwerp. 1601.) heißt es: „Tormentorum autem genera agi convenit funibus, neque uspiam juris reperitur, alia ad torturam esse adhibenda. Verum ex inolita consuetudine, variis instrumentis diversaque materia hanc torturam exerceri comperimus per Latrunculatores et maleficiorum judices, nunc chordis et testibus, nunc aqua, nunc aceto, alias oleo ipsius gutturi infuso, pice denique ardenti, aut alio simili cruciatu corpori ipsius adhibito. Quin et inedia durissimaque siti, aut intolerabili frigore, aut cibo salsissimo citra ullum potus remedium exhibito. Alii immissis inter digitos bacillis ligneis, atque item arctissime funiculis digitos constringentes, aut taxillo aut alia inter cutem et carnem torquendi producta. Item crabronibus, muribus, similibusque infestis animalculis, quae malefici ventri et umblico viva adhiberi consueverunt, ipsis super imposito vitreo poculo, ne evadendi pateat exitus, sed ut cruciatum acrius urgeant, in patientis corpus. Rursum torturam exercere solent capra quapiam hoc modo: torquendum primo scamno illigant, mox illius pedes diligenter aqua salsa proluunt, deinde capram ipsam salis avi-

ten, um die Wahrheit der Beſchuldigung und ihre Unſchuld darzuthun. Daher räth denn auch Hippolytus, ſorgfältig Obacht zu haben, daß nicht der Gefolterte durch Zaubermittel oder Zauberformeln die Schmerzen unwirkſam mache 1).

---

dissimam ipsius plantis admovent lambituram, qui sane cruciatus fertur atrocissimus maximeque intolerabilis, citra ullum corporis periculum. Sunt qui patientibus scamno innixis per nares aquam cum calce viva immittunt, et os ipsius concludunt, verum hoc periculosum est. Quidam patientem nudum tabulae durae implanaeque injiciunt, cujus pedibus et manibus gravia saxa appendunt, quae corporis partes extremas magno cum cruciatu deprimunt; sunt quidam impuriores, qui reorum testiculos fune constringunt, eosdemque testiculos virgis acriter caedunt. Verum hoc Turcicum est aut Scyticum. Novi, qui maleficos excarnificaturi verius, quam torturi, eos in aere suspenderint brachiis in diversum protensis, ipsorumque axillis ardentes supposuerint candelas, donec cutem inurerent, aut pedum plantis vivas prunas aut carbones subjecerint. Quidam patientem calceant novis calceis bene pinguibus, atque ita adhibent objectis plantis ad ignem, aut ardentissimo foco instituunt, donec arctissime pedes constringantur, et duram poenam percipiant. Alii vero malefici scamno illigati pedes multo lardo perungunt, eosque ferventi igni admovent, donet hac poena victus ad confessionem si fieri potest pertrahatur. Alii vero aliis hisque similibus investigandi modis utuntur. — Verum quod istaec pleraque tormentorum genera sint sua exquisitione tyrannica potius, quam humana, idcirco vel tandem sua sponte desierunt, et passim exoleverunt." —

1) Die hieher gehörigen Stellen ſeiner Practica Criminalis ſind folgende: „Quaero ulterius, an quis possit se subjicere torturae sponte sua et dicere: Domine Judex, ego non habeo judicia contra istum, quem accusavi de tali delicto, sed volo stare secum ad torturam et eum convin-

Daher ward denn auch in Deutſchland die Folter urſprünglich nicht allgemein, ſondern nur in ſolchen Sachen und Gerichten angewandt, wo vermöge beſondrer Privilegien ein zum Theil inquiſitoriſches Verfahren Statt fand, namentlich gegen umherirrende Uebelthäter, als die gefährlichſten Störer der öffentlichen Ruhe, auf welche man die von Sklaven redenden römiſchen Geſetze über die Folter ſehr ſchicklich anwenden zu können glaubte. So wie aber der inquiſitoriſche Prozeß immer mehr ſich verbreitete, erhielt auch die Tortur einen viel ausgebreitetern Verſuch, und unſäglich ſind die Mißbräuche, die, ſelbſt ſeit der Geſetzgebung Karls V., die auch in dieſer Hinſicht, und vielleicht in dieſer vorzüglich, ſich ſo glänzend bewährt, damit getrieben worden ſind, bis ſie im achtzehnten Jahrhundert von vielen Regierungen Deutſchlands gänzlich aufgehoben, von andern aber, die mit weiſer Umſicht ihre Unentbehrlichkeit in ſo manchen Fällen erwogen, beſchränkt und in Abſicht der Anwendung gewiſſen Regeln unterworfen ward. Die Verfaſſer der Rechtsſyſteme der damaligen Zeiten, ein Ulrich Tengler und Sebaſtian Brand, die ihre Schriften zu Anfang des ſechszehnten Jahrhunderts publizirten, übrigens

cere in tortura" — (pag. 231. edit. Colon.) „— — Ideo judex diligenter debet advertere ad istum panem et placentas, quae reis portantur ad comedendum, quia magis communiter in istis fiunt incantationes contra tormenta, quam in aliis rebus, et expertus loquor. Item Judex, quantum potest, non permittat, reum tacite loqui per se submissa voce, maxime dum ligatur ad torturam, sed rumpat verba sua, eum continue interrogando de aliquo. Nam dum ligantur, dicunt aliqua verba a se submissa voce, quae verba sunt in passione Domini nostri Jesu Christi, quibus dictis dormiunt in tortura et nihil sentiunt." — (pag. 124). —

gens nur Kopien ſchlechter italieniſcher Originale, bekennen freilich, daß die Tortur ein höchſt mißliches Erforſchungsmittel der Wahrheit ſey, angeſehen Manche „ſolcher Härtigkeit“ ſeyen, daß ſie alle Pön und Marter wenig achteten, andre aber ſo weich und zart, daß ſie viel eher lügen, als Marter leiden. Indeß, ſezten ſie hinzu, ſey es unmöglich, gewiſſe Regeln zu geben, ſondern einem gerechten Richter wolle es geziemen, der gefangnen Perſon Uebelthat und Weſentlichkeit zu ermeſſen.

Wir enthalten uns, die in der Geſchichte der frühern Periode bereits genannten übrigen Arten der Ordalien hier zu wiederholen, da ſie bereits hinlänglich geſchildert worden ſind. Statt deſſen wollen wir es verſuchen, nur mit einigen Worten das Verhältniß der einzelnen Arten zu einander anzudeuten.

Daß der Beweis durch Zeugen oder durch Eid, oder vermittelſt des dieſe beiden Beweisarten in ſich vereinigenden konjuratoriſchen Verfahrens ſelten zureichend war, indem es jeder Parthei frei ſtand, den Gegner ſelbſt oder ſeine Zeugen des Meineids zu zeihen, und daß ſelbſt die Purgatio canonica, der Eid auf die Reliquien von Heiligen oder an geweihter Stätte bald nur ein Vorbereitungsakt und Vorſpiel der unmittelbar folgenden Ordalien wurde, fanden wir ſchon oben Gelegenheit zu bemerken. Aber unter dieſen verſchiednen Gottesurtheln ſelbſt war die Wahl nicht der blinden Willkühr Preis gegeben, ſondern durch Geſetz und Gewohnheit nach den Abweichungen der Sachen und Perſonen fixirt. —

Ein freier unbeſcholtner Mann, ein ſolcher, zu dem, wie die juriſtiſche Sprache jener Zeiten lautet, man ſich der That nicht verſehen konnte, war in dem Vortheile, ſich von jeder Anſchuldigung durch Eid mit Kompurgatoren reinigen zu können, von der, wie es in der Gloſſe zum Sächſiſchen Landrecht bedeutend genug genannt wird,

nicht ein leiblicher Beweis geführt werden konnte, mit andern Worten der Geſetze, von jeder Anſchuldigung einer nicht handhaften That, deren der Verbrecher nicht durch den gichtigen Mund und blichenden Schein überführt werden konnte. — Nicht aber ſo der übelberüchtigte Mann, der dieſes Vorrecht des Unbeſcholtnen entbehren mußte und nach dem Ausſpruch des ſächſiſchen Landrechts genöthigt war, zum Beweiſe der Unſchuld entweder das glühende Eiſen zu tragen, oder in den wallenden Keſſel zu greifen, oder mit Kämpfen ſich zu wehren.

Allein auch dieß darf nicht ohne weitre Beſchränkung verſtanden werden. Denn allbekannt iſt es, daß der Zweikampf nicht in allen und jeden Sachen vergönnt war, und weniger noch allen und jeden Perſonen. Daß er eigentlich nur in Friedensbruchsſachen rechtlich erlaubt war, unter welcher Rubrik ſich freilich beinah alle und jede Verbrechen vereinigen laſſen, bemerkten wir ſchon oben. Aber auch in Abſicht der Perſonen fanden wichtige Beſchränkungen Statt. Daß der Kampf nach dem deutſchen Recht des Mittelalters nur ein Vorrecht des Freigebornen war, iſt zu bekannt, um irgend eines Beweiſes zu bedürfen[m]). Diejenigen alſo, welche davon ausgeſchloſſen waren, mußten durch ein andres Ordal, des

m) S. Dreyer von den Wirkungen der Genoſſenſchaft ꝛc. in den vermiſchten Abhandlungen Th. III. S. 1269 u. folg. — Von ſelbſt verſteht es ſich, und iſt auch ſchon oben bemerkt worden, daß der Niedrigergeborne die Ausforderung des Höhern wegen Ungleichheit des Standes nicht ausſchlagen konnte; was auch auf den unfrei Gebornen zu beziehen iſt. — Ausnahmen von der oben angegebnen Regel ſind indeß nicht ſelten, die indeß die Regel nur noch mehr beſtätigen. Einzelne Beiſpiele führt Dreyer an. —

glühenden Eiſens oder der kalten Waſſerprobe, Beweis führen. — Ueberhaupt waren nicht in allen Provinzen Deutſchlands alle und jede der genannten Gottesurthel in Gebrauch, und vielfach verſchieden die Gewohnheiten, welche in den verſchiednen Gegenden den Gebrauch der üblichen beſtimmten. Als allgemeine Bemerkung möge hier nur noch die Bemerkung einiger Hiſtoriker ſtehen, daß ſich der Klerus ſtets die leichteſten der Ordalien, namentlich das der Euchariſtie vorbehielt. —

Nachdem wir die einzelnen Beweismittel aufgezählt und charakteriſirt haben, nähern wir uns dem lezten Akt des groſſen Trauerſpiels; worin uns jezt noch vorzüglich das Finden der lezten Sentenz, des Endurtheils, und die Vollſtreckung der erkannten Strafe intereſſirt. —

In dem Erkennen der Strafe äuſſerte ſich vorzüglich die Thätigkeit der Schöppen. Ob dieſe aber ſchon durch ſo mancherlei Beſchränkungen gebunden war, wie ſich in der peinlichen Gerichtsordnung Karls V. finden, die wir in einer Charakteriſtik dieſer Geſetzgebung im folgenden Theile dieſes Werks nicht vorübergehen werden, läßt ſich nicht genau beſtimmen, aus mehreren Gründen aber verneinen, da, wie bekannt, gerade die Verderbtheit und Zügelloſigkeit der Schöppen eine groſſe Reform des gerichtlichen Verfahrens nöthig machte, und für dieſe zunächſt die Gerichtsordnung Karls gegeben wurde. — Nur einer Einſchränkung der Freiheit, die Urthel zu finden, iſt ſchon oben Erwähnung geſchehen, nemlich daß da, wo ſich die Schöppen über ein Urtheil nicht vereinigen konnten, ſie genöthigt waren, ſich an einen ſogenannten Oberhof zu wenden, und ſich bei dieſem Raths zu erholen. —

Die Art des Urthelfindens war übrigens auch bei dieſer endlichen Sentenz ganz ſo, wie durch den ganzen

Prozeß hindurch. Die Schöppen fanden auf den in eine Frage eingekleideten Vortrag der Partheien oder ihrer Fürſprecher, das Urtheil, das gleichwohl erſt durch die Publikation des Richters ſeine Kraft erhielt. Hatte ſich daher der Angeklagte z. B. durch Beweis von der Anklage gereinigt, ſo ward auf die Frage des Fürſprechers, was nun Rechtens ſey, für Recht gefunden und erkannt: „dat de beſchuldigte Mann ledig unde los ſy, nodeme dat Kläger in nener Undaet ene vorwinnen mögen.“ — (Richtſteig Kap. 32). Oder hatte der Ankläger im Beweiſe obgeſiegt, ſo ward derſelbe Gang beobachtet. Fragte der Ankläger: „eft he gennen der ſake rerwunnen hebbe, als he tho rechte ſcholle?“ — ſo ward gefunden, er habe ihn überwunden. Auf die weitere Anfrage des Anklägers: „wat das orerwunnen mannes recht ſy?“ — ward dann z. B. gefunden: „me ſchalle en enthoveden.“ — (Richtſteig Kap. 35) Und ſo blieb denn weiter nichts übrig, als die ausgeſprochne Sentenz an dem Uebelthäter zu vollſtrecken, was bald mit mehr, bald und ſehr gewöhnlich mit weniger Feierlichkeit und Umſtändlichkeit geſchah, indem oft der Ankläger ſelbſt die Exekution ſogleich nach geſprochnem Urtheil am Angeklagten verrichtete.

Den ſpätern Zeiten gehört die Sitte eigends beſtellter Scharfrichter an. Kein unbedeutender Zug zur Charakteriſtik der Anſicht, aus welcher man in jenen Zeiten die ſtrafende Gerechtigkeit noch allgemein betrachtete, ſcheint es zu ſeyn, daß die Vollziehung der Strafe nicht einer vom Gemeinweſen angeſtellten Perſon, ſondern durchaus Privatperſonen überlaſſen war, und bald vom Richter, bald von einem der Schöffen, oder von einem aus den Anverwandten, den Mitſchuldigen geſchah n), was

n) Vergleiche Quistorp vom Urſprunge der Scharfrichter in Deutſchland und ihren vorzüglichſten Pflichten

ein neuer Beweis dafür iſt, daß man die ſtrafende Gerechtigkeit nicht auf den Staatszweck bezog, ſondern nur auf die Genugthuung und Rache des Verlezten, und daß man allein nur die Unverleztheit der Perſönlichkeit bezweckte. Erſt als mit der ſteigenden Herrſchaft des Klerus und der allgemeinen Verbreitung des kanoniſchen und römiſchen Rechtes eine gänzliche Umwälzung in der Anſicht der Dinge herbeigeführt ward, wurden eigne vom Staat beſoldete Scharfrichter zur Vollſtreckung der Strafen angeſezt.

Doch auch ſpäter noch waren eigends beſtellte Scharfrichter nur ſehr ſelten, und es fehlt nicht an Beiſpielen, daß, als die fremden Rechte die undeutſchen Begriffe von der Unehrlichkeit der Vollſtreckung der Strafen verbreitet hatten, auf dem Lande zur Verrichtung der Exekutio-

---

und Gerechtſamen; in deſſen Beyträgen zur Erläuterung verſchiedner Rechtsmaterien Stück IV. Nro. V. und die bei ihm angeführten Schriftſteller. — Dreyer Nebenſtunden S. 168. u. folg., der aus mehreren nordiſchen Rechten des Mittelalters beweiſt, daß dieſe Sitte beinah überall beobachtet wurde. — (Vergleiche noch Böhmer de executionis poenarum capitalium honestate. Halae 1785. 8). — So heißt es z. B. im alten Frieſiſchen Landrecht: „Wenn der Dieb gefangen iſt, und man ihn dem Schulzen bringet, wird ihm dann das Leben abgeſprochen, ſo muß der Schulze den Dieb weder hängen, noch binden, ſondern der Banner ſoll ihn binden, und zum Galgen führen, und alsdann hat der beſtohlne Mann die Willkühr, ob er ihn ſelbſt hängen, oder ſolches mit ſeinem Gelde von einem andern erkaufen will.“ — Eben ſo heißt es im Apenroder Stadtrecht (bei Dreyer vermiſchte Abhandlungen Th. III. Art. 114.): „We ſinen Deff grifft, de binde ſine Hende up ſinen Rüggen, unde brenge ehn tho Dinge, unde henge en, de Deverye up ehme, edder betere der Herſchop. 40 Mk.“ —

nen Nachrichter aus fernen Städten gegen Bürgſchaft und mit groſſen Koſten herbeigeſchafft wurden o), denen dann noch dazu die Art und Vollſtreckung der Strafe oft ganz überlaſſen wurde, wie dieß Ulrich Tengler bemerkt p), wogegen ſich auch in der peinlichen Gerichtsordnung Karls V. eigne Verordnungen finden q).

Mit groſſer Eilfertigkeit aber, ſowohl wenn der Verbrecher auf handhafter That ergriffen worden war, als auch in übernächtigen Sachen wurden die Urthel in der Regel vollſtreckt, gewöhnlich ſogleich, nachdem die endliche Sentenz ausgeſprochen war. Daß um die Vortheile des leichtern Beweiſes gegen den in handhafter That ergriffnen Verbrecher zu genieſſen, die Sache am Tage des begangnen Verbrechens noch gerichtet werden mußte, und daß daher, wenn der ordentliche Richter nicht zugegen war, ein Gaugraf zu dieſem einzelnen Akt er-

o) S. Spittler Abhandlung vom Blutbann der unmittelbaren freien Reichsritterſchaft in Schwaben 1783.

p) S. Layenſpiegel S. 144: „Nun würdt an etlichen enden durch die urteilen nit weiter erkennt, denn daß der gefangen arm mann mit ſeiner übeltat das Leben verwürkt hab, auch zu zeiten an ſolch urtheil gehangen, daß der Richter einen freyen mann als den nachrichter zuſprechen, wie er in vom leben zum tod richten. Alsdann ſolt erſt der nachrichter erklären, wie er in zu richten, und volziehung thun befehlen mög." —

q) Wenigſtens ſcheint ſich der Art. 94. der peinlichen Gerichtsordnung und noch mehrere andre auf die vom heutigen Standpunkt aus höchſt ſonderbar erſcheinende Sitte der Gerichte ſich zu beziehen, nur im Allgemeinen die Todesſtrafe zu erkennen, die Wahl aber unter den verſchiednen Arten der Todesſtrafe einzig dem Nachrichter zu überlaſſen.

wählt werden konnte r), fanden wir ſchon oben Gelegenheit zu bemerken. Aber daß man auch in übernächtigen Sachen nicht den langſamen Schneckengang unſeres heutigen Prozeſſes kannte, ſondern in einem freilich zu eilfertigen und tumultuariſchen Verfahren vorſchritt, lieſſe ſich mit einer langen Reihe von Beiſpielen aus den Malefizbüchern jener Zeiten, worin die peinlichen Sachen verzeichnet wurden, beweiſen. Auch war dieß nicht etwa eine bloß geduldete Gewohnheit, ſondern in den Geſetzen gebilligter Grundſatz. So heißt es z. B. im Landfrieden Friedrichs I. vom Jahr 1187: „si notarium fuerit, nullius requirendum est testimonium, sed statim decollandus s).“ — Um aber nur eines oder ein Paar der erwähnten Beiſpiele anzuführen, ſo mögen hier die Akten eines ganzen Kriminalprozeſſes verzeichnet werden: „Bendix Hartung in de Hachte kame (ins Gefängniß) den erſten October, derumme dat he ſtal Harm Gloye, als darumme klaget, dat Moder Peerd. He bekennt. Dat Ordeel is: tom Galgen. Actum am 3ten October. Hevet ock hude na Naimd dage den Band erleden, und dat Hillige is ehme von den Kerckhere, als men ehm utführet, gewiſen. Actum am 3ten October t).“ —

Bekannt iſt es übrigens, daß bei dieſem lezten Akt manches äuſſere Gepränge beobachtet wurde, z. B. das

r) S. Sächſiſches Landrecht I. 55. 57.

s) In du Mont Corps diplomatique. Tom. I. u. 197. — Aus einem doppelten Geſichtspunkte laſſen ſich dieſe und ähnliche Verordnungen erklären, theils daraus, daß man bei einem ſogenannten augenſcheinlichen Beweiſe alle weitern Unterſuchungen und Erörterungen für überflüſſig hielt, theils daraus, daß man durch Terrorismus die zerrüttete Ordnung herſtellen zu können wähnte.

t) S. Dreyer Nebenſtunden S. 175.

Brechen des Stabes u) als Zeichen des geendigten peinlichen Gerichts (da er überall ein Symbol von Macht und Gewalt war); in manchen Fällen auch feierliches Bedingen eines ehrlichen Begräbniſſes für den Gerichteten von Seiten ſeines Fürſprechers. Darauf bezieht ſich das, was der Verfaſſer des Richtſteigs ſagt: „Nademe dat eme ſyne voidynde gyne tho geordelt is, ſo vroge he, eft me yennige andere gyen em andon mute? — So vintme: men ne mute. Wenn he de geteden heft, ſo bidde me eme enes vreden. Den ſchall me en merken, up dat, dat me dame doden lychnam neynen laſter mer ne byde. So bidde ſyn vorſprake den lycham unde den kerkhoff, tho deme werliken unde geiſtliken Richter, des ſcholen em de gegen ſtaden, yt et ſyn, dat he tho banne ſy, unde de werlike richter ſchal des den vorſpraken twyden." —

Es war dieß das lezte traurige Geſchäft des Fürſprechers. „So ſoll ihm der Fürſprecher Treue beweiſen, an dem Todten, wie an dem Lebenden;" ſezt der Verfaſſer des Richtſteigs hinzu. — Allein nicht immer konnte der Fürſprecher ihm dieſe lezte Pflicht erweiſen. Denn nur den Enthaupteten ſcheint eine Ruheſtätte in geweihter Erde verſtattet zu ſeyn, während diejenigen, die den ſchimpflichern Tod des Galgens oder des Rades ſterben mußten, ein unehrliches Begräbniß erhielten.

Und damit ſchlieſſe ſich die kurze Skizze des altdeutſchen Verfahrens in peinlichen Sachen in dieſer Periode, hinreichend, wie wir glauben, um den eigen-

---

u) S. Kress ad C. C. C. art. 95. Böhmer ad C. C. C. art. 96. §. 1. — ad Carpzov. qu. 136. obs. 2. — Quistorp a. a. O. Stück I. pag. 88. u. folg. —

thümlichen Geiſt deſſelben erkennen zu laſſen. Aber damit noch bedeutender das Gemälde hervortrete, möge als Pendant ein Entwurf des Verfahrens in den weſtphäliſchen und geiſtlichen Gerichten ihm gegenüber ſtehen. — Das der weſtphäliſchen heimlichen Gerichte iſt in ein ſolches Dunkel gehüllt, daß die Legion von Schriftſtellern, welche ſich die Unterſuchung deſſelben zum Gegenſtand ihrer Lieblingsforſchungen wählten, nur ein dürftiges unſichres Licht darüber verbreiten konnte. Man erwarte daher hier keine vollſtändige Beſchreibung, die hier überdieß nur als hors d'oeuvre erſcheinen würde: ſondern nur diejenigen Hauptmomente, worin es von dem gemeinen deutſchen Prozeſſe jener Zeiten am bedeutendſten abweicht x).

Nicht ſo durchaus inquiſitoriſch war das Verfahren der heimlichen Gerichte Weſtphalens, als man es ſich gewöhnlich zu denken geneigt iſt. Wenn man ihre eignen Statuten und Weisthümer, wenn man die dürftigen Nachrichten, die uns in den Urkunden des Mittelalters von ihnen aufbehalten worden ſind, ſorgſam mit einander vergleicht: ſo wird man überhaupt der Vergleichungspunkte zwiſchen dieſen und den übrigen deutſchen Gerichten und dem Verfahren beider, nicht wenige finden. So ward z. B. in Abſicht des Prozeſſes ein weſentlicher Unterſchied auch hier dadurch begründet, ob eine handhafte That vorhanden war oder nicht, ſo bildete auch hier der akkuſatoriſche Prozeß die Regel, und das inquiſitoriſche Verfahren fand nur in denjenigen Sachen Statt, in welchen es, wie wir früher ſahen, auch mehreren Städten durch kaiſerliche Gnadenbriefe zugeſtanden war.

---

x) Vergleiche bei dieſem Abſchnitt vorzüglich Kopps öfter angeführtes Werk: über die Verfaſſung der heimlichen Gerichte in Weſtphalen, Abſchnitt III. VI. VII. VIII.

Indeß finden ſich auch in dieſen und andern Punkten immer nicht unbedeutende Unterſchiede, die wir hier zuſammen zu ſtellen uns bemühen wollen. —

Wo auch in den übrigen deutſchen Gerichten der inquiſitoriſche Prozeß vergönnt und gebräuchlich war, entfernte man ſich in weſentlichen Theilen doch nur möglichſt wenig von dem Verfahren, das auch im akkuſatoriſchen Prozeß beobachtet wurde. Nicht ungehört wurde daher der Beklagte verurtheilt, nicht ohne ihm volle Gelegenheit zur Vertheidigung gegeben zu haben, mochte ihm ein auch noch ſo böſer Leumund zur Laſt fallen; und nicht ohne ihn auf die gewöhnliche Art zu überführen y). — Hingegen bei den heimlichen Gerichten Weſtphalens und andern ihnen verwandten Foemgerichten fand in dem Prozeſſe gegen Unwiſſende (d. h. ſolche, die nicht Freiſchöppen waren) keine Vorladung, keine Vertheidigung Statt, ſondern es genügte, daß ſie von einem Freiſchöpfen dem heimlichen Gericht denuncirt waren, welches dann in heimlicher Acht z) über ſie richtete und ſie ver-

---

y) Zum Theil ergiebt ſich dieß ſchon aus den Freibriefen, worin mehreren Städten ein inquiſitoriſches Verfahren zugeſtanden wurde, wovon oben einige angeführt worden ſind. S. Datt de pace publ. Lit. V. C. 1. nro. 57. seqq. —

z) Die Freiſtühle hielten nemlich ein doppeltes Gericht, ein öffentliches (offenbar Ding) und ein heimliches (die heimliche Acht). Wo nemlich kein inquiſitoriſches Verfahren Statt fand, und keine handhafte That vorhanden war, trat der akkuſatoriſche Proceß ein. Der Beklagte wurde ſodann vor das offenbare Ding geladen, um ſich zu vertheidigen. (Bei dieſem offenbaren Ding waren auch Nichtwiſſende zugegen.) Vermochte er dieß aber nicht, oder blieb er ungehorſam aus, ſo kam die Sache nun vor die heimliche Acht, die ſich in das tiefſte Dunkel hüllte, und zu der nur Wiſſende zugelaſſen wurden. Jeder Pro-

foemte, wenn die Sache anders notoriſch war a). War hingegen der Leumund nicht ſo ſchwer und offenbar, ſo wurde der Denuncirte allerdings vorgeladen und zur Vertheidigung und zum Beweis ſeiner Unſchuld gelaſſen. —

Weit kürzer war aber das Verfahren noch bei Verbrechen in handhafter That. Denn hier bedurfte es keiner Verſammlung des Gerichts, keiner Denunciation oder Anklage vor demſelben, und hier wurde auch kein Unterſchied gemacht, ob der in handhafter That ergriffne Verbrecher ein Wiſſender oder Nichtwiſſender war b).

fane, den ſein Schickſal an den Ort des Gerichts führte, oder ſich dort einſtahl, mußte die Schuld des Vorwitzes mit dem Tode büſſen. „Und offt — heißt es in einer alten Urkunde — en unwehrt Mann ſich töge in de heimliche Gericht des Königs, und die beluſterde, ſchall de Frygreve upſtaen, unde nennen den Mann mit ſinen chriſtlichen Namen, und laten binden ſine Hande vor to ſammen, und doen ene Wyde oder Sae um ſynen Hals, und hangen öhm an de negſte Bom, de men hebben mag, und dem Fryſtuel neigſt gelegen is" u. ſ. w. (S. Kress ad C. C. C. art. 215, n. i) In dieſer heimlichen Acht erfolgte dann das Endurtheil oder, wie es in der Sprache der Freigerichte heißt: das Vollurtheil, „de leßte ſwer Sententie." — —

a) Gegen die Freiſchöpfen, d. h. gegen Wiſſende, fand aber kein ſolches inquiſitoriſches Verfahren Statt. In der Ruprechtſchen Reformation (bei Senkenberg Corp. Jur. Germ. T. I. P. II. S. 75.) heißt es: „Auch ſoll man merken, ſunderliche Sache, daß einer ein Bosheit gethan hatte mit Fürſatz, die an das Gericht gehörte, wäre der ein Freiſchöpf, des ſoll man ihn vergotten und gewinnen und als recht iſt, wäre er aber kein Freyſchöpf, ſo möcht man über ihn richten ohn alles verbotten." —

b) Dieß beweiſt die Osnabrückiſche Foemgerichtsordnung (bei Mascov notit. jur. et judic. Brunsvic. Luneb. im Anhan-

Hier bedurfte es nicht, wie in den übrigen deutſchen Gerichten, weder eines Beſchreiens, noch des Gerüftes, keines Beſiebnens, das, wie wir oben ſahen, nach ſächſiſchem Recht wenigſtens der Verurtheilung vorausgehen mußte, und kein Beweis der Unſchuld, ſelbſt nicht durch ein Ordal fand hier Statt. Wo nur drei oder vier Freiſchöpfen einen Verbrecher auf friſcher That mit blickendem Schein oder gichtigem Mund betraten, folgte ohne alle weitere Vorladung vor das verſammelte Gericht, ohne alle weitere Förmlichkeit des Prozeſſes, in ſchneller Folge Ueberzeugung, Verurtheilung, Vollſtreckung der Strafe. Daher heißt es in der Reformation der weſtphäliſchen Gerichte, welche Kaiſer Ruprecht erließ c): „Wo man einen übelthätigen Mann an friſcher That, das iſt, nach weſtphäliſcher Sprach, mit hebender oder hegender Hand, und mit gichtigem Mund findet, — — den mögen drey oder vier, oder mehr Freiſchöpfen mit der friſchen That und an der Statt zu ſtundt wohl verkunden und über ihn richten d).“ —

Darin aber bewährt ſich wieder eine Uebereinſtimmung zwiſchen den weſtphäliſchen und den übrigen deutſchen Gerichten, daß, ſobald der in handhafter That er-

---

ge), wo ſie das Verfahren gegen die Freiſchöpfen beſchreibt: „So mag he dann in dat heymliche Gerichte komen, up den Dag, de emme geſeth wert, unde mag ſick denn verdedingen, edder vor ſyne Unſchult ſtain, he hare dann eynen gůchtigen můt oder blickenden ſchyn.“ — (S. 78. u. folg).

c) Bei Senkenberg a. a. O.

d) An einem andern Ort (Arnsberger Weisthum bei Senkenberg Corp. Jur. Germ. Tom. 1. P. II. S. 127.) heißt es: „Mit handhaefſter Datt, plickendem ſcheyn, oder gichtigem Mund iſt die höchſt gezeugnůß über jeglichs manes leibe.“ —

griffne Verbrecher einmal entronnen war, jenes ſummariſche Verfahren nicht mehr Statt fand e), ſondern daß alsdann das ordentliche Verfahren, mochte es nun akkuſatoriſch oder inquiſitoriſch ſeyn, eintrat. —

Denn nicht bloß gegen Wiſſende oder Freigrafen, ſondern auch gegen Unwiſſende fand ein förmlich akkuſatoriſcher Prozeß Statt, worin die Vorladung zur Vertheidigung ein weſentliches Stück war. Darum heißt es z. B. in der Arnsberger Reformation f): „Item hat ein unwiſſender Mann einig Miſſethat begangen, oder gethan, der faimrögig wäre, und beklaget wurd, den unwiſſende Mann ſoll ein Freygreve mit ſeinem verſiegelten Brief Vorbottung thun, und den einen Tag legen über drey vierzehn Tage für das offenbar frey Gericht; mag ſich der dann der Miſſethat nit entſlohen und entledigen, als recht iſt, ſo macht man die Miſſethat über ihn bezeugen, und richten in der heimlichen Acht als recht wäre.“ — Und an einem andern Orte: „Item einen ſchlechten Unwiſſenden ſoll man um Feymbruch verbotten (vorladen) durch des Freygreven Brief und Siegel zu ſechs Wochen und drey Tagen. — — Es ſoll auch in dem Ladbriefe die Klag und der Feymbruch eingezogen ſeyn, und der Verklagt und Kläger mit Namen und Zunamen ingeſetzt ſeyn, und die Sach, darum man ihn zu Gericht fodert, und ſoll zuvor an geſpannter Bank Feymbruch im offenbaren Gericht erkannt ſeyn, und

e) „Merkt es wohl — heißt es in der öfter angeführten Reformation Kaiſer Ruprechts (bei Senkenberg a. a. O. S. 75) — kumpt er aber von dannen, ſo ſoll man ihm darnach nichts thun, er ſey denn zuvor beklagt, verfolget, verfaimt und verfiert an den freyen Stühlen mit dem heymlichen gerichte als recht iſt, in der ſtillen echty.“ —

f) bei Hahn Collectan. Monument. Tom. II. S. 631. — auch bei Senkenberg a. a. O. S. 112. —

ſoll in das offenbar Freygericht gefodert werden, und nit in das heimlich ſtill Gericht der heimlichen beſchloſſen Acht." — (S. oben Note z.)

Auch in Abſicht der Beweisführung finden ſich nicht unwichtige Verſchiedenheiten zwiſchen heimlichen und andern Gerichten. Im inquiſitoriſchen Prozeß ſtimmt das Beweisverfahren, wenn man es ſo nennen will, ganz mit dem der übrigen Feemgerichte zu Kölln, Strasburg, Goslar, Braunſchweig und an mehreren Oertern, ſo wie derjenigen Gerichte überein, denen durch Privilegien in einigen Sachen ein inquiſitoriſches Verfahren zugeſtanden war. Hier wurde nemlich gar kein Beweis erfodert, ſondern über den in böſem Leumund befangnen notoriſchen g) Verbrecher, auch ohne das gewöhnliche Beſiebnen, gerichtet h).

Im akkuſatoriſchen Prozeß hingegen fand keine Verurtheilung auf bloſſen Leumund Statt, ſondern es wurde der Beweis durch Zeugen und Eid geführt. Dieſe Zeugen mußten ſogleich im erſten Termin von beiden Seiten mit ins offenbare Ding gebracht werden. Erſchien

g) Daß zu einem böſen Leumund und zur Notorietät mehr, als ein leeres Gerücht, mehr, als eine fama sinistrae suspicionis erfodert wurde, beweist auch die Arnsberger Reformation (bei Senkenberg a. a. O. S. 112.), wo es heißt: „So aber mit Feymbruch jemandes berichtigt oder beredt oder beſagt würde, des Feymbruch nit bekannt wär, und auch in handhaffter Datt mit blickendem Scheyn nit begriffen, noch gehandhabt worden wär; ſo ſoll man ihn nit dödten um des Ungerichtes von ſchlechter Beredung wegen."

h) Daher leiten ſogar manche den Namen Foemgerichte, daß auf den bloſſen Leumund (fama) geurtheilt wurde. S. z. B. Haltaus im Gloſſar. s. v. Föm. —

der Angeklagte an dem in der Vorladung beſtimmten Tage nicht, ſo ward die Vorſchrift des ſächſiſchen Rechts beobachtet, daß der Angeklagte vor der Verurtheilung überſiebnet werden mußte. Denn ſo lehren die Gewohnheiten des Stuhls zu Dortmund: „Du ſollt Klag, Urtheil und Recht ergon laſſen nach den geſetzten Rechten, und wer dann überwunden wird der Klagen mit Recht, als *mit ſieben Händen uff die Heiligen*, den ſoll man alſo verfüren, verfaimen, und verurtheilen, und den letzten Sentenz über ihn geben, und thun als über den verklagten überwunden Mann — — dann füro ſo mahnet der Freygraf und gebeut allen andern Freygrafen bey ayde, wann ſie dem Verfeymten ankomm, daß ſie den hängen ſollen an den nächſten Baum, ſo ſie haben mögen i).“ —

In ſo weit ſtimmt das Verfahren der heimlichen Gerichte im akkuſatoriſchen Prozeß mit dem der übrigen überein. Weiterhin aber finden ſich nicht unbedeutende Verſchiedenheiten. Zwar ſollten nach der urſprünglichen Verfaſſung der weſtphäliſchen Gerichte k) wenigſtens die

---

i) Bei *Senkenberg* a. a. O. S. 89. seqq. — Aus der Allgemeinheit dieſer Worte läßt ſich ſchlieſſen, daß dieſe Beſiebnung auch bei den Freiſchöpfen vorhergehen mußte. Namentlich ſagt dieß auch die Reformation Sigismunds (S. neue Sammlung der R. A. Th. 1. S. 109.): „So muß dann der Cleger die Schulde eren und begen mit ſyben Freyſchopfen“ (man ſieht alſo, daß auch hier auf Ebenbürtigkeit geſehen wurde) „er ſwere zu den heylgen, das er die Untat gethan habe, die er über In geſagt hat, und er des Todes wirdig ſey. So riecht dann der Freygreve über In.“ — (Vergl. auch die folgende Note).

k) S. die Osnabrückiſche Foemgerichtsordnung bei *Mascov* (a. a. O. S. 95.): „Dieß iſt ein alts Königsrecht: —

Freiſchöpfen das Recht jedes freien deutſchen unbeſcholtenen Mannes haben, ſich durch einen Eid von einer Anſchuldigung zu reinigen. Allein mit Nichtwiſſenden verhielt es ſich auch ſchon urſprünglich anders. Wenigſtens läßt ſich dieß aus einer Stelle der Arnsberger Reformation ſchlieſſen, worin allein den Freiſchöpfen das Recht zugeſichert wird, ſich durch Eid reinigen zu können 1). Allein ſpäter nach den häufigen Reformationen der Kaiſer, als die weſtphäliſchen Gerichte durch die Zügelloſigkeit der Freiſchöpfen ſchon berüchtigt geworden und unendliche Klagen darüber bis zu den Kaiſern gedrungen waren, verloren auch ſie dieſes Vorrecht, und es ward nun zur Regel, daß jeder, mochte er Wiſſender oder Nichtwiſſender ſeyn, überführt werden, und nur durch die gröſſere

---

Wenn man einen Schopffe macht, ſo wyſt man eins für Recht, daß Im ſin Ere ſy neher zu behalten, denn Jme yemant zu entyfuren oder nemen moge. Auch wann ein Schöpf verbott iſt, und kompt fur, hey entgat mit ſiner eugin Hand, und bedreff Nyemandts zu Hilff; und kompt er nicht für, man gewynnet ihn ſelb ſyebend vollkommen Schöpffen." — (S. die vorige Note.) —

1) S. Senkenberg a. a. O. S. 125. „— — Ob ainer kem und mit ſiben Echten Freyſchöpffen ainen überzeugen wöllt, und der ander kem mit XIV. oder XXI. ſich damit von der mynſten gezeucknuß zu Enbrechen, und ſich damit ſchützen und Enbrechen und behelffen, die auch Echt recht freyſchöpffen werent, ob die meiſt gezeucknuß die mynſten widerlegen möge, oder was darumb recht ſey. Do ward uf gewyſt zů recht, das die meiſt gezeucknis die mynſten widerlege an diſem gericht, Usgeſchaiden ains Freyſchöpffen leib." —

gröſſere Anzahl von Zeugen oder Kompurgatoren ſeine Unſchuld bewähren mochte m). —

Dieß ſind die bedeutendſten der Divergenzen zwiſchen dem weſtphäliſchen Prozeß und dem der übrigen deutſchen Gerichte; und ſo viele Eigenthümlichkeiten auch noch, deren Betrachtung für den Forſcher der deutſchen Alterthümer von hohem Intereſſe iſt, jenen auszeichnen mögen, ſo können ſie hier doch keine Stelle finden, wo es nur darum zu thun ſeyn dürfte, anzudeuten, in wie weit die urſprüngliche Organiſation der weſtphäliſchen Gerichte und ihre ſpäteren Mißbräuche nothwendiges Mittelglied waren zwiſchen der früheren Einrichtung des gerichtlichen Verfahrens in peinlichen Sachen und der neuen Geſtaltung, die es durch die Geſetzgebung Karls V. erhielt. Uns genügte es, die Thatſachen hier vorzulegen, und leicht wird es dem Umſchauenden und Tieferblicken-

m) In der Osnabrückiſchen Foemgerichtsordnung wird feſtgeſezt, daß gegen die ſieben Zeugen des Beklagten der Ankläger mit vierzehn auftreten, das Zeugniß dieſer vierzehn aber mit einundzwanzig Mannen vom Beklagten widerlegt werden konnte. Unter einundzwanzig Zeugen aber ſollen nicht zugelaſſen werden, ſo daß dem Beklagten der lezte Saz bleibt. „— — Doch is de beclagede Mann und de friſcheppen in dem rechten mechtig, deſülven ſeven neder to tügen, myt eyn unde twintich mannen, de fryſcheppen ſyn unverleget ores rechten, unde de moit man an der hant up der ſtede by ſick horen, unde dar en geyt dann gheyn getüch noch vermetten boren.“ — Eben ſo heißt es in der Arnsberger Reformation (bei Senkenberg a. a. O. S. 115.): „— — und ob ainer in vorgeſchribner maſſe ſelb ſibent überzeuget würde, des mag ſich dann der beklagt und überzeugte ſelb vierzehnt oder XXI. benemen.“ —

den ſeyn, nicht unfruchtbare Folgerungen daraus herzuleiten n).

Es bleibt uns in der Geſchichte des gerichtlichen Verfahrens in dieſer Periode nur noch übrig, mit wenigen Worten des Verfahrens der geiſtlichen Gerichte zu erwähnen, weniger intereſſant für unſern Zweck an ſich ſelbſt, als wegen des Einfluſſes, den es in Abſicht auf die Umbildung des Prozeſſes der übrigen Gerichte durch Einführung eines nach den Regeln der fremden Rechte geformten inquiſitoriſchen Verfahrens mit dem weſtphäliſchen Gerichtsprozeß theilte. —

Schon früher haben wir die allmähligen Fortſchritte zu bezeichnen geſucht, die in Jahrhunderte lang fortdaurendem Kampfe zwiſchen der geiſtlichen und weltlichen Macht das Anſehen des Klerus machte. In der That war auch die Ausdehnung des in den geiſtlichen Sendgerichten lange ſchon eingeführten inquiſitoriſchen Verfahrens, das vornemlich durch die Dekretalen eines Innocenz III. die höchſte Ausbildung erhielt, und in den von ihm angeordneten inquisitionibus haereticae pravitatis nur noch feſter begründet ward, dieſe Ausdehnung auf die übrigen geiſtlichen Gerichte, die, wie wir früher bemerkt haben, ſich nach und nach unter mancherlei Vorwänden ſo viele weltliche Sachen angemaßt hatte, war nur ein neues Mittel, die Herrſchaft des Klerus feſter zu begründen, und den Kampf zwiſchen

---

n) Vergl. übrigens überhaupt über den Prozeß der weſtphäliſchen Gerichte Datt. de Pace Publ. L. IV. cap. 5. pag. 160. — Thomasius de vera origin. natura, progressu et interitu jud. Westphal. — und mehrere andre bei Kopp a. a. O. im erſten Abſchnitt Verzeichnete. —

Feudalismus und Hierarchie der Entſcheidung näher zu führen o).

Frühe ſchon wurden die im kanoniſchen Recht zerſtreuten Stellen über den inquiſitoriſchen Prozeß von italieniſchen Rechtsgelehrten geſammelt und in ein vollſtändiges Syſtem gebracht. Einer der erſten unter dieſen iſt Guilielmus Duranti, der in ſeinem Rechtsſpiegel p) das Verfahren der Sendgerichte mit Treue ſchildert. Hier wird auch ſchon General- und Specialinquiſition genau geſondert und unterſchieden; Benennungen, die in neuern Zeiten zu ſo vielen Unterſuchungen und Streitigkeiten Veranlaſſung gegeben haben. Die hieher gehörige Stelle iſt folgende: „Inquisitio alia praeparatoria, alia solennis. Praeparatoriam facit praelatus, quum visitat loca suae jurisdictioni subjecta. Tunc enim proposito verbo Dei Praelatus visitans debet inquirere de vita et conversatione ministrantium etiam laicorum, querendo de laicis a clericis et etiam ab aliis laicis, utrum bene veniant ad ecclesiam et divina audiant — an saltim semel confitentur in anno, vel eucharistiam recipiant — an sint aliqui incestuosa conjunctione matrimonialiter copulati — an sint aliqui occulta conventicula celebrantes — vel an sint ibi aliqui homines scelerati vel adulteri — vel usuras s. baratonias exercentes, an surgant ad matutinas ante auroram — et si vero aliquid sinistrum de ecclesiastico audiat, eos instruat,

---

o) Ueber die allmählige Ausbildung des Inquiſitionsprozeſſes vergleiche Thomasius de origine processus inquisitorii §. 48. seqq.

p) Speculum Domini Guilhelmi Duranti, una cum addit. Jo. Andreae et Dni Baldi, expletum Batavii pridie Nonas Majas. 1479. ex officina Magistri Joann. Silgenstat. Alemanni. IV. Tom. fol. —

nec debet re incognita contra illos attendere — nam sunt laici clericis semper infesti — imo eorum diffamatio vel accusatio audiri non debet — nec debet passim recipere chartulas, quas frequenter rustici contra suos rectores clanculo offerunt. Differunt autem haec praeparatoria et illa solennis. Nam haec (generalis) fit sine exactione qualibet juramenti — et hanc etiam facit Metropolitanus suam provinciam visitando — solennis vero fit semper cum juramento — Item haec praeparatoria potest locum habere, cum certum est, maleficium esse commissum, sed quis commiserit ignoratur. — Item locum habet etiam, quum certum est, quis commisit, et maleficio flagrante fit inquisitio." — „— — Inquisitio (solennis) fit quocunque aliquo prosequente et promovente ipsam. — Cum igitur inquisitor ad locum venerit, distingue, ut praedixi, nam aut procedit aliquo impetrante et prosequente inquisitionem, aut ex officio s. cum praelatus frequentibus excitatus clamoribus descendit ad inquirendum de excessibus subditi." — (Tom. III. Rubr. de Inquisit. §. quando autem und nunc tractemus.) —

Leicht läßt es ſich übrigens erklären, wie dieſe Grundſätze, die in den geiſtlichen Gerichten Deutſchlands Jahrhunderte lang ſchon in lebendiger Anwendung geweſen waren, ſich endlich auch in die weltlichen Gerichte allgemein Eingang verſchafften und vornemlich in peinlichen Sachen zur Anwendung kommen mußten. Die tiefe Religioſität des Volks, welche die Herrſchaft des Klerus über die Gemüther nur zu ſehr erleichterte und begünſtigte, begegnete gern der Anſicht, welche das kanoniſche Recht verbreitete, daß die Verbrechen, die man früher nur als Verletzungen der freien Perſönlichkeit anſah, aus dem Geſichtspunkt der Sünde, und die Unterlaſſung der Beſtrafung derſelben, wegen Mangels eines Anklägers,

als ein Verbrechen gegen die Gottheit betrachten lehrte. Geiſtliche, nicht die geringſte Anzahl der Rechtsgelehrten jener Zeiten, die überall in den Gerichten groſſen Einfluß hatten, waren eifrige Verbreiter und Beförderer dieſer Grundſätze; und bekamen bald nicht unbedeutende Anhänger, in den aus dem Ausland kehrenden Deutſchen, die in Bologna, Paris und andern Centraluniverſitäten des Mittelalters, wo bald das kanoniſche Recht neben dem Römiſchen gelehrt wurde, ja oft allein gelehrt werden durfte, ihre wiſſenſchaftliche Bildung erhalten hatten und aus Schwäche, der Deutſchheit entſagend, Lobredner und Beförderer des Fremden wurden. —

Doch nicht durchaus fremdartig und feindſelig waren die Elemente, die hier mit einander vermählt werden ſollten. In ſo manchen bedeutenden Punkten, vornemlich in einzelnen Theilen des Prozeſſes z. B. in dem Gebrauch des Eides, ſchmiegten ſich die Verordnungen des kanoniſchen Rechts genau an die ehrwürdigen alten Sitten eines Volkes an, das Aventin in ſeinen baierſchen Annalen als das religiöſeſte der Erde nicht mit Unrecht preiſte. Und ſo darf man ſich nicht wundern, wenn bald der Inquiſitionsprozeß, Anfangs nur als Ausnahme geduldet, die Regel bildete, und wenn in unſern Tagen der Anklageprozeß in reiner unvermiſchter Geſtalt kaum irgendwo noch geſehen wird q).

---

q) Vergl. übrigens C. A. Tittmann de causis auctoritatis juris canonici in jure criminali Germanico. Dissertat. I. II. Lips. 1798. —

In neuern Zeiten mußte auch die Begründung der Wiſſenſchaft des Kriminalrechts dem inquiſitoriſchen Prozeß den Vorzug vor dem akkuſatoriſchen zuſichern, abgeſehen von ſeiner durch Erfahrung ſchon erprobten Vorzüglichkeit.

Wir haben bisher die Veränderungen anzudeuten verſucht, die in der Verfaſſung der Gerichte und dem darin beobachteten Verfahren in peinlichen Sachen durch manche zuſammenwirkende Ereigniſſe jener Zeiten, und durch den Gang, welchen die allgemeine Bildung der Nation nahm, in der von uns bezeichneten dritten Periode herbeigeführt wurden. Zum Schluß müſſen wir endlich auch noch anzugeben uns beſtreben, in wie weit die Anſichten von dem Strafrecht ſich in dieſem Zeitraum umänderten, und in wiefern eine Umwandelung der Strafgeſetzgebung und der Strafnormen dadurch veranlaßt werden konnte. — Nach dem Abgang der Herrſcher in Deutſchland aus dem Geſchlecht der Carolinger hatte die Nation noch nicht ſolche Fortſchritte in der Kultur gemacht, und es war die Verfaſſung noch nicht ſo feſt gegründet, daß eine neue peinliche Geſetzgebung in einem andern Geiſt erfoderlich, ja nur möglich geweſen wäre. Nur leichter Modifikationen hätte es bedurft, um die Geſetze der Carolinger dem ſpätern Zuſtand der Dinge ganz anzupaſſen. Noch immer waren die Bande des Staats nicht enger geſchlungen, als früher; noch immer gährende Maſſen, die ſich nur allmählig und durch eigne Wechſeleinwirkung verſöhnen konnten; noch immer die Individuen im feindſeligen Kampf einander vernichtend, und noch immer keine höchſte Gewalt, mit hinlänglicher Kraft verſehen, um den Kampf beendigen und despotiſch alle Individualität vernichten zu können. — Daher waren auch noch keine peinlichen Geſetze im eigentlichen Sinne des Worts möglich, darauf berechnet, die Begehung von Verbrechen durch pſychologiſchen Zwang zu verhindern und die Sicherheit des Staats zu erhalten; was man in jenen Zeiten vorfindet, ſind nur ſelbſtgeſchaffne Normen der Individuen, wodurch die Schadloshaltung eines Verlezten und ſeiner Familie im Voraus im Fall einer Verletzung ſeiner Rechte beſtimmt wurde. Mit einem Wort,

es gab überall noch kein öffentliches Recht, weil der Staat noch in ſeinen Grundlagen ſchwankte, ſondern nur Familienprivatrecht. —

Immer indeß hätten dieſe Entſchädigungsnormen wenigſtens einer neuern Beſtimmung bedurft, da ſeit dem Tode Karls des Groſſen der Wohlſtand der Nation ſich bedeutend gemehrt hatte, und der innere Gehalt des Geldes nicht mehr derſelbe war. Von ſelbſt mußten nun die Kapitularien der fränkiſchen Könige, wenn ſie auch noch einige Jahrhunderte hin und wieder in einigem Anſehen ſtanden, endlich doch fallen; von ſelbſt ſich eine zahlloſe Menge von Gewohnheitsrechten bilden, indem jede Provinz, jeder Gau, jeder Ort, ja jedes Dorf jezt Normen nach eignem individuellen Bedürfniß ſich ſchuf, und ſo jene Ungewißheit der Rechte entſtehen, deren Drückendes und Verderbliches, indem Alles der Willkühr der Urtheilsſprecher heimgegeben war, man auch ſchon damals empfand und empfinden mußte. Biſchof Burkard von Worms z. B. glaubte daher nichts nothwendiger, als durch feſte Normen dieſe Ungewißheit zu brechen. In dem Eingang zu ſeiner Geſetzgebung giebt er die Motive derſelben ſehr deutlich an. „Propter assiduas lamentationes miserorum, et crebras insidias multorum, qui more canino familiam sancti Petri lacerabant, diversas leges eis imponentes, et infirmiores quosque suis judiciis opprimentes, cum consilio Cleri et Militum et totius familiae has jussi scribere leges, ne aliquis advocatus aut Vicedominus aut Ministerialis, sive inter eos alia aliqua loquax persona supradictae familiae novi aliquid subinferre posset, sed una eademque lex diviti et pauperi ante oculos praenotata omnibus esset communis. r)

r) Codex Probation. Histor. Ep. Wormat. N. 51. p. 44.

Merkwürdig ſind die Strafbeſtimmungen, welche ſich in Burkards Geſetzgebung vorfinden. Sie zeigen auf jeder Seite die Richtigkeit der früher gemachten Bemerkungen. — Nichts war häufiger, als Todtſchläge, im kühnen Uebermuth, im Gefühl der Freiheit begangen: allein dennoch wagt Burkard kaum etwas anders feſtzuſetzen, als Bezahlung des Wehrgeldes, und Geldbuſſe zur Verſöhnung mit den Verwandten des Erſchlagnen. „Propter homicidia — heißt es in den Geſetzen Burkards s) — quae quasi quotidie fiebant infra familiam s. Petri more belluino, quia saepe pro nihilo aut per ebrietatem aut per superbiam alter in alterum insana mente ita insurgebant, ut in curriculo unius anni XXXV servi s. Petri sine culpa a servis ejusdem ecclesiae sint interempti, et ipsi interfectores magis inde gloriati sint et elati, quam aliquid poenitudinis praebuissent; proinde ob illud maximum detrimentum nostrae ecclesiae hanc correctionem fieri decrevimus, ut si quis ex familia consocio suo sine necessitate — interfecerit, constituimus, ut ei tollantur corium et capilli, et in utraque maxilla ferro ad hoc facto comburatur, et Weregeldum reddat, et cum proximis occisi more solito pacem faciat, et ad hoc constringantur proximi, ut accipiant.“

Man erblickt hier alſo eine treue Kopie von den Verordnungen früherer Zeiten; Wehrgeld, Schadenserſatz, den die Verwandten des Erſchlagnen anzunehmen verbunden ſeyn ſollen, um die Blutrache und Privatfehden zu vermeiden. Freilich iſt hier auch noch als eigne Strafe Brandmarken, Züchtigung und Abſchneiden der Haare hinzugefügt: allein, wiewohl eben dieſe Straffanktion, wie wir weiter unten bemerken werden, ſpäter von Heinrich II. wiederholt wurde, ſo darf

s) Ebendaſelbſt S. 47.

man doch nicht auf die Anwendung derſelben ſchlieſſen, ſondern ſie höchſtens nur als einen Beweis des Eifers anſehen, womit der Klerus durch Anordnung härterer Strafen die rohen und wilden Gemüther zu bändigen ſuchte.

Nur noch eine Straffanktion wollen wir aus Burkards Geſetzgebung ausheben, den Diebſtahl betreffend, die von Neuem es bezeugt, mit welchem Haß man die Verbrechen der Liſt vor denen der Gewalt verfolgte. Denn hier ſoll als Strafe, nicht aber blos Schadensersatz eintreten, ſondern der Verluſt der bürgerlichen Rechte, das köſtlichſte Vorrecht des freien unbeſcholtnen Mannes, ſich durch ſeinen alleinigen Eid von einer Anſchuldigung, deren er nicht durch Augenſchein überführt werden mochte, zu reinigen. „Si quis ex familia furtum fecerit — heißt es in Burkards Geſetzen — et hoc non pro necessitate famis, sed propter avaritiam et cupiditatem et propter consuetudinem fecit, et quod furatus est, si V. solidis appreciari potest — ad correptionem malorum constituimus, ut legem sibi innatam propter furtum perditam habeat et si ab aliquo de aliqua re inculpatus fuerit, non se expurget juramento, sed aut duello, aut bullienti aqua, aut ferventi ferro.“ — Wie allgemein dieſe Art der Strafe des Diebſtahls war, ſieht man aus den früher angezognen Stellen des ſächſiſchen und ſchwäbiſchen Landrechts, worin eben dieß verordnet wird.

Burkard giebt uns übrigens in ſeinem Beichtſpiegel ein treues Sittengemälde jener Zeiten. Die Fragen, die nach ſeinem Befehl von den Geiſtlichen an die, welche zur Buſſe gehen, gethan werden ſollen, bezeichnen ſehr deutlich die Verbrechen, welche damals am meiſten im Schwange waren. Nur einige wollen wir davon ausheben. Wie häufig die Todtſchläge waren, beweiſt auch das, daß Burkard nicht weniger, als fünf und zwanzig

Fragen deshalb vorſchreibt. So ſoll z. B. gefragt werden: Haſt du einen Todtſchlag begangen, freiwillig, ohne Noth, aus Raubgier, um Blutrache zu nehmen? u. ſ. w. Ferner: Haſt Du einen Menſchen entführt, verſchickt, in die Gefangenſchaft verkauft? u. ſ. w. Die meiſten der Fragen betreffen aber den damals herrſchenden Glauben an Zauberei, an Verbindung mit böſen Geiſtern u. ſ. w.

Man ſieht alſo aus allem dieſem, daß in jenen erſten Jahrhunderten nach dem Abgang der Carolinger die Nation im Ganzen noch auf derſelben Stufe der Kultur ſtand, wie unter Karl dem Groſſen,, daß man noch dieſelbe Anſicht vom Strafrecht hatte, und daß daher auch jezt noch die meiſten Verbrechen mit Gelde gebüßt werden mußten, indem die Familien die Verletzungen der Rechte eines ihrer Individuen zu ihrer eignen Sache machten und mithin Blutrache und Familienfehden nach wie vor fortdauerten.

Und wie hätte es auch anders ſeyn können, in der allgemeinen Zerrüttung und Anarchie, welcher Deutſchland unter den Schrecken des zügelloſeſten Fauſtrechts unterlag. In beſtändigem Kampf waren die einzelnen Stände gegen einander befangen, der Adel verfolgte und drückte die Bewohner des flachen Landes und der Städte, von denen allein eine höhere Kultur und eine beſſere Ordnung der Dinge ausgehen konnte, Klerus und Adel kämpften um die Oberherrſchaft, und die Kaiſer oder Könige waren zu ſchwach, um vielmehr, als ruhige Zuſchauer des furchtbaren Schauſpieles abgeben zu können. Und ſo hätten auch alle Geſetze, hätte es auch deren gegeben, verſtummen müſſen vor dem Recht der Waffen. Zwar boten die Kaiſer Alles auf, um durch Geſetze und Gerichte die Ruhe im Innern des Reichs zu erhalten und zu befördern; zwar wurden gegen die Friedensbrecher ſtrenge Straffanktionen erlaſſen, und ein ſummariſches gerichtli-

ches Verfahren gegen ſie angeordnet: allein die Kaiſer waren ſelbſt bald genöthigt, durch Legaliſirung des Fauſtrechts, durch Verſtattung deſſelben unter Beobachtung gewiſſer Formen, durch Errichtung eines Gottesfriedens (treuga Dei) auf beſtimmte Tage der Woche, ein Bekenntniß ihrer Schwäche abzulegen, und äuſſerſt beſchränkt blieb daher die Sphäre des Rechts und der Ordnung. —

In dieſem allgemeinen Krieg der Stände unter einander und der Individuen gegen Individuen bildete ſich zuerſt in den Städten ein ſtrenges peinliches Recht, und ein in handhafter That ergriffner Friedensbrecher ward hier ohne ſtrenge Prüfung der Individualität des Falls, ohne groſſe Förmlichkeit ſchnell gerichtet, Todesſtrafen kommen daher in dem peinlichen Recht der Städte des Mittelalters ſehr häufig vor, und ſo ſehr auch die einzeinen Strafnormen deſſelben, die nach individuellen Bedürfniſſen und Anſichten geſchaffen wurden, von einander abweichen mögen, ſo iſt doch Strenge und Härte der allgemeine Charakter, welcher das peinliche Recht der Städte vor dem in den Landgerichten üblichen auszeichnet.

Und ſo ward hierdurch ſchon die groſſe Umwandelung vorbereitet, die alsdann Statt fand, als die fremden Rechte ſich in Deutſchland verbreiteten und zahlreiche Anhänger fanden. Jezt erfuhr auch das peinliche Recht eine eigne Umgeſtaltung, vornemlich durch den Einfluß des kanoniſchen Rechts. Man gewann jezt eine andre Anſicht der Strafen. Durch den urſprünglich religiöſen Sinn des Volks, und die lange Herrſchaft, welche der Klerus über die Gemüther ausgeübt hatte, war einer Lehre der Eingang vorbereitet worden, welche alle Verbrechen als Beleidigungen der Gottheit betrachten lehrte, und ihre Strafwürdigkeit aus dieſem Geſichtspunkt ableitete. Schadensersatz, Wiederherſtellung der freien Perſönlichkeit des unmittelbar Verlezten war jezt nicht mehr genügende Stra-

ſe: die zürnende Gottheit mußte verſöhnt, die verlezte moraliſche Ordnung wiederhergeſtellt werden. —

Nicht nur härtere, mit dem Maasſtabe der Sünde gemeſſene Strafen aber mußten nun eingeführt, ſondern auch der Katalog der Verbrechen ſelbſt um ein Bedeutendes erweitert werden. Verbrechen, die bis dahin nur in den geiſtlichen Sendgerichten gerügt worden waren, ſollten jezt auch von weltlichen Richtern mit meiſtens harten Strafen geahndet werden. Willig begegneten indeß die Richter dieſen Anforderungen des geiſtlichen Rechts, feſt an den durch den Klerus verbreiteten Ideen hängend, und das Gewiſſen mit ſchwerer Schuld durch Nichtachtung derſelben zu belaſten fürchtend. Hiezu kam, daß das römiſche Recht mit dem kanoniſchen zugleich im Anſehen ſtieg, und daß darin eben ſo harte Strafen feſtgeſezt waren, früher aus politiſchen, und in den ſpätern Konſtitutionen der Kaiſer eben wohl aus religiöſen Rückſichten. —

Noch aus einem andern Grunde entfernte man ſich willig von früheren Anſichten, die gröſſere Strenge und Härte der Strafen begierig annehmend. Deutſchlands Fürſten waren bedeutend an Macht und Anſehen geſtiegen, und wünſchten den langen Kampf der Individuen gegen Individuen zu beendigen. Herſtellung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit war, was zuerſt bewirkt werden mußte. Aber ſich täuſchend in den Mitteln, glaubte man durch Schrecken, durch den Terrorismus harter und grauſamer Strafen erreichen zu können, was doch nur die Frucht einer höhern allgemeinverbreiteten Geiſteskultur ſeyn konnte. —

Irrig wäre es gleichwohl zu glauben, daß dieß Eindringen der fremden Rechte in Deutſchland alle Spuren altdeutſcher Art und Sitte vertilgt hätte. Im fernſten Norden fanden ſie lange keinen Eingang und dort erhiel-

ten ſich die Denkmale vaterländiſcher Einrichtungen am längſten in unverlezter Reinheit.

Aus dieſen vorläufigen allgemeinen Bemerkungen wird man es leicht abnehmen, daß an keine Uebereinſtimmung des peinlichen Rechts in Deutſchland in dieſem Zeitraum zu denken ſey. Was das Kaiſerrecht, was die Kompilatoren des ſächſiſchen und ſchwäbiſchen Landrechts über Verbrechen und deren Beſtrafung enthalten, kann kaum als Gewohnheitsrecht einiger Provinzen betrachtet werden. In der Zeit, wo ſich die Städte eigne Statuten errichteten, ſchufen ſie ſich auch ein eignes peinliches Recht, das aber nachdem im Fortgang der Zeit nach wirklichen oder geglaubten Bedürfniſſen des Augenblicks mannichfach modificirt wurde, und nur aus den Malefizbüchern, wie aus den Chroniken und Annalen, kann man ſich daher ein treues Bild von ihrem peinlichen Recht entwerfen. — In manchen Provinzen ferner beſtanden uralte deutſche Geſetze und Einrichtungen in vorigem Anſehen, während man in andern die fremden Rechte ganz adoptirt hatte.

So verſchieden indeß in Einzelheiten die peinlichen Geſetze und Gewohnheitsrechte jener Zeiten erſcheinen mögen, ſo ſcheint es doch, als ſey im Gegenſatz der frühern Geſetze und Gewohnheiten ein allgemeiner Charakter derſelben unverkennbar, und der Geſichtspunkt leicht aufzufinden, unter welchem ſich jene Einzelheiten und Abweichungen leicht und ſchicklich in ein zuſammenſtimmendes Ganzes vereinigen laſſen. Wir wollen daher der früher beobachteten Ordnung treu, die einzelnen Verbrechen und die Strafen, womit ſie in dieſem Zeitraum belegt zu werden pflegten, aufzählen, und ſodann noch einige allgemeine Bemerkungen hinzufügen.

Billig machen wir mit dem Verbrechen des Landfriedensbruches den Anfang, deſſen eigentlicher Um-

fang ſchwer zu beſtimmen iſt, und wohin alle die Verbrechen der offenbaren Gewalt gezählt wurden, wodurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit geſtört wurde. Schon früher iſt wiederholt der Bemühungen der Kaiſer und Stände gedacht worden, der Zügelloſigkeit der Privatfehden und Bürgerkriege Ziel und Schranken zu ſetzen. Zu dieſem Zweck ſollten die von den Kaiſern errichteten und von den Ständen beſchwornen Landfrieden, wodurch die Privatfehden nur nach verſuchtem Recht und nach vorhergegangner Aufkündigung geſtattet wurden, und die Friedensgerichte dienen, welchen vorzüglich die Verfolgung der Landfriedensbrecher oblag t).

Die Strafen, welche in dieſem Landfrieden den Uebertrettern derſelben angedroht werden, ſind gewöhnlich Acht, Rechtsloſigkeit, auch Todesſtrafen. — Bei der weitern Bedeutung des Worts, und der groſſen Menge von Verbrechen, welche darunter begriffen wurden, wird es nothwendig ſeyn, zu einer genauern Betrachtung dieſer leztern überzugehen. —

Das Verbrechen der Tödtung wurde mehrere Jahrhunderte lang nach dem Abgang der Carolinger in Deutſchland noch nicht mit dem Tode beſtraft u). So

t) Wir können uns hier in keine Geſchichte des Fauſtrechts und der zahlreichen Konſtitutionen einlaſſen, welche zur Beförderung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit bald von dem Kaiſer und den Ständen gemeinſchaftlich errichtet, und von den Leztern den Bedürfniſſen ihrer Länder angepaßt wurden, bald eine Folge der Verbündungen zwiſchen dem Adel und den Städten, bald der Vereinigungen dieſer Leztern waren. — S. vorzüglich J. Ph. Datt. de Pace Imper. Publ. und Pfeffinger Vitriar. illustr. Lib. I. tit. 2.

u) Mehrere dahin gehörige Stellen aus den Konſtitutionen der Könige führt Schilter (Exercit. 49. §. 117) aus

heißt es in einer Urkunde Heinrichs II. vom Jahr 1023: „Si autem ibi occiditur, omnes, qui hujus homicidii vel invasionis participes sunt, cute et capillis perditis supradicta combustione sequentur, ac Werigeldum occisi domino suo auctor homicidii persolvat, et cum proximis ejusdem interfecti reconciliationem faciat x).“ Mehrere Verordnungen der Art finden ſich ſelbſt noch im eilften und zwölften Jahrhundert, und bezeugen die Anhänglichkeit an uralte deutſche Sitten y).

Aber vom dreizehnten Jahrhundert an, wenn man anders dem Sachſen- und Schwabenſpiegel trauen darf, ſcheint dieß Verbrechen allgemein mit dem Tode beſtraft worden zu ſeyn, wo nur Sächſiſches und Fränkiſches Recht galt. Nach ihnen z) wird die vorſetzliche Tödtung mit dem Rade, der Todtſchlag mit dem Schwert beſtraft. Auch

---

Goldast Reichsſatzungen an, die aber nicht für Deutſchland, ſondern nur für Italien gegeben worden zu ſeyn ſcheinen.

x) Chron. Laurisheim. bei Freher. Scriptor. Rer. German. Tom. I. p. 126.

y) Bei Ludewig Reliqu. Msptr. Tom. IV. p. 180. 202.

z) Im Sächſiſchen Landrecht II. 63. heißt es: „Alle Mörder — — ſoll man radebrechen.“ — „Die einen Mann ſchlagen und fahen, denen ſoll man allen das Haupt abſchlagen“ — und im Schwäbiſchen Landrecht Kap. 114: „All Mörder, die ſoll man all radbrechen. — — Wer einen Mann zu Tod ſchlägt, oder ihn beraubet, dem ſoll man das Haupt abſchlagen.“ — Beiſpiele von Vollziehungen dieſer Strafen in jenen Zeiten finden ſich bei Alberic. Chron. ad a. 1225. p. 519. — Levold a Northov bei Meibom Scriptor. Rer. Germ. p. 386. und Albert. Stadens. Chron. ad a. 1226. p. 304. — Vergl. Kress ad C. C. C. p. 397.

eine Konſtitution Kaiſer Friedrichs vom Jahr 1156 befiehlt, den Mord ſowohl, wie den Todtſchlag am Leben zu ſtrafen a). Allein leicht laſſen ſich eine Menge Beiſpiele ſammeln, welche die Beobachtung der alten Sitte, mit einer Geldbuſſe die Blutrache der Verwandten abzukaufen, nicht nur das dreizehnte und vierzehnte Jahrhundert, ſondern auch das funfzehnte und ſechszehnte hindurch beſtätigen b). — Immer ſcheint man jedoch ſorgfältig den Todtſchlag vom Mord unterſchieden zu haben. Dieſen leztern, den ſchon die Kapitularien der fränkiſchen Könige mit der Todesſtrafe bedroht hatten, ließ man den Thäter mit dem Tode büſſen, aus Haß, gegen das dem Nationalcharakter ſo fremde Heimliche und Hinterliſtige der That, worein man eben das Weſentliche des Mordes ſezte. Denn ſowohl der Angriff und die Tödtung eines unbewaffneten Mannes, als der heimliche und hinterliſtige Ueberfall des Bewaffneten wurde dahin gerechnet, und ſelbſt der redliche, unbeſcholtne Mann, der im einſamen, unredlichen Ueberfall ſich nur durch den Tod des Angrei-

a) Bei Ludewig Reliqu. Msptr. tom. II. p. 193.

b) Auch davon finden ſich Beiſpiele bei Ludewig a. a. O Tom. I. p. 281. — So heißt es in den im Jahr 1323 geſammelten Obſtalbomiſchen Geſetzen (§. 11.): „ut quicunque laicum occiderit, in septuplum judicibus et heredibus condemnetur." Aehnliche Beſtimmungen enthalten die um die nemliche Zeit errichteten Statuten der Stadt Frankfurt (in Senkenbergs Select. Jur. et Histor. Tom. I.) „Wer eynen Dotſchlag tut, und darum verzalt wird, der en ſol nummer in die ſtadt kommen, er habe dann vore dem gerichte der ſtadt und den klagern gebuzſit, und ſol nach der buzſe ein jar uzſe ſyn. — Wulde aber der cleger zu hart ſin, ſo ſul das an dem rade ſten." — Andre Stadtrechte ſtimmen darmit überein; ſo das von Worms bei Ludewig Reliqu. tom. II. p. 240.

Angreifers hatte retten können, gerieth in den Verdacht des Mordes, wenn er nicht Sorge getragen hatte, ſich unbeſcholtne Männer gleich nach geſchehener That zu Eidesheifern zu verſchaffen c). —

Härter und übereinſtimmender waren die Strafverordnungen gegen den Mordbrand, ein Verbrechen, das gleichfalls des Charakters der Liſt und des Heimtückiſchen wegen mit vorzüglich harten Strafen geahndet wurde. Das Schwäbiſche Landrecht giebt folgende Definition davon (Kap. 114.): „Wer tags oder nachtz heimlichen prennet, er laugen oder nicht, das heiſſet morprant." — Gelinder wurde das Verbrechen dann beſtraft, wenn es das Gepräge der Heimlichkeit nicht an ſich trug. Darum heißt es in den Obſtalbomiſchen Geſetzen §. 3.: „Incendiarii nocturni concrementur, diurni vero damnum incendii taxatione praemiſſa in ſeptuplum recompenſent et in poena viginti marcarum maneant judicibus obligati." — Eine ähnliche Unterſcheidung hat auch das frühere Sächſiſche Land-

p. 240. von Goslar und andern. Vergl. auch Schilter Exercitat. 49. §. 117. — — Am längſten erhielt ſich aber die Sitte der Kompoſitionen in Holſtein, ſo wie überhaupt im nördlichen Deutſchland. Hier galt das alte Sprichwort: „De Füſte hefft mag ſlahen, de Geld hefft mag betalen." Vergl. Weſtphalen Monument. inedita. Tom. II. p. 324. III. 144. Eine geringe Summe Geldes, oft nur eine Tonne Bier reichte hin, um den Frieden herzuſtellen, und die Gemüther zu verſöhnen. S. auch Dreyer vermiſchte Abhandlungen II. 1013. ſeqq. In den im 15ten Jahrhundert errichteten Dithmarſiſchen Statuten wird die Geldbuſſe für einen Erſchlagnen auf hundert Mark feſtgeſezt. S. Chronic. Luneburg. bei Leibnitz Script. Rer. Brunsvic. Tom. III. p. 213. —

c) Vergl. Dreyer Nebenſtunden S. 95. u. folg.

recht, aus dem ſie genommen zu ſeyn ſcheint, und wo es heißt: „— — Mordbrenner ſoll man radebrechen: — der aber brennet ſonder Mordbrand, dem ſoll man das Haupt abſchlagen.“ — Und eben ſo das Schwäbiſche Landrecht im 114ten Kapitel d).

Beſonders iſt im Schwäbiſchen Landrecht noch der Verwandtenmord ausgezeichnet; „Wer ſeinen gepornen maug (Magen) — heißt es Kap. 231 — an ſchuld ertött, öffentlichen oder heimlichen, über den ſoll man richten alſo, man ſoll im machen ainen lidrein ſackch, und ſoll in darin verſenkchen in ainen wangt, der ſey rein oder unrein, und ſol in tieff ſenkchen, alſo, das ihm das haubt und aller ſein leib an dem grunt raich, man ſol in dem Waſſer laſſen liegen einen halben Tag, und iſt er dennoch nit tott, ſo lazz man in lenger. Das iſt daran geſezt, das ſein leichnam das nicht wert iſt, das weder menſch, noch ſunn, noch man, wedder tag, noch nacht, ſeinen tod icht ſehen ſullen, und alſo ſol er ſterben, und anders nicht e).“ —

Das Verbrechen des Raubes hängt ſo genau mit dem in Deutſchland in dieſem Zeitraum herrſchenden Recht der Selbſthülfe und Gewalt zuſammen, daß man es über-

d) Sehr häufig wird auch in den Konſtitutionen der Könige, und in den ſpäter errichteten Landfrieden des Mordbrands erwähnt. —

e) Auch die Gloſſe des Sachſenſpiegels zum vierzehnten Artikel des zweiten Buchs erwähnt der Strafe des Säckens in der Geſtalt der römiſchen poena cullei, und giebt auch einen ſehr ſcharfſinnigen Grund von der Gewohnheit an, warum man vier Thiere mit dem Verbrecher eingenähet habe, ein Grund, den Tengler ſo probabel fand, daß er ihn in ſeinem Laienſpiegel wiederholte. Vergl. auch Matthaeus de Criminib. pag. 528. seqq.

haupt nur in der Maſſe zu beſchränken vermochte, wie die Privatfehden ſelbſt, von denen es meiſt unzertrennlich war. Die Beſchränkungen dieſer aber, die Landfrieden und Gottesfrieden, die Befriedigungen gewiſſer Perſonen und Sachen haben wir ſchon oft erwähnt, und nur an ſolchen befriedeten Tagen, und Perſonen, und Sachen konnte daher, wie es ſcheint, das Verbrechen des Raubes begangen werden, da auſſerdem Fehden und Gewaltthätigkeiten legaliſirt waren. Von dieſen Fällen ſcheint auch das Sächſiſche Landrecht (II. 13) und das Schwäbiſche (Kap. 114) zu reden, wenn es darin heißt: „Der einen Mann beraubet — dem ſoll man das Haubt abſchlagen" und „Wer ainen Mann ze tod ſlecht, oder in beraubet, dem ſoll man das Haubt abſlahen." — Die mächtigeren Städte, welche vorzüglich von den Plackereien des Adels unnennbar zu leiden hatten, ſcheinen dieſe Verordnungen in ihren Statuten kopirt zu haben. So heißt es in den Statuten von Goslar Lib. II. tit. von vredebrake, §. 63. (bei Leibnitz Scriptor. rerum Brunsvic. tom. III. p. 500): „De enne dodet, eder vet, eder rovet, eder brennt ſunder mortbrandt, eder wiff der moget notteget, deme ſchall me dat hovet affſlan." — Eben ſo ſoll man nach dem Lübeckſchen Recht (Lib. IV. tit. 2. art. 1.) diejenigen, „die jemanden auf freyer ſtraſſen berauben," wenn ſie abweſend ſind, in die Acht bringen und friedlos machen; iſt man aber ihrer habhaft, ſie am Leben ſtrafen („es gehet ihnen an ihr höchſtes leib und leben"). Aehnliche Verordnungen enthalten die mehrſten ältern Stadtrechte, während die neuern ſich an die peinliche Gerichtsordnung Karls V. anſchlieſſen f).

---

f) Bekannt iſt es übrigens, daß die Friedensbrecher, ohne Unterſchied des Standes, vorzüglich mit dem Strange oder wie es in der Gerichtsſprache der mittleren Zeiten heißt, mit der Waide beſtraft wurden, da man ſich ge-

In der Reihe der Gewaltthätigkeiten iſt auch in den Geſetzen und Gewohnheiten dieſer Periode der **Menſchenraub** ausgezeichnet. „Da ein Menſch den andern Menſchen ſtiehlt — heißt es im Schwäbiſchen Landrecht Kap. 210. — das iſt auch Diebheit, und wird es in ſeiner Gewalt begriffen, man ſchiebet es auf ihn, als ander Diebheit, und wie jung er iſt, oder wie arm er iſt, man ſoll ihn darum henken. Wann ein Menſch iſt theurer, denn viel gutes g).“

Auch **Entführung** und **Nothzucht** fehlten in dieſer Reihe nicht, wenn auch im Sächſiſchen und Schwä-

---

wöhnlich einer Weidenruthe zum Aufknüpfen bediente. (S. Dreyer Nebenſtunden S. 166). So heißt es in der Weſtphäliſchen Gerichtsordnung (bei Mascov. Notit. Jur. Brunsvic. Luneb. im Anhang S. 66.) „— — und daen eme (dem Friedebrecher) einen Seyll edder **Wede** umme ſynen Hals, und hangen ema an dem negeſten Bome, den gy gehoven mögen;“ da vorzüglich Landfriedensbruchsſachen, wie wir ſchon oben bemerkt haben, zum Reſſort der Weſtphäliſchen Gerichte gehörten. Schon bei den Franken war das Aufhängen die gewöhnliche Strafe des Landfriedensbruches (S. Gregor von Tours 1. 8.) und in Friedrichs I. erſtem Landfrieden (S. Neue Sammlung der Reichsabſchiede Th. 1. S. 9.) wird geſagt: „Publici latrones et convicti antiqua damnentur sententia,“ worunter wahrſcheinlich die Strafe des Aufhängens verſtanden wird, da gerade Friedrich I. nach Otto Frisingensis histor. Friderici II. 25, eilf adliche Friedensbrecher aufknüpfen ließ. Aller Unterſchied des Standes, den man etwa hierbei beobachtete, war der, daß etliche Friedensbrecher etwas höher gehängt wurden. S. z. B. Albert. Stadens. Chronic. ad a. 1133. und Helmold Chronicon Slavorum I. 50. —

g) So wiederholt auch der Gloſſator des Sachſenſpiegels (II. 16.) die Verordnungen der Lex Fabia de Plagiariis;

biſchen Landrecht ihrer nur flüchtig gedacht wird. „Wer Weib oder Magd nothzüchtigt — heißt es in dem erſtern II. 13. — dem ſoll man das Haupt abſchlagen.“ — Auch wird eben daſelbſt III. 1. es für erlaubt erklärt, das Gebäude, worin die Nothzucht h) begangen worden, zu zerſtören, und alles, was Lebendes dabei zugegen geweſen, zu enthaupten i).

„Der einen freyen Mann wiſſentlich vor einen eignen verkauft — ſagt er hier — oder einen ſeinem Herrn wiſſentlich vorhält, oder beredet, daß er ihm davon laufen ſoll, dem ſoll man ſeinen Leib vertheilen.“ —

h) In dem angeführten Artikel des Sächſiſchen Landrechts kommt der Ausdruck Notnunft vor. Gärtner überſezt es durch Entführung; allein ſchon Walch hat in ſeinem trefflichen Glossar. germanic. interpretat. etc. etc. inserv. s. v. Nothzucht gezeigt, daß dieſe Ueberſetzung falſch, und nur Nothzucht darunter zu verſtehen ſey.

i) Der Artikel lautet übrigens ſo: „Um keinerlei Verbrechen ſoll man Dorfgebäude aufbrechen, es ſey denn, daß eine Jungfrau oder ein Weib darinnen genothzüchtigt ſei, oder mit Gewalt darin geführt worden ſei. — — Alle lebende Dinge, die bei der Notnunft waren, ſoll man enthaupten.“ — In den verſchiednen Stadtrechten wird die Nothzucht häufig mit der Todesſtrafe bedroht. Wir werden unten noch einmal darauf zurückkommen.

Des Zuſammenhanges wegen gedenken wir hier auch noch der Bedingungen, unter welchen die Nothzuchtsklage allein angeſtellt werden konnte. Die Geſetze und Gewohnheitsrechte des Mittelalters ſtimmen nemlich darin überein, daß die Klage ſogleich auf friſcher That geſchehen mußte, und daß, wenn die That übernächtig geworden war, die Klage entweder gar nicht angenommen wurde, oder doch dem Angeklagten das Recht zuſtand, ſich durch den Eid davon zu reinigen. So heißt es z. B. im alten baierſchen Recht (in Heumanns Opuscul.

Unter die Rubrik der Gewaltthätigkeiten gehört auch noch eine lange Reihe von Körperverletzungen, über deren Beſtrafung wenigſtens das Sächſiſche und Schwäbiſche Landrecht ſo ausführliche und ins Detail gehende Dispoſitionen enthält, wie man ſie nur in den Geſetzen der frühern Periode zu finden gewohnt iſt k). Die ver-

p. 69.): „Es ſoll ein jeglich Frau, die genozogt wird, wenn ſie aus ſeinen Händen und aus ſeiner Gewalt kommt, mit prochen Leib, und mit fladdernten Haar, mit zerriſſen Gegent und zu Hant hingnent laufen, daz Gericht ſuchen, und ihr Laſter waynent und ſchreyent clegen." — Und in einem Goslarſchen Statut vom Jahr 1219 (bei Heineccius Antiquitat. Goslar. Lib. II. p. 220.): „Si qua virgo et mulier conqueratur, quod violenter abducta et vim passa, nisi recens causa sit, nullatenus audiatur." — (Mehrere Beiſpiele finden ſich geſammelt bei Dreyer in den Nebenſtunden S. 67.) Ein auffallendes Beiſpiel bietet noch das alte Nordfrieſiſche Landrecht Art. 29. (bei Dreyer vermiſchte Abhandlungen III. 1470) dar, wo der Genothzüchtigten geboten wird, jedem, dem ſie begegne, die That zu klagen, und in der nächſten Kirche, die ſie antreffe, die Sturmglocke zu ziehen, um ſich Zeugen der That zu verſchaffen. (Nach dieſem Frieſiſchen Landrecht iſt übrigens das Säcken ſowohl die Strafe der Nothzucht, als des Mordes (in der von uns oben angegebnen Bedeutung) und des Mordbrandes). Deßhalb konnte denn auch kein bündigerer Beweis der geſchehnen Nothzucht geführt werden, als daß die Genothzüchtigte während der That geſchrieen habe. — Vergl. Dreyer Nebenſtunden S. 213. seqq. und Böhmer ad art. 119. etc. etc. §. 7.

k) Eine gleiche Umſtändlichkeit über dieſen Punkt findet man auch in den meiſten einzelnen Land- und Stadtrechten jener Zeiten. Als ein Beiſpiel führen wir nur den drei und dreiſſigſten Artikel des ſo eben angezognen alten Nordfrieſiſchen Landrechts vom Jahr 1428. an.

ſchiednen Arten von Körperwunden ſind hier genau unterſchieden, man findet hier Fleiſchwunden, worunter gewöhnlich nur leichte Wunden verſtanden werden, offene Wunden, wohin die Gefahrdrohenden gerechnet werden, u. ſ. w. und die Strafe variirt dann, ganz ſo wie in den Geſetzen der frühern Periode, nach der eigenthümlichen Beſchaffenheit der Wunde, nach dem Theile des Körpers, woran ſie befindlich, u. ſ. w. 1) — Dieſe Strafe beſteht aber nur darin, daß dem Verwundeten eine Genugthuung bezahlt werden ſoll, dem Richter die Buſſe, wenn das Verbrechen ein doloſes iſt. So heißt es z. B. im Sächſiſchen Landrecht II. 38: „Der Mann ſoll den Schaden, den er andern durch ſeine Verwahrloſung zuzieht, erſetzen — — da er einen Menſchen ſchießt oder wirft, da er nach einem Vogel zielt. Hierum aber vertheilet man ihm nicht ſeinen Leib, noch ſeine Glieder, wenn auch gleich der Menſch ſtürbe; ſondern er muß ihn gelten ſo hoch, als ſein Wehrgeld ſteht:“ — und III. 37: „Wer den andern ſchlägt oder rauffet, ohne Fleiſchwunden, dem gehet es nicht an den Hals und an die Glieder, ſondern Gewette und Buſſe verwirket er dadurch.“

So viele Spuren ſich auch in den Geſetzen der früheren Periode finden, die wir in der Geſchichte derſelben auch zum Theil angeführt haben, daß Realinjurien ſowohl, als Verbalinjurien nur mit Gelde gebüßt wurden, und ſo genau und umſtändlich dieſe Geldbuſſen nach der Individualität aller möglichen gedenkbaren einzelnen Fälle darin feſtgeſezt ſind: ſo wenig hingegen findet man der Injurien, wenigſtens der Verbalinjurien, und der Art ihrer Beſtrafung in den Geſetzen

1) Die hieher gehörigen Stellen des Sächſiſchen Landrechts ſind vorzüglich folgende I. bis II. 34. 38. und aus dem Schwäbiſchen Landrecht Kap. 187. 189. 191. —

dieſer Periode erwähnt. Und leicht läßt ſich der Grund davon errathen. Denn es verſchmähte es, wie wir ſchon früher bemerkt haben, der deutſche Sinn, die Genugthuung für widerfahrne Kränkungen vor Gericht zu ſuchen. Eine römiſche Actio aestimatoria, welche Schätzbarkeit des Unſchätzbaren vorausſezt, und das edelſte Kleinod des Lebens zu Geld anſchlägt, mußte ihm als ein Gräuel erſcheinen. Männer, die gewohnt waren, ſtets die Waffen zu tragen, und alle Sachen mit dem Schwert zu verhandeln, konnten nur in dem vergoßnen Blute des Gegners Genugthuung für eine angethanene Schmach finden. Nur von Unfreien, denen das Vorrecht des Kampfes nicht zuſtand, kann man es daher verſtehen, wenn in einer ſchon angezognen Stelle des Sächſiſchen Landrechts (III. 37.) von Büſſung der Realinjurien durch Geld geredet wird m). — Als nun vollends das Ritterweſen aufblühte und der Geiſt der Chevalerie die Herzen mit zartem und tiefem Ehrgefühl erfüllte, als nur der Ruf eines tapfern, muthigen und frommen, eines unbeſcholtnen Mannes von unbefleckter Ehre zur Aufnahme in den Ritterorden berechtigte, und die Verletzung der Ehre ſelbſt den Aufgenommnen davon ausſchloß und ihn mit ewiger Schmach bedeckte: da war vollends nicht daran zu denken, daß der an ſeiner Ehre Gekränkte Klage vor Gericht erheben, und das Theuerſte dem Ausſpruch eines Richters preis gegeben hätte. Der Kampf war das einzige Mittel, die Beleidigungen zu rächen; und wenn Ungleichheit des Standes dieſen unmöglich machte: ſo durfte der Edle

---

m) Vergl. Dreyer vermiſchte Abhandlungen Th. 1. S. 1. seqq. und Meiners Geſchichte der Ehrenkämpfe, im Göttingiſchen Hiſtoriſchen Magazin Bd. III. Stück III. S. 591.

an dem Unfreien ſelbſt durch körperliche Züchtigung ſich rächen n).

Mit gleichem Haß und mit gleicher Härte, wie in der frühern Periode, ward auch in dieſer das Verbrechen des Diebſtahls verfolgt. Die Strafe deſſelben, wenn er nur drei oder fünf Schillinge beträgt, iſt jezt nach dem Sächſiſchen und Schwäbiſchen Landrecht die Lebensſtrafe. „Den Dieb ſoll man henken — heißt es in dem erſteren II. 13. — geſchieht aber in einem Dorfe bey Tage eine Deube, die weniger denn drey Schillinge werth iſt, die mag der Bauermeiſter wohl deſſelben Tages zu Haut und Haar richten oder löſen laſſen mit drei Schillingen, ſo bleibt jener ehrlos und rechtlos.“ — Und eben ſo im Schwäbiſchen Recht Kap. 114: „Den Dieb ſoll man henken; geſchieht aber eine Diebheit, die minder iſt, dann fünf Schilling, die hört zu Haut und zu Haar.“ —

Strenger noch wurde der Diebſtahl an beſonders befriedeten und heiligen Sachen beſtraft. „Die den Pflug, oder Mühlen, oder Kirchen und Kirchhöfe berauben, die ſoll man alle radebrechen.“ — (Sächſiſches Landrecht II. 12) Und ausführlicher noch lieſt man im Schwäbiſchen Landrecht: „Die den Pflug rauben, ſo er des Morgens von Hauſe fährt, und den Bauren etwas thun oder nehmen, das dreyer Pfennige werth iſt, oder wer in Mühlen etwas ſtiehlt, das fünf Schillinge werth iſt, den ſoll man radebrechen; oder ſtiehlt er dreyer Pfennige werth, man ſoll ihn Hand und Haar abſlahen bey dem höchſten; das ſind vierzig Schläg. Wer in Kirchen oder Kirchhöfen etwas ſtiehlt, das dreyer Pfennige werth iſt, den ſoll man radebrechen.“ — (Kap. 114. nach Berger) o). —

n) S. Dreyer vermiſchte Abhandlungen Th. 1. Nro. 1. —

o) Daß man auch einen Unterſchied machte zwiſchen einem nächtlichen Diebſtahl und einem am Tage begangnen, und

In ſo weit gieng man in dem Haß gegen den Diebſtahl, daß man die Socien jeder Art wie die Urheber des Verbrechens ſelbſt beſtrafte. „Wer Diebſtahl oder Raub verhehlt, oder Jemanden mit Hülfe dazu ſtärket, wird er deß überwunden, man ſoll über ihn richten als über jenen.“ (Sächſiſches Landrecht II. 13. — Schwäbiſches Landrecht Kap. 114. edit. Berger.)

Mit dieſer Strenge des Sächſiſchen und Schwäbiſchen Landrechts ſtimmen auch die meiſten Statuten der Städte des Mittelalters überein. So heißt es z. B. in Statut. Susatens. art. XXV. „Wer by ſlagender tydt in eines mannes huis gehet, und ſyn gud mit gewalt offte ſtillekens nehmet, wert he des verwunnen, den wert man döden;“ und in den Statuten von Goslar Lib. II. tit. von vredebrake §. 55. (bei Leibnitz script. Rer. Brunsvic. Tom. III. p. 500.): „Wer ſtehlet fünf Schillinge werth der verſchuld den galgen, is dat myn, ſau ſchall man öhne dor de töne bernen unde to der ſtuger ſchlaen.“ —

Ueberall findet man alſo auf dieſes des Mannes am unwürdigſten gehaltne Verbrechen die ſchimpflichſte der Strafen, die des Hängens feſtgeſezt, deren die Annaliſten und Chronikenſchreiber des Mittelalters kaum erwähnen, ohne ſie mit dem Namen einer mortis dirae, foedae, impurae, tetrae, infamis, abominabilis, pessimae, spurissimae, atrocissimae, crudelis, foedissimae, turpis exhalationis zu bezeichnen p). Manche be-

---

jenen härter ſtrafte, beweiſt folgende Dispoſition des Sachſenſpiegels II. 28. „Wer auch des Nachts gehauen Holz oder geſchnitten Gras ſtiehlt, den ſoll man richten mit der Wyde. Stehlt er des Tages, es geht ihm zu Haut und Haar“ (Vergl. Schwäbiſches Landrecht Kap. 317 nach Berger).

p) S. die Beweisſtellen bei Dreyer Nebenſtunden S. 185.

ſchimpfende Gebräuche wurden auch gewöhnlich hinzugefügt, um die Schmach der Strafe zu erhöhen q), und ſelbſt der Gloſſator des Sachſenſpiegels (II. 13) erwähnt der Sitte, die Diebe am Galgen hängen und unbegraben zu laſſen.

So leuchtet es alſo vorzüglich aus der Art der Beſtrafung dieſes Verbrechens hervor, wie man vorzüglich vom religiöſen und moraliſchen Standpunkt aus die Strafbarkeit der Handlungen abwog, nur ihre moraliſche Häßlichkeit wägend, und wie alle politiſche Rückſichten noch ſo ganz fremd und unbekannt waren. Und ein neuer Beweis dafür drängt ſich uns auf, wenn wir uns jezt zu den Straſſanktionen wider Fälſchungen im weiteſten Sinn des Wortes wenden. Wir dürfen auch hier, wie wir ſchon früher gethan, Verfälſchungen von Urkunden, Münzverbrechen, Meineid, falſches Zeugniß zuſammenfaſſen, denn alle, ſo verſchieden auch ihre Strafwürdigkeit nach politiſchen Rückſichten gemeſſen erſcheinen mag, ſtehen hier auf gleicher Stufe der Strafbarkeit, und ſind nur mit Einer Strafe, körperlicher Verſtümmelung, gleichſam ein Symbol der innern Entweihung, bedroht.

Denn ſo verordnet das Sächſiſche Landrecht II. 26., daß demjenigen, der falſches Geld wiſſentlich verbreite, die Strafe zu Hals und Hand gehen ſolle, und eben ſo das Schwäbiſche Landrecht Kap. 385. So ſoll nach dieſem, wer falſche Urkunden verfertigt, auf eben die Art beſtraft werden. „Welcher Schreiber ein Laie iſt — heißt es im 384ſten Kapitel — der falſch Handfeſte ſchreibet, wird ers überzeugt ſelb dritt, daß er wißt, das es falſch waß, das er ſchrieb, da ſoll man ihm die Hand umb abſchlahen. Und iſt er ein Pfaff, man ſoll ihn dem

q) S. Dreyer a. a. O.

Biſchof darum überantworten, und ſoll ihm der ſein pfäfflich Ehr nehmen. Wo ihn darnach der weltlich Richter begreift, der ſoll über ihn richten, als über einen Weltlichen, er ſoll ihm die Hand abſchlahen heiſſen u. ſ. w. r).“ —

Schon in der Geſchichte der früheren Periode gedachten wir des allgemein verbreiteten Glaubens an die Künſte der Zaubereien, mit denen in den Geſetzen des Mittelalters beinah aller Länder und Völker auch die Vergiftungen in Verbindung genannt werden, Verbündungen mit höheren Geiſtern und Dämonen u. ſ. w. Merkwürdige Beiſpiele davon bietet nicht minder auch die Geſchichte dieſes Zeitraums dar, und nicht ſelten begegnet man in den Annaliſten des Mittelalters Erzählungen von Lebensſtrafen, die an Zauberinnen und Hexen vollzogen wurden s). Man kennt ferner die Verfolgungen der Ketzer, der Juden, der Ausſätzigen, die zu gleicher Zeit in Frankreich, England und Deutſchland ſich erhoben, und die unmenſchlichen Strafen, mit denen man dieſe Unglücklichen verfolgte. Wir können nicht eingehen in eine Geſchichte dieſer Erſcheinungen des Zeitgeiſtes

r) Mehrere ältere Statuten von Städten ſtimmen damit überein, allein ſchon früher haben wir bemerkt, daß die Städte ſich ſelbſt in ſpäteren Zeiten davon entfernten, und daß ſich die neueren Statuten meiſt durch ungeheure Härte der Strafen auszeichnen. So wurden z. B. im 14ten und 15ten Jahrhundert falſche Münzer in den meiſten Reichsſtädten auf dem Markt in Oel gekocht.

s) So erzählt z. B. Lambertus Schaffnaburgens. daß zu Cölln im Jahr 1074 eine Frau von der Stadtmauer geſtürzt ſey, weil ſie angeklagt worden ſey, durch magiſche Künſte mehrere Perſonen bezaubert und des Verſtandes beraubt zu haben. („quod magicis artibus homines dementare infamata fuisset“ p. 208).

ohne uns zu weit von unſerm Gegenſtand zu verirren; und es genüge hier die Erinnerung, daß die Geſchichte der Hexenprozeſſe, die mehr, als in einem andern Lande, in Deutſchland die Kriminalgerichte beſchäftigten, erſt der folgenden Periode angehört; wenn gleich ihr Urheber Innocenz VIII., der im Jahr 1482 den heiligen Stuhl Petrus beſtieg, ſie ſchon damals durch ſeine Emiſſarien, in Deutſchland durch einen Jakob Springer und Heinrich Inſtitor in Gang zu bringen ſuchte, und obgleich dieſe in ihrem Malleus maleficarum alles aufboten, die Aufträge Innocenzens zu befördern. Denn noch verhinderte die Eiferſucht der deutſchen Biſchöfe, die den päpſtlichen Inquiſitionen von jeher feindſelig und abgeneigt waren, und jezt die Kompetenz ihrer Gerichte von Neuem um ein Beträchtliches geſchmälert ſehen ſollten, das Aufkommen derſelben. Als eben bald die Reformation die Gemüther entzweite und ganz Deutſchland in zwey groſſe Religionspartheien zerriſſen ward, die ſich auf jede Art zu zernichten ſtrebten; als jede der andern darthun wollte, daß ſie nicht minder eifrig für die Ehre Gottes ſtreite und nicht minder rechtglaubig ſey, als die andre: da entſtanden die zahlloſen Hexenprozeſſe, die im 16ten und 17ten Jahrhundert in katholiſchen und proteſtantiſchen Landen alle Gerichte in Bewegung ſezten t).

Weniges nur iſt es, was das Sächſiſche und Schwäbiſche Landrecht über Ehebruch, über Stuprum und andre Karnaldelikte enthalten u), und auch die einzel-

---

t) Vergl. Klein Bemerkungen über die Hexenprozeſſe, beſonders zu Ende des 16ten Jahrhunderts. (in Klein- und Kleinschrods Archiv Bd. II. Stück 3. S. 140).

u) Das Sächſiſche Landrecht verordnet über den Ehebruch ganz kurz (II. 13): „Die in Ehebruch begriffen werden, denen ſoll man allen die Häupter abſchlagen." — Wie aber diejenigen, die nicht im Ehebruch ergriffen waren,

nen Provinzial- und Stadtrechte jener Zeiten ſind gerade in dieſem Punkte ſo ſehr abweichend von einander, daß es unmöglich iſt, etwas Allgemeines darüber zu ſagen. Nur Sodomie ſcheint beinah überall am Leben geſtraft worden zu ſeyn, aus Abſcheu gegen eine Handlung, die, vom moraliſchen Standpunkt betrachtet, allen gleich verdammungswürdig erſcheinen mußte; während Ehebruch, Stuprum, Lenocinium, hier mit den härteſten, dort mit den gelindeſten Strafen geahndet wurden x).

---

beſtraft wurden, darüber findet man nichts, auſſer daß die Gloſſe des Sachſenſpiegels unter denen, die geächtet wurden und deßhalb ehr- und rechtlos waren, auch die Ehebrecher mit aufführt. Die dritten — heißt es in der Gloſſe zum 57ſten Artikel des erſten Buchs — ſind, welche friedlos oder in die Acht geſprochen ſind. Und dieß letzte geſchieht zweyerley Weis. Etliche werden von dem Richter friedlos vertheilet, verveſtet und geechtet, als die Ehebrecher." — Die Verordnung des Schwäbiſchen Landrechts über den Ehebruch (Kap. 114.) ſtimmt ganz mit der des Sächſiſchen überein. Vergl. auch Kap. 148, wo es heißt: „Ob ein Mann bei eines Mannes Weib liegt, derſelb Oberhurer und die Oberhurerinn ſind beyde ſammt des Todes ſchuldig. Ob ſie für das weltlich Gericht kommen, ſo ſoll man ihnen das Haupt abſchlagen." — Wegen des Stuprums verordnet das Schwäbiſche Landrecht Geldſtrafen (Kap. 29): „Und iſt, daß ein Mann bei einer Jungfrauen liegt, die da nicht hingeſchworn, es ſey wider ihren Willen oder nicht, und er für Gericht kommt, der bey ihr geſchlafen hat, der ſoll ihrem Vater 100 Mark Silbers geben, und ſoll die Jungfrau zu rechter Ehe haben, dieweil ſie lebet." —

x) Vergl. vorzüglich Kress und Böhmer in ihren Kommentarien zur peinlichen Gerichtsordnung in den hierher gehörenden Artikeln, welche auch die Dispoſitionen mehrerer Stadt- und Landrechte älterer Zeiten über dieſe Verbrechen anführen.

Schon oben fanden wir Gelegenheit zu bemerken, daß das peinliche Recht der Städte ſich durch beſondre Härte und Grauſamkeit auszeichne, und daß man es nicht vorbeigehen dürfe, wenn man ſich ein treues und vollſtändiges Bild von dem Kriminalrecht jener Zeiten entwerfen wolle. Freilich weichen die einzelnen Stadtrechte wiederum bedeutend von einander ab, und man wird daher hier keinen vollſtändigen Katalog derſelben mit Aufzählung der einzelnen Divergenzen erwarten, ſondern nur eine Probe, aus der ſich der allgemeine Charakter aller erkennen läßt. —

Wir wählen dazu das alte peinliche Recht der Stadt Nürnberg y), das bei dem groſſen Anſehen, worin dieſe Stadt in jenen Zeiten ſtand, keinen unbedeutenden Einfluß auf die peinliche Geſetzgebung benachbarter Städte und Gegenden, und, wie ſchon unſer trefflicher Malblank z) bemerkt hat, ſelbſt auf die Entwerfung der peinlichen Gerichtsordnung Karls V. gehabt zu haben ſcheint, da ihr Urheber, der Freyherr von Schwarzenberg, ſich lange Zeit in Nürnbergs Mauern aufhielt, und mit manchen trefflichen Männern dieſer Stadt, einem Pirkheimer und Andern, in engem und vertrautem Verkehr lebte.

Der Mord, eines der gehaßteſten und ſchwerſten Verbrechen, wurde zu Nürnberg am härteſten gewöhnlich

---

y) S. darüber Conrad. Celtes de Origine, situ, moribus et instit. Norimberg. c. 6. — Dannreuther Obs. de criminum quorundam poenis, et in iisdem puniendis observando processu, ex antiquitatibus praecipue patriis erutae Altorf. 1741, (auch unter dem Titel de Nemesi Norica) S. 64. u. folg. — (Will) Nürnbergiſche Kriminalparallele (im hiſtoriſch- diplomatiſchen Magazin für das Vaterland Bd. II. S. 218. seqq. — Malblank Geſchichte der peinlichen Gerichtsordnung §. 12.

z) a. a. O. S. 33.

mit dem Rade, an Weibern häufig mit lebendig Begraben oder Säcken, und ſpäter, als dieſe leztere Strafe auſſer Gebrauch kam, mit Ertränken beſtraft. Jedoch auch von noch grauſamern Strafen führen die Malefizbücher Beweiſe an, vorzüglich wenn ein Konkurs von Delikten vorhanden war. So erzählen die Müllneriſchen Annalen Nürnbergs (ad a. 1392), daß in dieſem Jahr ein Muttermörder, der zuvor mit ſeiner Mutter einen Inceſt begangen und ſie dann gemordet habe, in Oel gekocht ſey. So ward ein andrer, der ſchon zweimal ſeinen Vater mit Gift aus dem Wege zu räumen geſucht und ihn ſpäter tödtlich verwundet hatte, im Jahr 1589 gerädert. So ward im Jahr 1487 eine Mörderin ihres Mannes, auf dem Wege zum Richtplatz mit glühenden Zangen gezwickt, und ſodann lebendig neben dem Galgen begraben, und eine andre deſſelben Verbrechens Schuldige fünfmal mit glühenden Zangen gezwickt und erſäuft. — Noch im Jahr 1598 endlich ward ein zwiefacher Mörder, der ſich zugleich des Diebſtahls und des Falſchmünzens ſchuldig gemacht hatte, lebendig verbrannt, nachdem er zuvor auf dem Rade verſtümmelt war.

Kindermord ward gewöhnlich durch Säcken, ſpäter durch Ertränken, zuweilen auch durch Pfählen beſtraft. Ein Malefizbuch erzählt auch, daß eine Kindermörderin im Jahr 1580 enthauptet worden ſey, fügt jedoch die Bemerkung hinzu, daß „dieß Weiberköpfen erſt durch Meiſter Franz Schmid von Bamberg aufgekommen ſei,“ was ein neuer Beweis für unſre obige Bemerkung iſt, daß die Wahl der Strafe gewöhnlich der Willkühr des Nachrichters überlaſſen wurde. — Selbſtmord ward bisweilen mit Verbrennung des Leichnams, ſonſt mit unehrlichem Begräbniß, ein gewöhnlicher Todtſchlag meiſt nur mit Geldbuſſe und Verweiſung aus dem Stadtgebiet, Raub mit dem Schwerte, und Diebſtahl, nach der Individualität des Falls, vielleicht auch nach blinder und regelloſer

ſer Willkühr bald mit dem Strang, bald mit dem Schwert, mit körperlicher Züchtigung, verbunden mit ewiger oder zeitiger Verbannung, mit Ertränken bei Männern ſowohl, als Weibern, bei lezteren auch mit Lebendigbegraben, bisweilen auch Pfühlen, Abſchneidung der Ohren bei beiden Geſchlechtern, und bei einem Konkurs von Delikten auch mit Ausſtechung der Augen geahndet. Mit beſonders harten Strafen, gewöhnlich mit vielfacher Verſtümmelung, wurden Kirchenraub, Blasphemie und andere ähnliche ſogenannte Verbrechen gegen die Religion geahndet. Das leztere Verbrechen mit Ausſchneidung der Zunge, zuweilen bei ſchweren Blasphemien mit der Strafe des Schwerts; Menſchenraub, Nothzucht, Entführungt mit dem Schwert, zuweilen auch mit Ertränken; Plackerei, Wegelagerung, Befehdung, Landzwang mit dem Schwert, Mordbrand mit Lebendigverbrennen, Verrätheri am Vaterland mit Viertheilen. — Alle Arten von Fälſchungen wurden gleichfalls mit äuſſerſter Strenge beſtraft; Falſchmünzen und Verfertigung falſcher Urkunden mit Feuer, Meineid mit Abhauung der Finger, kleine Verfälſchungen und Betrügereien mit Landesverweiſung, Ausſtechung der Augen und Brandmarken, zuweilen ſogar am Leben. Nicht minder aber alle Arten der Befriedigung der Wolluſt; unehelicher Beiſchlaf und Ehebruch mit Gefängniß oder Landesverweiſung; öfters wiederholte Hurerei mit Ausſtechung der Augen und Brandmarken; Vielweiberei gewöhnlich mit dem Schwert und zuweilen mit Ertränken; Sodomie aber mit Menſchen oder Thieren mit dem Feuer. — Nicht minder hart verfuhr man gegen Uebertreter von Polizeigeſetzen, gegen Verfälſchungen von Waaren u. ſ. w., die oft mit Verſtümmelungen, Brandmarken, Ausſtellen an den Pranger u. ſ. w. beſtraft wurden.

Alſo eine lange Reihe grauſender die Menſchheit empörender Strafen, die Conrad Celtes a) in einem furchtbar treuen Gemälde gruppirt. „Eos — ſagt er — qui delicta committunt, levi etiam aliquando causa, diversis poenis et generibus tormentorum exquisitis afficiunt, aut quaestionibus subjectos damnant, ut sint reliquis documento, et magnitudo poenae alios perterreat; alios ad palum in foro vinctos, ferreo lupato circa collum adacto, coram multitudine stare cogunt, publico foro vulgique ludibriis et ignominiis exponentes. — Alios per orbem virgis ad cruorem caesos ante portas deducunt, et ab urbe et trans nemora et quatuor flumina proscribunt. Aliis oculorum orbes effodiunt, aut praesectis auribus et amputata manu urbe expellunt. Linguas Dei sanctorumque plasphematoribus praescindunt, digna tragoediis materia et de Oedipo Theseoque decantata. Perjurii reis digitos, quibus illi tactis sacris coelestia numina in testes vocaverant, amputant. Falsariis monetae, ut jam metallariae artes adulterinae pravorum hominum ingenio inventae sunt, aut alterius rei cauterio veluti pannoniis equis frontibus aut genis indelebilem characterem inurunt, talique nota poenas nefarii pendant. Neminem occulto veneno aut toxico, placidissimo genere mortis, quod equidem germanae simplicitati tribuo, tollunt. In nullos saevius graviusque, quam in latrones, parricidas, fures et patriae hostes animadvertentes. Cerneres ante portas in gemoniis damnatorum cadavera suspensa mutuis se, dum aer movetur, conflictari cadaveribus, et velut Diomedeis praesepiis a corvorum saevarumque volucrum rostris lacerari. Falsarios mercium aut monetarum, sacrarumque aedium spolia-

a) a. a. O. Kap. 14. de poenis sontium.

tores et sacrilegos vivos rogo impositos aut ad stipitem vinctos cremant, inserto subascellio capiti inguinibusque nitri pulvere, ut flamma fomentum capiat. Latrones et parricidas non crucibus agunt aut culeis insuunt, sed aculeatis rotis tibias et lacertorum moras confringunt, contritisque singulis ossibus carnifex cervicem praecordia humerosque ingenti rotae citato impetu pulsat, a sedibus et amico domicilio latibulisque suis miseram explodens animam: dein lacerum et deforme cadaver, spirantibus calentibusque adhuc venis volucribus exponunt. At quibuscum mitius agitur, vivos prius ense percutiunt, dein truncum ipsum supplicio rotae afficiunt, in mortuos etiam et exanime corpus saevientes. Nec ad has poenas miseris proficisci datur, sed equo adligatos supinos ad haec tormenta trahunt, per saxa, lacunas, voragines imbricesque platearum miserorum corpora, ut de Hippolito tragoedia gemit, lacerantes; obiter uncis flammatisque forcipibus furas et musculos, aliaque carnulentiora corporis loca vellicantes, foedum illud ingermanicae severitatis triste spectaculum, nec ad coercenda latrocinia, caedes et rapinas perditissimorum hominum sufficiens et efficax exemplum, dum lacera corpora et truncos artus et infecta tabo canibus et saevis alitibus cadavera exponunt. Hostibus patriae et in eam conjurantibus exta rimantur et veluti haruspicina aut ανατομη fieret, carnifex primum cor scrutatur, exsectis deinde carteris intestinis corpus exenteratum in quatuor partes lancinat, aut manus et crura exseruntur. Has tamquam ex religione ante urbis portas palis et crucibus affixas ad quatuor mundi regiones et coeli cardines exponunt. Tanta Germanorum latrocinii vindicta est. Nec mulieribus, tantus severitatis et justitiae rigor est, parcitur, quae

cum, ut raro a sceleribus abstineant, toxico aut amatorio poculo lymphaticos fecerint, aut fascinatione, aut superstitione infamatae fuerint, vel quae partum necaverint, aut immaturum excusserint, diversis suppliciis afficiunt, aut culeo insutas submergunt, aut igne vitam adimunt, aut vivos humo defodiunt; nec his tormentis et cruciatibus arceri potest, quin semper scelus sceleri accumulent. Novis etiam ingeniis crimina perpetrantes, ut non satis illis digna supplicia et tormenta respondeant. Omnibus damnatis cum ad supplicia ducuntur, cucullus capiti injicitur, ne ex amicis, cognatis, notis aut ignotis, animi turbatio aut desperatio misero suboriatur, sed fixis humi et obductis obtutibus et facie ad mortem quasi incognitus trahatur.“ —

Und ſo erhalten wir überhaupt ein treues Bild von dem peinlichen Recht der Städte jener Zeiten. Denn man braucht nur die Chroniken, die Malefizbücher, vorzüglich der Reichs- und gröſſeren Städte, nachzuſehen, um ſich zu überzeugen, daß nicht etwa allein das peinliche Recht der Stadt Nürnberg ſich an Härte und Grauſamkeit vor den meiſten Landrechten auszeichne: vielmehr wird man von Neuem durch eine ſolche Vergleichung, die eine beinah allgemeine Uebereinſtimmung bewähren wird, auf die Urſachen geführt werden, welche die Städte zuerſt zur Abweichung von uralten Sitten, und zu gröſſerer Strenge der Strafen bewogen, die wir ſchon früher anzudeuten verſucht haben.

Wenn man alle die Momente erwägt, welche verbunden eine neue peinliche Geſetzgebung allmählig in Deutſchland herbeiführen mußten, und in der That die peinliche Gerichtsordnung Karls V. vorbereiteten, ſo wird dem aufmerkſamen Beobachter als eines der bedeutendſten

dieſer Momente die ungeheure Verwirrung und Ungewißheit der Rechte nicht entgehen, die aus dem ſo lange Zeit hindurch unentſchiednen Kampfe zwiſchen vaterländiſchen und fremden Rechten hervorgehen mußte. Deutſche, die ſich auf Univerſitäten des Auslandes dem Studium des römiſchen und kanoniſchen Rechts gewidmet hatten, und nach ihrer Rückkehr ins Vaterland bald ſich die Theilnahme der Fürſten für die neue Lehre zu erwerben wußten, ſuchten dieſe ins Leben einzuführen, und wurden von den Fürſten mit dem nöthigen Anſehen bekleidet, um mit Nachdruck den Kampf gegen vaterländiſche Sitten und Gebräuche beginnen zu können. Doch was dieſen den Untergang bereitete, waren die groſſen Ereigniſſe ſpäterer Zeiten, die der ganzen kultivirten Welt eine andre Geſtaltung gaben; denn früher konnte nur nach und nach und unbemerkt eine ſeltſame Miſchung des Einheimiſchen und Fremden hervorgehen.

Noch verderblicher mußte dieſe Einmiſchung des Fremden durch die Art werden, wie das Studium der fremden Rechte auch in Deutſchland betrieben wurde. Wer es weiß, welches der Zuſtand der Philoſophie in jenem Kindheitsalter der wiedergebornen Wiſſenſchaften war, und wie von ihrer jedesmaligen Geſtaltung die Bildung aller übrigen Wiſſenſchaften abhängt, wird kaum mehr, als die rohen Anfänge einer peinlichen Geſetzwiſſenſchaft in dieſem Zeitalter vermuthen. In der That war von einer Rechtswiſſenſchaft, die erſt den philoſophiſchen Forſchungen neuerer Zeiten ihre Entſtehung und höhere Ausbildung verdankt, überall noch nicht die Rede; denn ſelbſt das Verdienſt der Pflege, welche ihr in Verbindung mit der Moral zu Theil ward, gehört ſpätern Zeiten an: man begnügte ſich vielmehr, die vorgefundnen römiſchen und kanoniſchen Geſetze zu verarbeiten und an ihnen die Künſte der herrſchenden Dialektik zu üben.

Ganz nach dem Vorbilde eines Bartholus und Baldus, die im vierzehnten Jahrhundert in mehreren Städten Italiens, in Bologna, Padua, Piſa, Perugia u. ſ. w. Vorleſungen über das römiſche Recht hielten, mehr aber die Meinungen der Gloſſatoren und eigne Erfindungen, Ausgeburten der ſcholaſtiſchen Philoſophie, lehrten, als ein Syſtem der römiſchen Geſetzgebung, ward im funfzehnten Jahrhundert auf den neu entſtandnen Univerſitäten Deutſchlands das Studium der fremden Rechte getrieben, und ſo aller Gewinn vereitelt, der aus dem Studium des römiſchen Rechts auch für die Bearbeitung einer peinlichen Geſetz- und Rechtswiſſenſchaft hätte erwachſen müſſen. Mit einer blinden Verehrung gegen die Urheber der Gloſſe befangen, kümmerte man ſich wenig um den Text der Geſetze ſelbſt, wenig um die Hülfsmittel, die allein zu einem tiefern Eindringen in dieſelben hätten führen können, und verlor ſich ſtatt deſſen in das ermüdendſte Detail einer kindiſchen Spitzfindigkeit, über die ein einziges feſtes Prinzip den Schüler der Rechtswiſſenſchaft erhoben hätte. In der That hat dieſe ſcholaſtiſche Philoſophie, haben dieſe Spiele der Dialektik die Ausbildung der Wiſſenſchaften unendlich verzögert, wenn man auch nicht zu leugnen vermag, daß ſie auf der andern Seite durch vielſeitigere Uebung der Kräfte eine höhere Gewandheit und Behendigkeit der Geiſter zur Folge hatten.

Da alle juriſtiſche Bildung nur auf ſo unlauterem Wege zu erlangen, da man aus blinder Vergötterung der fremden, einheimiſche Rechte unbefangen zu würdigen auſſer Stande war, und nur dieſe durch jene zu verdrängen ſtrebte: ſo ahnet man leicht den Geiſt, der in den Schriften der deutſchen Rechtsgelehrten jener Zeiten athmet. Schon die Kompilatoren des Sachſen- und Schwabenſpiegels, die doch wahrſcheinlich aus Patriotismus eine Sammlung der vaterländiſchen Rechtsgewohnheiten un-

ternahmen, damit ſie in der Fluth der ausländiſchen Rechte nicht untergiengen, haben ſich oft der lächerlichſten Amalgamirung des Fremden und Einheimiſchen ſchuldig gemacht; und von ſpätern Bearbeitern der Geſetzwiſſenſchaft, die die vaterländiſchen Inſtitute unſäglich geringſchätzten, war es weniger noch zu erwarten, daß ſie die durch das Studium der fremden Rechte erworbnen Kenntniſſe und die durch daſſelbe geübte Kraft für die Verbeſſerung deutſcher Geſetze aufwendeten, da ſie dem Vaterlande im römiſchen und kanoniſchen Rechte den Inbegriff einer vollendeten Geſetzgebung darbieten zu können glaubten, unbekümmert, ob dieſes mit dem Geiſte des Volks übereinſtimme, und der Stufe der Entwickelung, worauf die Nation damals ſtand, anpaſſend ſey. — Und ſo ward denn, wie alle Zweige der Rechtswiſſenſchaft, ſo auch das peinliche Recht (bei Gelegenheit der Erläuterung der ſogenannten Libri terribiles) ganz nach römiſchen oft ſchlecht verſtandnen Grundſätzen behandelt, und der peinliche Prozeß nach den Vorſchriften des kanoniſchen Rechts gemodelt, wozu die Werke eines Duranti, Hippolytus de Marſiliis u. ſ. w. würdige Muſter und Vorbilder darboten.

Doch auch aus dieſem Geſichtspunkt betrachtet, bieten die meiſten Schriften der Rechtsgelehrten jener Zeiten, die ſich beinah überall nur als ſchwerfällige Kompilationen ohne allen belebenden Geiſt darſtellen, etwas ſo wenig Vollkommnes dar, daß in einer Geſchichte der peinlichen Rechtswiſſenſchaft, die erſt Jahrhunderte ſpäter zu dem Rang einer eigenthümlichen Wiſſenſchaft erhoben wurde, die Namen eines Malleolus (Hämmerlein) und andrer ihm ähnlicher b), ſelbſt eines un-

b) Wer Nachrichten von Hämmerlein und ſeinen Schriften wünſcht, findet ſie bei Hottinger Bibliotheca Ti-

endlich höher ſtehenden Udalricus Zaſius, kaum genannt zu werden verdienen. Nicht in Bezug auf die Bearbeitung der Wiſſenſchaft, ſondern nur zur Erläuterung der Geſchichte der peinlichen Gerichtsordnung Karls V. erwähnen wir hier auch der deutſchgeſchriebnen Formularbücher, worin ein Riederer, ein Tengler, ein Brand und Andre c) die fremden Rechte für deutſche Gerichte und für Laien verſtändlich zu bearbeiten ſtrebten, und die in der That kaum mehr, als ein

---

gurin. p. 146. seqq. — Niceron Mémoires des hommes illustres dans la republique des lettres Tom. XXVIII. p. 335. — Mehrere Quellen ſind angeführt bei Hamberger zuverläſſige Nachricht von den vornehmſten Schriftſtellern — 1500. Th. 4. S. 751. Vergl. auch Malblanc Geſchichte der peinlichen Gerichtsordnung S. 90. —

c) Die Titel der hieher gehörigen Werke ſind: 1) „Spiegel der wahren Rhetorik uß M. Tullio C. und andern geteutſcht, mit ihren Gliedern klugen Reden Handbriefen und formen mancher Contract ſelzſam regulirets, titſchts und nutzbar exemplirt, mit Fugen uff gottlich und kaiſerlich Schrift und Rechte gegründet. Vormalen in gemein nie geſehen, itzt löblich ußgangen —.— durch Friederich Riederer verſammelt, gedruckt 1493. Fol.“ — Vergl. über ihn Malblank a. a. O. S. 100. und König Lehrbuch der allgemeinen juriſtiſchen Literatur, Th. 1. §. 238.

2) „Ulrich Tengler (Landvogt zu Höchſtätt) Leyenſpiegel von rechtmäſſigen Ordnungen in bürgerlichen und peinlichen Regimenten. Augspurg von Hans Otmar 1509. Fol.“ — Vergl. Malblank a. a. O. S. 103. — König a. a. O. §. 238. —

Schorch über Ulrich Tenglers Laienſpiegel, und deſſen Gebrauch zur Erläuterung der peinlichen Halsgerichtsordnung Kaiſer Karls V. Erfurt 1796. Dagegen Feuer-

tolles Gemiſch ſchlecht verdauter Grundſätze des römiſchen und kanoniſchen Rechts mit vaterländiſchen Rechtsgewohnheiten ſind.

Unter den oben genannten zeichnet ſich vorzüglich das Werk von Friedrich Riederer aus. Der Zweck ſeiner Arbeit iſt, zum Theil Richtern und Fürſprechern Anleitung zu geben zu vielſeitiger Prüfung und Erwägung einer Sache, zur Beobachtung aller kleinen, oft geringfügig ſcheinenden Umſtände, die zur Erforſchung der Wahrheit führen können, zur Bildung einer im bisherigen peinlichen Rechte Deutſchlands, dem Charakter der Nation gemäß, gänzlich unbekannten Lehre von Indicien. Man könnte ſich wundern, wie ein Deutſcher, hätte er ſich auch dem Studium der römiſchen Geſetze ergeben, auf Bearbeitung einer Lehre gekommen ſey, zu der ſelbſt in den römiſchen Geſetzen kaum die Grundzüge enthalten

---

bach über Ulrich Tenglers Laienſpiegel in der Bibliothek für die peinliche Rechtswiſſenſchaft und Geſetzkunde, Bd. II. St. 1. S. 146. u. folg.

3) „Der Richterlich Klagſpiegel durch Doktorem Sebaſtian Brand wieder durchſichtigt und mit mehrerm Fleiß zum Theil gebeſſert. Straßburg in Fol. 1518.“ Ueber ſein Leben und ſeine Schriften ſ. Melchior Adam Vitae German. Jureconsultor. et Politicorum Heidelberg 1620. (Er iſt auch der Verfaſſer des bekannten Narrenſchiffs. Trithemius, ſein Zeitgenoſſe, charakteriſirt ihn ſo: „Sebastianus Titio, alias Brand, Argentinensis natione Teutonicus, utriusque juris professor insignis, et tam in divinis scriptis, quam aliis secularis literaturae disciplinis egregie doctus, poeticam non mediocriter callens, ingenio subtilis, eloquio disertus, consilio ac actione praecipuus, qui sua eruditione atque lucubrationibus, Basileam, inclytam Germaniae urbem, mirum in modum exornat.“ (Catalog. Scriptor. Germaniae.)

ſind, und die ſo unendlich viele Schwierigkeiten zu einer der verwickeltſten machen; wenn nicht ſchon auf dem Titel ſeines Werks die Quellen angegeben wären, aus denen er geſchöpft hat. In der That ſind es meiſt die oratoriſchen Werke eines Cicero und Quintilians, aus welchen mehrere Stellen oft wörtlich überſezt, oft nachgebildet worden ſind, ſo ſchlecht freylich, daß es meiſtens ſehr ſchwer fällt, in dieſen jämmerlichen Kopien und Nachbildungen die mißhandelten und verſtümmelten Originale zu erkennen. Allein immer war ſeine Schrift, deren Hauptſätze zugleich mit reichhaltigen Beiſpielen aus der Praxis der deutſchen Gerichte jener Zeiten belegt ſind, ein nicht unbedeutender Gewinn für die Verbeſſerung der Kriminaljuſtiz und eine treffliche Vorarbeit für eine künftige peinliche Geſetzgebung, die auch Schwarzenberg in dem Entwurf der Bambergiſchen peinlichen Gerichtsordnung nicht unbenuzt gelaſſen hat.

Weit ſteht dieſer Arbeit Riederers der angeführte Laienſpiegel von Ulrich Tengler nach. Mit nichts Geringerem gieng Tengler um, als ein vollſtändiges Syſtem eines öffentlichen und Privatrechts zu liefern, dem damaligen Zuſtande Deutſchlands angepaßt, und ſo aller Verwirrung, die durch die Vermiſchung der fremden und einheimiſchen Rechte entſtanden war, mit Einemmal ein Ende zu machen; ein Eigendünkel, der ſich kaum erklären lieſſe, wenn nicht dieſe Selbſtſucht eine allgemeine Krankheit mehrerer Juriſten jener Zeit geweſen zu ſeyn ſchiene, welche Kaiſer und Reich mit unabläſſigen Bitten beſtürmten, ihren Schriften Geſetzeskraft zu verleihen, und ſo mit einem Schlage den damaligen Zuſtand der allgemeinen Verwirrung und Zerrüttung in ein Reich des Friedens und der Ordnung umzuwandeln. Keineswegs hat es auch Tenglers Layenſpiegel zur Zeit ſeiner Erſcheinung an eifrigen Panegyriſten gefehlt. Sein Herausgeber, Sebaſtian Brand, rühmt von Tengler, daß

er ſich durch die Mitte des tiefen und grundloſen Meeres der Rechte gewagt habe, und das vorgeſezte Elogium von Jacobus Jocher Philomusus poeta et orator laureatus preiſt den Spiegel, nicht als ein speculum vitreum, sed cristallinum smaragdinumque. — Allein auch bei der unpartheiiſchſten Prüfung möchte wohl niemand Jakob Jochers Urtheil unterſchreiben. Auch in dem dritten Theil des Layenſpiegels, der ſich mit peinlichen Sachen beſchäftigt, findet man durchaus denſelben Charakter wieder, der das ganze Werk deutlich genug bezeichnet, treues Anſchmiegen an die Gloſſatoren, aus deren Schriften hier Excerpte ſinnlos aneinander gereiht ſind. Nur mit Verachtung wird hier und da auch deutſcher Geſetze und Rechtsgewohnheiten erwähnt, die ſchädliche und verderbliche Abweichungen von den kaiſerlichen Rechten genannt werden, da doch allein durch ſolche Allegate dieſes geiſt- und geſchmackloſe Werk einigen hiſtoriſchen Werth behaupten mag. Tengler beginnt dieſen dritten Theil mit einer Klage über die ſchlechte Beſetzung der peinlichen Gerichte, der gewöhnlichen Sprache der damaligen Romaniſten, die allein in der Adoptirung fremder Formen und Gebräuche Heil für Deutſchlands Gerichte erblickten. — Dann werden in einer langen Reihe die einzelnen Verbrechen aufgeführt, Schuld laesae majestatis, Gottesläſterung, Meineid, Falſch, Ehebruch und ander Unkeuſch, Todtſchläge und andre Entleibungen, Diebſtähle in mancherley Weis, Ketzerey, Wahrſagen, ſchwarze Kunſt, Zauberey, Unholden. — Zulezt wird das gerichtliche Verfahren in peinlichen Sachen beſchrieben und dabei am häufigſten der deutſchen Praxis mit erwähnt. Tengler ſagt in einer Epiſtel an den Druckerherrn Johann Ryenmann, „daß er ſich oft von andern Rechtsgelehrten Raths erholt, und ſo mancherley wohlgegründete Ordnungen, löbliche Gewohnheiten und Gebräuche in Latein und Teutſch zu Wege gebracht habe.“ —

Unter dem Wuſt von gelehrter Dummheit der Gloſſatoren, den Tengler zuſammengeſcharrt hat, trifft man zuweilen auf klar und lichtvoll und in einfacher Sprache dargeſtellte Sätze, die wörtlich oft mit einzelnen Stellen von Schwarzenbergs bambergiſcher peinlicher Gerichtsordnung zuſammenſtimmen. Intereſſant war daher allerdings die Erörterung der Frage, ob Tengler aus der bambergiſchen Gerichtsordnung, oder umgekehrt Schwarzenberg aus Tenglers Layenſpiegel geſchöpft habe. Schorch (in der ſchon angeführten Abhandlung) beſtimmte ſich für die leztere Meinung und erklärte mithin, in Uebereinſtimmung mit den meiſten ältern Kriminalrechtsgelehrten, den Layenſpiegel für eine nicht verwerfliche Quelle der Bambergenſis und ihrer Tochter der Carolina. Allein mehrere Gründe, die Feuerbach in der früher angezognen trefflichen Abhandlung, die wir zu eignem Nachleſen empfehlen müſſen, zuſammengeſtellt hat, beweiſen das Irrige dieſer Meinung, und beſchränken den Nutzen, den manche von dem Studium des Layenſpiegels für das des ältern deutſchen peinlichen Rechts erwarten dürften, gar ſehr. — (Vergl. auch Ernest Blümner Diss. Scabini Jud. criminal. pag. 59. nota k.)

Sebaſtian Brands Klagſpiegel iſt kaum einer ausführlicheren Erwähnung würdig. Im Geiſt ſeiner Kollegen hat auch er dem eignen Denken entſagt, um den Unſinn römiſcher Gloſſatoren nachzubeten. Wer das speculum Juris von Duranti d) kennt, kennt auch Brands

d) Siehe über ihn Jo. Trithemius de s. s. E. c. 482. und J. A. Fabricius Biblioth. L. med. et infim. aetatis s. v. Guilielmus. — Duranti widmete ſich dem Studium der Rechte zu Bologna unter Bernhard von Kompoſtell und Heinrich von Seguſio. — Auch lehrte er ſpäter ſelbſt das kanoniſche Recht zu groſſer Zufriedenheit der Päpſte,

Klagſpiegel, der ein ſchlechtes Original in einer noch ſchlechtern Kopie wiedergegeben hat. Mit Recht kann man ihn nicht anders, als unter Tenglers Layenſpiegel ſtellen, da Brand auf das Verdienſt, das ſich Tengler durch Aufnahme deutſcher Rechtsgewohnheiten und Praxis erworben, freiwillig Verzicht geleiſtet hat.

Hoch unter allen dieſen Männern, ſeinen Zeitgenoſſen, ragt Johann von Schwarzenberg hervor, ſowohl durch einen kräftigern Geiſt, als vielſeitigere Bildung. Sehr groß ſind die Verdienſte, die er ſich um die Verbeſſerung der peinlichen Gerechtigkeitspflege erworben hat, und die man nur dann in ihrem ganzen Umfange zu würdigen im Stande ſeyn wird, wenn man ſich ganz in Schwarzenbergs Zeitalter verſezt, und alle die Hinderniſſe erwägt, mit denen gerade im Zeitalter der Reformation ein aufſtrebender Geiſt zu kämpfen hatte. — Wir würden eine kurze Charakteriſtik Schwarzenbergs, und eine Würdigung ſeiner Verdienſte, die er ſich durch den Entwurf der bambergiſchen peinlichen Gerichtsordnung um ganz Deutſchland erwarb, ſchon hier ihren Platz finden laſſen, wenn wir nicht in der Geſchichte der Carolina, die unſerm Plane nach dem folgenden Theile dieſes Werks aufbehalten bleiben muß, darauf zurückkommen würden, und wenn nicht mit Schwarzenberg eine neue Periode für das peinliche Recht und die peinliche Geſetzwiſſenſchaft anhübe.

Und ſo verdient hier die Frage nur noch berührt zu werden, woher es kam, daß durch das Studium der

---

die ſeinen Eifer mit reichlichen Pfründen und groſſen Würden lohnten, und ihn vielfach in ihren Geſchäften gebrauchten. Im Jahr 1287 ward er in ſeinem Vaterlande Frankreich Biſchof von Mende. — Die Geſchichte ſeines Treibens und Wirkens läßt ſchon den Geiſt errathen, der ſeine Schriften charakteriſirt.

fremden Rechte überhaupt nicht einiger Gewinn für die peinliche Gerechtigkeitspflege erwuchs; warum, wenn auch von den Verehrern der fremden Rechte, die als Schriftſteller auftraten, keine Beförderung der Wiſſenſchaft zu erwarten war, nicht wenigſtens diejenigen unter ihnen, die als Beiſitzer und Vorſteher der Gerichte Gelegenheit hatten, die neuen Lehren unmittelbar in lebendige Anwendung zu bringen, ſich bemühten, die deutſche Gerechtigkeitspflege zu verbeſſern, und ſie von ſo manchem Gebrechen zu heilen? —

Einen und wohl den wichtigſten Grund haben wir ſchon früher angedeutet, die mangelhafte und einſeitige Bildung, die auf den Univerſitäten des Auslandes ſowohl, als Inlandes zu erlangen war, und die verkehrte Art des Studiums der fremden Rechte. Hätte man das römiſche Recht ſeinem innerſten Geiſte nach aufzufaſſen gewußt, hätte man es mehr, als im Gedächtniſſe empfangen und feſtgehalten, ſo würde man die wichtigſten Lehren für die Geſetzgebung daraus haben ſchöpfen können. Aber aus kraſſer Unbekanntſchaft mit den erforderlichen Hülfsmitteln blieben die Quellen der fremden Rechte den Meiſten verſchloſſen und unzugänglich, und wie Bartholus, Baldus, Joſta, Albericus und Andre, waren die Meiſter, auf deren Lehren das Heer der blinden Nachbeter ſchwur, und die es ſchon um der mechaniſchen Mühe, die es auf das Auswendiglernen derſelben verwandt hatte, um keinen Preis hätte fahren laſſen. So geiſtlos auch das Studium der Rechte im dreizehnten Jahrhundert getrieben wurde, ſo war es ſeit jener Zeit doch noch unendlich tiefer geſunken e). — Und an vielſeitige Ausbildung des Geiſtes, an höhere Ausbildung zur Humanität, deren

e) Ein treues Bild davon entwirft Ludovicus Vives de Causis corrupt. art. L. VI. p. 431. seqq.

ein Reformator am allerwenigſten entbehren kann, war in jenen Zeiten vollends nicht zu denken. Selbſt die italiſchen Rechtsgelehrten waren ſchon in der Mitte des funfzehnten Jahrhunderts ſo weit in höherer Kultur zurück, daß Leonard von Arezzo von ihnen ſagt: „Nostri quidem Itali, qui Juris studium profitentur, nihil fere aliud sciunt, quam ipsum jus, et si in ceteris vagentur studiis, ac Philosophis et Poetis, et Oratoribus, et Historicis impartiri operam velint, ridiculi habentur.“ (Epistol. Vol. II. p. 84) — Was Schwarzenberg unter den Rechtsgelehrten ſeiner Zeit und ſeines Vaterlandes ſo ſehr auszeichnete, und ihn geſchickt machte vor Allen, Hand an das ſo ſchwierige Geſchäft der Reformation der peinlichen Gerechtigkeitspflege zu legen, war eben ſeine vertrautere Bekanntſchaft mit dem klaſſiſchen Alterthum, und die höhere Bildung des Geiſtes, die er ſich in mehrfachen Lagen und Verhältniſſen des Lebens errungen hatte. — Die meiſten waren noch in tiefer Barbarei verſunken, und nur Ausnahmen ſind es, wenn einzelne Männer, vorzüglich in den gröſſeren Städten, die neuen Lehren verſtändig zum Gewinn der Kriminaljuſtiz anzuwenden ſtrebten. —

Doch, wäre auch überall von deutſchen Rechtsgelehrten mehr für die Verbeſſerung der Geſetzgebung und die Reformation der Gerechtigkeitspflege zu erwarten geweſen; ſo würden doch wahrſcheinlich das peinliche Recht und die Kriminaljuſtiz ihre Theilnahme haben entbehren müſſen, da ein unwürdiges Vorurtheil ſie von dem Studium des peinlichen Rechts und von peinlichen Gerichten zum Theil entfernt hielt. Noch waren ſehr viele Rechtsgelehrte, vorzüglich die meiſten Lehrer auf den Univerſitäten, Prieſter und banden ſich ſtreng an die Vorſchrift des kanoniſchen Rechts, welche den Geiſtlichen alle Fällung von Bluturtheilen ſtreng unterſagt. Vielleicht waren auch die Exceſſe der weſtphäliſchen Freiſchöp-

pen, die den Schöppen der peinlichen Gerichte überhaupt allgemeinen Haß zugezogen hätten, die tiefe Unwiſſenheit der meiſten Beiſitzer der peinlichen Gerichte der ſpätern Zeiten, und die Verachtung, welche ſie drückte, Schuld daran, daß am wenigſten die ſo hochgefeierten Doktoren der fremden Rechte, die ſich überall dem Ritterſtand gleich achteten, ſich entſchlieſſen konnten, die ſo verachteten Dienſtleiſtungen eines Beiſitzers eines peinlichen Gerichts zu übernehmen.

Unverkennbar iſt es indeß, daß das Studium der fremden Rechte, vornemlich des kanoniſchen Rechts, nicht ohne Einfluß auch auf das peinliche Recht blieb. Noch mehr ward dieſer Einfluß erhöhet und erweitert durch die Herrſchaft, welche die Geiſtlichkeit über die Gemüther ausübte, und wir haben ſchon oben die gänzliche Umwandlung angedeutet, die nun in den Begriffen von Strafen und Strafrecht überhaupt vorgieng. Früher ward die Strafe nur als Privatſache betrachtet, einzig als Genugthuung für den, deſſen Rechte durch ein Verbrechen verlezt waren, und ſeiner Willkühr blieb es überlaſſen, ob er den Richter, den man als den Stellvertreter des Beleidigten, und zugleich als den Schützer des Verbrechers vor der Privatrache des Verlezten betrachtete, auffodern wollte, ihm Schadensersatz zu verſchaffen. Daher das akkuſatoriſche Verfahren. Doch jezt gewöhnte man ſich, das Verbrechen aus dem Geſichtspunkt der Sünde zu betrachten, jezt war die Beſtrafung deſſelben nicht mehr Sache des Privatmanns, ſondern des Geſammtweſens: man durfte ſie nicht mehr dem Zufall und der Willkühr eines Individuums überlaſſen, weil man den Zorn und die Rache der Gottheit fürchtete. Wenn man ſich überzeugen will, wie feſt dieſe Anſicht gewurzelt hatte, ſo braucht man nur ſo manche Verordnungen ſpäterer Zeiten, vornemlich die Reichspolizeiordnungen anzuſehen, worin z. B. zur Beſtrafung der Blasphemie, des

Ehe-

Ehebruchs u. ſ. w. alle geiſtliche und weltliche Obrigkeiten ernſtlich ermahnt und aufgefodert werden, damit man nicht die Zuchtruthe Gottes zu befürchten habe.

Ganz mit dieſer Anſicht hängt auch das Recht der Freiſtätte, und die häufigen Begnadigungen zuſammen, die vermöge beſondrer Fürbitten den Verbrechern zugeſtanden wurden. Wer ſich zur Gottheit reuig wandte, zu ihren Altären floh, den glaubte man von aller Schuld baar und frei, ſo wie man auch die Berückſichtigung der Fürbitten für eine religiöſe Pflicht hielt.

Auch manche einzelne Begriffe wurden durch den Einfluß der fremden Rechte durchaus verändert. Namentlich iſt dieß der Fall mit dem Begriff der peinlichen Sachen. Nach dem peinlichen Recht der frühern Jahrhunderte des Mittelalters zerfielen alle Strafen in ſolche, die zu Hals und Hand, und in ſolche, die zu Haut und Haar giengen, und nur die erſtern wurden peinliche Strafen, Verbrechen, wegen deren ſie erkannt wurden, peinliche Sachen genannt. Sie gehörten zum Blutbann und folglich auch zur ausſchlüßlichen Jurisdiktion der Kaiſer und ihrer Beamten, ſpäter auch der Fürſten und ihrer höhern Gerichte. Man verſtand darunter nur Lebensſtrafen und verſtümmelnde Strafen, und bezeichnete dieſe, wegen des höheren Grades phyſiſcher Schmerzen, der mit ihnen verbunden iſt, mit dem Namen der peinlichen (von Pein Pin), während alle übrigen der Jurisdiktion der niedern Gerichte anheimfielen f), und unter dem Ausdruck Strafen zu Haut und Haar begriffen wurden. — Einen ganz andern Sinn aber hat

f) Vergl. Struben rechtliche Bedenken I. n. 173. — Puffendorf de Jurisd. Germanica p. 148. — Meiſter vollſtändige Einleitung in die peinliche Rechtsgelahrtheit S. 27. — S. auch Bibliothek für die peinliche Rechts-

die römiſche Terminologie. Ihr zufolge ſind alle Delikte, ordentliche oder auſſerordentliche, die mit einer öffentlichen Strafe belegt werden, Kriminalfälle. Seit der Einführung der fremden Rechte in Deutſchland bildete ſich jezt ein neuer Begriff von peinlichen Sachen, gemiſcht aus den Begriffen des römiſchen und deutſchen Rechts, und gar ſehr wurde jezt die Jurisdiktion der peinlichen Gerichte erweitert. In einem im Anfang des ſechzehnten Jahrhunderts ertheilten Reſponſum der Leipziger Schöppen werden folgende Sachen zur peinlichen Gerichtsbarkeit gerechnet: „Kezerey, Zauberey, Teufelsſegen, Wahrſagen, Gotteslåſterung, Kirchen-, Ehe- und Landfriedbruch, Mord, Todſchlag, Nothzucht, Blutſchande, Mordbrand, Vergiftung, Sodomiterey und Unkeuſchheit mit unvernünftigen Thieren, Abtreibung der Leibesfrüchte, unmenſchliche Vermiſchung, Kuppeley ehlicher und lediger Perſonen, Entführung der Jungfrauen und Wittwen, Verlobung und Heyrath mit zweyen Weibern, Aufruhr, Verrätherey, Meineid, wiſſentliche Beherbergung geächteter Uebelthåter, Verurſachung eines Auflaufs oder Zwietrachts, Verhezung der Gemeinden wider ihre Herrſchaft, Abſag oder Vehden, und Steckung der Brandzeichen, Diebereyen, die drey Schilling, d. i. vier Groſchen oder mehr werth ſind, Verhehlung und Mitgenieſſung des Diebſtahls, Rath und Hülfe wider die Obrigkeit oder Erbherren, Verkaufung der Leute und Wegführung derſelben wider ihren Willen, Aufgrabung und Spolirung der Todten, Beſtehlung der gerechtfertigten Miſſethäter an dem Galgen oder auf dem Rade, und Abnehmung derſelben von den Gerichten, Beraubung der Pflüge, Mühlen und Bienenſtöcke,

wiſſenſchaft und Geſetzkunde Th. I. St. 3. S. 179 u. folg. wo aber mehrere Behauptungen aufgeſtellt ſind, die ſich ſchwerlich durch hiſtoriſche Beweisgründe unterſtützen laſſen.

Suchung eines Andern mit gewaffneter Hand in dem Seinen zu dem Ende, ihn zu übergeben oder zu tödten, Hausfriedbruch, freventliche Beſchädigung der Thüren, und Ausſchlagung oder Auswerfung der Fenſter, Schmähung an befreyten Oertern, als Schlöſſern, Rathhäuſern oder Kirchen, auf dem Markte oder Landſtraſſe, Erdichtung ſchändlicher Schmähſchriften, und wenn man dieſelbe anſchlägt oder findet und Andern offenbaret, Schmähungen, die peinlich geklagt werden, und Injurien hoher befreyter Perſonen, die im Regiment ſeynd, Fertigung falſcher und ſchädlicher Briefe, Siegel und Pettſchaft, und Verfälſchung der Briefe mit Auslöſchung und anderer Geſtalt, auch ungebührliche Eröffnung der Briefe, und Offenbarung des Innhalts eines Briefs, wo es zu desjenigen, dem er zuſteht, Nachtheil gethan wird, Verkaufung oder Verſetzung eines Dings, ſo zweyen geſchieht, falſches Zeugniß, und wann ein Richter oder Zeuge zu eines Nutz zu rathen oder zu zeugen korrumpirt worden, Zubereitung falſcher Münze, derſelben wiſſentliche Ausgabe, Schmelzung, Geringerung und Beſchneidung, ſie ſey groß oder klein, falſch Gewicht und Maas, ſo zu kaufen oder verkaufen gebraucht wird, Zerhauung oder Auswerfung der Mahlbäume oder Mahlſteine, Aufſetzung neues Zolls, Abſtechung und Vergrabung der Teiche, Theuermachung des Korns und andern Getreides, Aufhebung der Körper, Verwahrung unſinniger Leute durch die Freunde, oder aus richterlichem Amte, Zerbrechung der Stadt- und Schloßmauern und Verderbung eines Ackers, ſo bey nächtlicher Weile vorgenommen, Handanlegung an die Eltern; und wird unter des Oberrichters Strafe ferner gezogen, wenn ſich Jemand für einen Fürſten, Grafen, Freyherrn, Ritter oder eines würdigen Standes ausgiebt, auch einer Kunſt Meiſter, der er doch nicht iſt, betrüglich rühmet, und wenn einer ſeinen Namen, Wappen, Gemerk oder Zeichen, dem Andern zu ſchaden, verändert,

und, da ein Amtmann um Gift, Gaben oder Verheiſſung etwas thut, das nicht recht iſt, oder das läßt, das er hätte thun ſollen, wie denn auch heimliche Gift und Gabe darum gegeben, daß er zu einem Amtmann erkohren und erwählt worden. Hierüber gebühret ihm zu rechtfertigen die Kämpfer-, Fleiſch- und offne Wunden, item die Wunden, ſo erſtlich Beulen ſeyn, und darnach aufbrechen und Wunden werden, gezogne Meſſer oder Waffen, damit einer den andern verwundet, gelähmt oder erwirkt, Mord und Zettergeſchrey, wann einer den andern morden oder eine Nothzucht begehen wollte, Hausſuchung, wenn Jemand den andern gefänglich einſezt und hält, ſtoſſen, treten, braun und blau werfen, Schwächung der Jungfrauen, Beſchlafung der Wittwen, ſchlechte Hurerey, und da dieſelbe mit Gefangnen in anbefohlnen Kuſtodien, oder mit wahnwitzigen ſinnloſen Weibsperſonen begangen. Alle ſolche und dergleichen Brüche und Mißhandlungen, neben der ſcharfen und peinlichen Frage, Verbietung einer Stadt und Dorfs gehören in die Obergerichte, und werden durch ſie gerüget, wie denn auch die Helfer und Folger oberzählter Miſſethaten, ſo dazu Beyſtand gethan, von ihnen geſtraft werden. — Was aber kleinere und geringere Fälle ſind, als nemlich Haarraufen, Schläge, die nicht tödtlich ſind, noch Lähme bringen, daraus auch keine Wunde wird, wenn ſie gleich verſchwollen, auch braun und blau, Naſenbluten, Maulſchellen, Zähnebluten, ſo die nicht wackeln, auch andre Blutrünſten mit Nägeln gekratzt, oder ſonſt verletzt, daraus keine Fahrläſſigkeit des Todes, Lähmde, Fleiſch-, Kämpfer- noch öffentliche Wunden entſtehen, ſchlechte Lügenſtrafen, ſchlechte Schmähworte, die nicht an freyen Orten, oder hohen befreyten Perſonen geſchehen, und peinlich nicht angeklagt werden, unzüchtig, muthwillig Geſchrey, Meſſerzüge, wenn Niemand dadurch beſchädigt wird, Meſſer, Armbruſt, Schwerdt, oder andre verbotne

Waffen tragen, in einer Stadt oder auf einem Dorfe verbotne Waaren feil haben, verbotne Spiele ſpielen, einen, der groſſe und ſchwere Brüche, Uebelthat und Mißhandlung gethan, zu dem Ende gefangen ſetzen und halten, auch daß er ihn demjenigen, welchen das Ober- oder Halsgericht zuſtändig überantworten möge, da einer den Gerichten ungehorſam wird, oder daſelbſt etwas bewilligt, und ſolchem nicht nachkommt, Diebſtahl unter drey Schilling, ſchlechte Hurerey, wenn beyde Perſonen, ſo dieſelbe begangen, nachmahls einander ehlichen, oder auch Braut und Bräutigam vor der prieſterlichen Kopulation ſich zuſammenfinden, ingleichen alle bürgerliche Sachen, als Schuldengülten, Schäden, Pfändungen, Güter liegend, ſtehend, fahrend, beweglich oder unbeweglich, ſie betreffen viel oder wenig. — Dieſe Fälle und Sachen alle werden in die Erbgericht gerücket, und durch dieſelbe gerechtfertigt. — Jedoch was die Sachen, Geldbuſſen, oder Abtrag anreichen thut, ſo von peinlichen Sachen herflieſſen, welches geſchieht, wenn eine peinliche Sache mit Zulaſſung der Gerichte, und Verwilligung des verletzten klagenden Parts, oder aus andern Urſachen bürgerlich würde, oder daß ſich ein Mord, Lähmde, oder anders, nicht aus Vorſatz oder arger Liſt, ſondern aus ſolchem Unfleiß und Verwahrloſung zutrüge, daß ſie zu Recht zu einem bürgerlichen Abtrag gelaſſen würde, ſolche Fälle, ob ſie wohl zu Geldbuſſen gereichen, ſo werden ſie doch gleichwohl durch die Obergerichte beſtraft, und wird von ihnen die Strafe eingehoben — — und iſt ſchließlich hierbey in Acht zu nehmen, wenn ein Amt oder Gerichtsherr durch ſonderliche Vorbehaltung, Begnadigung, Verſchreibung, oder bewährte beſtändige Verjährung es alſo erhalten und hergebracht, und etliche Fälle, ſo in die Obergerichte gehörig, als Erbgerichte, oder hinwieder etliche, ſo unter die Erbgericht zu rechnen, als Obergerichte erlangt, und ge-

übt, daß es dabey billig verbleibe, und ein Jeder bey ſolcher erlangter, hergebrachter und unverbrüchlich geübter Gerechtigkeit nachmals gelaſſen werde g)."

Wir haben dieſes Reſponſum auch um deßwillen hier mit aufgeführt, weil es zugleich als eine Liſte der am häufigſten in jenen Zeiten im Schwange gehenden Verbrechen dienen kann. Hauptſächlich aber dient es zum Beweiſe unſrer Behauptung, wie ſehr ſich im Verlauf der Zeit die Begriffe geändert, und wie namentlich, in Vergleich der frühern Periode, der Begriff der peinlichen Sachen durch Benutzung der fremden Rechte erweitert ſey. — Freilich wichen darin die Beſtimmungen in den einzelnen Territorien ſehr ab, und nicht zu verwundern iſt es, wenn alle Verſuche der Rechtsgelehrten allgemeine Regeln über die Jurisdiktionsgrenzen der höhern und niedern Gerichte feſtzuſetzen, geſcheitert ſind, und wenn die Gerichte ſelbſt darüber ſo lange Zeit hindurch in Streit befangen waren. —

Wenden wir uns jezt, am Schluß dieſer Periode, noch einmal zurück, um die einzelnen zerſtreuten Züge in einem Gemälde zu ſammeln und ſo das Ganze mit einem Blick zu überſchauen. —

Schon oben am Eingang haben wir einzelne hiſtoriſche Züge geſammelt und zuſammengeſtellt, um den äuſſern Zuſtand Deutſchlands und die Hinderniſſe zu bezeichnen, die den Fortgang der Kultur mächtig gehemmt haben. Aber es fehlen noch einige bedeutende Striche zur Ergänzung des Gemäldes, die jezt hinzugefügt werden müſſen. —

---

g) Man findet dieſes Reſponſum und eine Erläuterung deſſelben bei Carpzov Prax. jur. crim. qu. 109. no. 31. —

Auſſer und vor dem Staate giebt es kein Strafrecht und keine Strafe. Feindſelig und zum Kampfe gerüſtet ſtehen die Individuen einander gegenüber, und keine Schranke noch iſt der Privatrache geſezt, womit das Individuum die Verletzung ſeiner Rechte verfolgt. Auch die Rechte des Staats würden gegen jedes Individuum, das, ſeine Rechte nicht anerkennend, ſich feindſelig gegen ihn beträgt, eben ſo wenig beſchränkt; ſein Zwangsrecht, das in der Form der Strafe erſcheint, würde unendlich ſeyn, wäre es nicht zuvor ſelbſt von ihm im Geſetz begränzt worden. Denn ſelbſt der vom Staatsband Umſchlungne hört im Augenblick des begangnen Verbrechens auf, Staatsbürger zu ſeyn, er endet ſelbſt das Rechtsverhältniß, in welchem er zum Staate ſtand, und erſcheint als Feind deſſelben, deſſen Perſönlichkeit der Staat nicht mehr anzuerkennen gezwungen iſt, da er die ſeinige nicht anerkannt hat, und gegen den alſo das Zwangsrecht des Staates unendlich iſt. — Aber damit nicht ſo durch ein einzelnes Verbrechen die ganze bürgerliche Ordnung wieder aufgelöſt werde, damit nicht Alles wieder in einen rechtloſen Zuſtand zurückkehre, indem ein Kriegeszuſtand zwiſchen dem Staat und dem Verbrecher einträte, iſt ſchon im Voraus durch die Geſetzgebung ein Verfahren beſtimmt worden, wodurch der durch den Verbrecher eingeführte rechtloſe Zuſtand wieder aufgehoben, und das aufgehobne Rechtsverhältniß zwiſchen dem Staat und dem Verbrecher wieder hergeſtellt wird. Denn es erſcheint im Strafgeſetz die Unendlichkeit des Zwangsrechtes begrenzt, und nicht als Feind, ſondern als Unterthan des Geſetzes erleidet der Verbrecher die angedrohte Strafe, die die Bedingung der Wiederherſtellung des rechtlichen Zuſtandes iſt. —

Dahin muß alſo der Staat ſtreben vor Allem, daß auch nicht ein Verbrechen ungeſtraft bleibe, damit nicht der Zuſtand der Rechtsloſigkeit und des Krieges der In-

dividuen mit Individuen zurückkehre. Von ſelbſt ergiebt ſich daher die Nothwendigkeit eines inquiſitoriſchen Verfahrens, von ſelbſt die Nothwendigkeit und Nützlichkeit aller der Einrichtungen und Anſtalten, welche zur Entdeckung und Ergreifung der Verbrecher dienen und die Beſtrafung derſelben ſichern können.

Aber nur im vollkommen organiſirten Staate ſind alle dieſe Anſtalten und Einrichtungen vereinigt, und nur in ihm iſt daher eine vollendete Organiſation der Kriminaljuſtiz gedenkbar. Alle Bildungsſtufen, welche der Staat anordnet, muß auch ſie zurücklegen, und ihre wechſelſeitige Vollkommenheit iſt genau durcheinander bedingt.

Wenn man in dieſer Hinſicht das Auge richtet auf den Zuſtand von Deutſchland in dem Zeitraum von Konrad I. bis auf Karl V., wenn man den Charakter der Nation erwägt, und den Grad der Kultur mißt, welchen ſie am Schluß dieſer Periode erreicht hatte, ſo darf man es ſchon im Voraus als gewiß annehmen, daß kaum ein Verſuch gemacht worden ſey zu einer Organiſation der Strafgerechtigkeit, daß kaum noch von Strafe überhaupt die Rede ſeyn könne, da, wie wir ſo eben gezeigt haben, Strafe nur das Uebel genannt werden kann, das der Verbrecher als Unterthan des Geſetzes, alſo ein im Geſetz vorher angedrohtes und beſtimmtes Uebel, erduldet, nicht aber das, was nur Ausfluß der Privatrache iſt, und nur durch die eigne Willkühr eines Individuums begrenzt wird.

Denn es kämpfen noch in dieſem ganzen Zeitraum feindſelige Elemente mit einander, und aus dem gährenden Chaos ungeſtalteter und formloſer Maſſen will noch kein harmoniſch gebildetes Produkt hervorgehen. Auſſerordentliche Bedingungen, wie am Schluß dieſes Zeitraums, mußten eintreten, um den Entwickelungsprozeß zu beſchleunigen und die Nation ſchneller fortrücken zu laſſen auf dem Wege zu höherer Kultur.

Wir haben ſchon öfter der Hinderniſſe erwähnt, welche der Charakter der Nation in jenen Jahrhunderten, der Bildung und vollkommenern Geſtaltung des Staats entgegenſezte. Von Rechtsgefühl durchglüht, aber zu beſchränkt, um hinauszublicken über die Gegenwart, und die Zukunft aufzufaſſen, war der Deutſche unbegrenzt eiferſüchtig auf Anerkennung ſeiner freien uneingeſchränkten Perſönlichkeit, auf unbeſchränkte Freiheit und Autonomie, das koſtbare Vorrecht ſeiner Väter. Aber eben wegen dieſes begrenzten von der Gegenwart befangnen Blickes konnte nur ein anarchiſcher geſezloſer Zuſtand das Produkt dieſes Strebens zum Recht und zur Ordnung ſeyn. —

Daher das Jahrhunderte hindurch herrſchende Fauſtrecht, daher die Privatrache, die Fehden und alle Verbrechen der Gewalt, im Gefolge derſelben. Karl der Groſſe hatte einen nicht unbedeutenden Anfang gemacht zur Gründung und Befeſtigung einer geſezlichen Ordnung: aber unter ſeinen ſchwachen Nachfolgern zerfiel das Werk wieder, das nur ein Mann von einem gleichen umfaſſenden Genie, wie Karl der Groſſe, hätte vollenden können. Seine mit Weisheit und Umſicht entworfnen Geſeze verloren das Anſehen, das nur er ihnen geben und erhalten konnte, und als jezt nach der Regierung mehrerer kraftvoller Männer, die nach dem Ausſterben der Carolinger Deutſchland beherrſchten, und allein durch eigne Kraft die ſchlaffen Bande des Staates noch zuſammenhielten, ein minder kräftiger Herrſcher den Thron beſtieg, da ſtürzte alles zuſammen und das nur mit Mühe gebändigte Volk entſchädigte ſich jezt in zügelloſer Freiheit für den unwillig erduldeten Zwang. Nicht befremdend dürfen uns daher die Klagen der Annaliſten erſcheinen, die freilich durch die Subjektivität ihrer Verfaſſer, meiſtens nur Geiſtlicher und Mönche, ihre eigenthümliche Geſtaltung, Farbe und Ton erhalten; nicht übertrieben,

z. B. die Deklamation, womit Lambertus Schaffnaburgensis die Schilderung des Zuſtandes der Dinge unter Heinrich IV. ſchließt: „Status reipublicae eversus est, tranquillitas ecclesiarum turbata; majestas imperii ablata; auctoritas principum evacuata; mores inversi; leges abolitae; et secundum prophetae elogium maledictum et mendacium, et homicidium et furtum, et adulterium inundaverunt, et sanguis sanguinem tetigit; postremo omnis justitiae et pietatis, religionis et honestatis disciplina situ atque incultu obsolevit.“ —

Ungebändigt blieb auch dieſe Zügelloſigkeit der Individuen unter den folgenden Herrſchern, und alle Beſtrebungen der Regenten, den Sturm, der im Innern wüthete, zu beſchwören, Ruhe und Sicherheit zurückzuführen, und Alles unter die Herrſchaft des Geſetzes zu beugen, waren nichts mehr, als ſchwache Verſuche, die ohne Erfolg blieben, und dem geſammten Reich das Geheimniß ihrer Schwäche nur noch mehr verriethen. —

Und ſo dürfen beim innern Bewußtſeyn einer unbeſchränkten Freiheit, und bei einer unbegrenzten Eiferſucht auf Unverleztheit derſelben, uns die rohen und wilden Ausbrüche eines ungebildeten Selbſtgefühls bei einem Volk nicht befremden, dem Tapferkeit und Manneskraft als das Höchſte galt; das gewohnt war, alle ſeine Streitigkeiten mit den Waffen in der Hand zu ſchlichten, und im Ausgang des Kampfes den Ausſpruch der Gottheit ſelbſt zu erblicken. Mit eigenthümlichem individuellem Maaßſtabe maß man alſo die Strafbarkeit der Handlungen; einen politiſchen kannte man nicht, und wollte man nicht kennen, und ſelbſt der religiöſe war meiſtens nicht anwendbar, da man glaubig auf unmittelbare Einwirkungen der Gottheit vertraute, und oft eine gelungne Miſſethat als unter göttlichem Beiſtand geſchehen be-

trachtete. Denn man darf die meiſten der am häufigſten verübten Verbrechen nicht etwa als Erzeugniſſe des Eigennutzes, der heutigen Quelle der meiſten Verbrechen, betrachten: ſie waren vielmehr meiſt die Folge vorangegangner Beleidigungen oder Kränkungen von Rechten, und wurden dann nicht etwa von einem Einzelnen mit Liſt, ſondern von bewaffneten Schaaren in wilder Fehde mit offenbarer Gewalt verübt. Nur als Privatſache betrachtete man alle dieſe Miſſethaten, und alle konnten daher in der Regel durch Schadenserſatz gebüßt werden. Aus einem ganz andern Geſichtspunkt ſah man aber Verbrechen der Hinterliſt, Mord, Diebſtahl, Fälſchungen, u. ſ. w. an, die man, als dem Nationalcharakter fremd und verhaßt, mit dem moraliſchen Maasſtab maß und meiſt mit Lebensſtrafen oder verſtümmelnden Strafen ahndete. Wie ſehr indeß die erſte Anſicht die überwiegende war, geht auch aus der ganzen Organiſation des gerichtlichen Verfahrens in peinlichen Sachen, geht aus der Unbekanntſchaft mit dem inquiſitoriſchen Prozeß, geht aus dem Mangel aller Polizeianſtalten hervor.

Vornemlich gebrach es daran auf dem Lande, wo ſich am längſten dieſe Anſicht behauptete. Hier war man gewohnt, die Verfolgung des Verbrechers durchaus nur als Privatſache zu betrachten, und als man daher ein nach den Vorſchriften der fremden Rechte gebildetes inquiſitoriſches Verfahren einführen wollte, fand dieſes allgemeinen Widerwillen und Haß, weil es mit frühern Anſichten unvereinbar war. Daher erklären ſich die Klagen mehrerer Rechtsgelehrten jener Zeiten, ſelbſt der ſpätern, z. B. Damhouders[h]: „Die Landleute — ſagt er —

h) Jodocus Damhouder, geboren 1507 zu Brügge in Flandern, geſtorben 1581 zu Antwerpen, vorzüglich bekannt durch ſeine Practica criminalis.

betrachten die Verwaltung der Juſtiz und die Verfolgung der Verbrecher mit ſo ungünſtigen Augen, daß ſie auf den Ruf entweder fliehen, oder ihre Hülfe verweigern und ſtatt des Nacheilens müſſige Zuſchauer des Schauſpiels abgeben, den Kopf auf ihre Stäbe geſtüzt, den Ausgang des Kampfs ruhig abwartend. Sie verlaſſen den Beamten, wenn auch ſein Leben in Gefahr iſt, und machen die Verbrecher dadurch nur um ſo boshafter und frecher. Andre aber ſind zu feig, und wagen es aus Furcht nicht, ſich dergleichen herumſtreichende Uebelthäter zu Feinden zu machen; ſondern beeifern ſich vielmehr um ihre Gunſt, beherbergen und verhehlen ſie, und leiſten ihnen Beiſtand jeglicher Art. Leichtlich aber wären dergleichen umherſtreifende Rotten auszurotten, verbänden ſich nur die Landleute insgeſammt zu ihrer Verfolgung i)."

Am fühlbarſten aber wurden alle dieſe Mängel und Gebrechen gegen den Schluß dieſer Periode, wo durch ſo manche groſſe und auſſerordentliche Ereigniſſe der ganze äuſſere Zuſtand der Dinge verändert war, wo das Mittelalter beinah in allen ſeinen Beziehungen als geſchloſſen betrachtet werden kann, wo der Charakter der Nation umgewandelt war, und die Bildung des Volks eine andre Richtung bekommen hatte. — Hiezu kam, daß ſelbſt diejenigen Anſtalten, wie ſie den frühern Bedürfniſſen angepaßt geweſen, ſchon in ſich ſelbſt zerfallen waren, und daß man nicht darauf bedacht geweſen war, dieſen Abgang zu erſetzen.

So befand ſich die Verwaltung der Juſtiz auf dem Lande in dem traurigſten Zuſtande. Gleich den Fürſten hatte ſich auch der Adel von der perſönlichen Hegung der Gerichte zurückgezogen, vorzüglich nachdem die frem-

---

i) a. a. O. c. 15. n. 31.

den Rechte immer mehr Eingang gefunden hatten k). Meiſt unwiſſende, oder nur mit den fremden Rechten (deren vollſtändige Anwendung gleichwohl noch manchen Widerſtand fand) vertraute Richter waren den Gerichten vorgeſezt, und die gröſste Verwirrung mußte entſtehen, da oft Richter und Beiſitzer von weſentlich verſchiednen Grundſätzen ausgiengen, wovon nur höchſte Ungewißheit des Rechts ſelbſt die Folge ſeyn konnte. — Dabei waren, bei einer noch mangelhaften Organiſation der Gerichtsverfaſſung und der Regierungen, die Beamten durchaus unbeſchränkt, und ſahen daher, nach grenzenloſer Willkühr verfahrend, die Ausübung vornemlich der peinlichen Gerichtsbarkeit als eine ergiebige Quelle von Gelderpreſſungen an, und ahmten ganz das Beiſpiel der geiſtlichen Sendgerichte nach. Ja nicht nur ihrem Privatintereſſe, ſondern auch dem landesherrlichen mußte die

---

k) Daher die Verordnung gleich im erſten Artikel der Carolina; „Und dieweil ein Zeither, an etlichen Orten, etlich von Adel, und andre, den ſolche Gericht eigner Perſon Amts halber und ſonſt zu beſitzen gebürt, ſich bei ſolchen Gerichten zu ſitzen geweigert, und ihres Stands halber geſcheut, dadurch dann das Uebel mehrmals ungeſtraft blieben iſt; So mögen dieſelbigen, dieweil ihnen doch ſolch Gerichtbeſitzung an ihrer Achtbarkeit oder Stand ganz kein Nachtheil gebären ſoll, noch kann, ſondern mehr zur Fürderung der Gerechtigkeit, Straf der Boshaften, und denſelben vom Adel und Aemter zu Ehren reichen und dienen iſt, ſolch peinlich Gericht ſo oft, und viel ſie nach Geſtalt der Sachen für gut und nothdürfen anſehen werden, als Richter und Urtheyler ſelbſt beſitzen, und darin handeln und fürnehmen, was ſich nach dieſer unſrer Ordnung eygent und gebührt.“ — Daß auch das Amt der Schöppen in den ſpätern Zeiten verächtlich wurde, haben wir ſchon früher zu bemerken Gelegenheit gehabt.

Kriminaljurisdiktion dienen, deren Einkünfte als eine ſehr wichtige Finanzquelle betrachtet wurden. Alle mögliche Arten von Verbrechen konnten daher auch jezt noch mit Gelde gebüßt werden, nur daß dieſe Geldabträge nicht mehr, wie ehmals, zur Entſchädigung des zunächſt Verlezten dienten, ſondern in die Gerichtskaſſe floſſen. Dazu kam die Eiferſucht zwiſchen den verſchiednen Kriminalgerichten, die theils durch unzeitige Freigebigkeit der Kaiſer und Fürſten, theils durch ihr Geldbedürfniß, theils durch andere Gründe ſo unendlich vermehrt waren, und nun wechſelſeitig die dem einen entflohenen Verbrecher aufnahmen und feſthielten, bis ſie ſich durch eine Summe Geldes losgekauft hatten, und ſie dann wiederum in Freiheit ſezten, um noch oft Gelegenheit zur Ziehung ähnlicher Emolumente zu haben. Bei höhern ſo gut, als niedern Gerichten ward dieß Verfahren beobachtet, und Sebaſtian Brand entblödet ſich daher nicht, ſelbſt Fürſten und Herren ſeiner Zeit in derben Ausdrücken deßhalb zu züchtigen. „Item — ſagt er [1] — wo der Verklagt fleucht, er mag verdammt werden, item ich halt, daß das Recht iß und nit Statt habe, und voraus an der Herrn Höfen, wan ſie haben ein ſolch Sitten, wo ſie einen fahen, er ſey ſchuldig oder nit, will er aus dem Thurm, er muß Geld geben und anders mehr thun, iſt er anders ein Burger und hat zu verlieren, und darumb, ſo ward wohl von ihnen auch geſprochen durch den Propheten Eſaiam: Der Wittwen Sach und der Waiſen verhören ſie nit, wo ſie nit ſünderlichen Raub oder Nuz hoffen. Es werden auch dieſelben Verräther von denſelben Fürſten nit beſtraft, wird aber ein Edelmann oder nahmhaftiger Räuber verklagt, und ob er ſchon ins Gefängniß kommt und offenbar iſt ſeine Bosheit, der wird

1) Klagſpiegel S. 122. (Ausgabe von 1518). —

nit allein nit geſtraft, ſondern gewöhnlich der Atzung halber frey geſagt." — Ueber dieſelben Mißbräuche zürnt auch Udalricus Zaſius m), und ſelbſt in dem Bedenken, die Mängel des Reichsjuſtizweſens betreffend vom Jahr 1517. Art. 14, heißt es: „daß viel Unweſen, Widerwärtigkeit und Ungehorſam im Reich und teutſcher Nation ſich ereigne, aus dem, daß die Aemter nicht alle mit verſtändigen friedſamen Perſonen verſehen, die Gerechtigkeit auch an niedern Gerichten geſtümmelt, und beſonderlich das Uebel auch Miſſethaten, wie ſich wohl gebührt, ganz nicht, oder wenig und mehr an der Nahrung, denn am Leib, geſtraft werden, das den andern zu mancher Hand übergreiſe, auch Bewegung mache oder Urſach geben n)." — Schwarzenberg fand es daher nöthig, der Abſtellung dieſer Mißbräuche in der Bambergiſchen peinlichen Gerichtsordnung einen eignen Artikel o) zu widmen, und auch in der Carolina werden ſie unter den „Mißbräuchen und böſen unvernünftigen Gewohnheiten,

---

m) Ulrici Zaſii Oper. Tom. I. Francf. 1580. Tit. de Jurisd. p. 128. „Die Gerichtsherren — ſagt er — ſtatt auf das gemeine Beſte zu ſehen, ſtrafen nur, um ihre Einkünfte zu vermehren. Aergerlich iſts, im Voraus das Unglück der Menſchen in Anſchlag zu bringen, und verdammlich iſt daher die Sitte, beim Verkauf der Güter, mit denen die peinliche Gerichtsbarkeit verknüpft iſt, die Strafen mit zum Beſtand der Einkünfte zu rechnen."

n) S. Staatsarchiv von Harprecht Th. 3. S. 315.

o) Art. 272: „Daß unſre Amtleut und Richter ſollen in peinlichen Sachen Niemand kein Geldbuß auflegen, ohn Unſer oder Unſer Nachkommen Wiſſen und Willen, wenn unſre Meynung in allweg iſt, fürderlich und endlich Straf und Verkommung der Miſſethat, gemeinen Frieden und Nutz, und nit das Genezſe und das Gelt, als der raſchen Richter Gewohnheit iſt, zu ſuchen."

ſo an etlichen Orten und Enden gehalten werden" im 218ten Artikel mit aufgeführt.

Lieſſen ſich aber auch nicht in Abſicht der Moralität ſo viele Ausſtellungen an den Richtern der ſpätern Zeiten machen, ſo würden ſie doch ſchwerlich dem Tadel der Unwiſſenheit nicht nur, ſondern auch einer ſchwerfälligen Unbeholfenheit des Geiſtes, einer wenig oder gar nicht geprüften Urtheilskraft, der höchſten Beſchränktheit des Blicks entgehen, Eigenſchaften die am wenigſten zum Kriminalrichter qualifiziren, dem, um würdig die erhabnen Pflichten ſeines Berufs zu erfüllen, tiefe pſychologiſche Kenntniß des Menſchen, die höchſte Gewandtheit des Geiſtes, und eine vielſeitig geübte Urtheilskraft unentbehrlich ſind.

Um ſich zu überzeugen, wie gerecht dieſer Tadel ſey, braucht man nur einen Blick in die Malefizbücher jener Zeiten zu werfen. Wo nicht Geldſummen von der Strafe befreiten, da waren es ſchlecht erſonnene grundloſe Ausflüchte, deren Werth oder Unwerth, deren Wahrſcheinlichkeit oder Unwahrſcheinlichkeit dieſe Richter zu prüfen auſſer Stande waren. So vermochte jeder Todtſchläger durch Vorſchützung der Nothwehr der Strafe zu entgehen, weil der Richter unfähig war, rechte und falſche Nothwehr von einander zu unterſcheiden und die charakteriſtiſchen Merkmale beider zu beſtimmen. Beweis genug dafür iſt, daß Schwarzenberg dieſem Gegenſtande eine Reihe von Artikeln (Art. 139—145 der Carolina) zur Belehrung der Unmündigen gewidmet hat, die am wenigſten in dem frühern rein und ächtdeutſchen Verfahren, wo man einen künſtlichen Beweis nicht einmal dem Namen nach kannte, ihre Urtheilskraft üben konnten, und arm an eignen innern Hülfsmitteln, ſich hier auch von den fremden Rechten gänzlich verlaſſen ſahen.

Aus

Aus unſrer obigen ſkizzirten Darſtellung des gerichtlichen Verfahrens in peinlichen Sachen geht überhaupt klar hervor, wie roh und wenig ausgebildet die Begriffe vom Beweiſe, dieſem wichtigſten Moment in einer jeden gerichtlichen Streitſache, waren. Einen gerichtlichen Augenſchein zur richtigen Auffaſſung und Konſentirung des Corporis delicti, eine gerichtliche Sektion z. B., kannte man nicht. Statt daß der Kriminalrichter ſich durch unermüdete Thätigkeit auszeichnen ſoll, Beweiſe der Schuld und Unſchuld herbeizuſchaffen, zu verſtärken u. ſ. w., charakteriſirt die Richter jener Zeiten die höchſte Indolenz und Paſſivität, ein glaubiges und ruhiges Vertrauen auf die Ausſprüche eines höhern Weſens, welches allein weiß, Wahres vom Falſchen zu ſcheiden und in alle Falten des menſchlichen Herzens zu blicken, kurz alle die Eigenſchaften, die einem Verfahren angemeſſen waren, das, wenn man es im Geiſt der frühern Zeiten nach einem eigenthümlichen Maasſtabe mißt, zwar ſehr viel ſchöne und groſſe Eigenthümlichkeiten hat, allein mit den ſpätern Zeiten und der Richtung, welche die geſammte Kultur genommen, in auffallendem Widerſpruch ſteht. Erſt allmählig durch lange Routine konnten für das neue Verfahren und die Formen des inquiſitoriſchen Prozeſſes geſchickte Lenker des Prozeſſes und Urtheilsſprecher gebildet werden; aber in den erſtern Zeiten ſeiner allmähligen Aufnahme und Anwendung in den Gerichten fehlte es durchaus an Männern, die tief und vielſeitig genug gebildet geweſen wären, um die Pflichten des ſchwerſten Berufs würdig zu erfüllen. Und ſo bildete ſich zwar allgemach eine neue Form des gerichtlichen Verfahrens, um deren innere Vollendung oder Uebereinſtimmung mit dem Geiſt des neuen Prozeſſes man aber höchſt unbekümmert war, ſo daß man bald von der Macht des Schlendrians, dieſer verderblichſten aller Krankheiten

der Gerichte auch unſrer Tage, bezwungen, bald ganz ſanft auf dem Bett der Formalitäten entſchlummerte. —

Keine viel günſtigere Seite bieten uns peinliche Geſetze und Kriminalprozeſſe der Städte dar. Zwar hatte man hier eine andre ganz verſchiedne Anſicht des Strafrechts und der Strafe; ſo wie man, in den gröſſeren Reichsſtädten vorzüglich, die kleine Staaten im Staate zu bilden ſtrebten, vornemlich aus dem politiſchen Geſichtspunkte alle Staatsanſtalten auffaßte und einrichtete, ſo auch die Strafen; und Abſchreckung von Verbrechen ſcheint allerdings der Zweck jener grauſamen und unmenſchlichen Strafübel geweſen zu ſeyn, wovon wir oben aus dem peinlichen Recht der Stadt Nürnberg einige Beiſpiele aufgeführt haben. Aber man behauptete ſich gleichwohl nicht auf dem politiſchen Standpunkte, man maß die Strafbarkeit ſo mancher Handlungen nicht nach dem Grade ihrer Gemeingefährlichkeit und Gemeinſchädlichkeit in objektiver und ſubjektiver Beziehung; ſondern man huldigte nur zu oft den religiöſen Ideen des Zeitalters, indem man die Verbrechen ihrer Irreligioſität und Immoralität nach würdigte. — Man vergriff ſich ferner durchaus in den Mitteln, man vergaß, daß es keine natürliche Verbindung zwiſchen Strafen und Verbrechen gebe, daß man ſelbſt mit den verfeinerteſten und ausgeſuchteſten Martern nicht auf den freien Menſchen wirken könne, daß, wenn dieß möglich wäre, man im Menſchen die Menſchheit vernichten würde; man vergaß, daß das Strafgeſetz allein das Vermittelnde ſey zwiſchen Verbrechen und Strafe, und daß nur durch den Begriff auf freie Weſen gewirkt, und nur durch eine auf die politiſchen Bedürfniſſe des Gemeinweſens, und auf die Kultur der Individuen berechnete Strafgeſetzgebung die Verhütung der Verbrechen bewirkt werden könne. Wenn man alſo auch die Strafen der Verbrechen nicht als Privatſache betrachtete, wenn man in den Städten auch keine

Käuflichkeit der Strafen kannte und feile Richter nicht duldete, ſo war dieſe politiſche Anſicht doch noch nicht rein und noch nicht umfaſſend genug, um auch eine nur relativ vollkommne Organiſation der Strafgeſetzgebung, der peinlichen Gerichte und des Kriminalprozeſſes herzuführen. Man ſorgte nicht für weiſe, zu pſychologiſchem Zwange geeignete Strafgeſetze, man glaubte ihn durch unmenſchliche, oft der Willkühr des Henkers überlaſſene Martern bewirken zu können; nicht für Richter, hinlänglich gebildet, um Wahrheit und Falſchheit zu prüfen und zu ſondern; nicht für Geſetze, die ihr Verfahren beſtimmt, ihre Willkühr beſchränkt hätten; nicht für Errichtung und Verbeſſerung der Anſtalten, die allein die innere Ruhe und Sicherheit gründen und ſichern können, für eine wachſame Polizey, für Zucht- und Arbeitshäuſer, für Aufbewahrungsgefängniſſe u. ſ. w.; Vorwürfe, die wenn auch nicht mehr in dem Maaſe und nicht ohne Ausnahme, doch leider zum Theil noch manchen Staaten Deutſchlands im neunzehnten Jahrhundert gemacht werden könnten. Auf den leiſeſten Verdacht der Schuld, auf die verdächtigſten Denunciationen wurden Unglückliche ergriffen, in die abſcheulichſten Kerker geworfen, zum Bekenntniß durch Foltern, die die Todesqual überwogen, gepeinigt und unter den unmenſchlichſten Martern gerichtet. Nur Todesſtrafen oder verſtümmelnde kannte man, keine Zuchthaus-, keine Arbeitsſtrafen, weil es an allen dazu nöthigen Anſtalten fehlte. Statt ihrer war keine Strafe häufiger, als die der Relegation, wodurch, bei Ermanglung aller polizeilichen Anſtalten, am wenigſten Sicherheit bewirkt werden konnte.

Grenzenlos vermehrt noch ward die allgemeine Verwirrung, die aus der Ungewißheit der Rechte hervorgieng, durch die Mißbräuche, deren ſich die geiſtlichen Gerichte ſchuldig machten. Schon oben ſind ſie ausführlich aufgezählt worden, und es genüge hier zur Verſtär-

kung des Totaleffekts daran zu erinnern, daß ſtatt der geiſtlichen Strafen, Geldſtrafen auch hier üblich geworden waren, daß ſie alle vom weltlichen Richter ſchon beſtrafte Verbrechen noch einmal vor ihren Richterſtuhl zogen, und daß der Verbrecher, um dem Arm des weltlichen Richters zu entgehen, nur an geweihte Stätten zu fliehen, nur der Kirche ſich in die Arme zu werfen, nur mit ihr die Früchte ſeines Verbrechens zu theilen brauchte, um der Strafloſigkeit verſichert zu ſeyn. Die häufigen Gelderpreſſungen der geiſtlichen Gerichte waren ſchon lange ein Gegenſtand der allgemeinen Klagen, der allgemeinen Berathſchlagungen und Schlüſſe der Koncilien geweſen: aber noch die Gravamina nationis Germanicae vom Jahr 1522 führen mit als Hauptpunkt der Beſchwerden auf: „daß die Sendgerichte nicht nach ihrer erſten Einrichtung gehalten, ſondern ſtatt der zur Beſſerung der Uebelthäter dienenden Mittel von ihnen Geld, oder was man ſonſt erjagen könne, erpreßt werde p).“ — Eben ſo bitter ſind die Beſchwerden der Fürſten über die Erweiterung der geiſtlichen Jurisdiktion über ihre urſprünglichen Grenzen hinaus. So klagen ſie z. B.: daß „obgleich vermöge der Rechten öffentlichen Meyneid, Ehebruch, Zauberey und dergleichen geiſtliche und weltliche Richter, welcher ehe kommt ye zu Zeiten bürgerlich zu ſtrafen, und alſo die Prävention Statt habe, dennoch die geiſtlichen Richter ſich unterſtehen, ſolche Straf wider Recht allein für ſich zu ziehen.“ — Nicht minder klagte man auch über die häufigen Exkommunikationen und Interdikte u. ſ. w.

Endlich aber müſſen, um das Gemälde zu vollenden, auch noch die Mißbräuche der weſtphäliſchen Ge-

p) S. Lünig Reichsarchiv Part. gener. Contin. I. Tom. II. p. 428.

richte hier mit aufgeführt werden. Ueber ganz Deutſchland hatten ſie ihre Schöppen verbreitet, meiſt die verworfenſten Menſchen, die durch die Macht und das Anſehen der groſſen Verbindung unterſtüzt und aufrechtgehalten, Alles, ſelbſt die Fürſten mit Schrecken erfüllten, die bald, alle Formen des Prozeſſes, ſelbſt eines tumultuariſchen verſchmähend, in Nacht und Dunkel gehüllt, mordeten und den Namen von Richtern entweihten. Nach ihrem Vorbild hatten ſich ſelbſt in mehreren Städten, ſowohl Ober=, als Niederdeutſchlands ähnliche heimliche Gerichte gebildet, die bald an Zügelloſigkeiten und Schändlichkeiten jeglicher Art mit ihren Muſtern wetteiferten.

Und ſo wäre denn in dieſer Rekapitulation das Gemälde vollendet, deſſen Totaleindruck nur grauſend und ſchrecklich ſeyn kann. Deutſchland, zerriſſen von Faktionen, ohne ein herrſchendes Recht, als das der Stärke — ohne Gerichte, als ſolche, die den Haß der Nation trugen, die nur den eignen Gewinn, nicht Heiligkeit des Rechts für das Höchſte und Erſte hielten, überſchwemmt mit Verbrechen jeglicher Art, — überſchwemmt mit widerſtreitenden Geſetzen und Rechten, deutſchem, römiſchem kanoniſchem Recht, und ohne einen feſten männlichen Herrſcher voll Thatkraft und Genie, der die Ruhe hätte zurückführen, und Recht und Ordnung auf neuen Geſetzen feſt begründen können. —

Erſt mit dem feurigen und kühnen Maximilian, dem das Schickſal ſelbſt in Vollführung groſſer unſterblicher Plane und Entwürfe zur Seite ſtand, traten die Bedingungen ein, unter welchen die Reformation der Gerichte und die Schöpfung einer neuen peinlichen Geſetzgebung möglich war. Der ewige Landfriede ward errichtet, Söldner, mit Donnerbüchſen bewaffnet, ſtanden bereit, ihn aufrecht zu erhalten, engere Verbindungen der Stände und Kreiſe waren deshalb geſchloſſen, und wenn gleich nicht

in demſelben Moment alle Räubereien und Gewaltthätigkeiten im Reiche aufhörten, wenn gleich im Adel noch nicht aller altdeutſcher Geiſt gänzlich erloſchen war, und zuweilen in einem Götz von Berlichingen, einem Franz von Sickingen, einem Wilhelm von Grumbach, denen die träge Ruhe bei voller Thatkraft unerträglich, die Feſſel neugeſchaffner Geſetze zu laſtend war, hell und verzehrend aufloderte: ſo war doch im Ganzen Alles umgewandelt, Alles vorbereitet zu einer neuen geſetzlichen Ordnung, und was vorher als Regel galt, beſtand jezt nur als Ausnahme.

Dennoch erfoderte es einen Mann von groſſem Genie und noch gröſſerer Beſonnenheit und Umſicht, um das ſo ſchwierige und dornigte Geſchäft einer neuen Kriminallegislation zu vollenden, die ganz dem damaligen Zuſtande Deutſchlands und der Stufe der Kultur des Volks angepaßt war, die zwiſchen deutſchem und fremdem Recht beſonnen die Mittelſtraſſe hielte, welche nicht nur den groſſen Haufen der Nation befriedigte, ſondern auch dem Verdammungsurtheile der Verehrer der fremden und Verächter der vaterländiſchen Rechte entgienge, die ſo groſſen und umfaſſenden Einfluß im geſammten Deutſchland erlangt hatten, und ſo ſich Achtung und Anſehen verſchaffen und dieſem Anſehen Dauer gewähren konnte. In wie weit nun Johann von Schwarzenberg, der Verfaſſer der Bambergiſchen peinlichen Gerichtsordnung, die der peinlichen Gerichtsordnung Karls V. zum Vorbild diente, dieſe Aufgabe befriedigend gelöst habe durch ſeine Arbeit, die, um ſie unbefangen und ihrem wahren Werth nach zu würdigen, nach den eben angedeuteten Rückſichten geprüft werden muß: dieſe Unterſuchung ſey der Geſchichte der folgenden Periode und dem zweiten Theile dieſes Werks vorbehalten.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS.

Sulzbach,
gedruckt mit Kommerzienrath Seidelſchen Schriften.

6

6

6

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Henke, Eduard,

Grundriß einer Geschichte des deutschen peinlichen Rechts und der peinlichen Rechtswissenschaft ein Versuch

Bd.: 1

Sulzbach (1809)

Crim. 127 d-1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10394501-7